REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 473 · 16.5.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der Preis für den Frieden
2. "Ich fühle mich definitiv nicht schuldig." Die Geschichte eines guatemaltekischen "Kojoten" - www.labournet.de
3. Der Dritte Mann. Weitere Festnahme im Magdeburger §129a-Verfahren. Interview mit Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff
4. Offene Kraftprobe. SPD provoziert Gewerkschaften - Georg Wißmeier
5. Von Godesberg nach Berlin. Schröder und Scholz schlachten die Linken - und die SPD - dk.
6. Ökonomische Wende in Köln. Über die RZ und andere AhnInnen des 6. antirassistischen Grenzcamps - Gregor Samsa
7. Im Fadenkreuz der Kritik. Die IOM - Organisatorin des globalen Menschenhandels - Franck Düvell
8. Gesundheit, effektiv und profitabel. ver.di wirbt für private Krankenzusatzversicherung - Gerhard Klas
9. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
10. Ethisches Product Placement. (Selbst-) Inszenierungen des "unbequemen" Peter Singer - Stefanie Gräfe
11. Gender-confused. Monika-Treut-Filme jetzt auf DVD - Petra Mayer
12. gender troubles aktuell
13. Die Mauern von Jericho. Eindrücke von einer israelisch-palästinensischen Demonstration bei Tulkarem - Achim Rohde
14. "Israel muss sich entscheiden." Moshe Zuckermann über Frieden im Nahen Osten und die Debatten deutscher Linker
15. Zweierlei Linke. Moshe Zuckermann diskutiert mit deutschen Linken - Buchvorstellung - Js.
16. Araber, Antisemitismus und Holocaust. Die Rezeption der Shoah in der arabischen Welt, Teil 1 - Omar Kamil
17. Ein Rest Hoffnung. Amira Hass und Tanya Reinhart über den Israel-Palästina-Konflikt - Js.
18. Ende des Krieges, Beginn der Besatzung? Referendum in Tschetschenien - Gisela Neunhöffer, Aleksei Doz
19. Korruption tötet. Mehr Zement, und die Erdbebenopfer könnten noch leben - Jan Keetman
20. Die Linke nach Genua. Dario Azzellinis neues Buch gibt Einblicke in die italienische Bewegungslandschaft - Steffen Vogel
21. Die alte Garde und die Dynastie. Leichte Spannungen beim Front National - Bernhard Schmid
22. "Plopp" as usual. Eine Rückkehr zur Situation vor dem Irak-Krieg wird es nicht geben - Knut Mellenthin
23. Zukunft des Zweistromlandes. Überlegungen zur Nachkriegsordnung im Irak - Sabah Alnasseri
24. Und er regiert immer noch. Venezuela ein Jahr nach dem Putschversuch - Dario Azzellini
25. An der Krise versagt die Politik. Schwierige Zeiten für Argentiniens soziale Bewegungen - Alix Arnold
26. PDS: Hauen und Stechen für den Fortschritt. Sozialdemokratisierung der PDS verhindern! - Katina Schubert
27. Die Revision von Gera oder das Ende des Projektes PDS - Michael Mäde
28. Smoke on the water ... Antiglobalisierungsbewegung mobilisiert gegen den G-8-Gipfel in Evian - h., ag3f Hanau
29. Privatissimo. Linke Börsengänge - dk
30. "Gerechtigkeit ist ein Name Gottes". Dorothee Sölle □ eine Theologin zwischen allen Stühlen - Martin Pechtold
31. Ein kontroverses Projekt. Neuer Sammelband diskutiert Perspektiven kritischer Kulturwissenschaft - Jens Kastner
32. Cultural Studies. Zwischen Kritik der Macht und Beratung der Kulturindustrie - Jens Kastner
33. (Don't) Forget Baghdad. Eine Filmbesprechung - Corry
34. Ohren-Propaganda
35. Nie wieder gesellschaftsfähig. Herr Nilsson - Popmusik an der Grenze zur Literatur - DSe

36. Präzedenzfall(e) Irak. Zum Krieg und seinen Folgen. Veranstaltungsreihe von ak - analyse + kritik und Fantômas
37. Eine Kulisse der Weltoffenheit - eine ak-Veranstaltungsreihe
38. Kritik der Weltordnung. Ein Sammelband treibt die Debatten um "Empire" ein gutes Stück voran - Thomas Seibert
39. "Ich bin eigentlich kein Optimist." Ein Gespräch über "immaterielle Arbeit" und "Potenziale des Kommunismus"
40. Autonomie der Unterwerfung - Autonomie der Rebellion. Zur Kritik der "immateriellen Arbeit" bei Negri/Hardt - Dirk Hauer
41. Zwischen den Punkten hindurch in eine neue Richtung.Transversalität als Aktivismus, Kunst- und Theorieproduktion - Gerald Raunig
42. Crossroadz - all over. Festival zum Thema "Film, Politik und Antirassimus" in Hamburg - Minu Haschemi /Billy Ray Valentine
43. AUFGEBLÄTTERT
44. LESERBRIEF
45. KALENDER
46. Danke für 22.508,11 Euro!
47. Editorial
48. Schwerpunkt Israel/Palästina

1. Der Preis für den Frieden

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:45

Nur die größten OptimistInnen können ernsthaft glauben, der von der UNO, der EU, den USA und Russland vorgelegte "Fahrplan für den Frieden" ("roadmap for peace") könne den israelisch-palästinensischen Konflikt beilegen und der Nahost-Region alsbald dauerhaften Frieden bringen. Denn die Hindernisse, die den vor zehn Jahren begonnenen Oslo-"Friedensprozess" zum Scheitern brachten, bestehen nach wie vor.

Allen Rückschlägen zum Trotz ist die Mehrheit der israelischen Bevölkerung nach wie vor für den Frieden und für die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. Fraglich ist allerdings, ob die Israelis auch den Preis dafür zu zahlen bereit sind: Rückzug der Armee aus den besetzten Gebieten; Abzug der SiedlerInnen aus 85 bis 90 Prozent der Siedlungen; Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten; symbolische Anerkennung eines Rückkehrrechts für palästinensische Flüchtlinge. Die Erfüllung dieser vier Bedingungen, betont Moshe Zuckermann im ak-Interview, ist das Mindeste, was die palästinensische Seite bei Verhandlungen erreichen müsste.

Die Alternative zur Zweistaatlichkeit wäre die dauerhafte Annexion der besetzten Gebiete - mit der Folge, dass die jüdischen Israelis zur Minderheit im eigenen Land werden. Während einige deutsche Linke eine "gewisse Subalternität" der PalästinenserInnen hinnehmbar finden, damit Israel als jüdischer Staat erhalten bleibt, warnt Zuckermann vor der Einführung eines Apartheidsystems.

Gleichzeitig weist er darauf hin, dass mit der Schaffung eines palästinensischen Staates wenig gewonnen wäre. Denn ohne wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit Israel wäre dieser Staat nicht lebensfähig. Die für den Austausch unabdingbare Öffnung der Grenzen wäre eine völlige Abkehr von der israelischen Politik der Abriegelung, die für die Bevölkerung des Gaza-Streifens und von Teilen der Westbank zu einer Kollektivstrafe geworden ist und ihnen ein menschenwürdiges Leben unmöglich macht.

Begründet wird die Abriegelung mit legitimen israelischen Sicherheitsbedürfnissen. Unser Autor Achim Rohde, der von einer israelisch-palästinensischen Demonstration gegen den Bau von Sperrzäunen und Mauern berichtet, zeigt hingegen, dass solche Maßnahmen gegen Selbstmordattentäter keinen Schutz bieten. Andererseits wäre es auch naiv zu glauben, der palästinensische Terror würde im Zuge "vertrauensbildender Maßnahmen" von selbst verschwinden. Auch die palästinensische Gesellschaft hat Bedingungen zu erfüllen, um ihre Friedensfähigkeit zu beweisen: Sie muss nicht nur den Mördern die Solidarität entziehen, sie muss auch ein Bewusstsein für die jüdische Leidensgeschichte entwickeln, die nach 1945 den jüdischen Staat Israel zur historischen Notwendigkeit gemacht hat.

Mit erheblicher Verspätung hat die Debatte über die welthistorische Dimension der Shoah auch in der arabischen Welt begonnen. In der Vergangenheit wurde die Beschäftigung damit entweder als "nicht opportun" gemieden oder die Shoah gar als "Erfindung des Zionismus" geleugnet. Seit etwa zehn Jahren versuchen arabische Intellektuelle nun, in ihren Gesellschaften einen Bewusstseinswandel herbeizuführen, indem sie den arabischen Antisemitismus offen bekämpfen - ein schwieriges, aber unverzichtbares Unterfangen, wie Omar Kamil in seinem Beitrag "Araber, Antisemitismus und Holocaust" darlegt.

Vielleicht überzeugt auf Dauer das von Edward Said formulierte Nützlichkeitsargument: Die Welt werde "das Leid der Araber erst zur Kenntnis nehmen, wenn die Araber in der Lage sind, das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn sie unsere Unterdrücker sind."

2. "Ich fühle mich definitiv nicht schuldig." Die Geschichte eines guatemaltekischen "Kojoten"

Autor: www.labournet.de · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:01

Sie sind überall dort, wo Menschen fliehen und die meist illegale Einreise in ein anderes Land organisieren müssen: die "Schlepper" und "Schleuser" bzw. die "Kojoten", wie sie in den USA und Lateinamerika genannt werden. Im Fadenkreuz von Polizeien, Armeen und Einwanderungsbehörden sind sie eine zwingende Begleiterscheinung der grenzüberschreitenden Migration. Jenseits moralischer (Vor-)Verurteilungen beschreibt der folgende Bericht die Arbeit und die gesellschaftlichen Hintergründe "ganz normaler Geschäftsleute".

Omar war zunächst Lehrer und arbeitete dann bis zu seiner Pensionierung im guatemaltekischen Erziehungsministerium. Dies alles machte ihn zu einer bekannten Person in der kleinen Berglandgemeinde Santa Eulalia, in der inzwischen die Hälfte aller Familien Angehörige haben, die in den USA arbeiten. Omar ist auch Teil eines Netzwerkes - AnwerberInnen, "Kojoten", FührerInnen und andere -, das Menschen in die USA schickt. Dem unabhängigen Journalisten David Bacon hat Omar beschrieben, wie das Kojote-System funktioniert. Sein Name wurde geändert, denn Omar hat Töchter, die in den USA leben und die er regelmäßig besucht.

Die Kojoten sind diejenigen, die an der Arbeitsmigration von Guatemala in die USA verdienen. Vor acht bis zehn Jahren bekamen Kojoten 8.000 bis 9.000 Quetzales (ca. 1.000 US-Dollars) für einen Trip. Heutzutage verlangen sie bis zu 45.000 (also 5.000 Dollars). In Guatemala ist das genug Geld, um ein seriöses Geschäft zu eröffnen. Um mit diesen gestiegenen Preisen mithalten zu können, müssen EmigrantInnen oft genug ihre Häuser als Sicherheit hinterlegen oder Land verkaufen.

In der Regel gibt es zwei Migrationswege. Der eine führt über Land durch Mexiko, in einem Kleinlaster oder Auto. Das hat manchmal schreckliche Konsequenzen. Es sind schon Menschen gestorben, weil sie in dem hermetisch geschlossenen Wagen keine Luft mehr bekommen haben. Doch die meisten guatemaltekischen AuswandererInnen kommen aus dem Hochland, wo es relativ kalt ist. Für sie wäre der Weg allein durch die Wüste und über die Grenze der sichere Tod.

Die Kojoten nehmen normaler Weise Gruppen von 60-70 Personen auf eine Reise, und das ist ein gutes Geschäft. Selbst die US-Einwanderungsbehörde hilft den Leuten, die Grenze zu überwinden - im Austausch für eine hohe Dollar-"Gebühr".

Neben dem Landweg gibt es heute Kojoten, die MigrantInnen über den Luftweg in die USA bringen. Sie mieten in Mexiko ein Flugzeug und nehmen nur wenige Leute mit - acht oder zehn. Der erste Stopp ist Tuxtla Gutiérrez in Chiapas. Anschließend gibt es eine Reihe weiterer Stopps, bis man wieder auftanken muss, um die Grenze zu erreichen.

"Da greifen die Gesetze des Marktes"

Einige Kojoten stellen das her, was wir "schmutzige Papiere" nennen, um die Menschen durch Mexiko zu bringen. In Tijuana übergeben sie sie an einen mexikanischen "pollero" (Schleuser), der die Leute dann ohne Papiere in die USA bringt. Auf der anderen Seite der Grenze muss immer ein Verwandter oder eine Verwandte warten, denn erst hier wird der Kojote wirklich bezahlt. Hier in Guatemala zahlen die MigrantInnen für die Ausgaben des Trips durch Mexiko. Am Ende der Reise kommt noch mal eine Zahlung von 2.000 bis 2.500 US-Dollar hinzu. Das ist der Punkt, wo die Arbeit des Kojoten endet. Er nimmt ein Flugzeug zurück nach Guatemala und bereitet eine weitere Reise vor.

Dies ist ein offenes Geschäft. So ziemlich jede/r kann sich irgendjemanden aussuchen, der/die eine/n zur Grenze bringt. Nichts Illegales passiert. Manchmal sprechen mich Leute an und fragen nach einem sicheren Kontakt. Ich gebe ihnen eine Telefonnummer, und sie stellen den Kontakt her, reden und treffen irgendwelche Vereinbarungen. Und ehe du dich versiehst, sind sie schon weg.

Wenn man hier lebt, dann weiß man nach einer Weile, an wen man sich wenden muss, wenn man gehen will und einen Kojoten braucht. Sie können dir sagen, was das Ganze kostet, wie die Reisebedingungen sind und ob es über Land oder per Flugzeug geht. In der Regel wechselt man vorher noch die Unterwäsche, denn das

wird die einzige auf der ganzen Reise sein. Es gibt keine Zeit für ein Bad oder zum Kleider wechseln, und man isst, was immer und wo immer man kann. Man wird in Hotels gebracht, vielleicht nicht solche der allerbesten Qualität, aber man überlebt.

Die meisten Kojoten widmen sich voll und ganz diesem Job, genau wie ein Grundstücks- oder Immobilienmakler. Sie geben einem Telefonnummern, damit sie für dich immer erreichbar sind, und sie wissen, mit wem man sich arrangieren muss. Wenn die Leute wissen, dass er/sie auch tatsächlich Ergebnisse produziert, erhöht der Kojote allmählich seine Preise. Zunächst verlangt er relativ geringe Summen. Dann steigt sein Preis um 1.000 Quetzales, dann noch mal um 1.000 Quatzales und noch mal.

Die Kojoten kommunizieren und entscheiden untereinander über die Preise. Sie sagen z.B.: "Zur Zeit ist es schwieriger, über die Grenze zu kommen, lasst uns mehr verlangen." Heutzutage ist es sehr schwierig, ein Visum zu bekommen. Von 1.000 Personen kriegen vielleicht 20 eines. Viele bekommen nie ein Visum. Also greifen die Gesetze des Marktes: Wenn die Nachfrage steigt, steigen die Preise. In einem gewissen Umfang herrscht unter den Kojoten auch Konkurrenz, und einige hier in Guatemala schauen sich nach mexikanischen "polleros" um, weil sie glauben, dass die billiger sind. Doch langfristig ist der Preis derselbe. Es gibt immer viele Leute, die nach Norden müssen, und so werden die Preise stetig steigen.

Normalerweise verlangt der Kojote hier in Guatemala 15.000 Quetzales (2.000 Dollars) und erklärt, dass das alle Kosten des Trips von Guatemala bis zur amerikanischen Grenze abdeckt. Auf der anderen Seite muss es wie gesagt jemanden geben, der/die auf sie wartet und eine zweite Zahlung in Dollars leistet. Das ist der eigentliche Gewinn, und von dem kriegen alle ihren Anteil - der Kojote, der Anwerber und der Führer, der mit ihnen reist.

Dieses System hat vieles sehr verändert. Wenn die Leute sehen, dass dem Kojoten ein zwei- oder dreistöckiges Hotel gehört, dass er ein nobles Auto fährt und in Luxus lebt, dann wollen sie das auch. Sie machen sich auf den Weg in die USA. In 15 Tagen kann ein Kojote um die 5.000 Quetzales pro Person verdienen. Bei zehn Personen pro Reise sind das 50.000 Quetzales (6.000 Dollars). Der/die Durchschnittsguatemalteke/in braucht mehr als ein Jahr harte Arbeit, um diese Summe zu verdienen.

Ein Kojote ist ganz schlicht ein Geschäftsmann. Er muss keine Behörden kaufen, um frei seinen Geschäften nach zu gehen. Er macht nur seinen Job und wird dafür legal bezahlt. Sein Geschäft kann für ihn im Ausland negative Konsequenzen haben, aber nicht hier. Mit dem Geld, das er verdient, kann er in seiner Gemeinde zu Entscheidungsmacht und Einfluss gelangen. Er kann sogar politische Gruppierungen finanzieren, damit ihn niemand belästigt und seine Geschäfte nicht gestört werden. Das ist wie bei jedem anderen Geschäft auch.

Das ist ein sehr deutlicher Unterschied etwa zum Drogenhandel, der eindeutig illegal ist. Ein Drogenhändler kann für mehrere Jahre ins Gefängnis wandern. Was der Kojote macht, ist legal. Es ist wie der Handel mit Zigaretten. Jeder Junge hier in Guatemala kann eine kaufen und rauchen. In anderen Ländern ist das vielleicht verboten, weil Tabak nicht an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden darf. Auch das Geschäft eines Kojoten kann in anderen Ländern verboten sein, aber in Guatemala ist es legal.

Wenn so schreckliche Dinge mit den MigrantInnen passieren, wie der jüngste Fall von 17 Leuten, die auf der Reise durch Mexiko ertrunken sind, so gibt es in Guatemala keine gesetzliche Handhabe gegen den Kojoten. Wenn er allerdings außerhalb Guatemalas geschnappt wird, so unterliegt er den dortigen Gesetzen. Hier, in Guatemala, ist so etwas wie der Tod der 17 lediglich ein Zwischenfall oder ein Unfall. Wer Guatemala ohne Papiere verlässt, nimmt das Risiko auf sich, genauso wie der Kojote. Sie akzeptieren das Risiko, und sie akzeptieren die Realität.

"Migration ist eine Notwendigkeit, kein Luxus"

Ich fühle mich definitiv nicht schuldig, denn ich füge niemandem irgendein Leid zu. Im Gegenteil, ich habe Leuten geholfen, aus ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage herauszukommen. Ich mache nichts anderes, als Leute zu führen und ihnen Orientierungen anzubieten. Ob sie daran interessiert sind, ist ihre Sache. Innerhalb dieses Landes bricht niemand das Gesetz. Jetzt aber, außerhalb unseres Landes, verstößt ein Kojote in der Tat gegen gesetzliche Bestimmungen; natürlich deswegen, weil es Einreisebestimmungen gibt.

Selbst die Regierung ist zufrieden. Denn langfristig löst die Auswanderung in die USA ein Problem, das eigentlich der Staat lösen sollte. Der guatemaltekischen Wirtschaft geht es wirklich schlecht. Die Kosten, die

eine Familie für das reine Überleben aufbringen muss, sind massiv angestiegen. Auf der anderen Seite beträgt ein normales Gehalt in Guatemala nur ungefähr 2.000 Quetzales oder 250 US-Dollars.

Der entscheidende Grund, warum Menschen in die USA emigrieren, ist die soziale und ökonomische Situation in Guatemala. In Folge des Bürgerkrieges ist die Armut immer schlimmer geworden. In Guatemala haben viele nichts zu essen, während andere drei Autos vor ihrem Haus parken. Es gibt fünf Millionen Menschen ohne Wohnung. Mit der Zeit, wenn die Leute nach Norden gehen, sparen sie Geld und bauen Häuser. Für den Staat ist die Auswanderung nützlich. Nach Regierungsangaben schicken die EmigrantInnen fast 500.000 Millionen Quetzales zurück. Inzwischen gibt es fast eine Million GuatemaltekInnen in den USA, und immer noch verlassen Menschen dieses Land.

Natürlich, für Menschen, die im Norden leben, in den USA, kann dieses Phänomen unangenehm sein, denn die AuswanderInnen sind entwurzelt. Die MigrantInnen sprechen kein Englisch, also verdienen sie weniger. Doch für uns ist das viel. Angenommen eine Emigrantin verdient fünf Dollars in der Stunde. Bei fünf Stunden oder 25 Dollars am Tag entspricht das 200 Quetzales täglich. Hier in Guatemala verdienen viele Leute nicht mehr als 25 Quetzales am Tag und arbeiten dafür von sieben Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags. Die Leute hier arbeiten doppelt so viel und kriegen dafür acht Mal weniger als jemand in den USA. Das ist die Realität hinter der ökonomischen Notwendigkeit.

Das Geld aus dem Norden hat uns verändert. Geld bedeutet uns jetzt sehr viel mehr als früher, und viele Leute haben eine KonsumentInnenmentalität angenommen. Sie reden die ganze Zeit darüber, wie viel sie im Norden verdienen werden. Der Preis für Land ist drastisch gestiegen. In vielen Gegenden kostet ein kleines Stück Land jetzt 200.000 Quetzales (25.000 Dollars), den Gegenwert lebenslanger Arbeit. Das produziert eine immense ökonomische Ungleichheit. Und wenn die Leute ihr Land verkaufen, damit sie oder jemand anders nach Norden gehen kann, wovon werden sie dann in Zukunft leben? Mit dem, was man verdient, kann kein Mensch überleben. Der Weg nach Norden ist also kein Luxus. Er ist zu einer Notwendigkeit geworden.

(aus: www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/coyote.html; Übersetzung: Dirk Hauer)

3. Der Dritte Mann. Weitere Festnahme im Magdeburger §129a-Verfahren. Interview mit Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:44

Nach Monaten präsentierte die Bundesanwaltschaft (BAW) Mitte April den für sie so dringend benötigten "Dritten Mann", der ihr Konstrukt einer "terroristischen Vereinigung" in Magdeburg komplettieren soll. (vgl. ak 472) Wir sprachen mit dem Berliner Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff, der den festgenommenen Carsten Sch. vertritt.

Am 16. April wurde Ihr Mandant in Magdeburg festgenommen. Was wird Carsten Sch. konkret vorgeworfen?

Ulrich von Klinggräff: Laut Haftbefehl soll mein Mandant Mitglied einer so genannten terroristischen Vereinigung gemäß §129a StGB mit dem Namen kommando freilassung aller politischer gefangenen gewesen sein. Im Haftbefehl werden insgesamt vier Brandstiftungsdelikte aus dem Zeitraum zwischen August 2001 bis März 2002 aufgeführt, die sich gegen zwei Neuwagen vor einer DaimlerChrysler-Niederlassung und gegen zwei Fahrzeuge der Deutschen Telekom sowie gegen das Gebäude des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt und gegen ein Dienstfahrzeug des Bundesgrenzschutzes richteten.

Auf welche Beweise stützen sich die Ermittlungsbehörden?

Die bisherige Akteneinsicht zeigt, dass die Beweislage ausgesprochen dürftig ist. So wird beispielsweise darin seitenweise aus internen Papieren einer Gruppe mit Namen Autonomer Zusammenschluss aus Magdeburg zitiert. Die Vorwürfe gegen meinen Mandanten bewegen sich dagegen alle im Bereich der Mutmaßungen und Schlussfolgerungen. Konkrete Hinweise auf strafbare Handlungen im Sinne des §129a sind dabei nicht erkennbar.

Auch bei den beiden anderen in diesem Zusammenhang Inhaftierten ist das nicht viel anders. Bei Daniel W. behauptet die BAW, seine Fingerabdrücke auf einem Paket gefunden zu haben, in dem ein Sprengsatz deponiert gewesen sein soll. Im Fall von Marco H. sollen bei einer Wohnungsdurchsuchung Materialien gefunden worden sein, die sich angeblich zur Herstellung von Brand- bzw. Sprengvorrichtungen eignen würden.

Ihr Mandant galt bereits nach den Verhaftungen von Marco H. und Daniel W. im November 2002 den Staatsschutzbehörenden als Beschuldigter, ebenso wie vier andere Magdeburger. Wieso gerieten gerade diese fünf Personen ins Visier von BKA und BAW?

Dazu kann man ausgesprochen wenig Konkretes sagen. Gemeinsam ist diesen fünf Personen nur, dass sie alle - jedenfalls zeitweilig - an Treffen des Autonomen Zusammenschlusses teilgenommen haben. Das Konstrukt der BAW läuft im Endeffekt auf die Behauptung hinaus, die Kernaktivisten dieser autonomen Gruppe hätten diese angebliche "terroristische Vereinigung" gebildet. Was die BAW zur Untermauerung dieses Konstrukts anzubieten hat, ist jedoch relativ schwach. Da werden Konzeptpapiere von einem Wochenendtreffen präsentiert, wo angeblich über die Militanzfrage diskutiert worden sein soll. Es werden Papiere mit Wortbeiträgen Einzelner vorgelegt, auf denen dann besonders hervorgehoben ist, wenn sich derjenige positiv zur Militanzfrage im Allgemeinen geäußert hat. Um konkrete Anschläge oder Anschlagsvorbereitungen ging es dabei nie.

Meinem Mandanten war spätestens nach der Durchsuchungswelle im November 2002 klar, dass er zum Kreis der Beschuldigten gehört. Er wusste auch, dass gegen ihn Observationen laufen. Ebenso war ihm bekannt, dass ein anderer Beschuldigter bei einer Vernehmung Aussagen gemacht hat, bei der intensiv nach meinem Mandanten gefragt wurde. Trotzdem hat er weiterhin in Magdeburg Politik gemacht und sich dabei vor allem in der Solidaritätsarbeit zu den beiden im November Inhaftierten engagiert - was die BAW nun als Indiz für eine angebliche Führungsrolle meines Mandanten in der autonomen Gruppe deutet.

Rechnen Sie mit weiteren Festnahmen?

In §129a-Verfahren ist die Verhängung von Untersuchungshaft erleichtert. Beispielsweise muss der konkrete Nachweis von Fluchtgefahr nicht geführt werden. Es reicht alleine aus, dass ein gewisser Tatverdacht im Sinne der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" besteht. Diesen Umstand will man sich offensichtlich zu Nutze machen.

Ich denke, selbst die BAW weiß, wie unzureichend das von ihr vorgelegte Beweismaterial ist. Will sie im Prozess eine Verurteilung erreichen, müsste sie hier noch nachlegen und die Vorwürfe unterfüttern. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass die Verhängung des Haftbefehls gegen meinen Mandanten der Versuch ist, mittels einer Art Beugehaft ihn, aber auch andere Personen unter Druck zu setzen, um Aussagen zu machen bzw. an weiteres Belastungsmaterial zu kommen. Und insofern halte ich es auch nicht für undenkbar, dass mit weiteren Verhaftungen zu rechnen ist.

Besteht Ihrer Ansicht nach Aussicht, das §129a-Konstrukt der BAW zu Fall zu bringen?

Ich rechne fest damit, dass wir es zu Fall bringen werden. Das Konstrukt der BAW setzt eine Vereinigung voraus, zu der mindestens drei Personen gehören. Die Verhaftung meines Mandanten etliche Monate später, ohne dass in der Zwischenzeit wesentlich neue Beweismittel erlangt wurden, zeigt, welche massiven Probleme die BAW hatte, einen "Dritten Mann" überhaupt in dieses Verfahren mit hineinzuziehen.

Und was die BAW bezüglich dieses "Dritten Mannes" präsentiert, ist wenig überzeugend. Es gibt überhaupt keinen einzigen konkreten Hinweis, dass mein Mandant an irgendeinem der ihm zur Last gelegten Anschläge in irgendeiner Art beteiligt war. Was die BAW hier anführt, sind alles nur Mutmaßungen. Also auch unabhängig von der Frage, ob wir es hier überhaupt angesichts der Umstände, wie es zu diesem "Dritten Mann" gekommen ist, mit einer Vereinigung im Sinne des §129a zu tun haben, lässt sich meiner Ansicht nach mit dem, was von den Ermittlungsbehörden bisher vorgelegt wurde, der Vorwurf nach §129a insgesamt nicht halten.

Interview: mb., Berlin

Seit den ersten Verhaftungen im November arbeitet eine Soligruppe, die die Gefangenen unterstützt. Für diese Arbeit werden dringend Spenden benötigt: Rote Hilfe Magdeburg, Konto: 371 519 49, Stadtsparkasse Magdeburg, BLZ 810 532 72. Verwendungszweck: Soligruppe. Weitere Informationen unter: www.soligruppe.de

4. Offene Kraftprobe. SPD provoziert Gewerkschaften

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: SPD; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:41

Das Tischtuch zwischen SPD und DGB scheint zerschnitten. Mit seiner Weigerung, am Sozialabbauprogramm Agenda 2010 auch nur ein Stückchen zu ändern, zwang Kanzler Schröder den DGB - insbesondere die IG Metall, ver.di und die IG BAU -, Konsequenzen zu ziehen. So wurde das Treffen des SPD-Gewerkschaftsrates am 6.5. von den Gewerkschaftsführern mit SPD-Parteibuch kurzfristig abgesagt - eine zwingend logische, aber dennoch ungewöhnliche und so nicht erwartete Reaktion.

Seither werden zumindest die Wortgefechte immer härter. Sollte die Agenda 2010 auf dem Sonderparteitag der SPD in unveränderter Form verabschiedet werden, wovon zur Zeit auszugehen ist, wäre das bisherige Rollenverständnis von SPD und DGB überholt. Dabei hielt sich die Bereitschaft der bundesdeutschen Gewerkschaftsvorsitzenden zum Konflikt mit der sozialdemokratischen-grünen Bundesregierung bisher in engen Grenzen. Im Vorfeld der letzten Bundestagswahl trugen die Gewerkschaften die neoliberalen Politikvorschläge der Hartz-Kommission noch aktiv mit. Und nun? Alles vergessen und vorbei? Das Bündnis für Arbeit ist geplatzt, und Schröder bringt seine Agenda 2010 auf den Weg, mit all den Grausamkeiten, deren Umsetzung die Arbeitgeberverbände schon seit Jahren fordern. Eine Zustimmung zu diesem Generalangriff auf soziale Errungenschaften wäre auch für die notorisch kompromissbereiten DGB-Gewerkschaften die totale Selbstaufgabe.

In der veröffentlichten Meinung gelten sie ohnehin seit Monaten als Bremser und Blockierer des "notwendigen sozialen Wandels". Der Leitkommentar des Handelsblattes (5.5.03) bringt es auf den Punkt: "Der soziale Frieden gehört zu den wichtigsten Gründungsmythen der Bundesrepublik Deutschland." Diese "Mythen" gilt es nun zu knacken: "Ein Frieden in Knechtschaft kann viel schlimmer sein als ein Krieg um Befreiung." Auch die Wirtschaftspresse weiß, dass die Gewerkschaften bisher wesentlichen Anteil an der Sicherung dieses sozialen Friedens hatten - eines Friedens, der bisher dem Kapitalismus nutzte, ihn jetzt aber einengt. Indem sie am "Mythos" des sozialen Friedens und anderem Althergebrachten festhalten, werden die Gewerkschaften zum "politischen Rammbock gegen die Regierung. Ihre immer schrillere Kritik am Kanzler oszilliert bis in das Vokabular von Verfassungsfeinden", meint der Handelsblatt-Chefredakteur Bernd Ziesemer. Da könnten sich ganz neue Aufgabenfelder für Schily und Co. ergeben.

Allein, die Gewerkschaftsvorsitzenden sind noch nicht recht bereit, diese Rolle auszufüllen. Kein Geringerer als der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel beklagte sich bitterlich darüber, dass Schröder im Vorfeld der Verkündung seiner Agenda 2010 weder die Reformbereitschaft noch die Kompromissfähigkeit der Gewerkschaften ausgelotet habe. Dabei wäre ein Kompromiss - übersetzt: die Bereitschaft, Sozialabbau in abgefederter Form mitzutragen - sowohl beim Kündigungsschutz, bei der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe als auch bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes möglich gewesen. Kanzler Schröder, sein rot-grünes Kabinett und die sozialdemokratische Partei halten die Gewerkschaften aber offensichtlich für so geschwächt, dass sie Rücksichtnahme auf die gewerkschaftlichen Regierungsmacher und die eigenen ParteikollegInnen im Gewerkschaftsapparat nicht mehr für nötig erachten.

Doch es könnte sich rächen, den bisherigen Bündnispartner DGB und dessen Einzelgewerkschaften in dieser Form vorzuführen. Denn auch bei den Mitgliedern und in den Betrieben wächst die Bereitschaft, stärker in die Auseinandersetzung zu gehen. Nicht dass die kapitalistische Produktionsweise in Frage gestellt würde; es geht den meisten schlicht um eine "gerechte" Verteilung der Lasten. Zu Opfern für den Erhalt des Standortes wären sie durchaus bereit. Wäre diese Kompromisslinie angeboten worden, dann würde sich der Unmut in Grenzen halten. Aber genau darum geht es in der jetzigen Phase nicht mehr. Die "Verkrustungen des Sozialstaates" sollen aufgebrochen werden, bisherige Sicherheiten nicht mehr gelten. Den Sekundanten des Kanzler gibt der BDI-Präsident Rogowski, vor der Bundestagswahl noch Schröders erklärter Gegner, der dazu auffordert, "die Agenda 2010 eins zu eins umzusetzen." Um gleich darauf hinzuweisen, dass die angekündigten Einschnitte noch nicht ausreichen würden, "damit die Wirtschaft wieder floriert".

Da die Gewerkschaften bei diesem "Aufbruch" nur stören, muss das bisherige "natürliche Bündnis" von DGB und SPD aufgekündigt werden. Genau dies ist die Politik, die der Parteivorsitzende der SPD derzeit exekutiert.

Wiederhergestellt werden könnte das Bündnis nur, wenn die DGB-Gewerkschaften die Rolle als verlängerter Arm der Schröderschen Regierungspolitik akzeptieren würden.

Der DGB und einige Einzelgewerkschaften reagieren mit Gegenmobilisierungen zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 12. bis 17. Mai und einer abschließenden Demonstration am 17. Mai in Berlin. Eine Woche vor dem SPD-Sonderparteitag sind am 24. Mai in acht Orten Kundgebungen gegen Sozialabbau geplant. Der Grad der Beteiligung an diesen Aktionen wird nicht unerheblichen Einfluss auf die innergewerkschaftliche Positionsfindung gegenüber der SPD haben. Für die rotgrüne Bundesregierung und die Arbeitgeberverbände wird sie ein Gradmesser sein, ob der Sozialabbau ohne gesellschaftliche Widersprüche oder Risse durchsetzbar ist.

Georg Wißmeier

5. Von Godesberg nach Berlin. Schröder und Scholz schlachten die Linken - und die SPD

Autor: dk. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:20

Vieles spricht dafür, dass der 1. Juni 2003 einmal ein historisches Datum wird, ähnlich wie der 15. November 1959. Damals gab sich die deutsche Sozialdemokratie ihr Godesberger Programm und schwor dem Sozialismus ab. Heute liquidieren Schröder-Scholz-Müntefering die Reste sozialdemokratischer Reformtraditionen.

Egal ob Schröder auf dem SPD-Sonderparteitag in Berlin einige kosmetische Veränderungen an seiner Agenda 2010 vornimmt oder nicht - das wesentliche Ergebnis steht jetzt schon fest: Die SPD wird die drakonischen Einschnitte bei den Sozialleistungen akzeptieren. Sie wird ihrem Chef nicht die Gefolgschaft verweigern, und die SPD-"Linke" wird wie ein geprügelter Hund in die Ecke kriechen und ein für alle Mal das Maul halten, zahnlos ist dieses ja schon jetzt.

Linkes Schattenboxen

Das, was bei den Grünen "Regierungslinke" heißt, schimpft sich auf sozialdemokratisch "parlamentarische Linke". Die Sozialpsychologie beider Gruppierungen ist indes dieselbe: Innerparteilich völlig marginalisiert, jederzeit erpressbar durch schier übermächtige Führungsfiguren, leidet man meist still und leise vor sich hin an dem unauflöslichen Widerspruch zwischen dem eigenen Image und dem tiefen Bedürfnis, dazuzugehören: zur Regierungsbank, zu den "GestalterInnen", zu denen, die ab und an mal interviewt werden. Ihre größte Angst besteht darin, keine "ernst zu nehmenden GesprächspartnerInnen", "unmodern", oder - ganz, ganz schlimm - "ideologisch verbohrt" und - wahlweise - "traditionalistisch" oder "fundamentalistisch" zu sein. Bei so viel Furcht vor Entzug von Anerkennung, Listenplätzen und Wahlkreisen wird das Rückgrat zu reinstem Glibber.

Die Fischers und Schröders halten sich ihre linken Hinterbänklerinnen wie possierliche Haustierchen, Unterschiede gibt es nur in den Domestizierungstechniken. Während bei den Grünen ohne erkennbare Eingriffe von oben erstmal intensiv diskutiert werden darf, bevor seine Majestät sagt, wo's lang geht, wird bei der SPD schon im Vorfeld kräftig gedroht. So verstieg sich SPD-Generalsekretär Olaf Scholz schon zu diversen Mitgliederbeschimpfungen und erhob die SPD-Statuten zu Verfassungsrang, als er das jetzt laufende Mitgliederbegehren an den Rand eines "Verfassungsbruchs" stellte. Und lange vor dem 1. Juni drohte Schröder seiner Partei erneut mit der Vertrauensfrage, wenn sie seiner Agenda nicht vorbehaltlos zustimmen sollte.

Diese Unterschiede im Vorfeld beider Sonderparteitage zeigen am deutlichsten, dass die Konsequenzen des 1. Juni für die SPD ungleich dramatischer sind als für die Grünen. Bei beiden werden die sog. Parteilinken abgewatscht werden, doch im Unterschied zu den Grünen wird gleichzeitig eine ganze Tradition, ein ganzes Milieu ein für alle Mal erledigt. Das Thema "soziale Gerechtigkeit" war nie ein wirklich grünes Thema, SozialpolitikerInnen bei den Grünen hatten schon immer einen leichten Exoten-Touch. Entsprechend leicht fällt es einer Partei, die sich zunehmend aus FreiberuflerInnen und (Öko-)Unternehmerinnen rekrutiert, sich auf das Modernisierungsgeseiere bei den sozialen Sicherungssystemen oder auf die Lüge von den Lohnnebenkosten einzulassen. Für Grüne ist es eben nicht so klar, wer die "Schwachen" in der Gesellschaft sind: Sind's die Alten oder die Jungen? Die Erwerbslosen oder die Arbeitsplatzbesitzer? Bei so viel Verwirrung kommt einem gar nicht in den Sinn, dass die eigentlichen Frontlinien vielleicht ganz woanders laufen könnten.

Eine Partei wird entsorgt

Die Sozi-Seele ist da eindeutig empfindsamer. Bei vielen, gerade älteren SozialdemokratInnen gibt es bei aller Spießigkeit und allem Konservativismus ein Verständnis von "sozialer Gerechtigkeit", das an ein Verständnis von oben und unten, arm und reich gebunden ist: Für diese SozialdemokratInnen ist es nicht klar, warum Reiche keine Vermögenssteuer zahlen sollen. Bei aller Hetze über "arbeitsscheue Erwerbslose" wissen viele, was Massenentlassungen sind und wer daran schuld ist. Und für die meisten sind die paritätisch finanzierten, staatlich organisierten sozialen Sicherungssysteme ein zentrales Element von gesellschaftlichem Fortschritt. Viele denken bei "Reform" an Willy Brandt und zucken irritiert bis erschrocken zusammen, wenn ihr Boss die

Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre oder die Demontage des Kündigungsschutzes zur "Reform" erklärt.

Der Saarländer Schreiner ist der letzte bekanntere Repräsentant der Reform-Sozialdemokratie, und nichts macht deutlicher, wie weit der Umbau der SPD vorangeschritten ist. Selbst die "parlamentarische Linke" steht eher auf Seiten der Modernisierer. So ist deren Anführer Michael Müller schon eilfertig dem Genossen Bundeskanzler zur Seite gesprungen, als dieser die rot-grüne Kanzlermehrheit beschwor und dabei dem starrköpfigen Schreiner ein's zwischen die Hörner gab.

Trotz des Medienwirbels um Schreiner, Müller oder das Mitgliederbegehren - ein wirklich ernsthafter innerparteilicher Protest gegen Schröder ist nicht zu erkennen. Nur 5.000 Mitglieder sollen bisher das Mitgliederbegehren unterschrieben haben. Der Protest äußert sich eher indirekt: in Resignation, Parteiaustritten oder innerer Emigration/Wahlenthaltsamkeit. Eine offene Revolte gegen den eigenen Kanzler ist nicht die Sache eines/r deutschen SozialdemokratIn, da ist sie/er doch zu sehr ParteisoldatIn.

Es geht am 1. Juni 2003 nur vordergründig darum, eine weitere Niederlage der Restlinken in der SPD zu konstatieren. Sehr viel bedeutsamer ist der strukturelle Wandel, der in Berlin besiegelt wird. Wenn die SPD am 1. Juni die Agenda 2010 durchwinkt, dann beschert sie sich ihr zweites Godesberg. Am 15. November 1959 endete ein langer Verpuppungsprozess, und aus einer ArbeiterInnen- wurde eine Volkspartei. Am 1. Juni endet die Metamorphose vom sozialdemokratischen sozialen Reformismus zur modernistischen Funktionärspartei ohne spezielle soziale Anbindung und mit einer neoliberal-autoritären politischen Orientierung.

dk.

6. Ökonomische Wende in Köln. Über die RZ und andere AhnInnen des 6. antirassistischen Grenzcamps

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:31

Die Entscheidung hatte durchaus Haken (vgl. ak 470), doch mittlerweile ist es sicher: Vom 31.7.-10.8. findet in Köln das 6. antirassistische Grenzcamp statt - inklusive dreitägigem Auftaktforum. Auch dieses Jahr steht das Camp im Kontext mit zahlreichen antirassistischen Camps sowie globalisierungskritischen Gipfelmobilisierungen quer durch Europa. Nicht zuletzt deshalb soll für Köln auch international mobilisiert werden.

Das Camp steht unter dem fast schon episch anmutenden Motto "Out for Control. Für globale Bewegungsfreiheit. Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen". Worum es konkret geht, verrät der Aufruf. Er hebt an mit der schlichten Feststellung: "Rund um den Globus machen sich täglich unzählige Menschen auf den Weg." Mit anderen Worten, das Camp sucht den Schulterschluss mit dem, wofür sich in jüngerer Zeit immer stärker die Rede von der "Relativen Autonomie von Flucht und Migration" durchgesetzt hat. Als Gegenpol steht dem, so der Aufruf weiter, das Bestreben insbesondere der reichen Industrieländer gegenüber, Flucht- und Migrationsbewegungen unter Kontrolle zu bringen: "Mittels Migrationspolitik versuchen sie, MigrantInnen und Flüchtlinge gemäß ökonomischer Verwertungslogik aufzuspalten: Auf der einen Seite stehen die, deren billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskraft erwünscht ist ... Auf der anderen Seite stehen die Unerwünschten, für die es keine Verwendung gibt, aus denen kein Profit geschlagen werden kann." Betont wird, dass "Flüchtlinge und MigrantInnen jederzeit von der einen in die andere Gruppe geraten können, auch ohne eigenes Zutun".

Moderne Migrationspolitik

Anschaulich ausbuchstabiert werden solle diese generelle Programmatik in drei Praxis- bzw. Themenblöcken. "Kontrolle & Überwachung": Angekündigt sind Aktionen gegen die deutsche IOM-Zentrale in Bonn, das Ausländerzentralregister in Köln und rassistische Personenkontrollen am Kölner Hauptbahnhof. "Arbeit & Verwertung": In diesem Block sollen weniger konkrete Aktionsziele denn Thematiken benannt werden, unter anderem: Weltmarkt und internationale Migration; Lebens- und Arbeitsbedingungen von (illegalisierten) ArbeitsmigrantInnen; Geschlechtsspezifik von Flucht und Migration; Zwangsarbeit als zentrale historische Dimension von Arbeit und Verwertung. "Abschiebung & Abschreckung": Geplant ist hier u.a., die Abschiebeflughäfen Düsseldorf bzw. Köln/Bonn "lahm zu legen", auch soll es zum Frauenabschiebeknast nach Neuss gehen, schließlich soll die schwarz-grüne Stadtregierung in Köln "unter Druck" gesetzt werden, aus dem Abschreckungsgeschäft auszusteigen. Dabei wird vor allem "das Recht auf freie Wohnungswahl für alle Flüchtlinge, die das wünschen", gefordert.

Insgesamt wird deutlich, das Kölner Camp liegt im Trend, jedenfalls programmatisch: Es vollzieht dieselbe "ökonomische Wende" wie bereits das Anfang Mai in Hannover über die Bühne gegangene kein mensch ist illegal-Forum. (vgl. ak 471) Im Zentrum von Antirassismus sollen nicht mehr nur Fluchtursachen, Lebensbedingungen von Flüchtlingen und drohende Abschiebungen stehen, sondern auch Arbeitsmigration und ihre globalen Hintergründe. Nicht zuletzt soll die substanzielle Verschränkung von Flucht und Migration thematisiert werden, insbesondere die Tatsache, dass nackte Verwertungslogik zunehmend zum zentralen Dreh- und Angelpunkt moderner Migrationspolitik avanciert. Einher geht das mit dem Versuch, Antirassismus zunehmend mit anderen Gruppen bzw. Teilbereichsbewegungen kurzzuschließen, mag es sich um GlobalisierungsaktivistInnen, selbstorganisierte Hausarbeiterinnen oder linke GewerkschafterInnen handeln.

Diese Neuausrichtung von Antirassismus ist insofern bemerkenswert, als ihre Wurzeln weit zurückreichen. So haben sich bereits in den 1980er Jahren - damals gab es Antirassismus als eigenständige Teilbereichsbewegung noch überhaupt nicht - die Revolutionären Zellen (RZ) für eine ökonomische Fundierung von Antirassismus stark gemacht. Zu Beginn ihrer so genannten Flüchtlingskampagne 1986 schreiben sie im Zorn-Extra Nr. 9, dass "Migrationsbewegungen ... nur die Rauchschwaden eines Vulkans" wären, "Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt; die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3. Welt". Die antiimperialistische

Linke müsse deshalb "den Willen und die Entschlossenheit der Flüchtlinge" unterstützen, "aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung" zu artikulieren.

F-Kampagne der RZ

Inwieweit Flüchtlinge und MigrantInnen ein "mögliches Klassensubjekt" wären und inwieweit sich deren Kämpfe "mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden" ließen, das hingegen wurde seitens der RZ eher skeptisch eingeschätzt. Schließlich ist es auch die RZ gewesen, die bereits früh die Verwertungswut rassistischer MigrationsbürokratInnen angeprangert hat: "Sie werden sich die menschlichen Rosinen sprich: (aus-)gebildete, leicht integrierbare Menschen aus dem Trikont und zukünftig auch aus der Sowjetunion herauspicken und den Rest - sofern nicht kurzfristig verwertbar - abschieben." (Anschlagserklärung Ausländeramt Böblingen 1991) Aber auch in anderen, nicht ausdrücklich sozialrevolutionär gesonnenen Zusammenhängen ist das Wissen um die politökonomische Dimension von Flucht und Migration eine Selbstverständlichkeit gewesen: So heißt es z.B. in der Einleitung eines im iz3w-Verlag 1993 erschienenen Sammelbandes lapidar: "Ignoriert wird dabei, dass die Globalisierung der Waren- und Arbeitsmärkte, die Migrations- und Fluchtbewegungen und die Brandstifter an den Schreibtischen und auf der Straße zusammengehören. Wer vom Rassismus redet, sollte vom Weltmarkt nicht schweigen."

Allein, die theoretischen Einsichten mögen noch so hellsichtig gewesen sein, in der konkreten antirassistischen Praxis hat sich hiervon kaum etwas niedergeschlagen. Die Gründe hierfür sind vielfältig, einige seien benannt: Anfang der 1990er Jahre ist es in Deutschland zu einer Eskalation rassistischer Gewalt und Verfolgung gekommen. Auf der einen Seite standen zahlreiche, vielerorts stillschweigend geduldete Anschläge bzw. Pogrome gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, auf der anderen Seite diverse Maßnahmen des Staates: Die faktische Abschaffung des Asylrechts 1992, zusätzliche Schikanen gegen Flüchtlinge im Zuge der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 und schließlich ein explosionsartiger Anstieg von Abschiebungen. Allein zwischen 1988 und 1993 hat sich die Zahl von 3.000 auf über 30.000 Abschiebungen verzehnfacht. Die antirassistische Linke ist hierdurch weitgehend in die Defensive geraten. Eigenständige, etwa sozialrevolutionäre Akzentsetzungen waren kaum noch möglich, die alltägliche Arbeit hat sich stattdessen auf die Abwehr des Allerschlimmsten beschränkt - nicht selten in Gestalt konkreter Unterstützungsarbeit.

Antirassismus in der Defensive

Hinzu kam, dass die politische Auseinandersetzung mit Lohnarbeit und Kapital innerhalb undogmatischer linker Zusammenhänge die gesamten 1980er und 1990er Jahre über nicht sonderlich populär gewesen ist. Das hat die breite Bezugnahme auf ArbeitsmigrantInnen und deren vielfältige, in der Regel alltägliche Widerstandspraxen zusätzlich erschwert. Schließlich dürfte es dem moralischen, auch rassistisch-paternalistisch aufgeladenen Rigorismus vieler Linker bestens zupass gekommen sein, sich vor allem um Flüchtlinge als den vorgeblich Allerärmsten kümmern (sic) zu können; stellt das doch die eigene Person deutlich weniger in Frage als die politische Bezugnahme auf relativ selbstbewusste ArbeitsmigrantInnen, die ohnehin nur, so der linke Subtext, ob des schnöden Lohnarbeitens nach Deutschland gekommen sind.

Heute hingegen ist so manches anders: Der rassistische Druck seitens Staat und Gesellschaft ist zwar weiterhin groß, dafür spielt mittlerweile für viele Linke die konkrete Thematisierung kapitalistischer Erwerbsarbeitsverhältnisse eine ungleich größere Rolle als ehedem. Dies dürfte einerseits mit dem generellen Ökonomisierungsschub zu tun haben, den linke Praxis spätestens seit Seattle, d.h. im Zuge praktischer und theoretischer Globalisierungskritik erfahren hat. Andererseits geht es vielen Linken heute selber an den Kragen. Die Zeiten, in denen der individuelle "Kohleerwerb" mehr oder minder Nebensache war, sind definitiv vorbei - Hartz lässt grüßen. Hierdurch ist "kapitalistische Erwerbsarbeit" quasi von selbst auf die linke Agenda geraten. Im antirassistischen Kontext hat das die Offenheit für Arbeitsmigration und verwandte Thematiken enorm erhöht - zusammen mit weiteren Geschehnissen wie z.B. die vor zwei Jahren erfolgte Debatte um das so genannte Zuwanderungsgesetz, in dessen Zentrum ja die ökonomische Dimension von Migration ebenfalls steht.

Widerständigkeit vs. Überlebensstrategie

Ungeklärt bleibt allerdings, welche politischen Perspektiven mit einer intensivierten linken bzw. antirassistischen Bezugnahme auf Arbeitsmigration verbunden sind. Nur noch wenige dürften derart ungestüm gesonnen sein wie Anfang der 1990er Jahre das AntiRassismusBüro Bremen: "Wir sahen in den ... Flüchtlingen die Vorhut der enteigneten trikontinentalen Massen und sahen angesichts unkontrollierbar steigender Flüchtlingszahlen das Potenzial für eine Überhitzung in Deutschland." (vgl. ak 444) Statt dessen heißt es heute zurückhaltender, z.B. in der zweiten Einladung zum kein mensch ist illegal-Forum in Hannover, dass die Autonomie der Migration "zwischen sozialer Widerständigkeit und individueller Überlebenspraxis" angesiedelt wäre. Ihr soziales Potenzial müsse ausgelotet, d.h. es müsse in Erfahrung gebracht werden, welche "(Über-)Lebens- und Kampferfahrungen in den Netzwerken der Migration" tatsächlich zirkulierten. Ähnlich, wenn auch radikaler, stellt kanak attak das Primat des subjektiven Faktors heraus: Kritisiert wird, dass die im Kontext der RZ-Flüchtlingskampagne entstandene Forderung für "Freies Fluten" von vielen Linken "weniger vom Standpunkt der emphatischen ‚Identifizierung mit dem Symptom des Ausschlusses` (Zizek), d.h. von den ‚subjektiven` Reproduktionsinteressen des nackten (Über)Lebens der MigrantInnen aus" unterstützt worden wäre, sondern vielmehr "aus der antiimperialistischen bzw. internationalistisch hergeleiteten ‚objektiven` Analyse des Ausbeutungsverhältnisses von Metropole und Trikont". (Fantomas Nr. 2) Mit anderen Worten, auch kanak attak fordert die Bezugnahme auf ArbeitsmigrantInnen und deren Kämpfe ein - Stichwort Kanak-Operaismus. Problematisiert wird indessen der Blickwinkel, aus dem das mitunter geschieht.

Last but not least: Am Anfang des diesjährigen Grenzcamps wird ein dreitägiges Auftaktforum stehen. Auf diesem soll es zum einen um die Camp-Schwerpunkte gehen, zum anderen um "prinzipielle Debatten" darüber, welche "politische und strategische Bedeutung" Antirassismus zukommt. Anders als auf den bisherigen Camps wird es also erstmalig hinreichend Platz für inhaltliche Auseinandersetzungen geben, ob über ökonomische Wendungen, die richtige Strategie, Antirassismus in die Offensive zu bekommen oder all die Fragen, die sich im Prozess intensivierter Kooperation zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund ergeben. Wer Interesse hat, etwas anzubieten, so die OrganisatorInnen, soll sich bitte bei ihnen melden. Adressen, Aufruf und weitere Materialien sind unter www.nadir.org/camp03 zu finden.

Gregor Samsa

7. Im Fadenkreuz der Kritik. Die IOM - Organisatorin des globalen Menschenhandels

Autor: Franck Düvell · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:21

Die International Organisation for Migration (IOM) ist eine wenig bekannte Organisation. In der Bundesrepublik hat sie sich vor allem durch ihre Programme zur "freiwilligen Rückkehr" einen Namen gemacht. Weltweit engagiert sich die IOM jedoch auf vielen Politikfeldern. In jüngster Zeit häuft sich allerdings die Kritik an ihrer Politik und Praxis des "Migrationsmanagements".

So koordinierte etwa das internationale Netzwerk no border im Oktober 2002 einen Aktionstag unter dem Motto "Against the global migration management - for Freedom of Movement" und meinte damit vor allem die IOM. Auch der Roma National Congress (RNC) in Hamburg gehört zu den Kritikern dieser Agentur. Für den RNC ist die IOM nichts anderes als ein "Feind des Volkes der Roma", die maßgeblich die Beseitigung der Roma aus Westeuropa betreibt. Aber auch noch in anderer Hinsicht hat sich die IOM den Zorn des RNC zugezogen. Vor dem Europäischen Menschengerichtshof in Straßburg führt der Roma National Congress nämlich gegen die IOM einen Prozess, weil er sie beschuldigt, die Auszahlung der Entschädigungsgelder an ehemalige ZwangsarbeiterInnen in unverantwortlicher Weise zu verzögern.

Für Tony Bunyan von Statewatch ist die IOM schlicht eine "sehr gefährliche Organisation" und in Australien beschuldigen amnesty international (ai) und die Grünen die IOM des Bruches der Genfer Flüchtlingskonvention, während der britische Flüchtlingsrat (Refugee Council) die IOM für ihre Rolle bei der Rückführung von afghanischen Flüchtlingen kritisiert. In Quito/Ecuador demonstrierten Angehörige von in Spanien arbeitenden ErntearbeiterInnen gegen ein von der IOM eingefädeltes Migrations- und Rückführungsabkommen. Auch Mitarbeiterinnen von Migrantinnen- und Prostituierteninitiativen sowie Kampagnen gegen den Frauenhandel äußern zunehmend Unmut über die Rolle der IOM. Kritik und Protest allüberall.

Die IOM mit Sitz in Genf wurde 1951 im Zeichen des Kalten Krieges von den westlichen Alliierten als Zwischen-Regierungsorganisation gegründet. Sie basiert nicht auf einem internationalen Vertrag, sondern auf einer Satzung. Anders als oft angenommen ist die IOM nicht Teil der Struktur der Vereinten Nationen. Anfänglich war sie sogar als Gegenorganisation zum UNHCR konzipiert und sollte die - zunächst überwiegend europäische - Nachkriegsmigration nach vorwiegend ökonomischen und politischen Gesichtspunkten gestalten. Heutzutage arbeiten IOM und UNHCR jedoch häufig Hand in Hand.

Mittlerweile wurde die IOM den Erfordernissen der Globalisierung angepasst und wandelt sich von einem bloßen Instrument zu einem politischen Akteur. Sie ist eine transnationale Organisation, agiert außerhalb jedweder direkter demokratischer Kontrolle und beansprucht für sich die Rolle "der führenden internationalen Organisation für Migrationsmanagement". Ihre Programme gelten einerseits der Weiterflucht und Rückkehr, sie setzen am Prinzip eines Rechtes auf Rückkehr nach unfreiwilliger Vertreibung an. Andererseits gelten die Programme aber auch der Migrationskontrolle, dem Aufbau von - dem europäischen ähnlichen - Migrationsregimes, der Einführung von Ausländer- und Einwanderungsgesetzen, Einrichtung von Grenzkontrollen, Flüchtlings- und Abschiebelagern.

Kritik, Protest, Klagen

Neuerdings hat die IOM auch das Management von Anwerbungsprogrammen für in Europa begehrte Arbeitskräfte übernommen und ist beispielsweise in das Green-Card-Projekt sowie ähnliche Programme in Finnland, Italien und Spanien eingebunden. Zudem führt sie ein Gesundheitsscreening für Wanderungswillige durch. Darüber hinaus spielt sie eine Rolle bei der Einsetzung der zivilen Verwaltung im Kosovo, der Entwaffnung von Unita-Rebellen in Angola oder der Durchführung der Entschädigungsprogramme für nicht-jüdische Opfer der NS-Zwangsarbeiterpolitik. Die IOM ist eine rasch wachsende und immer komplexer werdende Organisation. Innerhalb von wenigen Jahren hat sie die Zahl ihrer Niederlassungen verdoppelt und ihren Aufgabenbereich stark ausgeweitet.

Internationale Agentur ohne Kontrolle

Heute hat die IOM 93 Mitgliedsstaaten, 19 regionale Koordinationszentren und über 100 Niederlassungen. Die IOM hat Anspruch auf öffentliche und private Gelder, sie hat juristische Vollmachten und ihre MitarbeiterInnen genießen Immunität. Gelegentlich gebärdet sich die IOM auch als Migrationsunternehmen und bezeichnet jene Regierungen, in deren Interesse sie tätig wird, als "Kunden". Ein wichtiger Partner sind außerdem die 88 großen internationalen Fluggesellschaften, mit denen die IOM Preisnachlässe von bis zu 60 Prozent ausgehandelt hat. Im großen und ganzen favorisiert die IOM die von der Weltbank vorgeschlagene Politik der Kooperation mit NGOs, die als Geldempfänger der IOM bzw. deren Mitgliedstaaten die eigentliche Basisarbeit machen.

Mittlerweile hat die IOM in den meisten europäischen Staaten Büros eingerichtet. In Deutschland, England, Belgien, Holland und anderswo koordiniert sie vor allem die Programme zur so genannten freiwilligen Rückkehr von überwiegend abgelehnten Asylsuchenden. Auf Grund ihres internationalen Netzwerkes kann die IOM diese Rückkehrprogramme effizienter, kostengünstiger und weniger kontrovers betreiben, als beispielsweise herkömmliche Abschiebungen.

Das bisher krasseste Beispiel über die Arbeit der IOM ist aus Australien/Nauru bekannt geworden. Um die Zuwanderung von Flüchtlingen vor allem aus Afghanistan, dem Iran und dem Irak abzuwehren, führte die australische Regierung die "pazifische Lösung" ein. Flüchtlinge und "Boat people" werden vor den Küsten des Landes abgefangen und häufig unter Anwendung von Gewalt auf die Pazifikinsel und eigenständige Republik Nauru gebracht. Dort hat die IOM zwei Internierungslager für insgesamt 1.300 Menschen, darunter auch viele Kinder, eingerichtet und betreibt diese. Unter gleißender Sonne und auf der durch den Phosphatabbau ökologisch verwüsteten und vergifteten Insel sind die Flüchtlinge auf unbestimmte Zeit eingesperrt. Sie dürfen die Lager nicht verlassen. Bei Protest werden sie in Einzelhaft genommen. Für JournalistInnen, RechtsanwältInnen sowie amnesty international besteht ein Einreiseverbot. Diese Politik sei "unmenschlich" und die Lage in den Lagern "höllisch", so ai. Neben diesem Lager betreibt die IOM ein weiteres auf der Militärbasis der Insel Manus/Papua Neu-Guinea.

In der Ukraine ist die IOM ebenfalls an der Einrichtung zweier Flüchtlingslager beteiligt. Dort drängt sie die Regierung auf die Überwachung ihrer ehemals offenen Grenzen nach Russland und Moldawien. Um zu demonstrieren, wie ein effizientes Grenzregime aussieht, organisierte sie in diesem Zusammengang für die Grenztruppen eine Reise zum mexikanisch-amerikanischen Grenzzaun.

In Frankreich führt die IOM in dem bei Calais gelegenem Flüchtlingslager Sangatte so genannte Informationsseminare durch, mit denen sie die Menschen von ihrem eigentlichen Ziel abzubringen versucht, nämlich nach England zu gelangen. Bislang mit wenig Erfolg, nur 17 von 17.500 Menschen ließen sich auf die "freiwillige Rückkehr" ein. Daraufhin wurden andere Töne angeschlagen. Die englische Regierung vereinbarte mit der französischen die Auflösung des Lagers. Zunächst hieß es, während der UNHCR für ca. die Hälfte der Insassen Asylverfahren betreiben soll, soll die IOM die andere Hälfte "freiwillig" in deren Herkunftsländer schaffen, wer dem nicht nachkommt, soll regulär abgeschoben werden. Nach weiteren Verhandlungen wurde es dann der Hälfte der MigrantInnen doch noch gestattet, als Arbeitssuchende nach England einzureisen.

Auch die Verhältnisse in Westafrika sind der IOM ein Dorn im Auge, das "freie Fluten" soll nun ein Ende haben. Auf einer Konferenz schlug die IOM den dortigen Regierungen Staatsangehörigkeits- und Ausländergesetze, die Einführung von Personalausweisen, sowie Grenzkontrollen zur Regulierung der Wanderungsbewegungen vor. Dies erinnert ein wenig an die Fortführung der kolonialen Politik der willkürlichen Grenzziehung und Staatenbildung.

In Deutschland hat die IOM Büros in Berlin und Bonn. Am Frankfurter Flughafen betreibt sie einen eigenen Schalter. Ihre Programme und Aufgaben werden im Rahmen von Partnerschaftsabkommen mit Kommunalbehörden oder Wohlfahrtsverbänden implementiert. Allein 2000 hat die IOM 75.000 Menschen im Rahmen ihrer so genannten freiwilligen Rückkehrprogramme aus Deutschland ausgeflogen. An der "Freiwilligkeit" der Rückführungen werden allerdings immer mehr Zweifel laut. Tatsächlich ist es so, dass die IOM zwar das Prinzip der Freiwilligkeit aufstellt, die genannten Personengruppen aber überwiegend solche sind, die einer Ausreise- und Rückkehrpflicht unterliegen.

Aktionsgebiet: Weltweit

Über die von der IOM koordinierten "freiwillige" Rückkehrer-Flüge berichtet Georg Classen: ",Freiwillig` bedeutet zumindest in Berlin, dass die Betroffenen durch Arbeitsverbot und vollständige Streichung der Sozialhilfe zur Teilnahme genötigt werden. Wer sich nicht für einen solchen Flug anmeldet, wird aus dem Wohnheim exmittiert und obdachlos ausgesetzt, ausgehungert und erhält keinerlei medizinische Versorgung mehr." Genau genommen hält sich die IOM also nicht an ihre eigenen Anforderungskriterien. So werden die Rückkehrprogramme sogar im Abschiebegefängnis Büren angeboten. Unbestätigte Meldungen besagen, dass dies auch in dem neuen Ausreisezentren Bramsche geschieht. Der UNHCR hat demgegenüber "Freiwilligkeit" definiert als "die Abwesenheit von Maßnahmen, die den Flüchtling zur Heimkehr drängen, ... die Abwesenheit jeglichen physischen, psychologischen oder materiellen Drucks". Mit der "Freiwilligkeit" dieser Programme ist es also nicht weit her.

Kontroversen lösen auch die IOM-Programme gegen den "Frauen- und Menschenhandel" aus. Sogar EUROPOL warf der IOM vor, diesen Begriff viel zu weitgehend auszulegen. Während er juristisch klar als "Gewalt, Bedrohung oder Missbrauch" definiert wird, versteht die IOM darunter jegliche ungesetzliche Bewegung von Menschen. In der Tat scheint es also vielmehr um die Verunglimpfung und Kriminalisierung von Migration zu gehen. Schaut man einmal genauer hin, ist festzustellen, dass 2000 nur 0,16 Prozent aller Rückführungen Opfer von Frauen- und Menschenhandel waren.

Die IOM beansprucht für sich, "Migration zum Nutzen aller zu managen" und dabei die "Menschenwürde und das Wohlergehen von Migranten aufrechtzuerhalten". Doch die Beispiele Nauru oder die Anklage des RNC widerlegen dies. Vielmehr gibt es deutliche Anzeichen, dass es sich bei der IOM um eine keineswegs (nur) menschenfreundliche Organisation handelt. Gelegentlich wird hier das Rückkehrrecht mit einer Rückkehrpflicht verwechselt. Tatsächlich handelt diese Agentur nur "auf Ersuchen" und im Interesse ihrer Mitgliedstaaten. Da diese für die Leistungen bezahlen müssen, sind es vor allem die mächtigen und reichen Länder dieser Erde, für die die IOM tätig wird.

Handlanger eines globalen Migrationsregimes

Die IOM baut an einem globalen Migrationsregime nach neoliberalen Gesichtspunkten, indem sie das böse Spiel der Differenzierung zwischen nützlichen und unnützen MigrantInnen mitspielt. Man träumt dort bereits von einem General Agreement for the Movement of People (GAMP) ähnlich den Abkommen für Waren (GATT) oder Dienstleistungen (GATS). Ob dies zu einem Mehr an globaler sozialer Gerechtigkeit beiträgt oder das Prinzip der Bewegungsfreiheit garantiert, ist zweifelhaft. Verlierer, das zeichnet sich ab, sind die unerwünschten MigrantInnen, jene, die weder das "Glück" haben, als politisch Verfolgte anerkannt zu werden, noch zu denen gehören, deren Expertenwissen oder Arbeitskraft in den Wachstumsregionen dieser Welt gebraucht wird.

Franck Düvell

Der Autor ist Soziologe und Mit-Herausgeber/-Autor von "Die Globalisierung des Migrationsregimes", Berlin, Assoziation A, 2002

8. Gesundheit, effektiv und profitabel. ver.di wirbt für private Krankenzusatzversicherung

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Gesundheitspolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:26

Es ist ein besonderer Service. In der jüngsten Mitgliederzeitschrift Publik bietet die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ihren Mitgliedern in einer Anzeige Leistungen privater Versicherer an, die von der gesetzlichen Krankenkasse nicht mehr abdeckt werden oder werden sollen, z.B. Sterbegeld- und Krankenzusatzversicherungen. Zu Sonderkonditionen, versteht sich.

Zu den Zusatzversicherungen soll bald auch das Krankengeld gehören. Denn der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung Mitte März festgelegt, dass fortan jeder einzelne Beschäftigte selber sehen soll, wo er bleibt, wenn er lange krank ist - z.B. bei einer weiteren, privaten Versicherung. Etwas verwundert reibt sich der/die LeserIn beim Anblick dieser Anzeige in der ver.di-Zeitschrift die Augen. Wurde nicht auf den vorderen Seiten gerade gegen diese riskanten Vorschläge der Bundesregierung im Gesundheitssystem gewettert?

Überversorgung für die einen...

Ist ver.di da nur die Anzeigenabteilung aus dem politischen Ruder gelaufen? Wohl nicht, denn es gibt eine gemeinsame Vorlage, verfasst von Karl Lauterbach, wissenschaftlicher Vertreter in der Rürup-Kommission, dem ver.di-Chef Frank Bsirske und einigen anderen. "Qualität und Effizienz - Gesundheitspolitik für Menschen" heißt die Broschüre, die unter dem ver.di Label veröffentlicht wurde. Dieses Papier fordert zwar den Erhalt des paritätischen Gesundheitssystem, aber gleichzeitig den Ausbau marktwirtschaftlicher Konkurrenz zwischen Leistungsanbietern und Krankenkassen. Das halten andere GewerkschafterInnen, die sich für den Erhalt der umlagefinanzierten Solidarsysteme aussprechen - wie z.B. der ver.di Bezirk in Stuttgart - schlicht für den falschen Ansatz. Inhaltliche Widersprüche gibt es auch im ver.di-Bundesvorstand selbst, z.B. zwischen der Abteilung Wirtschaftspolitik und den AutorInnen von "Qualität und Effizienz".

"Das Gesundheitssystem ist zu teuer", klagen letztere. Doch eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen gibt es nicht. Das bestätigt auch die Abteilung Wirtschaftspolitik im ver.di-Bundesvorstand. Der Anteil der gesamten Gesundheitsausgaben am gesellschaftlichen Reichtum in Deutschland, dem Bruttosozialprodukt, ist in den letzten zwanzig Jahren von zehn Prozent auf 10,9 Prozent gestiegen, der Anteil der gesetzlich versicherten Gesundheitsausgaben stieg sogar nur von sechs auf sechseinhalb Prozent. Die Lohnsteuer ist im selben Zeitraum um mehr als fünf Prozentpunkte gestiegen.

Trotzdem stimmt der ver.di-Vorstand in den allgemeinen Chor ein. "Sparen, ohne dass es wehtut", titelt ein Artikel zwei Seiten vor der Werbeanzeige für die privaten Versicherer in der ver.di-Zeitschrift. Klar, es gibt zwar eine Über- und Fehlversorgung, z.B. Doppel- und Mehrfachuntersuchungen, wenn ein Patient verschiedene ÄrztInnen aufsucht. Aber eine medizinische Unterversorgung ist auch längst Realität, z.B. die von Fachärzten in abgelegenen Regionen oder Bettenknappheit in den Krankenhäusern. Dadurch kommt es vor allem für gesetzliche KassenpatientInnen zu langen Wartezeiten.

Ausgerechnet mit einem "Wettbewerb um Wirtschaftlichkeit" will Lauterbach diesen Missständen im Gesundheitssystem zu Leibe rücken. Mit anderen Worten: betriebs- und marktwirtschaftliche Prinzipien sollen das Problem lösen.

Krankenhäuser und niedergelassene ÄrztInnen sollen zu Anbietern, die Krankenkassen zu Käufern von Leistungen und die PatientInnen zu einem zu bearbeitenden Werkstück degradiert werden - von unterschiedlicher Qualität und Profitabilität, je nach gewinn- oder verlustversprechendem Krankheitsbild. Das wird Auswirkungen haben auf das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient.

... Wartelisten für die anderen

Die Kassen werden um das Patientengut mit "guten Risiken" konkurrieren , d.h. um junge, gesunde, wohlhabende und, kommen irgendwann genetische Einstufungstests hinzu, Menschen ohne sogenannte Krankheitsveranlagungen. KritikerInnen, z.B. vom ver.di-Bezirk Stuttgart, nennen das Patientenselektion: Für die Betuchten wird es weiterhin eine Überversorgung geben - alle anderen kommen auf Wartelisten. Wie man

es auch dreht und wendet: ein "solidarischer Leistungswettbewerb", wie ihn Frank Bsirske vorschlägt, ist ein Widerspruch in sich. Entweder bleiben die nicht so betuchten PatientInnen auf der Strecke und damit die Solidarität oder das marktwirtschaftliche Wettbewerbsprinzip.

Volkswirtschaftlich betrachtet wird mit der größer werdenden Rolle der privaten Versicherer das Gesundheitssystem nicht billiger, sondern teurer werden. In Deutschland sind fast acht Millionen Menschen aus der solidarischen Finanzierung ausgestiegen und haben sich privat versichert. Dennoch sind hier zu Lande die Verwaltungskosten mit 5,3 Prozent Anteil an den Gesamtausgaben fast doppelt so hoch wie in Österreich, wo 99 Prozent der Bevölkerung pflichtversichert sind. Kein Wunder, denn vor allem in den Chefetagen der privaten Versicherer kassieren die ManagerInnen im Vergleich zu ihren KollegInnen in den gesetzlichen Kassen ordentlich ab.

Mehr Einnahmen soll es für das Gesundheitssystem geben, da sind sich Frank Bsirske und der ver.di-Bezirk Stuttgart einig. Doch Bsirske und die AutorInnen von "Qualität und Effizienz" setzen ganz simpel auf einen Abbau der Erwerbslosigkeit und wollen mit den neuen BeitragszahlerInnen die Kassen wieder füllen. So blauäugig sind die StuttgarterInnen nicht. Sie haben die Vorschläge aus der Abteilung Wirtschaftspolitik des Bundesvorstandes in Berlin aufgegriffen, mit denen das Gesundheitssystem nachhaltig finanziert werden könnte: die Beitragsleistungen der UnternehmerInnen dürften sich nicht nur nach der Anzahl der Beschäftigten richten, sondern müssten sich ergänzend an der jeweils erzielten Wertschöpfung der Betriebe orientieren, das heißt an deren Gewinnen, Zinsen, Pachten und Abschreibungen. Dann wären die Soziallasten wieder etwas gerechter verteilt und nicht mehr so abhängig von der Beschäftigungskonjunktur auf dem Arbeitsmarkt. Auch das wäre eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems - nur halt in die andere Richtung, in die derzeit die Bundesregierung marschiert.

Gerhard Klas, Rheinisches JournalistInnenbüro

9. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:18

Ungefeudelt

Accor ist eine Holding-Gesellschaft für mehrere internationale Hotelketten, so etwa für Arcade- und Ibis-Hotels, für Etap, Mercure, Novotel und Suitehotels. Seit dem Frühjahr letzten Jahres sind die Accor-Hotels im Großraum Paris von den Putzkolonnen, meist afrikanische Frauen, bestreikt worden.

Nach der Anfangsinitiative der Basisgewerkschaft SUD ist das organisatorische Zentrum des Streiks im Laufe der Zeit auf ein "Solidaritätskomitee" übergegangen. Dabei nahm der Streik zunehmend Züge einer Kampagne an. Die Ende Februar verabredeten Ergebnisse können sich sehen lassen: Die Stundentakte sind erheblich reduziert worden - auf vier Zimmer/Stunde (bei Etap) bzw. 3,5 Zimmer/Stunde (Ibis) und 2-2,5 Zimmer/Stunde (Mercure, Novotel, Suitehotels, Sofitel). Die Beschäftigungszeit ist für alle auf 130 Stunden im Monat angehoben worden. Für die Streikzeit wurde eine Teilentschädigung von 35% vereinbart, und alle Sanktionen während des Streiks (u.a. sieben Entlassungen) wurden zurückgenommen.

(www.labournet.de)

Stille Spindeln

Die meisten der 3.000 Beschäftigten der Textilfirma Ramatex in Windhoek, Namibia, leben in den Armensiedlungen Greenwell Matongo, Babylon und Goreangab, mehrere Kilometer von der Fabrik entfernt. Öffentliche Verkehrsmittel gibt es nicht, Geld für Taxis haben sie nicht, also laufen sie jeden Morgen zur Arbeit und jeden Abend nach Hause. Das ist nicht ungefährlich, Überfälle sind häufig.

Ungelernte ArbeiterInnen erhalten bei Samatex ungefähr 300 namibische Dollars für eine 5-Tage-Woche mit neun Stunden Arbeit pro Tag. Gelernte Kräfte erhalten 585 Dollars, und die Meister bekommen 787 Dollars. Medizinische Versorgung oder Zuschüsse der Firma für Wohnungen und Transport gibt es nicht.

Am 22. April kam es bei Ramatex zu einem wilden Streik. Lohnerhöhungen (750 namibische Dollars für Ungelernte) und Zuschüsse zu den Fahrtkosten waren die Forderungen. Das Management hat darauf hin die Fabrik bis zum 28. April geschlossen. Im Laufe des Donnerstags zogen Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei vor der Fabrik auf. Gleichzeitig begannen Verhandlungen der Gewerkschaft Nafau mit der Firmenleitung, allerdings nur darum, dass Ramatex die Fabriktore eher als geplant öffnet.

Entsprechend groß war der Zorn der Streikenden auf den Generalsekretär der Nafau, Cuana Angula. Statt die Gemüter zu beruhigen, wurde Angula ausgepfiffen und niedergeschrien. Als er den Streik als "illegal" bezeichnete, wurde er sogar tätlich angegriffen.

(www.labournet.de)

Tod auf der Hütte

Cockerill Sambre ist eine Kokerei in der Nähe von Lüttich mit insgesamt 4.000 Beschäftigten. In den vergangenen Jahren hat es dort 274 schwere Arbeitsunfälle gegeben, 17 davon tödlich. Jüngster Zwischenfall war Anfang des Jahres die Explosion einer Gasleitung, bei der 27 Arbeiter schwer verletzt worden sind. Die Gasleitung sollte repariert werden. Dazu hatte die Firmenleitung aus Kostengründen ein Subunternehmen engagiert.

Cockerill arbeitet für den luxemburgischen Stahlkonzern Arcelor, ein Unternehmen, das berüchtigt ist für die vielen Unfälle in seinen Hütten. Zur Zeit steht Arcelor zudem im Kreuzfeuer der Kritik wegen seiner massiven Betriebsschließungen. Nachdem Anfang April 50.000 Stahlarbeiter in Lüttich gegen Arcelor protestiert hatten, waren es am 19. April in Luxemburg, beim Hauptsitz des Konzerns, kaum mehr als 2.000. Dennoch kam es zu einer völlig unerwarteten Eskalation. Noch bevor die DemonstrantInnen, hauptsächlich Cockerill-Beschäftigte mit ihren Familien, die mit Stacheldrahtabsperrungen gesicherte Konzernzentrale erreichen konnten, wurden sie von massiven Polizeikräften angehalten. Trotzdem wurden einige Absperrungen durchbrochen, worauf die

Polizei Panzerwagen einsetzte und mit Gummigeschossen in die Menge feuerte. Es kam zu etlichen Verletzungen und zu teilweise heftigen Gegenreaktionen: eingeschlagene Fensterscheiben, demolierte Bushaltestellen, Ampeln und Verkehrsschilder.

(www.labournet.de; junge Welt)

Extreme Praxis

Gewerkschaftliche Organisationsarbeit kann eine/r in den USA den Job kosten. Manchmal ist es auch extrem gesundheitsgefährdend. Extreme Building Services ist eine Baufirma aus Brooklyn, New York. Sie gehört einem Mann, der für gewöhnlich mit einer Knarre auf den Baustellen erscheint, um seine Beschäftigten dazu zu zwingen, ungeschützt mit hochgiftigen Asbestfasern zu hantieren und sie von gewerkschaftlicher Betätigung abzuhalten. So muss man jedenfalls ein Urteil des Richters Steven Davis verstehen, der am Ende eines langen Verfahrens die Extreme Building Company dazu verurteilte, damit auf zu hören, "die Beschäftigten physisch zu bedrohen, sie daran zu hindern sich am Löschwasserhydranten zu waschen, ihre Gewerkschaftsausweise zu zerreißen und sie nach ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit zu befragen." Dazu ordnete Richter Davis an, dass fünf ArbeiterInnen, die von Extreme gefeuert worden waren, unverzüglich wieder einzustellen sind.

Zwei der gefeuerten ArbeiterInnen sind Maria Ortega, eine Immigrantin aus Ekuador, und Betsey Arruda. Bei Extreme mussten sie, Arruda und andere z.B. den Kaller der Pilgrim Psychiatric Centers in Long Island von Asbest reinigen - ohne Schutzvorrichtungen, ohne Asbeststaub-Filter, ohne Befeuchtung, um ein Entweichen des Asbests in die Luft zu verhindern. Duschen gab es auch nicht, und jede/r, die/der protestierte, wurde nach Hause geschickt.

(www.labournet.de)

10. Ethisches Product Placement. (Selbst-) Inszenierungen des "unbequemen" Peter Singer

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:42

Der umstrittene australische Bioethiker Peter Singer hat seit Ende der 80er Jahre nicht nur in Deutschland immer wieder für Aufregung gesorgt. Singers Ethik sieht vor, schwer geistig behinderten Menschen, die nach Singers Auffassung "weniger Intelligenz als Tiere" haben, den Personenstatus und damit das Lebensrecht abzusprechen. Singer wurde mittlerweile an die US-Universität in Princeton berufen und wird bisweilen als "einflussreichster Philosoph der Gegenwart" gehandelt. Ob das stimmt, darf optimistisch bezweifelt werden, sicherlich aber ist Singer der international bekannteste Bioethiker seiner Zeit. Und das liegt nicht zuletzt an der Professionalität, mit der die Person Singer inszeniert wird: Singer, ein bioethisches Produkt. Ein Interview mit der Internet-Zeitschrift Heilpädagogik Online verschaffte Singer kürzlich einmal mehr Gelegenheit zur Selbstvermarktung. Zeitgleich erschien in der WOZ die Übersetzung eines vierseitigen Berichtes einer Krüppel-Aktivistin aus den USA, die von Singer zum öffentlichen Meinungsaustausch eingeladen worden war und diese Einladung angenommen hat.

Singer, seines Zeichens Tierrechtler, geht davon aus, dass "das Leben einer gesunden Ratte mehr wert ist als das eines unweckbaren Komapatienten" und tritt ein für eine "darwinistische Linke". Dieses Selbstbekenntnis als Linker hat nicht verhindern können, dass auf Einladungen Singers zu Kongressen oder Podien meist massiver, oft auch handgreiflicher Protest folgte. So sahen sich etwa im Jahr 1996 die VeranstalterInnen des Heidelberger Kongresses "Science Fiction" gezwungen, den Referenten Singer vorab wieder auszuladen, da sie fürchteten, den "prominenten Bioethiker" vor "gewalttätigen Protesten" nicht schützen zu können; ein bundesweites Aktionsbündnis aus Krüppelinitiativen hatte dazu aufgerufen, den Kongress zu verhindern. Das Bündnis hatte auf diese Weise anschaulich gemacht, dass es kaum darum gehen kann, Singers selbst gestellte Frage: Should this baby live? dadurch zu legitimieren, dass man sie "richtig" zu beantworten versucht, sondern nur darum, eine andere Frage zu stellen - und eindeutig zu beantworten: Should this guy speak?

Paradoxerweise hat es aber den Anschein, als hätte gerade das Singers Frage - und vor allem seiner Antwort: No, this baby should not live - zu besonderer Aufmerksamkeit verholfen; schließlich ging es ja jetzt auch um Meinungsfreiheit und Toleranz, und Singer und seine Lobby werden nicht müde, sich bei jeder Gelegenheit als nachdenkliche, querköpfige und unbequeme MahnerInnen zu präsentieren, die vor keiner zu leistenden Enttabuisierungsarbeit zurückschrecken, und sei es noch so mühsam.

Dies ist umso absurder, als sich das bioethische Programm von Singer & Co. längst als sukzessive umsetzbar erwiesen hat. Jüngstes Beispiel: In Kopenhagen sollen zukünftig in der Hauptstadtregion allen Schwangeren (also nicht nur den sogenannten "Risikoschwangeren") Scannings angeboten werden, die sie über die Wahrscheinlichkeit informieren, ob sie ein Kind mit Down-Syndrom erwarten. Pro Jahr werden in der Hauptstadtregion zwölf Down-Kinder geboren, und da Menschen mit Down-Syndrom im Durchschnitt 55 Jahre alt werden, wird die Ersparnis für die Allgemeinheit weit über 100 Millionen Kronen betragen, heißt es in der von der Direktion ausgearbeiteten Beschlussvorlage.

Should this baby live?

Eben weil die Durchsetzung dieser "präferenzutilitaristischen Weltsicht", wonach moralische Entscheidungen entlang individueller bzw. gesellschaftlicher Kosten-Nutzen-Kalkulationen gefällt werden sollten, so gerne als Kampf gegen überkommene und fundamentalistische Tabus daherkommt, steht jegliche öffentliche Beschäftigung mit Singer vor dem Problem, dass sie ihm, selbst im kritischsten Diskurs, argumentative Legitimität verschafft. Noch die radikalste Kritik an Singer kann den Effekt nicht kontrollieren, dass Negativwerbung häufig die effektivste Form der Werbung ist. Zudem werden in jeder Konzentration auf die "umstrittene" Person Singer dessen Thesen zwangsläufig "vermenschlicht" und konkretisiert - und damit verharmlost. Je mehr die Biografie Singers in den Vordergrund rückt, ob nun einfach seine persönlichen Vorlieben und Abneigungen, Erfahrungen und Bedenken, seine individuelle Persönlichkeit oder aber sein einsamer Kampf, seine außergewöhnliche Biografie, sein originärer Standpunkt, umso mehr gerät zwangsläufig in den Hintergrund, wie dominant und hegemonial seine Position in konkreten biopolitischen Maßnahmen längst ist.

Auch wenn - bzw. gerade weil - diese Effekte nicht vollständig kalkulierbar sind, ist es nicht beliebig, in welcher Weise die Aufmerksamkeit auf die Person Singer gerichtet wird. In dem auf Englisch geführten Interview in Heilpädagogik Online präsentiert sich ein ruhiger, nachdenklicher Peter Singer, der eher von Hoffnungen, Fragen, Einschätzungen und Vermutungen spricht als von harten Werturteilen. Diese weist er geradezu unangenehm berührt zurück, etwa jenen deutschen, scheinbar unübersetzbaren Begriff " nicht lebenswert". Es ginge ihm nicht darum, so Singer, zu behaupten, das Leben von Menschen mit Down-Syndrom sei nicht lebenswert. Es sei lediglich relativ weniger wert als das Leben ohne Down-Syndrom. Glaubhaft besteht Singer darauf, wie verletzend es gerade für ihn, Enkel jüdischer Holocaust-Opfer, war, in Deutschland von linken KritikerInnen in die Nähe der Nazis gerückt zu werden: "Viele unterstellten, ich sei Teil der radikalen Rechten, dabei war ich immer Teil der Linken. Ich wurde sogar mit Nazi-Ideen in Verbindung gebracht, was völlig ignoriert, dass ich der Sohn jüdischer Flüchtlinge aus Wien bin, der drei seiner Großeltern im Holocaust verloren hat. ... aber ich sehe auch das Gute, was daraus folgte: Die Verkaufszahlen meines Buches in Deutschland stiegen dramatisch." Abgesehen davon, wie unsäglich der Nazi-Vorwurf vor dem Hintergrund von Singers Biografie sowieso ist, blendet er außerdem auch ideologisch aus, dass Singers "Praktische Ethik" um vieles mehr der neoliberalen spätkapitalistischen Normalität entspringt, als es möglicherweise jenen lieb ist, die in dieser Art der Etikettierung nach stabilen Gewissheiten suchen. Tragischerweise eröffnen sich außerdem gerade in der Richtigkeit dieser Zurückweisung für Singer weitere Möglichkeiten, seinen Diskurs als Objekt einer völlig absurden Diskriminierung zu inszenieren, die nur durch intensiviertes Zuhören und uneingeschränktes Ernstnehmen wieder ausgeglichen werden kann.

Eben dies praktizieren die Autoren jenes Interviews. Sie erklären gleich im Vorspann, dass sie nicht der Auffassung sind, dass Singer für die sogenannte "neue Behindertenfeindlichkeit" stehe. Und sie geben Singer Raum, seine spezielle Form der Gesellschaftsutopie zu entwerfen - auf Bitte der Fragenden "auch für Behinderte". Damit hat Singer kein Problem. Zunächst gelte es, sagt er, die zu breite Kategorie "Behinderte" zu unterteilen: in solche mit und solche ohne intellektuelle Kapazitäten. Letztere wiederum seien nochmal zu differenzieren in jene, die ihr Leben genießen - für diese wäre es ideal, "wenn es Menschen gäbe, die den Wunsch hätten, sie zu unterstützen" (und wenn nicht?). Ja, und schließlich jene, die keine intellektuellen Kapazitäten und auch keinen Genuss haben, für diejenigen wünscht Singer sich eine Gesellschaft, die nicht durch Ideen der Heiligkeit des Lebens beschränkt ist. Bedauerlich ist hier, dass die nächste und zugleich letzte Frage der Heilpädagogik-Experten nurmehr diese ist: "Wie kommen wir dahin?" Darauf kann Singer fröhlich antworten, dass sich in den letzten 20 bis 30 Jahren schon alles recht gut entwickelt habe.

Man fragt sich, woher die Leichtigkeit in Singers Argumentation (und im Fragespiel der Interviewer) kommt. Die Psychoanalytikerin Dietmut Niedecken hat an anderer Stelle dafür eine Erklärung: Peter Singer, sagt sie, kennt keine Menschen mit geistiger Behinderung. "Das merkt man an der Art und Weise, wie er über sie schriebt. Peter Singer redet nicht von konkreten Menschen, sondern von fiktiven Figuren, die er sich vorstellt."

Should this guy speak?

Harriet McBryde Johnson ist nicht geistig, sondern körperlich behindert. Wegen einer neuromuskulären progressiven Muskelerkrankung sitzt sie im Rollstuhl und ist auf Assistenz angewiesen. Gleichzeitig ist sie Aktivistin der US-amerikanischen Krüppelbewegung. Sie weiß, dass die Realisierung von Singers Konzeption, nach der alle Eltern "frei" wählen können sollen, ob sie lieber ein behindertes oder ein nicht behindertes Kind haben wollen, ihr, zumindest in der Projektion einer "idealen", weil "behindertenfreien" Gesellschaft, faktisch das Existenzrecht abspricht. Singers Einladung, öffentlich mit ihm zu diskutieren - "Liebe Harriet, ich freue mich auf einen interessanten Meinungsaustausch" - zwingt sie dazu, sich selbst zu befragen: Should I speak to this guy?

Sie nimmt an. Und beschreibt ihre Erfahrung, ihre Reflexion, ihre Gefühle und die auf die Begegnung mit Singer folgenden Diskussionen und Streits mit FreundInnen und MitkämpferInnen auf eine Weise, die eben deshalb so eindrücklich ist, weil sie (!) ihrer Bezugnahme auf die Person Singer etwas zugesteht, dessen Existenz zu leugnen Singer nicht müde wird: Ambivalenz. Uneindeutigkeit. Die Unmöglichkeit, ein eindeutige Entscheidung zu fällen zwischen "gut" und "böse", zwischen "Leid" und "Glück", zwischen "Wunsch" und "Angst". Dass ihr das gelingt, und zwar ohne dass sie ihre radikale Kritik an Singer preis gibt, liegt daran, dass sie gerade in der direkten, teils sogar privaten Begegnung mit Singer durch permanente Reflexion darauf achtet, die Grenze zwischen der Person Singer und seinen Positionen nicht aus dem Blick zu verlieren. Obwohl ihr Text von der Begegnung zweier Personen erzählt, bemüht er sich gleichzeitig um die

Entpersonalisierung Singers - und muss doch letztendlich daran scheitern. Und deutlich wird in diesem Bericht auch: Singers "Einstellung" ändert sich nicht durch die Begegnung mit einem behinderten Menschen. Singer ist Instrument und Label des utilitaristischen Zynismus, aber weder mit diesem identisch noch sein originärer Urheber.

Und selbstverständlich kann die Autorin die Frage einer "Bewegungsschwester" nicht befriedigend beantworten: "Wie konntest du dich so ausliefern und ihm die Chance geben, sich menschlich zu zeigen?" Gegenfrage: Wieso sollte Singer nicht menschlich sein? Harriet McBryde Johnson stellt fest: "Wenn ich Singers Vorurteil gegenüber Behinderten als etwas ultimativ Böses definiere und ihn selber als Monster, dann muss ich diese Definition auf alle Leute anwenden, die glauben, dass Behinderte ‚schlechter dran` sind oder dass ein Leben ohne Bewusstsein wertlos ist. Die meisten meiner nicht behinderten FreundInnen wären Monster. Mit einer Definition des ultimativ Bösen, das all diese Leute einschließt, kann ich nicht leben."

Should I talk to him?

Das Verrückte ist eben nur: Singer und seine Leute können das - sehr gut sogar, nur dass sie nicht vom "Bösen" sprechen, sondern vom "Leid". Aber an Eindeutigkeit lässt diese Kategorisierung nichts zu wünschen übrig. Eben: Das Produkt "Singer" würde wohl nicht mehr funktionieren, wenn es Ambivalenzen oder gar Polyvalenzen in Bezug auf Werturteile und - behinderte wie nicht-behinderte - "Lebensqualitäten" und damit die Unmöglichkeit einer "Praktischen Ethik" zulassen würde. Und für die Vermarktung ist es sicher besonders effektiv, dieses Produkt in der "linken" und damit "vermarktungskritischen" Ecke anzusiedeln, wie Singer es mit dem Produkt Singer tut, dessen Marktwert sich durch jedes einzelne Porträt oder Interview noch steigern lässt. Nicht zuletzt deshalb sieht es leider nicht wirklich danach aus, als würde sich Harriet McBryde Johnsons Prophezeiung erfüllen, wonach Singer "als kuriose Fußnote in die Geschichte eingehen wird" - weshalb auf die "Anti-Singer-Kämpfe", und zwar gerade da, wo sie sich nicht zuallererst auf das Produkt "Singer" konzentrieren, auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann.

Stefanie Gräfe

Quellen:

Harriet McBryde Johnson: Reden über den Mord an mir. Als Alibikrüppel bei Peter Singer. Übersetzung aus The New York Times Magazine von Urs Bruderer, WOZ, Nr. 14, 3.April 2003

Interview: Peter Singer 01/03, www.sonderpaedagoge.de/zeitschrift

Ulrich Niehoff: Interview mit Dietmut Niedecken. Bundesvereinigung Lebenshilfe 1997

www2.uibk.ac.at/bidok/library/therapie/ niehoff-niedecken_interview.htm

11. Gender-confused. Monika-Treut-Filme jetzt auf DVD

Autor: Petra Mayer · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:16

Die Filme der Regisseurin Monika Treut lassen sich nur schwer einordnen: Treut liebt es, mit den Genres zu spielen und fühlt sich weder der globalen Unterhaltungsindustrie noch der Autorenfilmkunst zugehörig. Ihre Filme bewegen sich zwischen Dokumentar-, Experimental- und Spielfilm. Ihre ProtagonistInnen sind PionierInnen, GrenzgängerInnen, die neue Lebensmöglichkeiten ausloten. Dabei lässt sie die Porträtierten für sich selbst sprechen. Ihre Filme sind nun beim absolut MEDIEN Verlag auf DVD erschienen.

In ihren Spielfilmen zeigt die Regisseurin mit viel Witz die Identitätssuche unterschiedlichster Frauenfiguren. Treut, die sich selbst als "gender-confused" beschreibt, die "schon immer Schwierigkeiten hatte sich an die weibliche Rolle anzupassen", erzählt in ihrem ersten Film Verführung: die grausame Frau (1985), von Wanda, einer Domina und selbst ernannten Tyrannin, die in ihrer Galerie weibliche und männliche Untertanen in die "Mysterien der Sklaverei" einführt. Treut beschreibt Wanda als eine Frau, die die Kontrolle über ihren Körper und ihre Begierde zurückgewinnt, die ihr durch so viel andere Kamerablicke zuvor genommen wurde - ein eindeutiges Statement des Feminismus. So ist auch der Kamerablick, die Form des Films, eine Reaktion auf die Forderungen der feministischen Filmtheorie in den siebziger Jahren, die "den Blick des Zuschauers zu einem dialektischen Blick" machen wollte, wie es die Filmtheoretikerin Laura Mulvey zehn Jahre vor Treuts erstem Film formulierte. In dem darauf folgenden Film Die Jungfrauenmaschine (1988) ist es die naive Journalistin Dorothee Müller, überzeugend dargestellt von Ina Blum, die sich auf die Suche nach ihrer eigenen Identität und Sexualität macht und von ihrer Vorstellung der romantischen Liebe "geheilt" wird. Hat sie am Anfang des Films in der alten Welt Europa noch "die fantastische Illusion - ich glaubte an die große Liebe", fragt sich "das deutsche Mädchen in Amerika" am Schluss: "wenn ich mich das nächste Mal verliebe, was wird dann passieren?". Dazwischen liegt die Entdeckung ihrer Homosexualität und einer offeneren Einstellung zu Sexualität, nicht zuletzt durch die Begegnung mit der Dildo-Expertin Susie Sexpert.

In My father is coming (1991) findet die Protagonistin zu ihrer lesbischen Identität, nachdem sie ihrem Vater, einem bayrischen Urviech, eine heile heterosexuelle Erfolgswelt vorgegaukelt hat. Aus dem Rahmen zu fallen scheint auf den ersten Blick Treuts jüngster Film Kriegerin des Lichts (2001), der eine brasilianische Künstlerin, die der Oberschicht angehört und die sich für die Straßenkinder in den Favelas in Rio de Janeiro engagiert, porträtiert. Aber auch in diesem Sozialporträt geht es um eine Pionierin und Grenzgängerin, die durch ihre Tatkraft Missstände verändert.

Auch in ihren Dokumentarfilmen zeigt Treut Porträts von unangepassten, kontroversen Frauen, die an die Grenze ihrer weiblichen Rolle stoßen und von Menschen, die mit ihrer Geschlechtsidentität experimentieren. Während in Female misbehaviour (1992) und Didn`t do it for love (1997) noch das Ausloten der Möglichkeiten weiblichen Rollen- und Sexualverhaltens im Vordergrund steht, stellen die Gendernauten die Geschlechtsidentität an sich in Frage. So beantwortet der/die GendernautIn Stafford im Film die Frage: "Bist du ein Mann oder eine Frau ?" mit einem schlichten "Ja".

Durchgängig durch alle Filme zieht sich ein bestimmter Humor, der für Treut "das Wichtigste für Feministinnen ist". So beschreibt beispielsweise Dorothee Müller in der Jungfrauenmaschine, "dass die Sexindustrie deswegen so langweilig ist, weil da so wenig Frauen was zu sagen haben. Da sollten die Feministinnen mal ihre Energie ‚reinstecken`". Die eindringlichen Porträts bleiben allerdings - bis auf Kriegerin des Lichts immer einer bestimmten Szene verhaftet: der lesbisch-schwulen, trans- und intersexuellen Subkultur. Die ProtagonistInnen ihrer Filme sind oft aus dem Bekannten- und Freundeskreis. Somit fehlt der Autorin eine Distanz zu den Figuren. Das mag mit ein Grund sein, warum ihre Filme nie den Sprung in die großen Kinos geschafft haben und heute kaum noch gezeigt werden. Ihre Filme sind für Treut "wie meine Kinder, ich fühle mich allen nah". Manchmal wäre eine gewisse Distanz, der Blick von außen, sicherlich wirkungsvoller. Selbst in der Kriegerin des Lichts, in dem die Protagonistin nicht in der sonst dargestellten Subkultur agiert, bleibt Treut extrem nah an der brasilianischen Menschenrechtlerin. Dabei kommen beispielsweise die Hintergründe der verheerenden Zustände in den Favelas zu kurz.

Trotz dieser Einschränkung sind die Filme absolut sehenswert: Treut - und das ist charakteristisch für ihren Ansatz - bildet ab, sie kommentiert nicht. Sie widmet sich gesellschaftlichen Tabus, ohne mit dem moralischen

Zeigefinger zu drohen. Alle porträtierten Frauen/Transgender treten mutig für ihre Sache ein, gleichzeitig wird das Individuum nie aus der Verantwortung genommen. Die neun Porträts von Hermaphroditen und Transsexuellen in Gendernauts (1999) will Treut als "im besten Sinne didaktisch" verstanden wissen, "die Präsentation soll aber auch Spaß machen". Diese Gratwanderung gelingt ihr: so bietet Treut keine seichte Unterhaltung und klärt doch unterhaltend auf.

Petra Mayer

Spielfilme neu auf DVD: Verführung: Die grausame Frau (1985); Die Jungfrauenmaschine (1988); My father is coming (1991); Kriegerin des Lichts (2001) ab November 2003 auf DVD; Dokumentarfilme: Female misbehaviour (1992); Didn't do it for love (1997) (alle ab November 2003 auf DVD) Gendernauts (1999). DVD-Extras: Interviews mit Treut, Texte, Crew-Biografien, Fotos, Links und viele Zusatzinfos. Zu bestellen bei: Absolut MEDIEN GmbH, Boxhagenerstr. 18, 10245 Berlin, Tel.: 49.(0)30.285 39 87.0, Fax: 49.(0)30.285 39 87.26, Email: info@absolutmedien.de, www.absolutMEDIEN.de

12. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:40

Her way

Geboren wird sie als Eunice Waymon in North Carolina, als sechste von sieben Kindern. Im Alter von vier Jahren beginnt sie mit der Musik; später lässt sie sich zur klassischen Pianistin ausbilden. In einer irischen Bar in New Jersey startet schließlich ihre Karriere als Sängerin, die sich schwer einem Genre zuordnen lässt: Jazzstandards sind ebenso Teil ihres Repertoires wie Gospel, Klassik, Blues, Pop, Musicals, Opern, afrikanische Musik und eigene Kompositionen. Nina Simone, 70 Jahre alt geworden, starb Ende April in Frankreich. Als im Jahr 1963 vier schwarze Kinder in einer Kirche in Birmingham in Folge eines Brandanschlags sterben, komponiert Nina Simone Goddam Missisippi - eine bittere Anklage gegen den Rassismus in den USA. 1966 entsteht Four Women - ein Lied, das von vier schwarzen Frauen erzählt, die, bedingt durch die unterschiedliche "Abstufung" ihrer Hautfarbe, unterschiedliche Erfahrungen mit Rassismus machen. Beide Stücke werden von einigen US-Radiosendern auf den Index gesetzt. Zahllose Songs und Kompositionen folgen. Nina Simone sang für die Bürgerrechtsbewegung. Und für die Musik: Ihre Interpretation der Sinatra-Superschnulze My way verhält sich zu dieser wie eine lebende Frau zu Barbie und ist, einmal gehört, nur schwer zu vergessen. Und sicher auch, weil der Titel Programm für das Leben der Nina Simone selbst ist: She did it her way.

ISD online

Black day

Am 28. April erinnerte die afghanische Frauenorganisation RAWA mit einer großen Demonstration im pakistanischen Islamabad an den von ihr so genannten "schwarzen" 28. April 1992, den Tag nach der Machtübernahme der "Mudjahedins", die die pro-sowjetische Marionettenregierung gewaltsam abgesetzt hatten und danach mit beispielloser Grausamkeit über die Bevölkerung herfielen: "Eine Herrschaft des Terrors und der Zerstörung begann". Unter den Teilnehmerinnen befanden sich eine große Zahl von Frauen aus Afghanistan, die Zeuginnen des Terrorregimes der Nordallianz von 1992 bis zu ihrer Absetzung durch die Taliban 1996 waren. Ihr Protest richtete sich gegen die Reinstallation der kriminellen Nordallianz-Warlords in Regierung und lokalen Machtstrukturen im jetzigen "befreiten" Afghanistan. Die vollmundigen Ankündigungen aus Kabul, die Rechte der Frauen in der afghanischen Verfassung festzulegen, erwiderten die Demonstrantinnen mit der Parole: "Ohne die Trennung von Religion und Staat wird es nie möglich sein, Menschenrechte in Afghanistan zu schützen." Offiziell gilt der Tag der Machtübernahme durch die Mudjahedin als "glorreicher Tag der Befreiung" in Afghanistan. Außerdem nutzte RAWA die Demonstration, um darauf hinzuweisen, dass es in Afghanistan neben Taliban, Warlords und US-Marionetten auch noch eine breite Anti-Kriegs-Mehrheit in der Bevölkerung gibt, und stellt zugleich bedauernd fest, dass außer RAWA diese niemand in Afghanistan derzeit repräsentiert.

www.rawa.org

Ne pas une femme

1964 erscheint in Frankreich das Buch Opoponax, für das die Autorin, die 1935 geborene Monique Wittig, den renommierten Literaturpreis Médicis erhält. In Opoponax, Erzählung einer Kindheit, steht ein Begriff im Zentrum, der so unscheinbar wie bedeutsam ist: das kleine französische Pronomen "on" (was auf deutsch eben nur sehr unschön und deshalb eigentlich gar nicht als "man" zu übersetzen ist), das als einziges Pronomen keiner geschlechtlich definierten Person zuzuordnen ist. In Opoponax kämen nur wenige Männer vor, so Wittig, weil sie versucht habe, ein Subjekt zu schaffen, das soziologisch eine Frau, aber universell und lesbisch geprägt ist. In dem späteren Buch Guérillères ist dann die Rede von einem Krieg, in dem die weiblichen Sies die Oberhand behalten und es keine männlichen Sies mehr gibt - wo elles also weltumfassend wird." Wittigs Werk ist als eine sowohl literarische wie auch theoretische Arbeit an der Zersetzung jener Identitätskategorien, auf die unser Sprechen und Schreiben beständig und unwillkürlich zurückgreift: "er", "sie", "ich", "du". Die Arbeiten Wittigs wie ihr politisches Engagement stehen im Zeichen des radikalen, lesbischen Feminismus - eines Feminismus des Aufbruchs und der gnadenlosen Kritik an der heterosexuellen Normalität. Schon früh, im November 1970 nimmt Wittig Thesen der viel späteren Gender-Debatte pointiert vorweg, wenn

sie im Gespräch mit Nouvel Observateur, nach ihrem Feminismus befragt, erklärt: ",Frauen`? Kennen wir nicht. Sie sind eine Erfindung des Patriarchats. ,Die Frauenbewegung`? Gibt es nicht. Das ist eine Erfindung der Presse. Wir sind nicht die Bewegung. Wir sind keine Gruppe. Wir sind ein Phänomen." Ihre theoretischen Schriften, in den USA unter dem Titel The straight mind veröffentlicht, sind für die Queer-Debatte der 90er Jahre grundlegend. Doch während heute eher das Spiel mit oder die Vervielfältigung von Identitätskategorien auf dem Programm steht, setzte Wittig eher auf unspielerischen, dafür aber im bestem Sinne avantgardistisch-provokanten Gestus - so etwa in einem Gespräch mit Emma im Jahr 1986: "Die Geschichte von der Eliminierung der Männer steht eigentlich im Zentrum all dessen, was ich geschrieben habe."

www.feministische-sf.de

You better live alone

Frauen, die das Leben offensiv und leistungsbereit angehen, fühlen sich angeblich gesünder als defensive und nachgiebige Frauen. Dieses nicht unbedingt überraschende Ergebnis erbrachte eine Langzeitstudie, bei der seit 1998 insgesamt 1.700 Frauen befragt wurden. Interessanter (und für diejenigen, die die Mittdreißiger-Schwelle fürchten, vielleicht auch beruhigend) ist deshalb vielleicht folgendes Ergebnis: Das psychische Wohlbefinden der meisten Frauen nimmt ab 35 zu! Wie das solche Studien nun einmal zu tun pflegen, meint auch diese, als ihr Resultat die Kategorisierung aller Frauen in - hier: vier - "Frauentypen" leisten zu können und zwar quantitativ in absteigender Reihenfolge: die Normen-Frau (ist anpassungsfähig und trendorientiert), die Powerfrau (hat auch Machtwillen), die traditionelle Frau (nachgiebig und aufopferungsbereit), und schließlich die ambivalente Frau, die in ihrem Leben weder in Familie noch in Beruf den Schwerpunkt setzen kann oder will. Den Powerfrauen geht es physisch wie psychisch am besten, heißt es. Ein Zusammenhang zur Libido wird allerdings nicht hergestellt. Diesbezüglich gelte generell sowieso: hängt stark von der Partnerschaft ab. Unzweifelhaft aber sei in puncto Sex Folgendes festgestellt worden: "Am glücklichsten sind jene, die einen Partner haben und trotzdem in den eigenen vier Wänden leben." Dies gilt mit Sicherheit auch für Frauen mit Partnerin.

www.dieStandard.at

13. Die Mauern von Jericho. Eindrücke von einer israelisch-palästinensischen Demonstration bei Tulkarem

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:23

Während alle Welt auf die Reformbemühungen in der palästinensischen Autonomiebehörde schaut und auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern entlang des US-amerikanischen "Fahrplanes" unter Schirmherrschaft des sogenannten Nahostquartetts wartet, schafft Israel weiterhin Tatsachen. Dazu gehört auch die Errichtung monströser "Trennungszäune", durch die palästinensische Gebiete in isolierte Enklaven verwandelt werden.

Die Unterdrückung der palästinensischen Rebellion seitens des israelischen Militärs erschöpft sich nicht in einer Bekämpfung des bewaffneten Widerstandes und der Selbstmordattentate, sondern bedeutet auch die großflächige Zerstörung ziviler und ökonomischer Infrastruktur sowie einschneidende Verletzungen der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, kurz: eine kollektive Bestrafung von drei Millionen Menschen.

Gleichzeitig werden die Enteignungen palästinensischen Landes und der Ausbau der jüdischen Siedlungen vorangetrieben, in deren Konsequenz die territoriale Kontinuität der palästinensischen Gebiete zerstört und die Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Nationalstaates unmöglich gemacht. Die SiedlerInnen, inklusive der jüdischen Viertel Ost-Jerusalems bislang etwa 400.000 Menschen, genießen den vollen Schutz der israelischen Armee und sämtliche Rechte israelischer StaatsbürgerInnen, inklusive bedeutender staatlicher Subventionen. Sie verfügen zudem über eine bestens an das israelische Kernland angeschlossene Verkehrsinfrastruktur, welche die besetzten Gebiete wie ein Netz durchzieht und von PalästinenserInnen nicht genutzt werden darf. (1)

Wie die israelische Besatzungspolitik insgesamt, so wird auch die Enteignung palästinensischen Landes von offiziellen israelischen Stellen üblicherweise mit dem Argument der legitimen Sicherheitsinteressen Israels begründet. Ein herausragendes Beispiel für diese Praxis stellt der weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetriebene Mauerbau zwischen dem israelischen Staatsgebiet und der besetzten Westbank dar. Am Samstag, dem 26. April, machten sich etwa 500 AktivistInnen der israelischen Grassrootsbewegung Ta'ayush (zu deutsch: Koexistenz) auf den Weg in das Grenzgebiet in der Gegend von Tulkarem, einer palästinensischen Stadt in direkter Nachbarschaft zur "Grünen Linie" (der Waffenstillstandslinie zwischen israelischem Staatsgebiet und dem bis 1967 unter jordanischer Verwaltung stehenden Westjordanland), um die dort entstehenden Befestigungsanlagen in einer gemeinsam mit palästinensischen Partnerorganisationen durchgeführten Demonstration zu skandalisieren.

Zwar hatte Ta'ayush am Tag zuvor mit einer großformatigen Anzeige in der Tageszeitung Ha'aretz auf diese Demonstration hingewiesen, doch die überschaubare Anzahl der TeilnehmerInnen verweist auf den derzeit geringen Mobilisationsgrad der israelischen Linken und auf die bis weit in das links-liberale Spektrum hineinreichende Akzeptanz der Idee einer von Israel ohne Verhandlungen einseitig durchgesetzten hermetischen Trennung zwischen jüdischen Israelis und PalästinenserInnen.

Der sogenannte Trennungszaun gehört zu den in Israel gegenwärtig kaum hinterfragten Heilsversprechen der Generalität und ihrer Ableger im politischen Establishment. Dabei handelt es sich um ein Monstrum aus je nach geographischer Lage variierenden Bauelementen entweder zehn Meter hohen Betonmauern oder zwei Meter hohen wie breiten Stacheldrahtbergen in Kombination mit etwa ebenso tiefen Gräben, die jeweils durch einen mehrere Meter breiten plattgewalzten Streifen entlang dieser Befestigungen ergänzt werden, auf dem Eindringlinge Spuren hinterlassen sollen. Beim Passieren von Kalkilya, in direkter Nachbarschaft israelischer Städte entlang der "Grünen Linie", können wir die Mauer aus nächster Nähe bewundern. Ihre Höhe soll verhindern, dass palästinensische Heckenschützen israelische Dörfer und Städte auf der anderen Seite beschießen können. Die zusätzlichen Befestigungen entlang beider Seiten der Mauer verwandeln diesen "Zaun" in eine bis zu 60 Meter breite Schneise, welche die Landschaft mit aufdringlicher Hässlichkeit zerschneidet.

Sicherheit vor Attentätern bietet die Mauer nicht

Kalkilya ist schon beinahe vollständig von derartigen Befestigungsanlagen eingekreist, nur ein schmaler und vom israelischen Militär kontrollierter Korridor ermöglicht den Verkehrsfluss aus und in diese palästinensische Enklave. Die Einkreisung Kalkiliyas dient angeblich dazu, die Gefährdung der jüdischen Siedlungen innerhalb der besetzten Westbank in direkter Nachbarschaft Kalkilyas durch palästinensische Guerillas und Selbstmordattentäter zu begrenzen. Der sicherheitspolitische Sinn dieser Maßnahme darf dennoch bezweifelt werden: Derlei drastische und ungerechte Maßnahmen stärken nur die Motivation für palästinensische Selbstmordattentate; auch waren die Siedlungen und die Grenze zwischen der Westbank und Israel bisher nicht gerade unbewacht. Nach Angaben der für ihre soliden Recherchen geachteten israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem gelangten die meisten Selbstmordattentäter nicht etwa über die "grüne Grenze" an ihre Zielorte, sondern ganz regulär durch die mehr als 30 von Israel entlang der Grenze eingerichteten Checkpoints, die es auch in Zukunft geben wird.

Das Prinzip der Kantonisierung der besetzten Gebiete in eine Vielzahl voneinander isolierter Enklaven, die bei Bedarf jederzeit abgeriegelt werden können, ist seit Abschluss der Oslo-Verträge gängige Praxis der israelischen Armee, die sie im Laufe der Zeit und besonders seit Ausbruch der zweiten Intifada immer weiter perfektioniert hat. Der gegenwärtige Mauerbau ist ein weiterer dramatischer Schritt auf diesem Weg. Bislang werden derartige Befestigungsanlagen vor allem in der Gegend von Jenin, Tulkarem, Salfit und Kalkilya gebaut, geplant sind sie auch in Jerusalem und Hebron. Der genaue Umfang der Planungen bleibt bislang allerdings ein Geheimnis der Regierung Sharon, die in diesem Zusammenhang Protesten nicht nur seitens diverser Menschenrechtsgruppen und Restlinker, sondern auch und besonders seitens der Siedlerlobby ausgesetzt ist, welche in diesem Mauerbau eine von ihr strikt abgelehnte de-facto Grenze zwischen der Westbank und dem israelischen Kernland sieht. (2)

Unser Treffpunkt mit dem palästinensischen Demonstrationszug liegt in einem Olivenhain auf der anderen Seite des "Zaunes" zwischen zwei palästinensischen Dörfern in der Gegend von Tulkarem, wo die Befestigung von einem kleinen Durchgang unterbrochen wird. Der "Zaun" wird unter Berufung auf israelische Sicherheitsinteressen zumeist weit hinter der Waffenstillstandslinie von 1967 auf palästinensischem Gebiet gebaut, das zu diesem Zweck enteignet wird. So werden Teile der landwirtschaftlich wertvollsten Regionen der Westbank quasi in Stücke geschnitten, 19 palästinensische Dörfer mit insgesamt 128.500 EinwohnerInnen befinden sich nunmehr streng überwacht auf der israelischen Seite des "Zaunes" und teils willkürlich von ihren Feldern getrennt, ähnliches gilt neben den genannten Städten auch für 13 Dörfer mit 11.700 EinwohnerInnen auf der anderen Seite, die von zusätzlichen Befestigungsanlagen eingekreist werden und so häufig ihre Felder nicht mehr bestellen können. Etwa zwei Prozent der Westbank werden auf diese Weise de facto annektiert. Dafür werden zukünftig hunderttausende PalästinenserInnen in ghettohaften Enklaven eingeschlossen und oft ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Da es ausgerechnet an diesem Morgen in Strömen regnet, gerät unser samstäglicher Fußmarsch zu einer mühsamen Wanderung durch schlammige Felder. Mit tonnenschweren Schuhen durch die Gegend torkelnd, lästern manche gegen diese Art des selbstkasteienden Nachempfindens palästinensischer Alltagsleiden. Eine mediengerechte Demo vor dem Mauerprunkstück bei Kalkilya wäre doch viel besser gewesen, meinen sie, doch den OrganisatorInnen ging es um eine gemeinsame israelisch-palästinensische Demonstration, die eben dort unmöglich ist. Endlich kommt der etwa 500 Menschen starke palästinensische Demozug lautstark auf uns zu, angeführt von einem mit Megaphon und Nationalflagge ausgestatteten Mann auf einem Esel, hinten fahren zwei Notarztwagen mit. Ein Jugendlicher hat sich gar mit einer schusssicheren Weste und einem Schutzhelm ausgerüstet. Einige AktivistInnen der aus der Soliszene ganz Westeuropas und Nordamerikas zusammengewürfelten "internationalen Beobachter" mit ihren grellen T-Shirts sind auch dabei. Es folgt ein lange währender Austausch von Schlachtgesängen, wobei sich die PalästinenserInnen als die deutlich stimmgewaltigere Fraktion erweisen. Inmitten des Gequirles finden sich zahlreiche Bekannte und Freunde, es gibt Gelegenheit Neuigkeiten auszutauschen. Das Jungvolk auf beiden Seiten hingegen bleibt meist in der eigenen Bezugsgruppe und beschnuppert sich eher verhalten. Danach folgen die wie üblich endlosen Redebeiträge, wobei fehlende Sprachkenntnisse diese für viele zu einer eher einseitigen Veranstaltung machen.

Teile der Westbank werden de facto annektiert

Auf der palästinensischen Seite sprechen Vertreter der kommunistischen Partei (Hizb al-Sha'b) und eines palästinensischen Landwirtschaftsverbandes sowie ein Parlamentsabgeordneter der Fatah. Neben der

flammenden Verurteilung des Mauerbaus als rassistische Barrikade, der Forderung nach einem palästinensischen Staat in den Gebieten von 1967 inklusive Ostjerusalem, der Klärung der Flüchtlingsfrage sowie einigen Antikriegsslogans gegen die "Terroristen Bush und Sharon" sind auch innenpolitische Themen angesagt. Das Recht auf Widerstand gegen die Besatzung wird betont, etwaige Versuche der neuen palästinensischen Regierung, die Intifada zu beenden, erhalten eine klare Absage. Warnungen gehen an Abu Mazen und seinen Sicherheitschef Mohammad Dahlan, die palästinensischen Interessen nicht unter israelischem und amerikanischem Druck aufzugeben. Auf der israelischen Seite sprechen ein Dozent der Uni Tel Aviv und eine amerikanische Einwanderin als VertreterInnen von Ta'ayush gegen die Militärbesatzung, die Siedlungen und den Mauerbau als die in ihren Augen manifeste Etablierung eines Apartheidssystems in den besetzten Gebieten, welches die israelische Demokratie ihrer Substanz beraube. (3).

Bis auf zwei kleinere Armee-Einheiten, die von Ordnern und Verhandlungsteams sowie jeder Menge Handkameras auf Distanz zur leicht unruhigen Menge und in Beschlag gehalten werden, gibt sich die Staatsmacht unbeteiligt. Zwar ist dies eine nicht genehmigte Demonstration, doch offenbar zieht die Armee es vor, an diesem abgelegenen Ort nicht unnötig Ärger aufkommen zu lassen. So wurde die zuvor mehrere Tage dauernde Ausgangssperre in dem palästinensischen Dorf erst an diesem Morgen aufgehoben, offenkundig im Wissen um die geplante Demo. Bei früheren Gelegenheiten in der Gegend um Ramallah und Bethlehem wurden Ta'ayush-Demos schon mal böse zusammengeknüppelt. Hilfreich waren hier sicher die mitgereisten Medienleute ein französischer Radiojournalist, ein französisches Fernsehteam, al-Jazeera, das palästinensische Fernsehen und nicht zuletzt Chaim Yevin, Anchorman der Nachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen israelischen Fernsehen, eine Art israelischer Ulrich Wickert, der als Hobby Dokumentarfilme dreht, in diesem Fall einen über die israelischen Siedlungen. So konnte diese Veranstaltung, die ansonsten unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit verlief, dennoch eine gewisse Wirkung entfalten, wenn auch nicht in den israelischen Abendnachrichten, wo Ta'ayush zumeist totgeschwiegen wird.

Am Ende zieht sich der palästinensische Demozug unbehelligt in das benachbarte Dorf zurück, erst danach setzen auch wir uns in Bewegung. Israelische SoldatInnen sind neben dem Zaundurchgang aufgefahren und machen sich lustig über die Aufforderung der PassantInnen, den Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern. Zurück im samstäglich trägen Tel Aviv lutsche ich in der Nachmittagssonne an meinem Eis und versuche, mich an die Schärfe des Kontrastes zum gerade Erlebten zu gewöhnen.

Achim Rohde, Tel Aviv

Anmerkungen:

1) Karte der Siedlungen in den Gebieten siehe www.btselem.org

2) siehe www.btselem.org

3) siehe www.taayush.org

14. "Israel muss sich entscheiden." Moshe Zuckermann über Frieden im Nahen Osten und die Debatten deutscher Linker

Rubrik: Israel / Palästina; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:04

Moshe Zuckermanns gerade erschienenes Buch "Zweierlei Israel" enthält "Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß". So steht es auf dem Cover. In unserem Interview geht es um dieses Buch, die Debatten deutscher Linker und die Bedingungen für einen Frieden im Nahen Osten. Mit Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, sprach Jens Renner.

Frage: In dem Buch "Zweierlei Israel" wird eine Arbeitsteilung sichtbar zwischen den drei deutschen Linken Thomas Ebermann, Hermann Gremliza und Volker Weiß auf der einen, dem israelischen Linken Moshe Zuckermann auf der anderen Seite. Beide Seiten kritisieren die Verhältnisse im eigenen Land sehr scharf. Schießen Sie dabei nicht manchmal über das Ziel hinaus? Ich denke da an Vergleiche zwischen palästinensischen Selbstmordattentätern und Ghetto-Aufständen gegen die Nazis oder an die Unterscheidung zwischen "Herrenmenschen" und "Untermenschen", die Sie der israelischen Seite vorwerfen.

Moshe Zuckermann: Wenn ich mich auf die Rhetorik von "Herrenmenschen" und "Untermenschen" bezogen habe, dann war das ja nicht von mir als analytische Kategorie gedacht, sondern zur Kennzeichnung einer Rhetorik, wie sie zum Teil verwendet wird. Um ein Beispiel zu geben: Wenn der ehemalige israelische Ministerpräsident Menachem Begin von palästinensischen Feischärlern - man kann sie von mir aus auch Terroristen nennen - als "zweibeinige Tiere" redet, dann dehumanisiert er den Gegner. Diese Dehumanisierung hat etwas mit Herren- und Untermenschen zu tun. Das ist eine Rhetorik, die ich versuche anzuprangern. Dabei mag ich polemisch über das Ziel schießen, wie Sie sagen, aber eben in aufklärerischer Absicht. Es handelt sich um Menschen auf der anderen Seite, es handelt sich um Menschen auf unserer Seite, und Menschen tun Menschen etwas an. Die andere Frage ist: Wie soll man mit Selbstmordattentätern umgehen? Wenn der Vergleich mit Ghetto-Aufständen in Ihren Ohren nicht so ganz adäquat klingt, dann ist ganz gewiss nicht so im Selbstverständnis der Palästinenser. Die Palästinenser sind in ihrem Selbstverständnis unterdrückt, sie sind so verzweifelt, dass sie wirklich zum Äußersten greifen. Und das wirft die Frage auf, wie in Europa sitzende Linke die Sache bewerten. Ich weise darauf hin, dass Ehud Barak, der vorletzte Ministerpräsident, in einem Interview gesagt hat: Wenn ich an Stelle der Palästinenser wäre, würde ich genauso handeln wie sie. Er bezog sich zwar nicht auf Selbstmordattentäter, aber er redete sehr wohl von Partisanenkampf, von Untergrundkampf. Im Kern geht es doch um die Frage, ob die deutsche Linke anerkennt, dass der Kampf der Palästinenser nicht nur der Kampf von Terroristen ist, dass der Terror die Waffe der ohne Zweifel Schwächeren ist, die gegen Israel angewandt wird. Ob ich damit glücklich bin oder nicht, ist nicht die Frage. Man muss die Strukturprobleme betrachten: Wie kommt es dazu, dass Menschen in den Selbstmord getrieben werden?

In Ihrem Buch "Zweierlei Holocaust", das 1998 erschienen ist, werfen Sie der offiziellen israelischen Politik die Instrumentalisierung der Shoah vor. Dieser Vorwurf kommt auch in "Zweierlei Israel" wieder vor: Die Erinnerung an die Shoah sei zu einer Ersatzreligion geworden, mit der nationalchauvinistische Stimmungen geschürt würden.

Sie haben zu Recht hervorgehoben, dass es hier um die offizielle Politik geht, nicht um israelische Lebenswelten. Ich rede nicht von den Realitäten in der Privatsphäre, wo die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in den Familien der Überlebenden und in der folgenden Generation schwerwiegende Prägungen und Folgen hat, Folgen psychischer Natur, sozialpsychischer Natur, mentalitätsmäßiger Natur, auch politischer Natur. Politische Folgen können übrigens sowohl nach rechts wie nach links ausschlagen. Auch Amira Hass ist Tochter einer Überlebendenfamilie. Damit ist also noch gar nichts gesagt, was für Folgerungen gezogen werden. Es ist allerdings meiner Meinung nach im Zionismus, wie er sich nach 1945 und besonders nach 1948 entwickelte, angelegt, dass die Shoah zionisiert wurde. Die Shoah verkam in der staatsoffiziellen Ideologie mehr oder minder zum Argument. Wenn das Grundpostulat der zionistischen Befreiungsbewegung Negation der Diaspora ist, also die Aufhebung des jüdischen Exillebens, dann war das ultimative, allerletzte

welthistorische Argument für die Berechtigung dieses Postulats die Tatsache, dass Juden in der Diaspora nicht nur Verfolgte waren, sondern tödlich Verfolgte, dass ein Vernichtungsantisemitismus in die Welt getreten war. In dem Moment, wo das zu einem Argument verkommen war - unabhängig davon, ob es in der Sache richtig ist oder nicht entwickelte sich eine Kultur in Israel, die mehr oder minder den Holocaust zionisierte, also für die zionistischen Belange in Anspruch nahm. Das kann man einerseits verstehen. Denn wenn Israel der Judenstaat war, der nach 1945 entstand, dann war damit auch klar, warum es ein Gedenkmonopol dieses Staates gegeben hat. Aber das unter ein Monopol subsumierte Gedenken kann sehr leicht zur Ideologie werden, und ich glaube, das ist genau das, was passiert ist. Die Sache wird besonders eklatant, wenn man bedenkt, was für Erfahrungen die Überlebenden in der Begegnung mit dem Staat Israel dann ab 1948/49 gemacht haben. Das waren keine besonderes angenehmen Erfahrungen, weil sie gerade in ihrem Überlebenden-Dasein wenig akzeptiert wurden; man wurde eher als Charaktermaske oder als Argument akzeptiert, d.h. als Kategorie, aber nicht als das, was man war, nämlich ein geschundener, verfolgter, kranker, häufig psychisch kranker Mensch. Um es auf den Punkt zu bringen: Ich meine, dass das ein zentrales Problem im staatlichen Holocaust-Gedenken Israels darstellt. Und genau das ist in den 1990er Jahren aufgebrochen und hat mittlerweile eine Fragmentierung und Parzellierung des Holocaust-Gedenkens hervorgerufen. Das besagt nicht, dass nicht immer noch die Staatsideologie vorherrscht, aber es bedeutet, dass in den partikularen Lebenswelten sich dieses Gedenken mittlerweile individualisiert und fragmentiert hat.

Der Zionismus und der jüdische Staat Israel waren 1945 zur historischen Notwendigkeit geworden. Sie selbst sind 1970 als Zionist aus der BRD nach Israel zurückgekehrt. Heute bezeichnen Sie sich als Nichtzionisten, nicht als Antizionisten. In "Zweierlei Israel" sagen Sie, der Zionismus sei mittlerweile zu einer "radikal rechten Bewegung" geworden. Lässt sich das wirklich so pauschal sagen?

Was ich damit meine ist Folgendes: Der Linkszionismus, die Kibbuz-Bewegung wird in einem Jahrzehnt nicht mehr bestehen. Den Zionismus der sozialistischen Ideale gibt es nicht mehr. Es gibt das Klein-Israel bis 1967 nicht mehr, weil es die grüne Grenze auch im Bewusstsein nicht mehr gibt. Der Zionismus ist aus einer Befreiungsbewegung zu einer expansionistischen Bewegung, zu einer kolonialen Bewegung geworden, die noch immer den Namen des Zionismus trägt, aber mit der Ursprungsidee des Zionismus, so wie ich ihn zumindest bis 1967 verstanden habe, nichts mehr zu tun hat; es gibt radikalere Leute als mich, die meinen, der Zionismus sei schon in seinen Ursprüngen eine Kolonisationsbewegung gewesen, darüber kann man streiten. Aber ab 1967 ist er genau zu dem verkommen. Mittlerweile sind die Hauptträger des Zionismus die Siedler, und so apostrophieren sie sich auch: Wir sind heute die eigentlichen Pioniere. Was einst das zionistische Ethos war, das Pionierwesen, die Urbarmachung des Landes, dessen Träger sind wir heute, die Siedlerbewegung. Ich beziehe mich also auf den Zionismus, wie er mittlerweile historisch gewachsen ist. Darüber hinaus: Wenn der Zionismus meint, wir müssen dem jüdischen Volk eine Heimstätte geben, in dem Juden sich sicher fühlen können, dann ist fraglich, ob der Zionismus, wie er sich entwickelt hat, das heute überhaupt noch leisten kann. Juden sind heute in Israel mehr bedroht als sonst wo in der Welt. Also meine ich, dass der Zionismus, wie er sich seit Ende des 19. Jahrhunderts konstituiert hat, zu etwas mutiert ist, was zwar auch noch von Linkszionisten getragen wird, aber nur noch als Ideologie, nicht mehr als eine Praxis.

Die Beiträge Ihrer deutschen Gesprächspartner haben aus meiner Sicht mehrfach die Tendenz, die von Israel ausgeübte Gewalt zu verharmlosen: Da wird von der "mildesten Besatzung", zumindest in den Anfangsjahren, gesprochen; da wird generell in Frage gestellt, ob denn Besatzung überhaupt so schlimm sei; da wird behauptet, Rabins Mörder sei ein Einzeltäter gewesen; da wird die Gewalt gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern als ganz normale Gewalt in Kriegen bezeichnet. Auf der anderen Seite gibt es allerdings ja auch eine Linke, die sich selbst als "antizionistisch" oder "antiimperialistisch" bezeichnet und die das Existenzrecht Israels ablehnt. Wie könnte eine "internationalistische" Israel-Kritik aussehen, die weder verharmlost noch die Grundlagen des Staates Israel in Frage stellt?

Ich denke, es ist so, wie Sie es gerade formuliert haben: eine Israel-Kritik, die nicht das Existenzrecht Israel anzweifelt. Darüber debattiere ich auch nicht, das sage ich immer wieder: Ich möchte nicht mit Deutschen darüber debattieren, ob es Israel geben soll oder nicht. Israel gibt es, und das ist für mich kein Debattenpunkt. Also weder verharmlosen noch an die Grundfesten gehen. Denn dass verharmlost wird, hat mehr mit Argumentationssträngen zu tun als mit Analyse. Denn wenn Sie einen Palästinenser interviewen, wie er sich fühlt mit dieser "sehr aufgeklärten Besatzungsmacht", dann werden Sie etwas ganz anderes hören. Es finden übrigens eine ganze Menge Gewaltmaßnahmen statt, von denen Sie hier gar nichts wissen. Ich glaube, dass

die Leute hier sehr abstrakt über Israel reden und weniger die Realität wahrnehmen. Die eine Sache ist die Barbarei, die das Militär in den besetzten Gebieten anrichtet, die Reaktion sind die unsicher gewordenen Städte Israels durch Selbstmordattentäter usw. Beides ist für Leute hier in Deutschland eher ein Abstraktum, aber für uns ist das kein Abstraktum. Ich weiß im Übrigen gar nicht, was für eine Art von linker Argumentation das sein soll: Seit wann sind Okkupationen zu relativieren? In dem Moment wo ein Land sich expansionistisch gebärdet, sei es aus kolonialistischen oder imperialistischen, sei es aus vorgeblich sicherheitsmäßigen Motivationen heraus, muss das aus linker Position heraus verurteilt werden, und ich bin auch der Meinung, dass wir nicht nur jetzt, sondern schon 1948 den Palästinensern eine große Katastrophe beigebracht haben: die Nakba, die große Katastrophe. Da kann kein Deutscher hingehen und sagen: So schlimm ist es nicht gewesen. Die Katastrophe des anderen kann doch nicht relativiert werden. Darüber hinaus sage ich auch: Die Spätfolgen dieser Katastrophe sind in Tel Aviv und in Ramallah bis zum heutigen Tag sehr heftig spürbar. Von anderer Seite hört man: Ja, aber es gibt doch in der Welt den Antisemitismus, der Israels Existenzrecht in Frage stellt. Das ist eine Sache, die uns in Israel eigentlich nie so richtig betroffen hat, nicht nur als Linke, sondern überhaupt als israelische Bürger. Die Frage des Antisemitismus ist, glaube ich, eher eine europäische Angelegenheit. Antisemitismus ist das Problem der Antisemiten, nicht das Problem der Juden. Israel fühlt sich heute nicht vom Antisemitismus in der Welt bedroht. Als ich das auf der Veranstaltung (am 18.4. in Hamburg; Anm. ak) zu sagen versuchte, wurde ich attackiert, ich würde den Antisemitismus verharmlosen. Nein, ich versuche nicht den Antisemitismus zu verharmlosen, bestimmt nicht als Sohn von Verfolgten, die lebensgeschichtlich die Katastrophe des Antisemitismus erlebt haben. Ich versuche nur zu sagen: Für die israelische Politik ist der Antisemitismus eher ein ideologisches Argument, keine unmittelbare Bedrohung. Eine Bedrohung kann daraus entstehen, dass Syrien, der Irak, Jordanien oder Ägypten - übrigens nie die Palästinenser, die haben nie die Existenz Israel bedroht - Krieg gegen Israel führen bzw. Israel Krieg gegen sie führt. Das kann zur Existenzbedrohung werden.

Es sollte unter Linken unstrittig sein, dass Israel als Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden aus der ganzen Welt erhalten bleiben muss. Einige bestehen darauf, Israel müsse aus diesem Grunde ein jüdischer Staat bleiben. Sie, Moshe Zuckermann, weisen immer wieder darauf hin, dass die Entwicklung eher auf binationale Strukturen hin läuft - wegen der demographischen Entwicklung und wegen der dauerhaften Annexion der palästinensischen Gebiete. Ist Israel heute noch ein jüdischer Staat?

Israel ist heute noch ein jüdischer Staat im Selbstverständnis, Israel ist ein jüdischer Staat, in dem Juden als Juden leben können. Ich glaube, dass die demographische Frage vom Standpunkt des Zionismus eine tickende Zeitbombe ist. Nach den letzten Berechnungen wird innerhalb von einem Jahrzehnt der Zustand eintreten, dass Juden Minderheit im eigenen Land sein werden. Juden werden zwar die Hegemonialherrschaft haben, aber Minderheit im eigenen Land sein, womit sozusagen dann Apartheidzustände eintreten werden. Damit stellt sich nicht nur für mich die Frage: Kann heute noch der Anspruch Israel als Judenstaat, also nur von Juden bevölkerter Staat, überhaupt aufrecht erhalten werden? Selbst wenn Israel ein eigenständiges Gemeinwesen bleibt, wird es konföderative Strukturen eingehen müssen mit dem dann entstandenen Staat Palästina. Auch Jordanien muss da mit einbezogen werden; ökonomische Probleme, Wasserprobleme können nur gemeinsam angegangen werden. Als man den Staat Israel gründete, hoffte man, dass das gesamte jüdische Volk nach Israel kommen würde. Ein Großteil des jüdischen Volkes kam aber nicht nach Israel. Es entstand dann eine Demographie, die zeitweise, nach der Auflösung der Sowjetunion, gemildert wurde durch eine riesige Einwanderung von ehemaligen Bürgern der Sowjetunion, die zum Teil keine Juden waren. An dem Grundproblem aber änderte sich nichts. Die Frage ist, wie richtet man sich in dieser absehbaren Zukunft ein. Ich meine, dass Frieden die einzige Lösung ist. Dann stellt sich auch die Frage nicht mehr, ob Juden Minderheit im eigenen Land sind.

Frieden bedeutet Zweistaatlichkeit. Sie haben auch in "Zweierlei Israel" wieder die bekannten vier Bedingungen für den Frieden formuliert: Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten; Abzug der Siedler aus 85 oder 90 Prozent der Siedlungen; Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten; eine zumindest symbolische Anerkennung des palästinensischen Rückkehrrechts.

Diese Bedingungen sind nicht meine Bedingungen. Es sind die Bedingungen der Palästinenser bei den Verhandlungen in Camp David und Taba 2000 und 2001. Der palästinensische Staat muss auf dem Territorium der besetzten Gebiete liegen, also Gaza und Westjordanland. Abbau der Siedlungen heißt natürlich nicht, dass die Siedlungen zerstört werden sollen, sondern dass Juden sich da rausziehen und die

Infrastruktur dann abgekauft wird. Ferner Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und eine zumindest symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts. Wenn es eine palästinensische Staatsbildung gibt, ist ja nicht davon auszugehen, dass die Palästinenser, deren Land man geraubt hat und die vertrieben wurden, in das Kernland Israel gehen. Aber es muss Familienzusammenführungen geben. Ich rede immer von einer Viertelmillion, die zurückkehren wollen. Palästinensische Kollegen meinen, mehr als 100.000 würden gar nicht zurückkehren wollen. Es handelt sich also um eine Quantität, die handhabbar ist. Bei den anderen müsste dann ausgehandelt werden, welche Reparationen es gibt. Will man den Frieden, dann muss man den Preis zahlen. Einen Preis, der momentan in Israel zu schwersten inneren Kämpfen führen könnte, Rückzug aus den Gebieten könnte zu bürgerkriegsähnlichen Situationen führen. Aber das ist der Preis. Will man den Preis nicht zahlen, dann muss man sich damit abfinden, dass zum Ende dieses Jahrzehnts Juden zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass ein Apartheidsystem entstanden sein wird. Ob das die Welt zulassen wird, ist fraglich. Das sind objektive Strukturen, keine Wunschvorstellungen. Israel muss sich entscheiden, was es will.

In Israel gibt es zwar immer noch eine Mehrheit für die Zweistaatlichkeit; die von Ihnen als Minimum genannten vier Bedingungen sind aber keineswegs mehrheitsfähig. Die Linke ist marginalisiert, die Friedensbewegung schwach. Jetzt gibt es Versuche einer Sammlungsbewegung aus Meretz und dem linken Flügel der Arbeitspartei. Wäre dieses Bündnis bereit, aus einer Minderheitsposition heraus für die genannten vier Bedingungen innerhalb der israelischen Bevölkerung zu werben?

Ich rede jetzt nicht von den radikalen Linken, denen ich mich selber zurechne. Wenn aus der linkszionistischen Bewegung, aus Meretz und Teilen der Arbeitspartei, eine sozialdemokratische Partei entsteht - so soll diese Partei auch heißen - dann würde diese Partei bestimmt die ersten beiden Punkte teilen: Rückzug aus den Gebieten (wobei auszuhandeln wäre, ob es 100, 90 oder 85 Prozent sind) war schon immer die Politik der Meretz-Partei. Selbst in der Jerusalem-Frage würde man sich einigen können. Denn da müsste im Grunde das bereits Bestehende nur noch ratifiziert werden. Jerusalem ist heute eine geteilte Stadt. Die große Frage ist, ob sie vereinigt werden kann, ob sie zur Hauptstadt beider Staaten wird. Der Stein des Anstoßes, der allerdings so lange abgeschliffen wird, bis man zu einer Einigung kommt, ist die Rückkehrrechtsfrage. Das ist bis heute ein Tabu geblieben. Allerdings war auch die Frage eines palästinensischen Staates 1970, als ich nach Israel zurückgekehrt bin, ein totales Tabu. Die Frage der Siedlungen stand damals gar nicht zur Debatte. Mittlerweile gibt es eine viertel Million Siedler in der Westbank. Ich glaube, auch dieses Tabu wird aufgebrochen werden. Eines muss klar sein: Meine Position mag die richtige Diagnose liefern, sie ist aber absolut nicht mehrheitsfähig. Von daher war es für uns radikale Linke immer wichtig, sich anzubinden an diejenigen Organisationen und Parteien, die zumindest tendenziell mehrheitsfähige Politik machen können, Peace Now und andere Gruppen der Friedensbewegung, die mittlerweile total eingeschlafen ist, die aber früher für uns, obwohl wir radikaler waren, immer diejenigen waren, die 150.000 oder 200.000 Menschen mobilisieren konnten. Das muss auch weiterhin die Politik bleiben: der Versuch, realpolitisch eine mehrheitsfähige Position anzustreben. Von daher ist diese Sammlung im Lager des linken Zionismus vielleicht ein Silberstreif am Horizont.

Anfang 2001 sprachen Sie in einem Vortrag ("Die Lösung de Unlösbaren", dokumentiert in ak 447) von der "List der Vernunft": der paradoxen Möglichkeit, dass ausgerechnet Ariel Sharon, der immer auf gewaltsame "Lösungen" gesetzt hat, Israel den Frieden bringen könnte. Diese Hoffnung, die wir damals in unserem Aufmacher "Ariel Sharon und die List der Vernunft" aufgegriffen haben, hat sich nicht bewahrheitet.

Zunächst einmal hat sie sich nicht bewahrheitet. Sharon hat eine rabiate Politik der Zerstörung der palästinensischen Autonomiebehörde und der Infrastruktur betrieben. Er hat diese Möglichkeit, die sich durch die Intifada anbot, sofort ergriffen. Die Frage stellt sich heute, nach dem Ende des Irakkrieges, anders. Ob die USA heute - nicht wegen besonderer Juden-, Israel- oder Menschenfreundlichkeit - sondern aus geopolitischen Erwägungen heraus Israel dazu zwingen könnten, den Nahostkonflikt zu regeln. Man muss sehr vorsichtig sein, wenn man solche Hoffnungen ausspricht. Die israelische Linke, das sage ich immer wieder mit einigem Sarkasmus, ist ja die einzige Linke in der Welt, die immer wieder ihre Hoffnungen an die USA richtet und hofft, dass die uns retten ...

Ganz so isoliert ist die israelische Linke da nicht. Auch für Teile der deutschen Linken sind die USA inzwischen zum Hoffnungsträger geworden ...

... aber es stellt sich immer wieder heraus, dass die USA sich einen Scheißdreck darum kümmern. Aber im Rahmen der Neuordnung der Machtverhältnisse im 21. Jahrhundert - zwischen den USA, der EU, dem Block im Fernen Osten, zentriert um China - und nachdem die Region Zentralasien mit dem Afghanistan-Krieg und jetzt die Golfregion unter amerikanische Hegemonialmacht gestellt wurden, könnte es doch im geopolitischen Interesse der USA liegen, jetzt den Unruheherd Nahost zu befrieden.

Das wäre dann allerdings ein oktroyierter Frieden. Wenn Israel und der künftige Staat Palästina auf föderative Strukturen, offene Grenzen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch angewiesen sind, dann stellt sich die Frage, wie tragfähig ein solcher Frieden wäre.

Wenn es ein oktroyierter Frieden ist, dann wird es kein Frieden sein. Die Befreiung von außen klappt ja normalerweise nicht, obwohl Deutschland Beispiel ist für eine barbarisierte Gesellschaft, die durch die Besatzungsmacht zivilisiert wurde. Das will ich natürlich nicht in Frage stellen. Ich meine aber, ein oktroyierter Frieden kann nur der erste Schritt sein zu einem Frieden, der dann zwischen den einzelnen Parteien ausgehandelt wird. Die Frage ist also nicht, ob die Amerikaner den Frieden diktieren. Die Frage ist, ob sie den Friedensprozess diktieren. Ob das wirklich in ihrem Interesse liegt - angesichts einer Konstellation aus einem christlichen Fundamentalismus, einem Pentagon, das gerade Bagdad erobert hat, einer Politik, die nicht mehr im Sinne des Völkerrechts denkt, sondern in Kategorien der Hegemonialansprüche und der Gewaltherrschaft. Aber Sharon wird den Frieden nicht bringen. Die "List der Vernunft" war nicht vernünftig genug.

Beiträge von Moshe Zuckermann in analyse + kritik:

Die Lösung des Unlösbaren (ak 447)

Eine Kontaminierung des Andenkens (ak 466)

15. Zweierlei Linke. Moshe Zuckermann diskutiert mit deutschen Linken - Buchvorstellung

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:39

Da das Verdikt "Pflichtlektüre" bei kritischen Geistern eher Widerstand provoziert, formuliert der ak-Rezensent seine Empfehlung mit der gebotenen Zurückhaltung: Das Buch "Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß" sollte aufmerksam gelesen werden, gerade von deutschen Linken. Es mag wichtigere Bücher über den israelisch-palästinensischen Konflikt geben, Bücher, in denen an Hand systematisch aufbereiteter Fakten Wissen vermittelt und zugleich eine mit Argumenten begründete Position zur Diskussion gestellt wird (zwei davon werden in dieser ak-Ausgabe vorgestellt).

Wo in "Zweierlei Israel?" ebenfalls auf Fakten aufbauende Analysen geliefert werden, ist fast ausschließlich Moshe Zuckermann dafür zu loben. Seine deutschen Gesprächspartner weisen ihn zwar hier und da auf Schwachstellen und polemische Übertreibungen in seiner Argumentation hin, vor allem aber liefern sie ihm die Stichworte für eine Belehrung im besten Sinne. Zuckermann weiß, wovon er spricht, und er spricht klar und pointiert: über die Entwicklung des Zionismus und der israelischen Staatsideologie; über Israels Probleme mit der Einwanderung und die Ethnisierung sozialer Konflikte; über die israelische Besatzungspolitik und die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten und vieles mehr.

In komprimierter Form sind Zuckermanns Analysen auch ak-LeserInnen vertraut; siehe die Dokumentation seines Vortrags "Die Lösung des Unlösbaren" in ak 447. Was dem Buch besonderen Reiz verleiht, ist die Form: Drei deutsche Linke streiten sich mit Zuckermann, stellen ihm Fragen, kritisieren ihn. Anders als ursprünglich geplant, sind die deutschen Redebeiträge anonymisiert - "so sehr verschwanden die Differenzen der drei hinter diesem gemeinsamen Impetus (gemeint ist ihr Vorsatz, Zuckermann seine Illusionen über Deutschland auszutreiben; Anm. ak), dass die persönliche Zuordnung ihrer Ansichten und Fragen überflüssig erschien", schreibt Hermann L. Gremliza, der (zuweilen recht schlampige) Lektor, in seinem Geleitwort. Diese Entscheidung geht, wie zu hören war, auf Thomas Ebermann zurück, der auch die Idee zu dem Buch hatte. Eine Entscheidung mit Konsequenzen, impliziert sie doch eine Art kollektiver Haftung der drei deutschen Diskutanten auch für abstruse Beiträge ihrer Landsleute. Und Abstruses, Unausgereiftes, "typisch (Anti-)Deutsches" enthält das Buch leider auch: Da wird mal eben "der Antisemit" als "Getriebener" bezeichnet, der auch die eigene Vernichtung in Kauf nehme, und dann im nächsten Satz eine Verbindung zum palästinensischen "Todeskult" konstruiert; da wird vor allem die israelische Besatzungspolitik durchgehend verharmlost und die Diskriminierung der arabischen Israelis als Dauerzustand akzeptiert: "Die Frage ist, wie kann dieser Staat jüdisch bleiben und zugleich denen, die er diskriminiert, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen." Diskriminierung in Menschenwürde - darauf können vielleicht nur deutsche Linke kommen.

Zuckermann weist derlei denn auch schroff und zugleich argumentativ zurück: "Ein Zufluchtsort von Juden ist erst dann gewährleistet, wenn anstelle von Ausgrenzungen, Ausschluss und Divergenz Koexistenz und Zusammenarbeit treten." Während seine deutschen Gesprächspartner der These vom ewigen Antisemitismus anzuhängen scheinen, äußert Zuckermann die Erwartung, nach einem israelisch-palästinensischen Friedensschluss werde "der Teil des arabischen Antisemitismus, der sich aus dem antizionistischen Ressentiment speist, verfliegen." Streitlustig, wie er ist, kritisiert Zuckermann auch die "Dämonisierung des Islam" in konkret und die neue linksdeutsche Weltsicht: "Wer Auschwitz zu einem Maßstab erhebt, vor dem alles andere unwichtig wird, macht sich das Leben zu leicht." Für solche notwendigen Klarstellungen - wie gleichzeitig auch für die Distanzierung von den linken Antisemiten ("meine Todfeinde") - ist ihm zu danken.

Js.

Moshe Zuckermann: Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß. Konkret texte 34, Hamburg 2003, 139 Seiten, 12,40 EUR

16. Araber, Antisemitismus und Holocaust. Die Rezeption der Shoah in der arabischen Welt, Teil 1

Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt, Teil 1

Autor: Omar Kamil · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:32

Nach wie vor erfreuen sich die "Protokolle der Weisen von Zion" in Ägypten, Syrien oder dem Libanon bleibender Beliebtheit, skandieren arabische DemonstrantInnen, die gegen die israelische Palästinapolitik protestieren, "Tod den Juden!", werden europäische Holocaust-Leugner wie Roger Garaudy in der arabischen Welt als Helden im Kampf gegen den Zionismus gefeiert. Ist der militante Islamismus also die Fortsetzung des nazistischen Rassenwahns, wie einige deutsche Linke beharrlich verkünden? So einfach liegen die Dinge denn doch nicht. Unser Autor Omar Kamil beschreibt die Realität des arabischen Antisemitismus und die Holocaust-Diskurse arabischer Intellektueller. Der zweite Teil seines Artikels erscheint in ak 474.

Man stelle sich folgende Szene in Ägypten vor: Ein deutscher Freund macht Urlaub in Kairo. Dort steigt er in ein Taxi. Der neugierige Taxifahrer fragt ihn, woher er kommt. "Deutschland", antwortet mein Freund. Der ägyptische Taxifahrer reagiert mit Begeisterung: Hitler war gut! Mein deutscher Freund zeigt Zivilcourage und klärt den Taxifahrer über die Gefahr des Antisemitismus auf. Der Taxifahrer wundert sich über den Deutschen, der undankbar auf das Hitler-Lob reagiert, mein deutscher Freund verlässt wütend das Taxi, überzeugt, die Araber seien Nazifreunde! Szenenwechsel: Ein arabischer Freund hört irgendwo in Deutschland einen Vortrag zum Thema "Antisemitismus in der arabischen Welt". Er reagiert mit Empörung und lehnt es kategorisch ab, über arabischen Antisemitismus zu diskutieren - denn wie kann man von den Arabern behaupten, sie seien Antisemiten, wenn "wir" Araber selbst Semiten sind?!

In diesen beiden nicht fiktiven Szenen werden einige der Gründe deutlich, die mich dazu veranlasst haben, mich mit dem Thema Antisemitismus und Holocaust-Rezeption in der arabischen Welt zu beschäftigen. In Deutschland hört man gelegentlich die Behauptung, die Araber seien die Antisemiten von heute. Diese Behauptung verzerrt durch die Monolithisierung der Araber die Realität und zielt bewusst oder unbewusst auf Polemik. Der Antisemitismus ist historisch entstanden und daher auch historisch überwindbar. Ihn in seinem arabischen Kontext zu verstehen, ist die einzige Möglichkeit, seine Überwindung in dieser Region zu beschleunigen. Interessant sind daher folgende Fragen: Wie kommt der Taxifahrer zu der hitlerfreundlichen Aussage? Wie lässt sich der blühende Handel mit antisemitischen Werken in Kairo, Damaskus oder Beirut erklären? Was veranlasst arabische Politiker, sich antisemitisch zu äußern, und warum reagieren arabische Intellektuelle begeistert auf europäische Holocaust-Leugner? Mir geht es hier darum, den Antisemitismus und die Holocaust-Wahrnehmungen in der arabischen Welt zu kontextualisieren, d.h. sie in ihren arabischen Zusammenhängen für deutsche Leserinnen und Lesern verständlich zu machen.

Die Katastrophe des Feindes wird geleugnet

Zuerst muss allerdings das Vorhandensein eines arabischen Antisemitismus als traurige und unentschuldbare Tatsache eingestanden werden. Dass es dafür Erklärungen gibt, rechtfertigt diesen Antisemitismus keineswegs. Ich vertrete die These: So lange Juden und Araber nicht in Konflikt miteinander standen, waren die Diskurse der arabischen Intellektuellen durch Ablehnung des europäischen Antisemitismus gekennzeichnet und zeigten Mitleid für die europäischen Juden. Diese These beruht auf der Arbeit des israelischen Orientalisten Israel Gershoni. (1) Um den antifaschistischen Diskurs ägyptischer Intellektueller zu beweisen, analysierte Gershoni zwei prominente Zeitungen: die monatlich erscheinende al-Hilal und die zwei-wöchentlich und später wöchentlich erscheinende ar-Risala. Die Bedeutung dieser beiden Presseorgane ergab sich aus der Tatsache, dass sie nicht nur das geistige Leben Ägyptens prägten, sondern darüber hinaus die gesamte arabische Welt. Zur Popularität beider Blätter trugen namhafte Intellektuelle bei, deren Bedeutung für das intellektuelle Leben in der arabischen Welt bis in die Gegenwart reicht. Al-Hilal und ar-Risala waren keine peripheren Erscheinungen in der damaligen Medienlandschaft, sondern bildeten vielmehr ihr Zentrum.

Erst nach der Gründung des Staates Israel 1948 und als Folge der arabischen Niederlage im Krieg 1948 erlebten die Diskurse arabischer Intellektueller eine grundlegende Veränderung in der Auseinandersetzung mit Israel. Die grundlegende antizionistische Haltung der Araber gestaltete von nun an die Antisemitismus- und

Holocaust-Diskurse der arabischen Intellektuellen. Diese Diskurse waren einzig und allein von der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem zionistischen Israel geprägt. Die Interpretationsmodelle der arabischen Intellektuellen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und mit dem Holocaust sind von nun an eklektisch, ambivalent und inkonsequent. Sie dienen als Kampfmittel im herrschenden Kriegszustand gegen Israel.

In vier Diskursen instrumentalisierten arabische Intellektuelle den Antisemitismus und den Holocaust und sahen sie ausschließlich durch das Nadelöhr des arabisch-israelischen Konfliktes. Im ersten Diskurs ging es darum, die arabische Niederlage gegen Israel im Krieg von 1948 und den Verlust Palästinas als die arabische Katastrophe (arab. Nakba) schlechthin hervorzuheben. Der Holocaust findet in diesem Diskurs keine Beachtung und wird als eine Art Nichtereignis verschwiegen. Die Katastrophe des Feindes wird nicht wahrgenommen, sondern nur die die eigene. Im einem zweiten Diskurs stellen arabische Intellektuelle den Holocaust der Nakba gegenüber, um ihn herunterzuspielen. Der wahre Holocaust sei nicht das, was die Nazis den Juden angetan haben, sondern was die Zionisten den Palästinenserinnen und Palästinensern seit 1948 antun. Der dritte Diskurs arabischer Intellektuelle weist den Antisemitismus und den Holocaust als eine Erfindung des Zionismus zurück. Hier wissen arabische Intellektuelle, dass der Antisemitismus und der Holocaust die Gründung des Staates Israel zu einer Notwendigkeit gemacht haben. Leugnen sie sie, so stellen sie die moralische Legitimation Israels in Frage. In einem vierten Diskurs werden Antisemitismus und Holocaust benutzt, um gegen die westliche Zivilisation zu polemisieren. In diesem Diskurs betonen arabische Intellektuelle die Unfähigkeit Europas, Juden in ihrer Mitte zu integrieren. Den Antisemitismus und den Holocaust sehen sie als einen Makel in der europäischen Zivilisation, dessen Preis schließlich die Palästinenser bezahlten.

Repräsentativ für das Verschweigen des Holocaust steht hier Anis Freha. Der libanesische Historiker schildert in einem Aufsatz den Antisemitismus in der europäischen Geschichte. Er kritisiert die Rassentheorie und weist auf deren christliche und europäische Wurzeln hin. Den Holocaust erwähnt er kein einziges Mal. Dagegen verweist er auf die Nakba der Palästinenser. (2) Ähnlich verhält sich der ägyptische Philosoph Zaki Nagib Maomud. Er unterscheidet in einem 1979 veröffentlichten Buch zwischen Juden und Zionisten. Die zionistische Bewegung, so Maomud, stelle eine Minderheit unter den Juden dar. Darüber hinaus bemüht er sich, den Vorwurf, die Araber seien Antisemiten, zu widerlegen. Für Maomud ist der Antisemitismus der arabischen Moderne fremd. Weiterhin argumentiert Maomud wie viele arabische humanistische Denker gegen den Rassismus, um den Zionismus als rassistische Bewegung gegen die arabische Bevölkerung Palästinas darzustellen. Auch in seiner Antisemitismusanalyse kommt der Holocaust nicht vor.

Der Holocaust als israelische "Erfindung"

Eine weitere Instrumentalisierung des Holocaust im Diskurs der arabischen Intellektuellen besteht darin, den Holocaust als ein historisches Ereignis anzusehen, um ihn dann im Vergleich zu der den Palästinensern durch die Zionisten zugefügten Katastrophe herunterzuspielen. In seiner Chronik zum Zweiten Weltkrieg behandelt Ramadan al-Lawindi den "großen Schrecken" der Konzentrationslager auf zwei Seiten. Als einzige Begründung dafür nennt er Hitlers Wahn. Die Verbrechen der Nazis sind für al-Lawindi eine Art Intensivierung des kolonialistischen Geistes Europas, allerdings nach innen gerichtet, wie ein Feuer, das sich selbst frisst. Doch Europa habe aus dieser Erfahrung nichts gelernt und unterstütze dieselbe Logik der Zionisten bei ihren Verbrechen gegen das palästinensische Volk. (4) Hier lässt sich ein weiteres Mal beobachten, wie die Instrumentalisierung des Holocausts funktioniert. Der Autor holt den Holocaust aus dem Nichts hervor; ohne ein Wort über die Opfer zu verlieren, benutzt er ihn, um auf die Gefahr durch die Zionisten hinzuweisen, die "hundert Millionen" Araber töten wollten.

Europäische Holocaust-Leugner als Volkshelden

Die dritte Holocaust-Wahrnehmung besteht darin, ihn zu leugnen. Dieses Leugnen hat in der arabischen Welt seine eigene Dynamik. Da die arabischen Autoren sich mit dem Holocaust nicht selbst auseinander setzen, übernehmen sie aus europäischer Feder stammende übersetzte Literatur, deren Verfasser im europäischen Kontext den Holocaust geleugnet haben. Meist beginnen arabische Autoren ihre einschlägigen Texte mit einer Auflistung von Fragen: "Wie fand der Holocaust statt? War der Holocaust nicht eine Erfindung der Zionisten? Gab es Gaskammern? Wie echt ist die Zahl von sechs Millionen?" Sodann verspricht der Autor seiner Leserschaft eine "wissenschaftliche Analyse", um die Richtigkeit seiner Antworten auf diese Fragen zu

beweisen. Die "wissenschaftliche Analyse" besteht ausschließlich aus Zitaten europäischer und amerikanischer Autoren, die den Holocaust leugnen. Im Anschluss daran geht der Autor auf das Verbrechen Israels an Palästina ein, wo der wahre Holocaust tagtäglich stattfinde.

Repräsentativ für diese Art Literatur ist das populäre Buch von Aomad at-Tuhami Sultan "Die große Lüge: die Verbrennung von sechs Millionen Juden in den Gaskammern". Schon der Titel zeigt, was uns in dem Buch erwartet. Um die "große Lüge" zu beweisen, zitiert Sultan euro-amerikanische Holocaust-Leugner. (5) Seine Argumentation ist dabei widersprüchlich. Zuerst leugnet er den Holocaust, dann aber spricht er von den Zionisten als den "neuen Nazis", die in Palästina Nazimethoden wie Verbrennung und Vertreibung gegen die Palästinenser anwenden würden. Einer etwas anderen Art, den Holocaust im arabischen Kontext zu leugnen, begegnet man bei Autoren, die ihre Aufgabe darin sehen, euro-amerikanische Holocaust-Leugner in Schutz zu nehmen.

Als Beispiel dafür steht der französische Autor Roger Garaudy, der in einem seiner Bücher die Zahl der sechs Millionen jüdischen Opfer in Frage stellte. Garaudy, der zum Islam konvertierte, wurde in verschiedenen arabischen Hauptstädten wie ein Held empfangen. Es erschienen zahlreiche Publikationen und Aufsätze, deren Ziel es war, Garaudy vor dem Zionismus und "den Juden" in Schutz zu nehmen. Ein Beispiel dafür liefert Saleo Zahar ad-Din in seinem Buch: "Über den historischen Hintergrund des Gerichtsverfahrens gegen Roger Garaudy". Zuerst rekonstruiert Zahar ad-Din die Beziehung der Zionisten zu Nazideutschland. (6) Dann berichtet er über einen "geheimen Bund" der Zionisten mit den Nazis und von der Kooperation zwischen Nazis und Zionisten. Schließlich "analysiert" er die "Lüge von der Verbrennung der Juden in den Öfen und Gaskammern der Nazis" und bezeichnet den Holocaust als eine Erfindung der Zionisten. Auch hier, bei seiner Rekonstruktion von Nazismus und Zionismus, stützt sich Zahar ad-Din auf euro-amerikanische Holocaust-Leugner. Den "Muslim" Garaudy präsentiert er als Kämpfer für die Wahrheit, der die Solidarität der Muslime und der Araber verdiene.

Die Intervention der "neuen Intellektuellen"

Der vierte Typus von Holocaust-Wahrnehmung im Diskurs der arabischen Intellektuellen besteht in der Instrumentalisierung des Holocausts in einer gegen Europa und die westliche Zivilisation gerichteten Polemik. Die Autoren erwähnen den Holocaust meistens verharmlosend, um ihn als "Kampfmittel" in einer polemischen Auseinandersetzung mit der europäischen Zivilisation einzusetzen. Beispiel dafür ist hier Abd al-Wahab al-Misiri. Der ursprünglich aus der Linguistik kommende Ägypter gilt in der arabischen Welt seit den 1990er Jahren als der Israel-Kenner schlechthin. In einer seiner zahlreichen Publikationen beschäftigt sich al-Misiri mit dem Zionismus und dem Nazismus. Al-Misiri analysiert den Zionismus, den Imperialismus und den Nazismus als Ausdruck der westlichen Zivilisation. In seiner Polemik bezeichnet al-Misiri "al-'Ibada" ("die Vernichtung") als eine Erscheinung der europäischen Zivilisation. (7) Um zu beweisen, dass die Vernichtung von einem Abstraktum zur historischen Realität wurde, die als Instrument im Dienste des "westlichen Menschen" stand, liefert er Beispiele aus der Geschichte. Dazu gehören u.a. die Vernichtung von Kulturen durch den Imperialismus und die Vernichtung der Afrikaner in der Sklaverei. Die Vernichtung der Juden in Deutschland kann nach al-Misiri nur im Kontext der westlichen Vernichtungstendenz gesehen werden. Al-Misiri sieht die Naziverbrechen an den Juden als Muster der westlichen Zivilisation, die vor und nach dem Nazismus Theorien mit Vernichtungstendenzen hervorgebracht habe. Dazu zählt er Imperialismus, Totalitarismus, Materialismus und Darwinismus. Zu diesen Theorien mit Vernichtungsziel rechnet al-Misiri ebenfalls den Zionismus. Zionismus und Nazismus sind für al-Misiri zwei konstitutive Strömungen der westlichen Zivilisation, deren Ziel es ist, das Fremde bzw. das Andere zu vernichten.

Das Ziel solcher Herleitungen ist klar: Während die Juden das Ziel der Vernichtung des Nazismus waren, sind die Palästinenser das Vernichtungsziel der Zionisten. Dass die Zionisten die Palästinenser nicht ganz vernichten, negiert nicht die Vernichtungsstruktur der zionistischen Ideologie. Das Unvermögen der Zionisten, die Palästinenser gänzlich auszulöschen, führt al-Misiri auf das Vorhandensein von internationalen Institutionen und Medien zurück, die solch eine Barbarei nicht erlauben würden. Der Holocaust selbst wird von al-Misiri auf drei Seiten behandelt. Er lehnt es ab, in seiner Studie den Begriff Holocaust bzw. Shoah zu verwenden, da beide Begriffe eine religiös-jüdische Bedeutung haben und damit die Vernichtung anderer Minderheiten und Völker durch den Nazismus verkennen würden. Das Werk al-Misiris ist im Grunde also keine Auseinandersetzung mit dem Holocaust, sondern vielmehr eine Abrechnung mit der westlichen Zivilisation, bei der der Holocaust lediglich als Instrument benutzt wird. Al-Misiri versteht sein Werk als einen Beitrag zur

Stärkung eines arabisch-islamischen Projektes, dessen Ziel nicht in der Nachahmung des Westens besteht, sondern darin, "uns", die Muslime und Araber, selbst zu entdecken; dazu ist es notwendig, sich von der Wahrnehmung historischer Ereignisse mit aus Europa importierten Theorien und Modellen zu distanzieren.

Ein ganz anderer Diskurs beginnt mit den Interventionen der "neuen Intellektuellen". Dabei handelt es sich nicht um eine organisierte Gruppe, sondern vielmehr um einzelne arabische Intellektuelle, die sich von den beschriebenen Instrumentalisierunen distanzieren und das arabische geistige Leben mit einem neuen Holocaust-Diskurs bereichern. Einer der ersten unter den "neuen Intellektuellen" ist der palästinensische Israeli Azmi Bishara. Für den ausgebildeten Philosophen ist der Titel "Die Araber und der Holocaust" (1994) eigentlich Nonsens; so jedenfalls leitet Bishara seinen Beitrag ein, um anschließend ebenso entschieden das Gegenteil zu begründen. Bishara erwähnt die Gründe, warum arabische Intellektuelle die Beschäftigung mit dem Holocaust ablehnen, und stellt dem seine eigenen Gründe gegenüber, die ihn veranlasst haben, sich doch damit zu beschäftigen. (8)

Azmi Bishara: "Leiden der Juden anerkennen!"

- Die Palästinafrage ist mit der jüdischen Frage verbunden. Das mag unfair und ungerecht sein, doch es ist die Realität.

- Bishara spricht von der Auseinandersetzung mit dem Holocaust als Teil einer Selbstkritik. Denn mindestens einmal war die palästinensische Nationalbewegung daran interessiert, ein Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland gegen England und den Zionismus einzugehen. Dieses Bündnis bezeichnete Bishara als einen gravierenden Fehler, der um der Geschichte und der Gegenwart willen kritisiert werden muss.

- Der dritte Grund für Bishara ist die Universalisierung des Holocaust. Denn das Gedenken an deN Holocaust ist kein Eigentum des Staates Israel, sondern der ganzen Menschheit.

- In jedem möglichen historischen Kompromiss mit dem israelischen Staat muss zwei kollektiven Gedächtnissen Rechnung getragen werden. Ein Kompromiss im Nahen Osten kann nur mit Rücksicht auf die Geschichte zu Stande kommen und der Holocaust stellt einen grundlegenden Bestandteil der jüdischen Geschichte dar.

Die arabischen Intellektuellen fordert Bishara auf, den Holocaust als ein Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung Europas anzuerkennen. Dabei betont er, dass diese Anerkennung nicht dazu dienen soll, eine Verbindung zur palästinensischen Tragödie zu konstruieren, das Leid der Palästinenser überzubetonen und das Ausmaß des Holocaust zu schmälern.

Anders als bei Bishara liegen die Dinge bei Edward Said. Der in den USA lebende Literaturwissenschaftler genießt in der arabischen Welt hohes Ansehen und gilt vielen arabischen Intellektuellen als ein Botschafter in der westlichen Welt, nicht nur für die palästinensische Sache, sondern auch als ein Botschafter der arabisch-islamischen Kultur. Said veröffentlichte Jahre nach dem Aufsatz von Bishara einen Artikel in der in London erscheinenden arabischen Zeitung al-Oayat (5.11.1997). Um eine möglichst große Wirkung zu erzielen, schrieb Said seinen Text in schönem und einfachem Arabisch - er wollte nicht nur die arabischen Intellektuellen erreichen, sondern auch den "Mann auf der Straße", wie er später in einem Interview sagte. Seine Botschaft war klar und wird schon im Titel seines Aufsatzes reflektiert. Dieser lautet: Usus lit-Ta'ayus ("Grundlagen für die Koexistenz"). Damit brachte er zum Ausdruck, was er durch den Aufsatz erreichen wollte. Said hob die Bedeutung des Holocaust für alle Jüdinnen und Juden in der Welt hervor. Trotz seiner Kritik am arabisch-israelischen Friedensprozess weist er auf positive Entwicklungen im Nahen Osten hin, die erst durch diesen Friedensprozess ermöglicht wurden. Dazu gehören Arbeiten von arabischen und von israelischen Intellektuellen, die die Geschichte der Region und damit auch den Konflikt neu schreiben wollen. Die perspektivlose Situation des Friedensprozesses dürfe nicht dazu führen, eine Flucht in Richtung Vergangenheit anzutreten. Denn unsere jüngere Vergangenheit ist von politischen Fehlschlägen, Menschenrechtsverletzungen, militärischer Unfähigkeit und dem Niedergang der Produktivität gekennzeichnet. Said bezeichnet die moderne Geschichte der arabischen Völker als ein hässliches Bild, das viele diskreditierte und überholte Vorstellungen enthalte. Allen voran die Vorstellung, "der Holocaust und das Leiden der Juden seien nichts weiter als eine propagandistische Lüge".

Edward Said und die Grundlagen der Koexistenz

Noch nie bekamen arabische Leserinnen und Leser einer arabischen Zeitung so eine deutliche Kritik an der arabischen (Nicht-)Wahrnehmung des Holocaust zu Gesicht. Said schrieb: "Die Behauptung, der Holocaust sei nur eine Erfindung der Zionisten, ist in unerträglicher Weise immer noch in Umlauf". Schuld an der Unfähigkeit, den Holocaust anzuerkennen, sind für Said die Intellektuellen. Er kritisiert sie wegen ihrer Parteinahme für Roger Garaudy, der mit seinen Zweifeln an dem Tod von sechs Millionen Juden zum Helden in der arabischen Welt wurde. Statt einen "Dekadenten" wie Garaudy zu verteidigen und sich Sorgen über die Meinungsfreiheit in Frankreich zu machen, sollten sich die arabischen Intellektuellen lieber intensiver für die Demokratisierung ihrer eigenen Gesellschaften einsetzen. Für Said ist es klar, dass "die Welt das Leid der Araber erst zur Kenntnis nimmt, wenn die Araber in der Lage sind, das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn sie unsere Unterdrücker sind". Anders als Bishara argumentiert Said, wenn es um die Verbindung zwischen dem Holocaust und der Nakba geht. Für Said ist durchaus eine Verbindung zwischen beiden Ereignissen herstellbar. Diese Verbindung ist allerdings nur möglich, "wenn wir den Holocaust als das anerkennen, was er war - ein wahnsinniger Genozid am jüdischen Volk, (erst dann) dürfen wir uns gegenüber Juden und Israelis das Recht nehmen, auch einen Zusammenhang zwischen dem Holocaust und dem Unrecht herzustellen, das den Palästinensern von den Zionisten zugefügt wurde".

Dieser Aufsatz stellt einen Wendepunkt im Holocaust-Diskurs der arabischen Gesellschaften dar. Er gewinnt seine Bedeutung dadurch, dass er nicht von einem "proisraelischen" Araber, sondern von einem durch seine kritische Haltung gegenüber Israel bekannten Intellektuellen stammt. Said ist einer der schärfsten Kritiker Israels in der arabischen Welt. Dennoch wurde er Zielscheibe heftiger Attacken.

Omar Kamil

Anmerkungen:

1) Gershoni, Israel, 1999: Or bezal - metzrajim veha Faschism 1922-1937 [Licht im Schatten: Ägypten und der Faschismus 1922-1937] Tel Aviv

2) Freoa, Anis, 1950: "al-Oaraka al-Lasamiyya fit-Tario [Die antisemitische Bewegung in der Geschichte]", in: al-'Aboat, vol. 4 (1950), S. 463-482, S. 480

3) entfällt

4) al-Lawindi, Ramadan, 1992: "al-Harb al-`Alamiyya at-Taniyya [der Zweite Weltkrieg]", Beirut, S. 418

5) Sultan, Aomad at-Tuhami, 1991: "Al-'Ukouba al-Kubra: Oarq Sita Milion Yahudi fi Afran al-Gaz [Die große Lüge: die Verbrennung von sechs Millionen Juden in den Gaskammern]", Kairo, S. 5-9

6) Zahar ad-Din, Saleo, 1998: "Al-oalfiya at-Tarioiya limuoakamat Rogeh Garudi [Der historische Hintergrund des Gerichtsverfahrens gegen Roger Garaudy]", Beirut, S. 81-8

7) Al-Misiri, 'Abd al-Wahab, 1997: "as-Sahuniyya wal-Naziyya wa Nihayyat at-Tario [Der Zionismus und der Nazismus und das Ende der Geschichte]", Kairo, S. 36ff.

8) Bishara, A., 1994: "Die Araber und der Holocaust - die Problematisierung einer Konjunktion", in: Steininger, Rolf (Hg.), 1994: Der Umgang mit dem Holocaust, Wien, S. 407-432

17. Ein Rest Hoffnung. Amira Hass und Tanya Reinhart über den Israel-Palästina-Konflikt

Autor: Js. · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:03

Fast zeitgleich erscheinen zwei wichtige Bücher zum Israel-Palästina-Konflikt in deutscher Übersetzung. Beide Autorinnen, Amira Hass und Tanya Reinhart, sind jüdische Israelis, Journalistin in Gaza und Ramallah die eine, Linguistik-Professorin in Tel Aviv die andere. Und beide machen vor allem die "eigene" Regierung für die Fortdauer des Konflikts verantwortlich, ohne die palästinensische Seite mit Kritik zu verschonen.

In ihrem Epilog zur deutschen Ausgabe formuliert Amira Hass die Sorge, die sich bei der Lektüre schon nach wenigen Seiten einstellt: Dass ihr Buch AntisemitInnen Argumente liefern und damit der "Sache der Holocaust-Leugner" dienen könnte. Sie sei sich dieser Gefahr durchaus bewusst, schreibt Amira Hass, lässt sich davon aber nicht schrecken: "Demagogische Manipulationen sind kein Grund, der Öffentlichkeit Fakten vorzuenthalten, die mehr Licht auf die tragische Symbiose meines Volkes mit den Palästinensern werfen können."

Als Korrespondentin der israelischen Tageszeitung Ha'aretz in Gaza, später in Ramallah, lebte sie jahrelang Tür an Tür mit PalästinenserInnen - aus Sicht der meisten Israelis, die der staatlichen Propaganda glauben, ein bodenloser Leichtsinn. Amira Hass verklärt ihre palästinensischen NachbarInnen keineswegs, sie verschweigt nicht deren Schwächen, Irrtümer und Fehler: die Übernahme antisemitischer Stereotypen von der angeblich weltumspannenden Macht der Juden; die patriarchalische Struktur der palästinensischen Gesellschaft; antidemokratische Machenschaften und Korruption des Arafat-Clans; die an Apathie grenzende Leidensfähigkeit vieler palästinensischer Flüchtlinge. So zeigt sie, dass das Elend in Gaza durch die Weigerung vieler Flüchtlinge, an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mitzuwirken, noch gesteigert wird - mit dem Argument, solche Verbesserungen könnten ihre Lage vor den Augen der Welt als dauerhaft erträglich erscheinen lassen.

Abriegelung als Kollektivstrafe

Immer aber tritt Amira Hass den PalästinenserInnen mit Empathie gegenüber. Dass sie sich gegen die ihnen aufgezwungenen Verhältnisse wehren, erscheint ihr selbstverständlich. Wer von ihren LeserInnen noch nicht völlig abgestumpft oder ideologisch verbohrt ist, wird ihr darin folgen müssen. Zwar sind die Methoden der alltäglichen Unterdrückung und die materiellen Nöte im Gaza-Streifen politisch informierten Menschen weitgehend bekannt. Das Ausmaß des Elends und seine demoralisierende Wirkung lassen sich aber erst erfassen, wenn dahinter die Systematik der Besatzungspolitik deutlich gemacht wird. Genau das leistet Amira Hass in ihrem Buch, das vor allem den Zeitraum nach Beginn des Oslo-"Friedensprozesses" beschreibt. Eine Zeit großer Hoffnungen auf ein besseres Leben, die den Einfluss des Islamismus sichtbar untergruben, wie Amira Hass eindrucksvoll belegt, auch mit scheinbar banalen Alltagsbeobachtungen: So stieg nach Beginn des Oslo-Prozesses in Gaza plötzlich die Nachfrage nach Haarpflegemitteln. "Jedermann in Gaza", schreibt Amira Hass, "wusste ganz genau, welche Schlüsse man aus diesem Phänomen zu ziehen hatte: Die Frauen hatten die Absicht, sich dem während der Intifada strikt durchgeführten religiösen Gebot, den Kopf zu verhüllen, nicht länger zu beugen und ihr Haar unbedeckt zu lassen." Umgekehrt gilt, und auch das belegt die Autorin, dass der Islamismus in hoffnungslos erscheinenden Zeiten neue AnhängerInnen gewinnt.

Dass vor allem der israelische Staat für diese hoffnungslose Lage verantwortlich ist, steht für Amira Hass außer Frage. Detailliert schildert sie die täglichen Schikanen durch die Besatzungsmacht, die Demütigungen, aber auch die blutige Repression und die systematische Misshandlung palästinensischer Gefangener. Die Abriegelung des Gaza-Streifens, begründet mit Sicherheitsinteressen oder als Reaktion auf Attentate gegen Israelis, ist eine Kollektivstrafe, die zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung und zum Kollaps der Wirtschaft geführt hat: PalästinenserInnen können ihre Arbeitsplätze in Israel nicht erreichen, in Gaza produzierte Waren können nicht ausgeliefert werden, selbst Schwerkranke bekommen nicht immer die zur Behandlung in Israel oder Ost-Jerusalem nötige Ausreisegenehmigung, den versprochenen "Korridor" ins Westjordanland gibt es immer noch nicht.

In Gaza selbst ist die Versorgung mit Wasser und Strom immer öfter unterbrochen, und die extrem ungerechte Steuerpolitik führt dazu, dass die PalästinenserInnen für ihre eigene Unterdrückung zahlen. Dass die Wohlhabenderen und Jüngere mit guter Berufsausbildung ins Exil gehen, ist unvermeidlich. Amira Hass sieht darin aber erst den Anfang einer Entwicklung, die von Israel bewusst forciert werde: "Besonders bezüglich Gaza stand hinter der Blockierung jeder wirtschaftlichen Entwicklung das nicht allzu geheim gehaltene politische Ziel, einen Massenexodus herbeizuführen: Einwohner von Gaza, die den Gazastreifen verließen, verloren daraufhin ihre Bürgerrechte. Israels Kontrolle über das Recht der Palästinenser zu arbeiten war ein leicht durchschaubares politisches Instrument, dessen Endziel in der endgültigen wirtschaftlichen, nationalen und geographischen Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung bestand. Der Bau jüdischer Siedlungen, der sehr rasch begann und wertvolles Land und Wasserressourcen beanspruchte, war ein weiterer Aspekt dieser Strategie."

Den Geburtsfehler des Friedensprozesses sieht Amira Hass darin, dass kein verbindliches Ziel festgelegt wurde. Während die PalästinenserInnen sich einen eigenen Staat, Freizügigkeit und verbesserte Lebensbedingungen erhofften, war Israels Politik auf den Ausbau der Siedlungen gerichtet. Zwar wird heute mehr Land von der Palästinensischen Autonomiebehörde verwaltet als 1994, "aber die Blöcke jüdischer Siedlungen und das Netzwerk der neuen Straßen sind der Nagel zum Sarg eines zusammenhängenden palästinensischen Staates, welche Form er auch immer annehmen mag."

Baraks Angebot und das "Ende des Konflikts"

Die von Amira Hass beschriebene Logik der israelischen Politik gegenüber Palästina wird in Tanya Reinhardts Buch "Operation Dornenfeld" noch pointierter herausgearbeitet. So stellt sie in einem längeren Kapitel über die Camp-David-Verhandlungen im Juli 2000 "Mythen und Fakten" gegenüber. Den Mythos von "Baraks großzügigem Angebot" widerlegt sie überzeugender als Alain Gresh in seinem ebenfalls lesenswerten Buch "Israel-Palästina" (vgl. ak 471). Als den Punkt, der zum Scheitern der Verhandlungen führen musste, wertet sie Baraks Ansinnen, "beide Seiten müssten ein ‚endgültiges Abkommen` unterzeichnen, das von einer Erklärung der Palästinenser über ein ‚Ende des Konflikts` begleitet sein müsse." Das war für die palästinensische Seite unannehmbar, weil sie damit ihre Ansprüche aus den UN-Resolutionen 194 und 242 aus den Jahren 1948 bzw. 1967 aufgegeben hätte. Erstere behandelt das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge, letztere fordert den Abzug der israelischen Streitkräfte aus den im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebieten. Während Barak in Camp David die großen israelischen Siedlungsblöcke nicht antasten, sondern sogar um palästinensische Gebiete zwischen den Siedlungen erweitern wollte, stimmte er scheinbar zu, Ost-Jerusalem zur Hauptstadt des zukünftigen palästinensischen Staates zu machen. In Wirklichkeit handelte es sich um das an Ost-Jerusalem grenzende Dorf Abu-Dis, das künftig den arabischen Namen für Jerusalem, nämlich El-Quds, tragen sollte - ein Trick, den Arafat akzeptierte.

Insgesamt hätte der von Barak und Clinton in Camp David angebotene palästinensische "Staat" etwa 50 Prozent der Fläche des Westjordanlandes eingenommen, unterteilt in vier Enklaven, dazu einen Teil des Gaza-Streifens. Dass die israelische Öffentlichkeit - und große Teile der Weltöffentlichkeit - dennoch der Darstellung von Baraks sensationell großzügigem Angebot Glauben schenkten, hängt auch mit dem lautstarken Protest der israelischen Rechten zusammen: "Die extreme Rechte opponiert immer gegen Pläne, die der palästinensischen Bevölkerung irgendetwas von ihrem Land lassen. In ihren Augen ist der ‚Transfer` der Palästinenser aus dem Land die einzige Lösung. Andere Teile der Rechten wiederum waren vielleicht Opfer der Camp-David-Propaganda. Woher sollten sie wissen, dass Barak log, als die Schlagzeilen verkündeten, er sei bereit, Jerusalem zu teilen und 90 Prozent der besetzten Gebiete aufzugeben?" Im Ergebnis von Camp David standen die PalästinenserInnen als friedensunwillige ExtremistenInnen da, die jeglichen Kompromiss verweigern würden - eine Sichtweise, die sich leider auch etliche deutsche Linke zu eigen gemacht haben.

Zwei Monate nach Camp David, Ende September 2000, begann die Al-Aksa-Intifada. Trotzdem wurden im Januar 2001 in Taba israelisch-palästinensische Gespräche fortgesetzt. Anders als Alain Gresh, der deren Ergebnis als Fortschritt wertet, sieht Tanya Reinhart auch hier kein substanzielles israelisches Zugeständnis. Nach dem Wahlsieg Sharons im Februar 2001 ging die Eskalation weiter. Während die Rechten mitunter offen die "zweite Hälfte von 1948" propagieren - die Vollendung des "Transfers" gemäß Sharons Wahlspruch, der palästinensische Staat existiere längst: in Jordanien - , findet die Autorin auch die von der Arbeitspartei vertretene Alternative inakzeptabel. Diese laufe auf den Erhalt des Status Quo und endlose Verhandlungen

hinaus. Der den PalästinenserInnen angebotene "Staat" hat für sie große Ähnlichkeiten mit den südafrikanischen Bantustans während des Apartheid-Regimes.

Israels Rechte und "die zweite Hälfte von 1948"

Dass Tanya Reinhardt zur Kennzeichnung der israelischen Politik Reizwörter wie "Apartheid" oder "ethnische Säuberungen" benutzt, mag sachlich begründbar sein. Ihre deutschen LeserInnen allerdings sind gut beraten, diese problematische Wortwahl nicht zu übernehmen. Völlig unzulässige historische Assoziationen weckt die Autorin, wenn sie Arafat als "Kollaborateur" brandmarkt.

Offensichtlich verfährt Tanya Reinhart gegenüber "ihrer" Regierung nach dem alten linken Grundsatz: Das Schlimmste befürchten und das Äußerste dagegen tun - etwa wenn sie (bei Abschluss ihres Buches im Sommer 2002) für den Fall eines Krieges gegen den Irak in den besetzten Gebieten eine "groß angelegte Evakuierung wirklicher Flüchtlingsmassen" durch Israel für möglich hält. Das tut im übrigen auch Amira Hass, die andererseits mit ihren Formulierungen zurückhaltender ist.

Beide Bücher enthalten wichtige Fakten, wohlbegründete Argumente und Restelemente von Hoffnung - nicht auf die Einsicht der Sharon-Regierung oder den nächsten US-"Friedensplan", sondern auf wachsende Opposition auch in der israelischen Gesellschaft. Der klare Wahlsieg Sharons verzerrt das Bild. Er fiel deshalb so deutlich aus, weil sich bisherige AnhängerInnen der Arbeitspartei der Scheinalternative Barak verweigerten. Und trotz des islamistischen Terrors ist nach wie vor eine Mehrheit der Israelis für einen Rückzug der Armee aus dem größten Teil der besetzten Gebiete, während auf palästinensischer Seite zunehmend über die Beendigung des bewaffneten Kampfes zu Gunsten des "zivilen Massenaufstandes" nachgedacht wird.

Js.

Amira Hass: Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land. C.H. Beck, München, 2003. 410 Seiten, 25 EUR

Tanya Reinhart: "Operation Dornenfeld". Der Israel-Palästina-Konflikt: Gerechter Frieden oder endloser Krieg. Atlantik Verlag, Bremen, 2002. 204 Seiten, 14 EUR

18. Ende des Krieges, Beginn der Besatzung? Referendum in Tschetschenien

Autor: Gisela Neunhöffer, Aleksei Doz · Rubrik: Tschetschenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:22

Während des Irakkrieges machte die russische Regierung regelrecht auf Friedenstaube. (vgl. ak 472) Im eigenen Land war davon bisher nicht viel zu spüren - der Tschetschenienkonflikt war in den letzten Jahren einer der blutigsten Kriege überhaupt. Ende März war die tschetschenische Bevölkerung nun zu einer Volksabstimmung aufgerufen, die eine zukünftige, friedliche Ordnung bringen und absichern soll. Moskauer Pazifismus auch nach innen also? Zweifel über die "Friedfertigkeit" der politischen Motive hinter dem Referendum, Zweifel über dessen "befriedendes" Potenzial und noch einige Zweifel mehr sind angebracht.

Nach Schätzungen sind bisher zwischen 180.000 und 250.000 Menschen in den beiden Tschetschenienkriegen (1994-96 und ab 1999) getötet worden, Hunderttausende wurden vertrieben - bei einer Vorkriegsbevölkerung von rund einer Million Menschen. Trotz offizieller Versicherungen der Regierung, die Situation militärisch unter Kontrolle zu haben, gibt es nach wie vor fast täglich Kampfhandlungen, Tote und Verletzte auf beiden Seiten. Auch der Terror gegen die Zivilbevölkerung setzt sich fort.

In anderen Teilen Russlands ist die Stimmung einerseits nach wie vor von erheblichen Ressentiments gegen die "Kaukasier", andererseits aber von Kriegsmüdigkeit geprägt. Konnte Präsident Putin zu Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges noch einen Großteil seiner Popularität aus dem "Kampf gegen die tschetschenischen Terroristen" gewinnen, ist der Dauerkampfzustand inzwischen eher unpopulär.

Bürokratische Kapitulation

Eine politische Lösung ist kaum in Sicht. Statt dessen tragen tschetschenische Funktionäre der offiziellen Republikführung, wie der von Moskau ernannte Chef der tschetschenischen Verwaltung, Kadyrov, und die Moskauer Zentrale Grabenkämpfe um die Verteilung von Posten und damit den Zugriff auf die spärlich fließende Wiederaufbauhilfe aus. Sprecher des tschetschenischen Widerstandes wie der in London befindliche Zakaev werden gleichzeitig juristisch angegangen. Mit dem Rebellenführer Maskhadov, der 1997 zum Präsidenten gewählt worden war, verweigert der Kreml außerdem jegliche Verhandlungen.

Am 23. März fand nun ein vorab groß angekündigter Versuch statt, die Wiederkehr der Normalität und die Zustimmung der tschetschenischen Bevölkerung zum Verbleib bei Russland zu beweisen: Die Bevölkerung hatte in einem Referendum über die Annahme einer neuen Verfassung abzustimmen, die Tschetschenien zum unauflöslichen Bestandteil der Russischen Föderation erklärt und dafür im Gegenzug eine gewisse Autonomie und die Wiederherstellung gewählter politischer Institutionen - Präsident und Parlament - verspricht.

Kurioserweise war noch wenige Monate vor dem tschetschenischen Referendum ein Gesetz durch die Duma (1) gebracht worden, das Volksabstimmungen auf föderaler Ebene verbietet. Am Vorabend der für Herbst angesetzten russischen Parlamentswahlen, auf die im nächsten Jahr die Präsidentschaftswahlen folgen, wollte man mit dem tschetschenischen Referendum wohl beweisen, dass der Krieg beendet und die Opposition befriedet ist. Deutlicher könnte man auch sagen, dass das Referendum den Zweck erfüllte, die Kapitulation zu symbolisieren, die die russische Armee dem tschetschenischen Widerstand nicht abtrotzen konnte.

Menschenrechtsgruppen und der Europarat kritisierten im Vorfeld, dass es unter den gegenwärtigen Bedingungen keine freie Willensäußerung der Bevölkerung geben könne, die mit Nachdruck zur Teilnahme und zum "richtigen" Abstimmungsverhalten gedrängt worden sei. Es wurde vor massiven Fälschungen gewarnt, insbesondere weil aufgrund der Kriegsfolgen, Flucht und Vertreibung, die statistische Erfassbarkeit der Bevölkerung kaum gewährleistet ist. Daran ändert auch die allrussische Volkszählung vom letzten Herbst nichts, die für Tschetschenien eine unglaubwürdig hohe EinwohnerInnenzahl festgestellt hatte - angeblich mit 1.1 Millionen Menschen mehr als vor dem Krieg. Unabhängige Schätzungen gehen eher von 750.000 als realistischer Zahl aus. Kritisiert wurde auch, dass föderale Streitkräfte, die ständig in der Republik stationiert sind, ebenfalls abstimmen durften.

Der Ausgang des Referendums stieß Anfang April, in der heißen Phase des Irakkrieges, in der russischen und internationalen Öffentlichkeit nur auf wenig Interesse- zumal er die Vorab-Propaganda zu bestätigen scheint:

Nach offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung bei über 80 Prozent und die Zustimmung zum Referendum bei über 95 Prozent. Die Richtigkeit beider Angaben wurde allerdings von verschiedenen Seiten massiv in Zweifel gezogen; immer wieder wurden Fälschungsvorwürfe erhoben.

Hoffen auf Ende des Terrors

Wie auch immer: gefragt, gewonnen - so scheint es. Was genau aber hat das Referendum nun absichern sollen? Erstens wurde Kadyrov als Präsident Tschetscheniens mit unbestimmt langer Amtszeit bestätigt. In ähnlicher Weise war zuvor schon in z.B. in Kasachstan das Präsidentenamt "monarchisiert" worden. Der Verdacht drängt sich auf, dass hier Tschetschenien auch als Versuchslabor für die Reorganisation der Institution Präsidentschaft überhaupt - also auch der russischen - herhalten muss. Zum anderen bestätigt das Referendum die tschetschenische Verfassung, die die Legislative im ehemaligen Itschkeria (2) de facto außer Kraft setzt. Denn laut Verfassung kann das Parlament erstens beliebig lange nach der Präsidentenwahl gewählt werden und hat zweitens sowieso nur sehr eingeschränkte Vollmachten. Abgesehen vom Fälschungsverdacht lässt sich die hohe Zustimmungsrate auch mit dem Druck seitens der Behörden und der Kriegsmüdigkeit der tschetschenischen Zivilbevölkerung erklären: Alles ist recht, wenn nur der Dauerterror endet. Tschetschenische Rebellen haben allerdings mehrfach erklärt, nach dem Referendum ebenso weiterkämpfen zu wollen wie davor; und kaum jemand glaubt außerdem daran, dass die russische Armee ihre Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung einstellt. Sicher scheint nur, dass eine neue Etappe, die der Besatzung, eingeleitet ist, die womöglich stabiler, wahrscheinlich aber nicht weniger brutal ist. Denn das Besatzungsregime wird ähnliche politische und ökonomische Aufgaben wahrnehmen wie die sogenannte "antiterroristische Operation" davor. Sicher ist außerdem, dass sich die Lage für die Anti-Kriegsbewegung nicht verbessert hat, weil es noch schwieriger geworden ist, den Charakter dieses Krieges und der Besatzungspolitik und die dahinterliegenden Interessen der Machteliten - egal ob russischer oder tschetschenischer Herkunft - in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Gisela Neunhöffer, Aleksei Dozhd

Anmerkungen:

1) Die Duma ist das Parlament der russischen Föderation.

2) Itschkeria ist der tschetschenische Name der Republik.

19. Korruption tötet. Mehr Zement, und die Erdbebenopfer könnten noch leben

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:43

"Nicht die Erdbeben töten die Menschen, sondern die Häuser," meinte ein türkischer Wissenschaftler nach dem großen Erdbeben bei Istanbul 1999. Wie mit einem großen Rechen war das Beben durch die Städte gefahren und hatte alles schlecht Gebaute erbarmungslos ausgejätet. Weniger erbarmungslos ist bisher die Justiz mit den verantwortlichen Baulöwen umgegangen. Bei den beiden großen Erdbeben 1999 gab es über 18.000 Tote, von denen die meisten heute noch leben würden, wenn sorgfältiger gebaut worden wäre. Nur wütende Proteste konnten verhindern, dass die angeklagten Unternehmer kurz darauf unter eine allgemeine Amnestie fielen. Von Anklagen gegen die verantwortlichen Beamten und Politiker war ohnehin nie etwas zu hören.

Die Frage nach der Bausubstanz und ihren "menschlichen" Ursachen beschäftigt nun nach dem Erdbeben von Bingöl am frühen Morgen des 1. Mai erneut die Gemüter. Alleine in den Räumen eines Internats starben 84 SchülerInnen und ein Lehrer. 117 SchülerInnen konnten nur deshalb nach vielen Stunden verletzt aus den Trümmern des Internats geborgen werden, weil ihre eisernen Doppelbetten von der herunterstürzenden Betondecke nicht völlig zu Boden gedrückt worden waren. Im übrigen Erdbebengebiet kamen 91 Menschen ums Leben. Außer dem Internat in Celtiksuyu war noch eine Grundschule eingestürzt, in der sich aber, da sich das Beben um drei Uhr morgens ereignete, niemand aufhielt. Der Direktor des Internats, Mustafa Gürhan, erzählte kurz nach dem Beben, dass an dem Gebäude immer wieder Risse aufgetreten seien. Das habe er den zuständigen Behörden auch mehrmals mündlich und schriftlich mitgeteilt. Von dem Bergungsteam habe er nun erfahren, dass an dem Gebäude an Zement gespart wurde.

Kein Wunder, dass der Zorn der Leute in und um Bingöl groß war. Zu den Protesten kam es schließlich, als auch die Verteilung der Zelte nicht klappte. Im Fernsehen konnte dann das ganze Land verfolgen, wie zwei Polizeifahrzeuge in die Menge fuhren, wobei mehrere DemonstrantInnen verletzt wurden. Anschließend feuerten die Sicherheitskräfte minutenlang mit automatischen Waffen in die Luft, während aus der Menge Steine flogen und ein Polizeiwagen mit Stangen attackiert wurde.

Für Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und für den Gouverneur von Bingöl war die Sache klar: Unter den Demonstranten befanden sich Provokateure. Als sich auch der Bürgermeister Feyzullah Karaaslan über die schlechte Koordination beschwerte, wurde er vom Gouverneur Avni Cos umgehend angepfiffen: Unter den Provokateuren seien Verwandte des Bürgermeisters und er könne froh sein, dass er nicht aus dem Amt gejagt wurde. Die der Katastrophenhilfe sicher nicht nützliche schlechte Chemie zwischen den Behörden hat ihren Grund. Karaaslan gehört der prokurdischen Partei DEHAP an, gegen die derzeit gleich zwei Verbotsverfahren laufen.

Ansonsten versuchte sich die Regierung zu profilieren, indem sie ihren Entwurf für ein neues Ausschreibungsgesetz lobte. Das neue Gesetz soll Ausschreibungen öffentlicher Aufträge transparenter machen. Der schlechte Zustand öffentlicher Gebäude und damit auch ihre Erdbebenanfälligkeit liegt häufig daran, dass bei der Vergabe von Aufträgen nicht die Qualität des Anbieters die entscheidende Rolle spielt, sonder Vetternwirtschaft und Korruption. Dabei geht es nicht nur um persönliche Bereicherung und Fürsorge für Familie und Dorf, sondern über die Vergabe von Aufträgen sichern sich auch die jeweiligen Regierungsparteien politische Unterstützung.

So ist es kein Wunder, dass das neue Gesetz nicht von der seit November regierenden gemäßigt islamischen AKP stammt, sondern IWF und Weltbank darauf bestanden haben.

Die ganze Türkei ist auf Erdbebenspalten gebaut. Zwar wurde der Katastrophenschutz nach dem schweren Beben vom August 1999 erheblich verbessert, aber an durchgreifenden Maßnahmen zur Verbesserung der Bausubstanz fehlt es. Auch das Projekt einer Erdbebenversicherung, mit der sich ökonomischer Zwang zu besserem Bauen ausüben ließe, ist nur wenig gediehen. In Istanbul haben sich nach 1999 auch Selbsthilfegruppen gebildet. Doch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, außerdem haben es informelle, private Initiativen noch schwerer als staatliche Strukturen, sich auf ein Ereignis einzustellen, von dem man nicht weiß, ob es in einer halben Stunde oder in 100 Jahren eintritt. Helfen könnte eine Demokratisierung der

Gesellschaft, die öffentlichen Druck besser weiterleitet, und eine Justiz, die sich mehr als Anwältin der BürgerInnen und nicht so sehr als Verteidigerin des Staates und einer abstrakten Nation versteht. Aber eine Garantie ist auch das nicht.

Gäbe es ein Erdbeben der Stärke sechs oder sieben im Rheingraben, wüssten wir wahrscheinlich auch rasch sehr viel mehr über politische Versäumnisse und Filz hier zu Lande.

Jan Keetman

20. Die Linke nach Genua. Dario Azzellinis neues Buch gibt Einblicke in die italienische Bewegungslandschaft

Autor: Steffen Vogel · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:05

Die italienische Linke ist derzeit die mobilisierungsfähigste und kreativste Europas. Neben den zwei erfolgreichen Generalstreiks wurde dies hier zu Lande im letzten Dreivierteljahr vor allem durch die Millionen-Demos gegen die Novellierung des Kündigungsschutzes bzw. den Irak-Krieg wahrgenommen. Zuvor hatten die Ereignisse rund um den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 die sozialen Auseinandersetzungen in Italien ins Licht einer breiten Öffentlichkeit gerückt.

In seinem Buch "Genua - Italien, Geschichte, Perspektiven" stellt Dario Azzellini die Praktiken und Diskurse der italienischen Bewegungen detailliert vor. Gleichzeitig bietet das Buch eine kurze Einführung in die wichtigsten politischen Ereignisse im Nachkriegsitalien aus Sicht der außerparlamentarischen Linken. Um den historischen, politischen und kulturellen Kontext der heutigen Bewegungen verständlich zu machen, widmet sich Azzellini eingangs den sozialen Kämpfen seit der (Selbst-)Befreiung vom Faschismus. Beginnend mit den revolutionären Ambitionen von Teilen der antifaschistischen WiderstandskämpferInnen über die neofaschistische Strategie der Spannung und die Niederlage der radikalen Linken 1977 bis hin zu Genua werden zentrale Etappen linker Politik beschrieben. Auch den veränderten Rahmenbedingungen nach dem Zusammenbruch des Parteiensystems Mitte der 90er Jahre widmet sich der Autor. So befasst sich je ein Kapitel mit den regierenden Rechtsparteien Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale. Diese Darstellungen zeichnen sich trotz ihrer Kürze durch Differenziertheit aus: Sie widerlegen die gängigen Klischees, wonach die Forza Italia eine faschistische Partei und die Lega bloß eine Folkloretruppe sei.

Da auf knapp 200 Seiten unmöglich die gesamte Bewegungslandschaft Italiens abgebildet werden kann, beschränkt sich das Buch auf die drei wichtigsten Kräfte der radikalen Linken: Rifondazione Comunista, die Cobas-Gewerkschaften, sowie Tute Bianche/Disobbedienti und Umfeld. Durch O-Töne und politische Statements von AktivistInnen vermittelt sich eine Vorstellung von der Dynamik, die sich aus dem Handeln dieser höchst unterschiedlichen Bewegungen ergibt. Im Disobbedienti-Spektrum sieht Azzellini "einen der innovativsten Versuche linker Politik in Europa". Deutlich wird auch, welchen Einschnitt Genua für die Bewegungen bedeutet hat, sowohl was die Kreativität, die Entschlossenheit und Solidarität der unerwartet hohen Zahl an DemonstrantInnen betrifft, aber eben auch mit Blick auf die staatsterroristischen Angriffe, die im Buch als "versuchtes Massaker" beschrieben werden.

Einziger Wermutstropfen bei diesem gelungenen Band sind die teilweise gehäuft auftretenden Tippfehler. Dafür werden die LeserInnen durch einen Einblick in die italienische Bewegungslandschaft entschädigt. Mehr noch: Wer von den spezifischen italienischen Bedingungen abstrahiert, findet hier wertvolle Anregungen für die eigene politische Praxis. Zudem leistet dieser Band einen wichtigen Beitrag zu der in der deutschen Linken anhaltend geführten Diskussion um den Charakter der sogenannten globalisierungskritischen Bewegungen. Nicht überall, wo über Globalisierung diskutiert wird, träumt man vom keynesianischen Wohlfahrtstaat. Nicht überall, wo globalisierungskritisch draufsteht, bleibt ein moderner und differenzierter Antikapitalismus außen vor. Dario Azzellinis Buch zeigt: Eine widerständige Praxis ist möglich!

Steffen Vogel

Dario Azzellini: Genua - Italien, Geschichte, Perspektiven.

Assoziation A, 2002. 180 Seiten, 13 EUR

21. Die alte Garde und die Dynastie. Leichte Spannungen beim Front National

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:07

Am verlängerten Osterwochenende fand in Nizza der zwölfte Parteitag des Front National (FN) statt. Die Wahl des Datums und des Ortes war wohl überlegt. Am Ostermontag des vergangenen Jahres hatte Le Pen im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl mit rund 17 Prozent der Stimmen einen unerwarteten Erfolg errungen. Und im Département Alpes-Maritimes, dessen Hauptstadt Nizza ist, hatte Le Pen dabei am besten abgeschnitten. Es war ein Kongress "in aller Freundschaft, in Eintracht, gegenseitiger Zuneigung und mit Liebe zum Chef". Letzterer, Jean-Marie Le Pen, äußerte sich zufrieden: "Es gab keinen Konflikt, keine Toten, keine Verletzten, und niemand ist ins Loch gefallen. Es wird einige Angeschmierte geben, aber das gehört nun mal dazu."

Nizza, die fünftgrößte Stadt Frankreichs, wird von einem Bürgermeister regiert, der bis 1994 selbst Jahrzehnte lang dem FN angehört hatte. Seit 1996 ist Jacques Peyrat, der ehemalige Algerienkrieger und Kompagnon des Unteroffiziers Le Pen, Mitglied der konservativen Rechten - erst des gaullistischen RPR, dann der neuen bürgerlichen Einheitspartei UMP. Die 1.000 Menschen, die am Ostersamstag gegen den FN-Kongress demonstrierten riefen entsprechend: "Le Pen, hau ab - aber nimm Peyrat mit!" Doch das Klima in Nizza, mit seinem hohen Anteil an ehemaligen französischen Algeriensiedlern, bleibt günstig für die extreme Rechte. Im März 2004 tritt Le Pen hier bei den Regionalparlamentswahlen an, um Präsident der Region PACA (Provence - Alpes - Côte d'Azur) zu werden.

Die Tochter soll den Vater beerben

Laut eigenen Angaben hat die rechtsextreme Partei seit dem "politischen Erdbeben" vom April 2002 angeblich in der Region einen Mitgliederzuwachs von 30 bis 50 Prozent erlebt, gegenüber landesweit behaupteten 20 Prozent. Allerdings sind die Zahlen, die der FN selbst angibt, kaum überprüfbar. Schon in den späten 90er Jahren hatte der FN die Zahl seiner Mitglieder mal mit 70.000, mal auch mit 100.000 angegeben. Real waren es 42.000 Beitrag zahlende Mitglieder, wie sich anlässlich der Parteispaltung im Dezember 1998 herausstellte, als die "Dissidenten" um den Chefideologen Bruno Mégret die Mitgliederkartei offen legten.

Heute hat Le Pen es mit anderen innerparteilichen Widersachern zu tun. 1998 war der größere Teil der jüngeren und gut ausbildeten Kader der Partei, die sich gegen den Chef aufgelehnt hatten, Bruno Mégret nach seinem Hinauswurf aus dem FN gefolgt. Sie hatten damals die Entwicklung einer längerfristig angelegten Strategie der Machtbeteiligung, und - dem entsprechend - einer halbwegs realitätstauglichen Bündnispolitik gegenüber der konservativen Rechten gefordert. Umgekehrt klagte Le Pen und mit ihm die "alte Garde" der Partei die Kritiker an, den Verrat an der "Bewegung" vorzubereiten und aus dieser einen Bettvorleger für die Bürgerlichen machen zu wollen. Ähnlich wie Jörg Haider dies betrieben habe, der in den Augen des hartes Kerns der französischen Rechten seit längerem ein Verräter ist - vor allem, weil er in der Vergangenheit den Vorwurf des Rassismus und Antisemitismus dadurch zurückwies, dass er ihn an Le Pen weiter gab.

Das Unternehmen der jungen Herausforderer ist seither gescheitert: Der Versuch der innerparteilichen Machtübernahme misslang, und die daraus erwachsende Abspaltung - die jetzige Partei Bruno Mégrets, der MNR (Mouvement national républicain) - blieb erfolglos. Unter anderem deswegen, weil der Widerspruch zwischen dem Versuch, smarte Bündnispolitik gegenüber den Konservativen zu betreiben, und dem eigenen ideologischen Profil des MNR allzu offensichtlich ist. Der MNR hatte einen Großteil der härtesten Elemente der extremen Rechten mitgenommen: "Rassebiologisten", antisemitisch motivierte Antichristen - die, auf Grund der Rassenlehre, das Christentum als "Ausgeburt jüdischen Denkens" ablehnen und stattdessen den Rückgriff auf neuheidnische Rituale wie bei der SS predigen -, offene Neonazis. Außerdem war die Wählerschaft der extremen Rechten stärker auf die Person von Jean-Marie Le Pen fixiert als auf jene Kader, die zwar das FN-Programm sorgfältig ausgearbeitet hatten, aber als Personen weithin unbekannt blieben. Letztere bildeten das Gerüst der Kaderorganisation MNR.

Heute sehen die innerparteilichen Frontverläufe beim FN - der als einzige größere rechtsextreme Partei übrig blieb, nachdem der MNR (auf wohl längere Sicht hin) Schiffbruch erlitten hat - anders aus. Derzeit widersetzt sich die gesamte alte Garde der Partei, die damals Mégret der "Vorbereitung von Verrat" bezichtigte, erneut

dem Chef, der im Juni dieses Jahres 75 Jahre alt wird. Sie lehnt dessen Versuch ab, beim FN eine "dynastische Erbfolge" an der Parteispitze einzuführen. Denn Jean-Marie Le Pen setzt derzeit alles daran, seine jüngste Tochter Marine Le Pen - 34 Jahre, ehemalige Anwältin, seit 1998 Leiterin der eigens für sie geschaffenen Rechtsabteilung des FN - als seine Nachfolgerin einzusetzen.

Gleichzeitig soll Marine Le Pen - als Frau, junge Mutter und Geschiedene - dem Front National ein modernes Image verpassen. Moderner jedenfalls, als die in die Jahre gekommenen fanatischen Messdiener und Veteranen diverser Kolonialkriege es vermögen, die heute das Gesicht das Partei prägen. Zugleich weiß die gelernte Juristin abzuschätzen, wo die strafrechtlich relevanten Grenzen für rechtsextreme Betätigung liegen - etwa bezüglich rassistischer Äußerungen oder der Leugnung des Holocaust. So beschränkt sie sich darauf, allgemein die "Meinungsfreiheit" zu verteidigen, ohne sich auf eine konkrete Bewertung geschichtsrevisionistischer Äußerungen einzulassen. Nicht zuletzt hat Marine Le Pen auch angekündigt, ihrer Partei in Sachen Europapolitik eine Modernisierungskur zu verpassen, da die alte Linie des schlichten Nein zu den EU-Verträgen heute kaum noch durchzuhalten ist.

Verjüngungskur mit Marine Le Pen

Derzeit ist Marine Le Pen vor allem darum bemüht, in Wirtschaftskreisen um Sympathie für ihre Partei zu werben. Dabei zeigte sich, dass es nach wie vor einige potenzielle Brücken zwischen den Bürgerlichen und der extremen Rechten gibt, obwohl das konservative Lager Ende der 80er Jahre die "FN-Frage" - im Sinne einer Absage an Bündnisse - geregelt zu haben schien. Marine Le Pen unterhält gleichzeitig ein eher kompliziertes Verhältnis zu den Ultras der extremen Rechten. Einerseits sagte sie zu Anfang des Jahres in einem Interview der Zeitschrift VSD, sie verachte jene jungen Leute "in Militärklamotten und mit kleinem Gehirn", die ihrer Partei nur Schaden zufügten. Mit dem ideologisch gefestigten Kern der extremen Rechten verbindet sie eine gewisse Hassliebe - in ihrer Jugendzeit habe sie sich häufig wegen des schlechten Rufs ihres Vaters abgewiesen oder zurückgesetzt fühlte, wie sie in Interviews gern erzählte. Jetzt schickt sie sich an, in führender Position für die rechtsextreme Partei nützlich zu werden.

Doch die "alten Kämpfer", die in ihrer Mehrheit seit Gründung der Partei im Jahre 1972 dabei sind, wollen keine von oben eingesetzte Thronerbin, die nicht die "Ochsentour" der Kaderarbeit auch in widrigen Zeiten durchlaufen hat. Selbst der Alterspräsident des Politischen Büros des FN, Pierre Descaves, bisher ein treuer Gefolgsmann Le Pens, erklärte in der Boulevardzeitung Le Parisien (22.4.): "Der Patron ist heute Jean-Marie Le Pen. Solange er da ist, werden wir tun, was er von uns verlangt. Aber wenn er nicht mehr da sein wird, dann wird jeder sein Lager wählen." Das sind neue Töne in einer strikt hierarchisch aufgebauten Führerpartei, in der normalerweise kein Wort der Widerrede gegen den Chef nach außen dringt.

Die alten Kämpfer murren

Die AnhängerInnen des Generalbeauftragten Bruno Gollnisch - der als offizieller Anwärter auf die Nachfolge Le Pens gilt -, unterstützt von Generalsekretär Carl Lang, hatten im Vorfeld des Kongresses alles getan, um bei der Delegierten-Auswahl darauf zu achten, dass Marine Le Pen wenig Unterstützung genießen würde. Dabei konnten sich die Gollnisch-UnterstützerInnen und die "alte Garde" vor allem auf den katholisch-fundamentalistischen Flügel stützen, für den Marine Le Pen - geschiedene Mutter dreier Kinder und seit kurzem mit dem FN-Jungpolitiker Eric Iorio wieder verheiratet - ohnehin einen schändlichen Lebenswandel führt.

Bei der Wahl des 100-köpfigen Zentralkomitees, des dritthöchsten Parteigremiums, konnten die Marine Le Pen feindlich gesinnten Kräfte beinahe durchmarschieren. Prompt antwortete Jean-Marie Le Pen mit einem Husarenstreich. Eigenmächtig entschied er, das Politische Büro - die zweithöchste Instanz - kurzerhand von 40 auf 50 Mitglieder zu vergrößern und die zehn zusätzlichen Sitze den MitarbeiterInnen seiner Tochter zuzuschanzen. Am Ostermontag dann ernannte er seine Tochter Marine auch noch zur Vizepräsidentin der Partei - ein Posten, den es bisher gar nicht gab. Die neue Vizepräsidentin wurde vom Herrn Vater zugleich ins Exekutiv-Büro gehievt, die allerengste Führungsinstanz rund um den Parteichef. Das gab lange Gesichter bei Gollnisch und Konsorten.

Der Front National ist beileibe nicht tot; und wenn es Le Pen gelingt, die Nachfolge in seinem Sinne zu regeln, wird dies mit einer äußerlichen Verjüngungskur einher gehen. Dennoch läuft nicht alles nach Wunsch. Der FN ist heute weitgehend mit seinen inneren Machtkämpfen beschäftigt, und sein öffentliches Profil hängt derzeit

fast ausschließlich von der Führungspersönlichkeit Le Pens ab. Jene Kader, die 1999 die gespaltene Partei verließen, hatten noch an den Aufbau einer "sozialen Bewegung" in authentisch faschistischer Tradition gedacht, die auch auf der Straße und im Alltagsleben Präsenz zeigen sollte. Dazu wollten sie vor allem die "soziale Frage" für sich besetzen. Zeitweise gründeten sie rechtsextreme Pseudo-Gewerkschaften, Mietervereinigungen und Arbeitslosenfronten. Heute dagegen ist gerade dieses für die extreme Rechte strategisch bedeutsame soziale Feld offenkundig vernachlässigt. Der Abgang von Kadern, das Schrumpfen des Parteiapparats und die Reduzierung der "Bewegung" auf eine Familienangelegenheit Le Pens haben dazu beigetragen.

In seinem Interview mit Le Monde, das zum Auftakt des Kongresses erschien, redete Le Pen zur Sozialpolitik frei von der Leber weg: "Anstatt die Rente mit 60 Jahren zu beschließen" - die derzeit durch die Gewerkschaften gegen "Reform"pläne der Regierung verteidigt wird - "wäre es nötig, das Rentenalter schrittweise auf 70 Jahre anzuheben für jene, die es wünschen." Und statt die 35-Stunden-Woche einzuführen, so Le Pen weiter "hätte man ein Gesetz über die 42-Stunden-Woche machen müssen!"

Natürlich fügt Le Pen die für die extreme Rechte typische Aussage hinzu, wonach "unser Sozialsystem" durch zu viel Einwanderung belastet werde. Aber von jener Rücksichtnahme auf sozialpolitische Belange, die Bruno Mégret 1992 energisch gefordert hatte, ist bei Le Pen nicht viel zu verspüren. Das könnte die Zukunftschancen der extremen Rechten auf Verbreiterung ihrer Basis beträchtlich mindern.

Bernhard Schmid

22. "Plopp" as usual. Eine Rückkehr zur Situation vor dem Irak-Krieg wird es nicht geben

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Interventionspolitik und Kriege; Irak; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:25

Von nun an werde die Welt nie wieder so sein, wie sie vorher war, erklärten US-amerikanische PolitikerInnen und Medien nach dem 11. September 2001 einstimmig. Konnte man das überhaupt missverstehen? Aber gewiss doch: Zwei Kriege später verkünden Schröder, Fischer und Struck, das deutsch-US-amerikanische Verhältnis werde sich demnächst wieder "normalisieren". Was aber eigentlich nur bedeuten kann, dass die Bundesregierung bereit ist, die neue Realität der US-amerikanischen Doppelstrategie von völkerrechtswidriger Kriegführung und diplomatisch garnierter Erpressung zu akzeptieren.

Was für vulgäre Taxifahrer-Philosophien uns dabei zugemutet werden, beschrieb Martin Plambeck am 6. April in der Bild am Sonntag: "Ganz vorsichtig verbessert sich derzeit das Klima zwischen Bundesregierung und USA. Zumindest, was die Außenminister Joschka Fischer und Colin Powell angeht. Letztens am Telefon: Ex-General Powell schwärmt gegenüber Fischer von seiner guten alten Zeit als Soldat in Deutschland und vom ‚guten deutschen Bier`. Beide sind sich einig: Wenn schon Flaschenbier, dann nur solches aus Flaschen mit Bügelverschluss. ‚Plopp`, sagt Fischer am Telefon. ‚Genau`, sagt Powell. Die Folge: An die Adresse des US-Außenministers Colin Powell hat Joschka Fischer jetzt einen Kasten deutsches Bier geschickt. Natürlich mit Bügelverschluss."

Da Herr Lambeck das Gespräch wahrscheinlich weder mit- noch abgehört hat, ist davon auszugehen, dass die Geschichte mit dem "Plopp" zum Anekdotenfundus gehört, mit dem der grüne Bundesaußenminister Journalisten während längerer Flugreisen zu unterhalten versucht. Wir sollen lernen: Wenn entscheidende PolitikerInnen sich menschlich so gut verstehen, kommt auch der Rest schnell wieder ins Lot.

Fischer und Schröder erzählen uns schon seit einiger Zeit, dass es in der großen Politik ganz genau so gemütlich zugeht wie in der deutschen Kleinfamilie: Manchmal streitet man sich, dass die Fetzen fliegen, aber am Ende wissen doch alle, dass sie aufeinander angewiesen sind und sich lieb haben. Streit kommt da eigentlich nur als reinigendes Gewitter vor.

Die erklärte Hoffnung der NormalisiererInnen ist, dass sich im viel beredeten Streit zwischen Pentagon und State Department nach Ende des Irak-Krieges die AußenpolitikerInnen wieder stärker profilieren und letztlich durchsetzen werden. Zu diesem Thema hat Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von Präsident Carter (1976-80) kurz und schlüssig alles Nötige gesagt: "Tatsache ist, dass es im Verteidigungsministerium einen Haufen Leute gibt ..., die einen ausgefeilten Standpunkt haben und stark vertreten. Etwas Vergleichbares gibt es im Außenministerium nicht. Dem State Department gefällt es nicht, dass das Defense Department die strategische Führung übernimmt. Aber es hat kein wirkliches Alternativkonzept entwickelt, wie die amerikanische Außenpolitik aussehen sollte. Das ist seine Schwäche."

Das gilt ganz ähnlich auch für das Verhältnis zwischen den USA einerseits und den Regierungen in Paris, Berlin und Moskau andererseits: Ihnen gefällt nicht, dass die US-Amerikaner die strategische Führung übernommen haben. Sie haben aber kein Gegenkonzept, schon gar kein gemeinsames. Und für das, was man nicht hat, kann man auch nicht streiten.

Kaum war der Irak-Krieg abgeschlossen, eröffneten die so genannten Neokonservativen, die sämtliche Schlüsselstellungen im Pentagon halten, mit Angriffen auf das Außenministerium eine neue Runde im Streit um die US-Strategie und die nächsten konkreten Schritte.

Angriff auf das State Department

Michael Ledeen, Veteran der Iran-Contra-Affäre, langjähriger Geheimdienstmann, seit Monaten lautstärkster Kriegshetzer gegen den Iran, schrieb in einem Beitrag auf der Webseite des den Republikanern und der Regierung nahe stehenden American Enterprise Institute (AEI): "Wenn die USA auf lange Sicht daran gehen wollen, den Nahen Osten im Namen der demokratischen Revolution umzugestalten, dann ist es verrückt, diese Aufgabe einem Außenministerium anzuvertrauen, das an dieses Ziel nicht glaubt." - Zwischen den Zeilen zu

lesen: Der "Verrückte", der dem Außenministerium diese Aufgabe anvertraut hat, ist kein geringerer als Präsident George W. Bush.

Ledeen kritisierte auch die Entscheidung des US-Kongresses, die Kontrolle der für den Wiederaufbau des Irak vorgesehenen Gelder in die Hand des State Department zu legen, statt sie dem Verteidigungsministerium zu überlassen. Er spekuliert darauf, dass Bush gegen diese Entscheidung sein Veto einlegen wird. Damit hat er vermutlich Recht, da das Pentagon jetzt schon über mehr Finanzmittel für Großaufträge im Irak verfügt als das Außenministerium.

Ein weiterer Wortführer der neokonservativen Polemik gegen das State Department ist Newt Gingrich, der seit 1978 republikanisches Mitglied des Abgeordnetenhauses und seit 1995 auch dessen Sprecher war. Er musste im Januar 1999 nach einem Finanzskandal zurücktreten, hat aber die Hoffnung nicht aufgegeben, in die große Politik zurückzukehren, vielleicht sogar als Präsidentschaftskandidat. Er ist Mitglied des mächtigen Beratergremiums im Pentagon, des Defense Policy Board.

Gingrich hielt im April, kurz nach Beendigung der Militäraktionen im Irak, eine Rede vor dem AEI, in der er verkündete, der "Umbau" des State Department sei "die nächste Herausforderung für die Bush-Regierung". Das Außenministerium habe sechs Monate lang nur Misserfolge produziert (gemeint ist vor allem die starke internationale Opposition gegen den Irak-Krieg), dann habe das Pentagon mit einem Monat militärischer Erfolge viel Boden wieder gut gemacht, und jetzt sei das State Department dabei, den Sieg zu verspielen.

Logik von Schutzgelderpressern

Als Anzeichen dafür nannte Gingrich unter anderem die inzwischen realisierte Ankündigung von Außenminister Powell, nach Damaskus zu reisen, und die Absicht der US-Regierung, Frankreich, Russland und die UNO an den israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu beteiligen. Nach Gingrichs Ansicht schwächte der Besuch Powells in Damaskus vor Erreichung substanzieller Zugeständnisse den erpresserischen Druck auf Syrien, und die Internationalisierung des Nahost-Konflikts erlaubt Kräften eine Mitsprache, die schon gegen den Irak-Krieg waren und die nicht bedingungslos hinter der Position Scharons stehen.

Gingrich warf ferner in seiner Rede vorm AEI pauschal der gesamten Nahost-Abteilung des Außenministeriums vor, sie unterstütze Diktatoren und wolle eine schwache irakische Regierung einsetzen, um Syrien und Iran einen Gefallen zu tun. Ein Hintergrund dieser Anschuldigung ist, dass das State Department im Gegensatz zum Pentagon nicht voll auf die bedeutungslose irakische Exilgruppe INC und deren Führer Chalabi setzt. Ein weiterer Hintergrund der Polemik ist der Streit zwischen Pentagon und State Department um die VertreterInnen, die das Außenministerium in die im Irak zu bildende Militärregierung entsenden will. Die meisten wurden zunächst vom Pentagon abgelehnt, inzwischen aber - offenbar auf Grund einer Intervention des Präsidenten - widerstrebend akzeptiert.

Gingrich griff in seiner Rede auch die Agency for International Development (USAID) an, über die das Außenministerium eine wesentliche Mitsprache beim "Wiederaufbau" des Irak hat, und verlangte deren Auflösung. Den Präsidenten forderte Gingrich auf, jetzt schleunigst die Führung beim "Umbau" des State Department als "nächste dringende Aufgabe" zu übernehmen. Bush müsse eine Arbeitsgruppe einsetzen, deren Aufgabe darin bestehen soll, den "Umbau" des gesamten außenpolitischen Apparats vorzubereiten und in sechs Monaten darüber Bericht zu erstatten. Hearings in beiden Kammern des Parlaments sollten den Druck aufs State Department ergänzen.

Der Druck der Neocons auf das State Department, und damit letztlich auch auf den ihrer Ansicht nach halbherzigen und zögerlichen Präsidenten Bush, wird anhalten und zunehmen. Teilweise erscheint der Streit wie das bekannte Spiel mit verteilten Rollen "good cop - bad cop". Dazu wird die Auseinandersetzung auch tatsächlich immer wieder benutzt, aber der Widerspruch geht tiefer. Die Neocons streben, ihren eigenen programmatischen Erklärungen zufolge, einen "Regimewechsel" in allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (sowie Nordafrikas) an. Ihre Schutzbehauptung, dieser "Regimewechsel" werde von den Völkern selbst auf Grund des Modellfalls Irak - der angeblich eine wirtschaftlich blühende Musterdemokratie werden soll - herbeigeführt werden, kann man getrost als verlogene Propaganda vergessen.

Good cop - bad cop

In erster Linie geht es um militärische Gewalt, wobei diese keineswegs jedes Mal wirklich ausgeübt werden muss. Es reicht, dass nach der Eroberung Iraks absolut klar ist, dass die US-Regierung zu willkürlicher, völkerrechtswidriger Gewaltanwendung unter fingierten Gründen bereit ist, dass sie zu schnellem militärischen Erfolg in der Lage ist - und dass es absolut niemand gibt, weder die UNO noch einzelne Staaten, die den Angegriffenen schützen oder wenigstens unterstützen würden. Wenn die US-Regierung jetzt, zunächst mit Blick auf Syrien, Libanon und Iran erklärt, in der Region sei durch den Irak-Krieg "eine neue Realität" entstanden und die Frage sei jetzt, ob die angesprochenen Regierungen bereit sind zu "kooperieren", dann ist das die Wortwahl und Logik mafiöser Schutzgelderpresser: Einen Laden haben sie gerade demonstrativ abgefackelt, jetzt muss sich zeigen, ob die übrigen Erpressten "vernünftig" sind oder ob sie noch eine weitere "Lektion" brauchen.

Der Druck, den die Neocons auf die US-Regierung auszuüben versuchen, indem sie ständig auf das State Department als Sündenbock einschlagen, bezieht sich auf Tempo und Schärfe bei der Verfolgung dieser Strategie, sowie auf das zweckmäßige Mischungsverhältnis zwischen direkter Erpressung und traditionellen diplomatischen Formen. Die Neocons streben die Auslösung einer sehr schnell eskalierenden Dynamik an, die das Risiko eines unkontrollierbaren Flächenbrands in der ganzen Region bewusst einkalkuliert, während maßgebliche Teile der US-Regierung noch bemüht sind, die Entwicklung kontrolliert zu gestalten.

Nie wieder "Normalisierung"

Kein Teil der US-Regierung steht aber für die Option einer "Normalisierung" im Sinne der rot-grünen Schönredereien. Dass der UN-Sicherheitsrat und überhaupt die UNO jemals wieder eine Rolle spielten - es sei denn als garantiertes Akklamationsorgan für die US-Strategie - erscheint beim Stand der Dinge völlig ausgeschlossen. Die US-Regierung hat den völkerrechtswidrigen "Präventivkrieg" zum Mittel ihrer Politik gemacht und sie wird ihn, nachdem sie damit auf Anhieb so erfolgreich war, auch künftig praktizieren. Die Regierungen in Paris, Berlin und Moskau wissen das - und halten sich daher mit Kritik an den US-amerikanischen Drohungen gegen Syrien und Iran von vornherein sehr zurück.

Es nützt ihnen nicht viel: Den Irak regieren die USA allein, zeitlich unbegrenzt. Selbst ihre Verbündeten, Juniorpartner Großbritannien ebenso wie die hilfswilligen Zwerge Dänemark und Polen, haben bei der Verwaltung des besetzten Irak nicht viel zu melden. Die Militärregierung des Irak wird ausschließlich von den USA zusammengestellt und besteht bisher ausschließlich aus US-AmerikanerInnen. Soweit britische, polnische, vielleicht auch ein paar sonstige Besatzungstruppen zugelassen werden, unterstehen sie dem US-Oberkommando. Sämtliche Großaufträge für den Wiederaufbau des Irak sind bisher an US-amerikanische Firmen gegangen. Noch nicht einmal die britischen Verbündeten sind zum Zug gekommen.

Die USA besitzen die mit riesigem qualitativen Abstand stärkste Armee der Welt. Um das zu erreichen, haben sie überproportionale Investitionen getätigt, die für ihre eigene Wirtschaft und vor allem die Staatsfinanzen schwerwiegende Folgen hatten und künftig noch haben werden. Nur auf militärischem Gebiet sind die USA stärker als der Rest der Welt zusammengenommen. Sie haben gar keine andere Wahl, als von dieser Stärke maximalen Gebrauch zu machen. Die auf diesem Gebiet getätigten Investitionen müssen sich amortisieren. "Normalisierung" im Sinne einer Rückkehr zur Situation vor dem Irak-Krieg wird es nicht geben. Die Alternative besteht nur zwischen Unterordnung und Mittäterschaft einerseits und dem Versuch des Aufbaus einer internationalen Abwehrfront andererseits.

Knut Mellenthin

23. Zukunft des Zweistromlandes. Überlegungen zur Nachkriegsordnung im Irak

Autor: Sabah Alnasseri · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:37

Was kommt nach dem Ende des Krieges im Irak? Zu allzu viel Optimismus besteht kein Anlass - wohl aber dazu, die widersprüchlichen Interessen am und im Nachkriegs-Irak samt ihrer politischen Konsequenzen für die Region genauer zu untersuchen. Sabah Alnasseri hatte in der letzten ak-Ausgabe die Geschichte der irakischen (Exil-)Opposition bis zum Ausbruch des Krieges dargestellt. In dieser Ausgabe erläutert er die Konsequenzen des Embargos gegen den Irak bis zum jetzigen Krieg und skizziert mögliche Antworten auf die Frage nach zukünftigen politischen "Ordnungen" im Irak.

Das Materielle ist im Zeitalter der humanitären Kriege irgendwie verwerflich: Noch nie wurden in kriegerischen Auseinandersetzungen konkrete Interessen so verleugnet wie in diesem Krieg, noch nie waren sie andererseits so konkret, so offensichtlich. Die einzig gut geschützten Zonen im Irak sind die Ölfelder. Darüber hinaus herrscht organisiertes Chaos, systematische Plünderung, programmatische Erniedrigung, Entrechtlichung und beauftragter Raub von Kulturschätzen. Das ganze Gefüge der irakischen Gesellschaft ist zerfallen und ein neues ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht.

Ein gerechter, weil ideeller, normativer Wertekrieg? Es ist so eine Sache mit diesen Werten, deren Verfallsdatum nur so lange hält wie die Geschichte von den Massenvernichtungswaffen: Seit dem Ausbruch des Krieges sucht man nicht nur vergeblich nach deren Existenz - was die angeblich handfesten Beweise der amerikanischen Geheimdienstarbeit ad absurdum führt -, sie haben auch legitimatorisch ausgedient.

Regime-Survive gegen Bezahlung

Und die UNO? Diese konnte den Krieg nicht verhindern, will aber im Nachkriegs-Irak mitmischen und weiß nicht so ganz genau, wie, wo und was sie zu spielen hat: Legitimiert sie nicht dadurch den Krieg ex post? Die Frage ist so falsch gestellt. Denn nicht die UNO, sondern Frankreich, Russland und Deutschland sind die Gegenspieler des anglo-amerikanischen Lagers. Nur aufgrund ihrer Konkurrenzschwäche gegenüber den USA halten die Kriegsgegner den absterbenden Riesen UNO künstlich am Leben, wollen ihn in ein trojanisches Pferd verwandeln und in den Nachkriegs-Irak einmarschieren lassen - humanitär, versteht sich.

Die irakische (Exil-)Opposition gegen das Regime von Saddam Hussein kann hier auf der anderen Seite kaum die Rolle des Hoffnungsträgers übernehmen. Denn sie spielte schon seit mehr als zwei Jahrzehnten praktisch keine relevante Rolle mehr. Bis zum Ende der 70er Jahre auf der politischen Bühne präsent, geriet sie danach in Vergessenheit, wurde gnadenlos isoliert. Dadurch wurde die Bevölkerung der Möglichkeit einer Artikulation von politischen Interessen beraubt und war dem Regime ausgeliefert. Mit Ende des ersten Golfkriegs geriet das Regime in eine Krise, die es zu einer Flucht nach vorne veranlasste. Dieser Machtreflex wurde von Kuwait und den USA gnadenlos ausgenutzt und geschürt: Der zweite Golfkrieg war vorprogrammiert. Doch dem irakischen Regime gelang nach 1991 nicht nur ein Comeback, sondern auch seine Stabilisierung. Eine entscheidende Bedingung hierfür war das Embargo.

Das Embargo gegen den Irak wurde im August 1990 verhängt. Sein einziger Sinn lag in der Umverteilung der Ölproduktion zu Gunsten der Alliierten, vor allem von Kuwait, Saudi-Arabien und den USA: Indem das irakische Kontingent am Ölverkauf an die ersten beiden fiel, und indem diese dadurch ihre Fördermengen verdoppelten, konnten sie ihre Kriegsschulden abbauen und Wiederaufbau sowie Hochrüstung in Gang setzen, wovon primär amerikanische Konzerne und Firmen profitierten. Der irakischen Bevölkerung entgingen dadurch in den letzten 13 Jahren ca. 300 Milliarden US-Dollar. Mehr noch: Indem das Öl-für-Lebensmittel-Programm mit dem Regime im Irak ausgehandelt wurde und die Lebensmittel von diesem verwaltet wurden, wurde die unwillige Bevölkerung erneut vom Regime abhängig gemacht. Zur Erinnerung: Im Jahr 1991 war es zu einem breiten Aufstand im Irak gekommen, in dessen Verlauf sich 14 von 19 Provinzen für kurze Zeit vom Regime befreit hatten. Nach dem Waffenstillstandabkommen mit den Amerikanern im Februar 1991 setzte das irakische Regime diesem Aufstand sein blutiges Ende; zehntausende Irakis wurden ermordet.

Planet Utopia nicht in Sicht

Die Cliquen, Clans und Eliten erhielten durch das Öl-für-Lebensmittel-Programm die Möglichkeit, alle Märkte vom Öl- bis zum Tomatenmarkt zu monopolisieren, Schmuggel und graue Geschäfte kontroll- und rechenschaftslos zu betreiben - wovon freilich auch die Nachbarn des Iraks profitierten, nur eben nicht die irakische Bevölkerung. Hunderttausende, vor allem Kinder, sind an den Folgen des Embargos gestorben und ebenso viele wegen fehlender Medikamente und schlechter gesundheitlicher Versorgung chronisch krank geworden. Das Embargo führte zu einer Deindustrialisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung bei gleichzeitiger Umverteilung zu Gunsten der Clans und Cliquen. Dies bewirkte einerseits eine Verländlichung und damit Refeudalisierung und andererseits eine gesetz- und planlose städtische Wirtschaft, die hauptsächlich auf der Arbeit von Tagelöhnern, Land- und Wanderarbeitern, auf Frauen- und Kinderarbeit basierte und Ähnlichkeit mit der totalen Verelendung im Europa des 19. Jahrhunderts hatte. Massenhafte Auswanderung und Flucht waren die Folge. Gleichzeitig verzehnfachte sich die Zahl der Millionäre im Irak.

Falsche Bilder von der irakischen Bevölkerung

Die regierenden Eliten, die regimetreuen Intellektuellen und die im engeren Sinne staatlich vereinnahmten zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden im Laufe der Zeit zunehmend erfolgreich darin, die irakische Gesellschaft nach ethnischen, kulturellen und religiösen Grenzlinien zu fraktionieren, wodurch sich das Regime als die einzige vermittelnde, die Gesellschaft zusammenhaltende Instanz darstellen konnte. Das war die entscheidende Existenzbedingung des Herrschaftsverhältnisses im Land. Ein ideologisch erfolgreiches Modell, das selbst von den Kriegsmächten USA und England als irakische "Realität" wahrgenommen und akzeptiert wurde; nicht zuletzt wird es auch durch die irakische Exilopposition in den USA und England medial ausgiebig inszeniert. Diese Herrschaftstechniken blieben nicht ohne Auswirkung auf die Bevölkerung, die sich in ihrer Mehrheit nach diesen Schemata und in diesen Kategorien identitär zu artikulieren begann, obwohl sie prinzipiell gegen das Regime eingestellt war.

Die mehrheitlich-prinzipielle Ablehnung des Regimes, die katastrophale Lage der Bevölkerungsmehrheit und die vielen IrakerInnen, die aus dem Land flohen, suggerierten der Weltöffentlichkeit: Wenn es zum Schrecken mit Ende, also zum Krieg kommt, dann haben die Menschen im Irak nichts anderes zu verlieren als ihre Ketten. Genau diesem Bild entnahmen die Kriegsmächte ihre Strategie der "zivilisatorischen Befreiung". Doch die irakische Bevölkerung lebte in einer anderen Realität: Ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den USA und Großbritannien herrschte dort seit der Tragödie von 1991 vor, und wegen des Embargos und dessen katastrophalen Folgen: die Entwaffnung und Zerstörung praktisch aller Widerstandsnischen durch das Regime und die massive Verarmung. Außerdem dominierte eine ausgeprägte Kriegs- und Kampfmüdigkeit.

Und jetzt? Ein reicher, in den USA akademisch gebildeter und von neokonservativen Profs und Politmachern kulturell integrierter Mann ist der Chef der INC (1), Ahmed Chalabi. Sehr beliebt in den neokonservativen Think-tanks und bei den Politmachern im Pentagon ist er der angeblich zukünftige erste Mann im Staat. Ein amerikanischer General namens Franks als Militärverwalter und ein Pensionierter namens Garner als Zivil-und Wiederaufbauverwalter sind die anderen Protagonisten des Projektes "irakische Nachkriegsordnung". Gestützt auf konservativ-liberale Teile der irakischen Exilopposition, auf lokale Stammesführer, Familienclans, bürokratische Eliten und Militärjunta, humanitär unterfüttert und international eingebettet soll so ein demokratisches Staatsszenario materialisiert werden. Die IrakerInnen regieren demnach sich selbst, das Öl gehört ihnen, der Wohlstand, die Demokratie und der demokratische Dominoeffekt in der Region werden ihr ureigenes Handwerk sein. Doch von welcher Demokratie, welchem Öl, welchem Wohlstand, welchem Staat und welcher Region ist hier die Rede?

Zwar werden die Protagonisten nicht müde, den zukünftig einheitlich-föderalistischen Charakter des irakischen Staates bis zum Überdruss zu betonen. Doch sie wissen sehr gut, dass es nach jeder Besatzung zu Fraktionierung, Trennung und Teilung kommt. Indes erfüllt das föderalistische Geschwätz zwei taktisch-ideologische Funktionen: erstens, der Türkei zu versichern, dass es zu keinem unabhängigen kurdischen Staat im Norden kommen wird, und zweitens, der irakischen Bevölkerung und den arabischen Staaten die Einheit des Staates zu suggerieren.

Doch der neokonservative Föderalismus bedeutet nicht die Aufrechterhaltung des irakischen Staates, sondern eine Kantonisierung des Iraks, dessen Zusammenhang dann nur durch ein multiples Kontrollregime - militärisch, ökonomisch, politisch - gewährleistet werden wird. Dies schließt die Installierung einer formalen, zweckmäßig zusammengesetzten irakischen "Regierung" nicht aus - im Gegenteil. Was von der möglichen

zukünftigen Ordnung bislang zu sehen ist, ist nicht ermutigend: politische Morde, innere Fraktionskämpfe um politische Vormachtstellungen, eigenmächtige Inbesitznahme von politischen Schlüsselpositionen, Racheakte von Kräften des gestürzten Regimes und nicht zuletzt die Entstehung von Gangster-, Banditen- und Milizgruppen zwecks politischer Disziplinierung der Subalternen durch die jeweiligen konservativen und liberalen Oppositionsgruppen. Die ökonomische Basis des Staates, das Öl, wird durch die Einführung von privaten Eigentumsverhältnissen und somit der Umverteilung zu Gunsten von Kriegsgewinnlern - Irakis ebenso wie Briten und Amerikaner - verschoben. Dadurch wird nicht nur das regionale Gewicht des Staates geschwächt, sondern dies ist zugleich ein herber Schlag gegen die OPEC, wodurch womöglich ihr frühzeitiges Ende ankündigt wird.

Die Kantonisierung bedeutet zugleich die Aufwertung sowohl neofeudaler Elemente im Inneren als auch der Stellung der Kleinstaaten, also der Golfmonarchien, Jordanien, Israel etc., wodurch der Druck auf die Großstaaten - Iran, Syrien und Saudi-Arabien - erhöht wird.

Dem Zwang freiwillig unterworfen

Der kantonisierte Irak als Alternative zu Saudi-Arabien bedeutet nicht nur eine militärische und ökonomische Verschiebung im strategischen Kalkül der Kriegsmächte, sondern auch eine kulturell-religiöse: So ist z.B. die Aufwertung der irakisch-schiitischen Pilgerstädte in Najaf und Kerbela gegenüber dem sunnitischen Mekka nicht nur ein Schlag ins kulturelle Gesicht Saudi-Arabiens, sondern gegen den sunnitisch dominierten arabischen Raum insgesamt. Politisch ist dies zugleich ein schwerer Rückschlag für arabisch-nationalistische Kräfte, seien sie islamistisch, panarabistisch oder sozialistisch geprägt.

Nicht die Demokratisierung der Region durch den Irak ist zu erwarten, sondern umgekehrt eine konservative Regionalisierung des kantonisierten Staates. In diesem Szenario wäre es außerdem nicht nötig, Kriege gegen den Iran, Saudi-Arabien und Syrien anzuzetteln. Diese Staaten würden sich dem durch die Präsenz der Kriegsmächte forcierten Zwang freiwillig unterwerfen: Nicht zuletzt würde sich in diesem wichtigsten Energieraum der Erde eine Dollar-Zone herausbilden. Wollen die Nachbarstaaten politisch überleben, so müssen sie sich in Richtung dieser pan-amerikanischen Einbettung orientieren.

Sabah Alnasseri

Anmerkung:

1) Iraqi National Congress, im Jahre 1992 in Wien gegründet; siehe ak 472.

24. Und er regiert immer noch. Venezuela ein Jahr nach dem Putschversuch

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:28

Vor einem Jahr, am 11. April 2002, stürzte eine Gruppe Armeegeneräle zusammen mit Großunternehmern Hugo Chávez. Chávez, der zuvor mit großer Mehrheit gewählte Präsident Venezuelas, wurde abgeführt - unter der Drohung den Präsidentenpalast zu bombardieren. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Pedro Carmona, ernannte sich am nächsten Tag selbst zum neuen Präsidenten. Die Putsch-Regierung wurde sofort von den USA und Spanien anerkannt, der IWF bot Kredite an. Währenddessen stieß die Oligarchie im Präsidentenpalast Miraflores mit Champagner an. Keine 48 Stunden später wurden die verfassungsmäßige Regierung und Präsident Hugo Chávez wieder eingesetzt. Loyale Armeedivisionen und mehrere Millionen Menschen hatten dafür gesorgt.

Genau ein Jahr später, im April 2003, fand in Caracas das "Weltsolidaritätstreffen mit der bolivarianischen Revolution" statt. Der Name war Programm, erinnerte er doch an Simon Bolivars Traum von einem vereinten und freien Lateinamerika, auf den sich die Regierung Chávez beruft. Über die Möglichkeiten der Realisierung dieses Traumes debattierte vier Tage lang ein Spektrum, das etwa so breit ist wie die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Allerdings kritisierten Basisorganisationen, dass das politisch für Venezuela bedeutende Ereignis auf einige Nobelhotels und Gebäude in der Innenstadt konzentriert blieb. Die Bewegung, die Chávez wieder an die Macht brachte, hätte gerne auch Veranstaltungen in "ihren" Stadtteilen gesehen.

Die Unterstützung für "ihren" Präsidenten ist dennoch ungebrochen. Auch wenn es manchmal mit der Revolution nicht so einfach ist. Zwar wurde eine der progressivsten Verfassungen der Welt von 80 Prozent der Bevölkerung in einer Volksabstimmung angenommen und zahlreiche Gesetze und Programme zu Gunsten von Armen, Frauen und indigener Bevölkerung verabschiedet. Doch die Justiz ist nach wie vor in den Händen der ehemals herrschenden Schichten.

So entschied der Oberste Gerichtshof mit elf zu neun Stimmen, dass es im vergangenen Jahr keinen Putsch gegeben hätte. Chávez sei nicht gefangen, sondern "in Schutz" genommen worden und die Militärs hätten in einem Machtvakuum gehandelt - "von guten Absichten geschwängert". Auch die Verfahren bezüglich der 19 Toten vom ersten Putschtag stocken. Praktisch alle hatten, entgegen der Behauptungen der Opposition, zu den Anhängern des Präsidenten gehört. Auf einen Staatsanwalt wurden Schüsse abgegeben. Er hatte in einem Todesfall nachgewiesen, dass dieser auf das Konto der von der rechten Opposition geführten Stadtpolizei von Caracas ging.

Auch die ökonomische Situation ist alles andere als einfach. Allein von 1999 bis Ende 2002 verlor Venezuela durch Kapitalflucht 32 Milliarden Dollar. Die Sabotage der staatlichen Erdölindustrie im Rahmen der Streiks im Dezember und Januar hinterließ Einnahmeausfälle von sieben Milliarden Dollar. Zwar sind die Prognosen des IWF von 17 Prozent Minuswachstum im Jahr 2003 sicher stark übertrieben, aber dennoch ist die Situation alles andere als rosig.

Von guten Absichten geschwängert

Die Regierung setzt derweil auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und auf Landverteilung. Eine halbe Million Hektar wurden allein in diesem Jahr verteilt - bevorzugt an Kooperativen. Bis Ende des Jahres sollen es drei Mal so viel sein. Dafür wurde nicht einmal Land enteignet, sondern nur das durch Großgrundbesitzer illegal angeeignete Land zurück geholt. Doch selbst das werden diese nicht einfach hinnehmen. In der Region südlich des Maracaibo-Sees wurden in den vergangenen Jahren mehr als 60 Bauern von Killern im Dienste der Großgrundbesitzer ermordet.

Die Opposition wähnt sich derweil, nicht zuletzt durch den Krieg gegen Irak, im Aufwind. Auf allen privaten TV-Kanälen läuft eine aggressive Kampagne: "Jetzt holen wir dich", lautet die Botschaft an Chávez. Das wird allerdings nicht ganz einfach werden. Denn die Opposition hat sich durch die gewaltsame Aussperrung von Unternehmern bei den Streiks im Dezember und Januar und durch die Sabotage der Erdölindustrie stark diskreditiert. Selbst von vielen Chávez-Gegnern ist inzwischen auf der Straße zu hören: "Weder mit der Regierung, noch mit der Opposition". Der Vorsitzende der Elitegewerkschaft CTV, Carlos Ortega, und der

Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Carlos Fernandez, beide Multimillionäre und Anführer der vergangenen Proteste, haben sich mittlerweile ins Ausland abgesetzt.

Die regierungsnahen Kräfte sind sich daher sicher, dass Chávez die Volksabstimmung über seinen weiteren Verbleib zur Hälfte seiner Amtszeit im August diesen Jahres gewinnen wird. Regierung und Opposition hatten sich am 10. April geeinigt, diese Volksabstimmung durchzuführen - obwohl Chávez im Jahr 2000 nach Verabschiedung der neuen Verfassung erneut als Präsident wieder gewählt und damit bestätigt worden war. Die Volksabstimmung müsste die Opposition, gespalten und diskreditiert wie sie ist, eigentlich verlieren. Doch die setzt auf eine "Abstimmung mit leeren Mägen" und die Opposition tut ihr Bestes, um die wirtschaftliche Situation weiter zu verschlimmern. Zusätzlich wird versucht, ein Klima der Angst zu erzeugen. Die TV-Kanäle hämmern den Zuschauern pausenlos ein, Venezuela sei auf dem Weg zum "Castro-Kommunismus".

Ohne Arbeit, mit Hunger und mit Chávez

Kurz nach der Bekanntgabe der Einigung zwischen Regierung und Opposition bezüglich der Volksabstimmung richtete eine Bombenanschlag in der Nacht vom 11. auf den 12. April schwere Schäden im Sitz der Verhandlungskommission an. Die Täterschaft ist zwar bisher nicht nachgewiesen, doch regierungsnahe Kräfte haben sicher kein Interesse an einer solchen Destabilisierung. Indes lautet eine trotzige Losung von Millionen: "Ohne Arbeit und mit Hunger, ich bleib' mit Chávez".

Dario Azzellini, Caracas

25. An der Krise versagt die Politik. Schwierige Zeiten für Argentiniens soziale Bewegungen

Autor: Alix Arnold · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:17

"Sie sollen alle abhauen" heißt es in Argentinien seit dem Aufstand im Dezember 2001. Zur Zeit sieht es allerdings eher so aus, als würden sie alle wiederkommen. Ausgerechnet Ex-Präsident Carlos Menem, Sinnbild für Korruption und neoliberales Desaster, hat bei den Präsidentschaftswahlen am 27. April die meisten Stimmen bekommen - wenn auch so wenige, dass noch eine Stichwahl erforderlich ist. Die Bewegungen haben derweil mit verschärfter Repression zu kämpfen. Räumungen und Räumungsdrohungen gegen selbstverwaltete Projekte und Betriebe nehmen zu.

Neben den Aufrufen zu Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg gab es in Argentinien seit Februar zunehmend Aufrufe, sich drohenden Räumungen entgegenzustellen. AktivistInnen sehen durchaus einen Zusammenhang zwischen den Bomben auf Bagdad und den polizeilichen Bodentruppen, die in Buenos Aires immer häufiger in selbstverwaltete Räume einfallen, nach dem Motto: Eine neue Weltordnung braucht auch eine neue Ordnung im Stadtteil.

Ende Februar wurde das "Padelai" geräumt, in dem mehr als 500 Menschen seit zwanzig Jahren gewohnt hatten. Bei der Auseinandersetzung kam es zu vielen Festnahmen und Verletzungen. In Buenos Aires gibt es 200.000 Obdachlose und 2.500 besetzte Häuser. Zur Räumung kleinerer Wohnhäuser kommt es ständig, oft ohne öffentliches Aufsehen. Am 23.3. wurde die "Bewegung arbeitsloser Arbeiter San Telmo" unter Bedrohung mit Maschinenpistolen aus ihrem Haus geräumt. Zwei Tage später traf es die Nudelfabrik Sasetru im Industrievorort Avellaneda. Sie war nach jahrelangem Leerstand von Arbeitslosen besetzt worden. Neben 750 Uniformierten ist hier das gesamte Arsenal von Pferden, Hunden, Hubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen im Einsatz. Am 9.4. werden vier piqueter@s (1), also organisierte Arbeitslose aus Mosconi (Provinz Salta) eingeknastet. Die ehemaligen Arbeiter der staatlichen Ölgesellschaft YPF hatten Straßen blockiert, um ihnen zustehende Abfindungen einzufordern. Ebenfalls im Norden des Landes, in Santiago del Estero, ist die Bauernbewegung MOCASE mit Polizei und Schlägertrupps von Großgrundbesitzern konfrontiert, die sie von dem Land vertreiben, das sie seit Jahren bebauen. Im Süden werden die indigenen Mapuche verfolgt, die sich gegen den Ausverkauf Patagoniens an multinationale Konzerne wehren. In der Hauptstadt stürmen die Räumungstrupps am 14.4. die Bank, die die Stadtteilversammlung Asamblea Lezama Sur letztes Jahr für verschiedene soziale und kulturelle Projekte besetzt hatte. Hier befand sich auch das Büro von Indymedia.

Vier Tage später, in der Nacht zum Karfreitag, wurde Brukman geräumt, eine Textilfabrik unter Arbeiterinnenkontrolle. Eine Reihe weiterer Projekte ist akut gefährdet, und neben den offiziellen Drohungen gibt es noch die inoffiziellen: Immer wieder werden AktivistInnen anonym bedroht, eingeschüchtert und auch angegriffen, ganz im alten Stil der Diktatur.

Die Repression trifft die Bewegungen in einer kritischen Situation von abnehmender Beteiligung, internen Auseinandersetzungen und Zerwürfnissen. Die schärfsten Differenzen sind bei den piqueter@s aufgebrochen. Die beiden Verbände FTV und CCCm (2) haben sich Mitte Februar medienwirksam mit Präsident Duhalde an den Verhandlungstisch gesetzt und danach die entsprechende Erklärung gegen radikalere Gruppen abgegeben: Verhandlungen sind das Mittel der Wahl, und wer heute noch Straßen blockiert, spielt der Rechten in die Hände.

Zanon gehört den Arbeitern ...

Die Koordination der asambleas, der Stadtteilversammlungen, von denen es in Buenos Aires etwa 150 gibt, ist schon letztes Jahr dem Sektierertum zum Opfer gefallen. Hickhack zwischen linken Parteien und Splittergruppen bis hin zu Schlägereien haben zum Abbröckeln und schließlich zur Einstellung der sonntäglichen Treffen aller asambleas im Centenario-Park geführt. Die asambleas selbst treffen sich weiterhin in ihren Stadtteilen. Die Beteiligung ist stark zurückgegangen, die praktischen Projekte haben jedoch zugenommen. Rund vierzig asambleas haben Gebäude und Gelände besetzt, wo sie Volksküchen für die Armen aus dem Stadtteil betreiben, gemeinschaftlich Biogemüse anbauen, öffentliche Bibliotheken und Räume für Diskussion und unkommerzielle Kulturveranstaltungen unterhalten. Sie organisieren alternative

Vertriebsnetze für die Produkte aus besetzten Betrieben und aus selbstverwalteten Kleinbetrieben von Arbeitslosen. Einige unterstützen die cartoneros, die jeden Abend zu Tausenden aus den Außenbezirken in die Hauptstadt kommen, um die Mülltüten am Straßenrand nach Verwertbarem zu durchsuchen. Die asambleas bauen in den Stadtteilen vielfältige solidarische Zusammenhänge auf. Bei abnehmender Bewegung drohen jedoch auch ihnen Institutionalisierung und Vereinnahmung. Der Vorschlag der Stadtregierung, einen "Bürgerhaushalt" (3) einzuführen, stieß aus eben diesen Gründen vor einem Jahr noch bei vielen asambleas auf Ablehnung. Sie sahen das Angebot als Versuch, die Dynamik der asambleas auszubremsen und sie in die üblichen Kanäle institutioneller Politik zu lenken. Inzwischen konnte Bürgermeister Ibarra stolz vermelden, dass fast 10.000 BürgerInnen sich auf eine solche Zusammenarbeit eingelassen haben.

Die Betriebsbesetzungen gehen indes weiter. Mehr als 140 Betriebe sind mittlerweile von ArbeiterInnen übernommen worden - Fabriken, Handwerksbetriebe, Supermärkte und sogar ein Vier-Sterne-Hotel mitten im Zentrum von Buenos Aires. Viele Betriebe sind vor allem damit beschäftigt, das eigene Projekt ans Laufen zu bringen. Einige versuchen jedoch, eine breitere Koordination von ArbeiterInnen und Arbeitslosen aufzubauen. Mit dieser Politisierung des Konflikts sind die Kachelfabrik Zanon in Neuquén (Patagonien) und die Textilfabrik Brukman in Buenos Aires zu Symbolen der Bewegung geworden. Genau diese Symbole sind nun angegriffen worden.

... und Brukman den Arbeiterinnen!

Am 8. April sollte die Räumung von Zanon stattfinden - nach 18 Monaten Besetzung, mehr als einem Jahr selbstverwalteter Produktion und der Schaffung von 40 neuen Arbeitsplätzen. Dazu ist es nicht gekommen. Den 310 ArbeiterInnen geht es längst um mehr als nur um ihre Arbeitsplätze. Sie hatten erklärt, dass sie dieses Projekt mit ihrem Leben verteidigen würden. Die ArbeiterInnen in der Fabrik verschanzt, mehr als 3.000 UnterstützerInnen vor dem Tor, LehrerInnen und Öffentlicher Dienst im Streik - angesichts dieser Entschlossenheit und Solidarität gab der Provinzgouverneur nach einem Tag höchster Anspannung bekannt, keine Polizei für die Räumung zur Verfügung zu stellen. (4)

Die Arbeiterinnen von Brukman haben nach ihrer unerwarteten Räumung eine ähnlich breite Solidarität erfahren wie die Arbeiter von Zanon. Über die Ostertage haben sich täglich Tausende vor den Gittern versammelt, mit denen die Polizei die Gegend weiträumig abgesperrt hat. Brukman ist im Dezember 2001 besetzt worden, nachdem die Besitzer schon monatelang kaum noch Lohn bezahlt und sich schließlich aus dem Staub gemacht hatten. 56 ArbeiterInnen arbeiten bei Brukman, die meisten sind Frauen. Vor der Besetzung hatten sie keinerlei gewerkschaftliche oder politische Erfahrung. Heute organisieren sie nicht nur die Fabrik selbst, sondern auch Demonstrationen, politische Treffen und Aktionen. Zwei Räumungsversuche, im März und November letzten Jahres, konnten sie bereits verhindern. Nach der erneuten Räumung haben sie erklärt, dass sie bis zur Rückgabe der Fabrik weiterkämpfen werden.

Am Ostermontag, mit einer Demonstration von 7000 UnterstützerInnen im Rücken, versuchten sie, die Absperrgitter zu überwinden. Aber kaum hatten die ersten vier Arbeiterinnen den ersten Schritt in Richtung Fabrik getan, begann mit einem Hagel von Tränengas und Gummigeschossen eine stundenlange Auseinandersetzung, in der die Polizei auch Bleimunition einsetzte. Am nächsten Tag errichteten die Arbeiterinnen auf der Straße vor der Fabrik ein Zelt, das zum Bezugs- und Kristallisationspunkt verschiedener Bewegungen geworden ist. Die Madres de Plaza de Mayo (5) machten aus Universitätsveranstaltungen öffentliche Kundgebungen. Asambleas nahmen die Mobilisierungen zum Anlass, sich neu zu koordinieren und richteten am Zelt einen täglichen Treffpunkt ein. MusikerInnen und KünstlerInnen machen hier Veranstaltungen. Für den ersten Mai riefen die Brukman-ArbeiterInnen zu einer gemeinsamen Kundgebung auf. Letztes Jahr fanden am 1. Mai mehrere Kundgebungen an verschiedenen Orten statt, da trotz vieler Versuche keine Einigkeit erzielt werden konnte. Aber diesmal kamen alle zu Brukman, um von dort zur Plaza de Mayo zu demonstrieren: ArbeiterInnen aus besetzten Betrieben und Gewerkschaftsopposition, StudentInnen, piqueter@s, asambleas, politische Gruppen und Parteien.

Wenige Tage vorher hatte Argentinien gewählt. Diesen vorgezogenen Wahltermin hatte Präsident Duhalde Mitte letzten Jahres verkündet. Er wollte die Lage beruhigen, nachdem die piqueteros Dario Santillán und Maximiliano Kosteki bei einer Straßenblockade von der Polizei gezielt erschossen worden waren. Für die Präsidentschaftswahl - denn nur um diese eine Figur ging es - standen 22 Kandidaten zur Auswahl. Die peronistische Partei konnte sich nicht einigen und schickte gleich drei Kandidaten ins Rennen: Menem, der als

Präsident 1989-99 die Politik von Privatisierungen und Auslandsverschuldung betrieben hat, mit der das Land in die Krise abgestürzt ist; Rodríguez Saá, der nach dem Aufstand schon einmal für wenige Tage Präsident sein durfte und Kirchner, Gouverneur der Ölprovinz Santa Cruz und Mann des amtierenden Präsidenten Duhalde. Menem und Kirchner haben die meisten Stimmen bekommen (24% und 22%) und treten am 18. Mai zur Stichwahl an, wobei dem Hardliner Menem wenig Chancen vorausgesagt werden. Argentinien wird wieder einen Präsidenten haben, der gewählt und Peronist ist. Der Peronismus - die Hoffnung der Armen, dass ein höheres staatliches Wesen ihre miserable Lage doch irgendwie verbessern könnte - ist offensichtlich noch lange nicht tot.

Wahltheater um eine Figur

Die Linke und die Bewegungen hatten bei dieser Wahl nichts zu gewinnen. Die linken Parteien, die viel Energie im Wahlkampf verschwendet haben, kamen zusammen gerade mal auf 3%. Die Aufrufe, nicht oder ungültig zu wählen, fanden wenig Resonanz: etwas über 20% Enthaltungen und 2,7% ungültige Stimmen. Bei der letzten Wahl im Oktober 2001, kurz vor dem Aufstand, hatten mehr als 40% der WählerInnen nicht abgestimmt oder "Wutstimmen" abgegeben, also Stimmzettel, die durch Sprüche und Beschimpfungen ungültig gemacht waren.

Schwierige Zeiten für die Bewegungen. Aber sie sind nicht untergegangen, wie manche nach diesem erfolgreichen Wahltheater gerne glauben möchten. Der Kampf um Brukman und die anderen selbstverwalteten Räume ist noch nicht entschieden.

Piqueter@s, asambleas und die ArbeiterInnen der besetzten Betriebe knüpfen weiter an einem Netz solidarischer Zusammenhänge. Von unten zeigen sie Wege aus der Krise auf, der gegenüber jegliche Politik versagt. Der neue Präsident übernimmt ein Land, in dem die sozialen Widersprüche weiter bestehen und jederzeit wieder explodieren können. Die Wahlen sind keine Lösung für die tiefe Krise des politischen Systems und den Legitimationsverlust des Staates.

Um zu erreichen, dass sie wirklich alle abhauen, bleibt allerdings noch viel zu tun.

Alix Arnold

Anmerkungen:

1) "@" ist die spanische Entsprechung für das deutsche "I", z.B. in "AktivistInnen".

2) Federación Tierra y Vivienda, gehört zum Gewerkschaftsdachverband CTA, Corriente Clasista y Combativa, von ML-Partei dominiert

3) Presupuesto Participativo. Beteiligung der BürgerInnen an der Vergabe bestimmter Haushaltsmittel (bzw. an der Verwaltung des Mangels). Zu den Erfahrungen in Porto Alegre/Brasilien siehe den Bericht in ak 471

4) Zu den verschiedenen Fraktionen der besetzten Betriebe, zu Kooperativen und "Arbeiterkontrolle" siehe den Bericht über Argentiniens besetzte Betriebe in ak 471. Zur verhinderten Räumung und zur Geschichte von Zanon siehe www.wildcat-www.de

5) Mütter und Großmütter der "verschwundenen" Opfer der Militärdiktatur

26. PDS: Hauen und Stechen für den Fortschritt. Sozialdemokratisierung der PDS verhindern!

Autor: Katina Schubert · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:10

Lange Zeit war es um die PDS eher ruhig. Seit Ende April hat sich das schlagartig geändert. Die Situation innerhalb der PDS spitzt sich offenkundig zu. Der auf dem Geraer Parteitag gewählte Bundesvorstand steht - zumindest in Teilen - auf der Abschussliste. Noch vor dem Programmparteitag im Oktober sollen auf einem Sonderparteitag personelle Entscheidungen getroffen werden, die richtungsweisend auch für den Ausgang der Programmdebatte sein dürften. Wir haben Katina Schubert, Sprecherin des Netzwerks Reformlinke in der PDS, und Michael Mäde vom Geraer Dialog gebeten, aus ihrer Sicht zum Programmentwurf und den aktuellen Entwicklungen in der PDS Stellung zu nehmen.

Sozialdemokratisierung der PDS verhindern!

Während die Kanzler-SPD Arm in Arm mit CDU, CSU, FDP und einer Mehrheit der Grünen die Axt an die Reste gemeinwohlorientierter Prinzipien von kollektiver sozialer Sicherung legt, setzt die PDS ihren Prozess innerer Zerlegung fort. Ende April kam es im Bundesvorstand zum Eklat, nachdem sich eine knappe Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder unter Führung der ehemaligen Sozialdemokraten Diether Dehm und Uwe Hiksch weigerte, einen Katalog von Reformalternativen zu debattieren mit dem Argument, man wolle sich lieber mit der Agenda 2010 des Bundeskanzlers auseinander setzen. Diese Reformalternativen sind aber Teil einer umfassenderen Antwort auf die Agenda 2010. Wäre dieser Bundesvorstand kommunikations- und damit politikfähig, wäre es zu solch einer - für Außenstehende schlicht aberwitzigen - Alternative kaum gekommen. Sie zeigt nur allzu deutlich: Dieser Bundesvorstand kann die PDS nicht aus ihrer Krise führen.

Die PDS muss sich spätestens jetzt entscheiden, ob sie als demokratisch-sozialistische Partei glaubwürdige und umsetzbare Alternativen zum neoliberalen Umbau des bundesdeutschen und europäischen Gemeinwesens entwickeln und in die öffentliche Debatte werfen will. Sie muss sich entscheiden, ob sie sich von Parteivize Dehm und Geschäftsführer Hiksch darauf reduzieren lassen will, "sich der Protestkultur von westdeutschen fortschrittlichen Bewegungen" anzuschließen (Hiksch in Stuttgarter Zeitung, 3.5.03) oder ob sie auf allen Ebenen politischer Aushandlungsprozesse - von der örtlichen Bürgerinitiative und Protestgruppe bis hin zu Bundestag und Europaparlament - interventionsfähig sein will. Denn eine politische Partei muss mehr und anderes können als außerparlamentarische Bewegungen.

Dazu braucht sie programmatische und strategische Klarheit. Beides hat sie zur Zeit nicht, aber an beiden Zielen arbeitet sie. Und auch hier muss sie sich entscheiden. In der Programmfrage muss sie entscheiden, ob sie sich ein modernes demokratisch-sozialistisches Programm geben möchte, das um die Menschen in diesem Land wirbt, um mit ihnen gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie, für Frieden und für Freiheit zu arbeiten.

Der von der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer vorgelegte Programmentwurf erhebt diesen Anspruch. Und deshalb findet er in der Tendenz auch die Unterstützung der Reformlinken. Gleichwohl bleibt er in wichtigen Teilen hinter dem ersten Zimmer-Entwurf zurück. Offensichtlich haben die Autoren den Entwurf so auf die selbst ernannte PDS-Linke getrimmt, dass sie zum Beispiel wichtige Elemente zur Bestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, von Freiheit und Individuum, von Freiheit und Gleichheit, von Markt und Gesellschaft einem vermeintlichen Konsens geopfert haben. Ein Beispiel: Im Entwurf findet sich der Satz: "Ohne soziale Gleichheit ist Freiheit nur die der Mächtigen und die Kehrseite von Ausbeutung." So ist dieser Satz falsch. Die Umkehrung von Freiheit ist Unfreiheit. Es ist unbestritten, dass die Möglichkeiten, das Leben nach eigenen Träumen und Vorstellungen zu gestalten, auch erheblich von den materiellen Möglichkeiten der Einzelnen abhängen. Aber auch Menschen, die hier zu Lande Billigjobs übelster Ausbeutung unterliegen, besitzen grundlegende Freiheitsrechte und nehmen sie in Anspruch, zum Beispiel, um diese Ausbeutungsformen zu bekämpfen. Darin müssen wir sie als PDS unterstützen, ohne die Freiheit als Grundwert menschlichen Zusammenlebens in Frage zu stellen.

Die AdressatInnen solcher Konsensangebote scheinen diese Köder indessen gar nicht annehmen zu wollen. Die Traditions- und ex-sozialdemokratische Linke will in der PDS offenkundig alles oder nichts. Die von Diether Dehm vorgeschlagenen "Kürzungen" am Programmentwurf reduzieren das Programm auf plumpen

Antikapitalismus. Allerdings reicht Antikapitalismus alleine nicht, um die heutigen, gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse zu analysieren, zu bekämpfen und Alternativen für eine Neuordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens anzubieten. Antikapitalismus alleine ist auch nicht notwendigerweise links. Links wird Politik erst, wenn sie es vermag, die vielschichtigen Unterdrückungsverhältnisse durch konkrete Alternativen zum herrschenden Mainstream Schritt für Schritt aufzulösen; wenn es zum Beispiel gelingt, Zwangsmaßnahmen gegen Arbeitslose abzuschaffen und gleichzeitig durchzusetzen, dass Menschen mit und ohne deutschem Pass auf dem Arbeitsmarkt gleich behandelt werden.

Links wird Programmatik, wenn sie z.B. auf einen erneuerten Sozialstaat setzt, in dem Freiheit und Gerechtigkeit garantiert sind und in dem die freie Entfaltung der und des einzelnen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Nationalität, sexueller Orientierung oder unabhängig von der Art der Erwerbstätigkeit ein existenzielles Bürgerrecht ist.

In diesem Sinne müssen wir den Programmentwurf weiter qualifizieren und jeden Versuch abwehren, das Partei-Programm zum neokommunistischen Bekenntnis zu degradieren, das sich darauf beschränkt, die Welt in gut und böse, kapitalistisch und antikapitalistisch zu teilen.

Doch programmatische Klarheit bekommt die PDS nicht (mehr), wenn es ihr nicht schnell gelingt, sich auch personell zu erneuern. Will die PDS in der laufenden gesellschaftlichen Debatte, wie der Sozialstaat umgebaut werden soll, für breite Kreise der Öffentlichkeit wahrnehmbar intervenieren, braucht sie einen arbeits- und kommunikationsfähigen Bundesvorstand mit ihren besten Leuten auch aus den Ländern - und das schnell! Die sozialdemokratischen "Reform"projekte sollen schließlich auch bis zum Sommer über die politische Bühne gehen.

Katina Schubert

27. Die Revision von Gera oder das Ende des Projektes PDS

PDS: Hauen und Stechen für den Fortschritt

Autor: Michael Mäde · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:11

Lange Zeit war es um die PDS eher ruhig. Seit Ende April hat sich das schlagartig geändert. Die Situation innerhalb der PDS spitzt sich offenkundig zu. Der auf dem Geraer Parteitag gewählte Bundesvorstand steht - zumindest in Teilen - auf der Abschussliste. Noch vor dem Programmparteitag im Oktober sollen auf einem Sonderparteitag personelle Entscheidungen getroffen werden, die richtungsweisend auch für den Ausgang der Programmdebatte sein dürften. Wir haben Katina Schubert, Sprecherin des Netzwerks Reformlinke in der PDS, und Michael Mäde vom Geraer Dialog gebeten, aus ihrer Sicht zum Programmentwurf und den aktuellen Entwicklungen in der PDS Stellung zu nehmen.

Die Revision von Gera oder das Ende des Projektes PDS

Die Entscheidung in Gera war eindeutig. Die Vertreter der Anpassung wurden abgewählt oder stellten sich gar nicht mehr dem Votum der Delegierten. Mit dem Parteitag von Gera war somit die Chance für einen inhaltlichen und personellen Neuanfang gegeben. Die Chance ist, das muss man deutlich sagen, verspielt worden. Seit Gera dominiert in der PDS eher der Kurs des "Weiter so". Der Annäherungsprozess von Teilen der Parteiführung an die so genannten "Reformer" kam schon bald nach Gera wieder in Gang. Beschwichtigungspolitik war an der Tagesordnung, während das Tempo der unsozialen Politik des rot-roten Senats in Berlin mit der Abschaffung der Lernmittelfreiheit und dem Austritt aus dem Verband der öffentlichen Arbeitgeber noch erhöht wurde. Dieser politische Kurs ist selbstzerstörerisch. Die Partei verliert weiter an Unterstützung, Profil und Glaubwürdigkeit. Ihr Charakter als sozialistische Partei steht immer mehr in Frage.

Der nunmehr vorgelegte Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm passt zu dieser Entwicklung ausnehmend gut. Anstatt an programmatischen Grundlagen die politische Praxis zu überprüfen und gegebenenfalls auch zu korrigieren, soll die Programmatik der pragmatischen, zum Teil bereits neoliberal intendierten Praxis (siehe die Politik des Berliner Senates) angepasst werden. Denn schließlich verschafft der Spagat den Funktionären und Ministern dauerhafte Schmerzen in der Leistengegend.

Der Text selbst ist dazu in weiten Teilen gut geeignet. Es ist kein Zufall, dass er auf den Beifall der Reformlinken trifft. Diese haben längst ein anderes Grundverständnis von einer "sozialistischen" Partei. Politisches Handeln ist für sie fast nur noch in parlamentarischen Strukturen denkbar. Lediglich gesellschaftliche Unterstützung wünsche man sich. Das ist Ausdruck eines Politikverständnisses, das sich nicht nur auf den bestehenden Bedingungsrahmen bezieht und ihn als Ausgangspunkt für politisches Handeln nimmt, sondern das sich letztlich auch bereits in den herrschenden Diskursrahmen einfügt. Keine Spur von Emanzipation. Mit diesem Politikverständnis werden Reformkonzepte in Serie und meist für den Papierkorb gefertigt.

Es ist unmöglich, bei dem hier zur Verfügung stehenden Raum auch nur die grundlegenden Dissenspunkte in diesem Programmentwurf zu erörtern. Der SprecherInnenrat des Geraer Dialoges hat hierzu bereits eine erste, recht substanzielle Stellungnahme abgegeben. (vgl. www.geraer-dialog.de) Auf einige Aspekte soll hier dennoch kurz eingegangen werden.

1. Dem Entwurf ist schlicht der Sozialismus als Projekt abhanden gekommen. Es bleibt bei "Ziel, Weg und Werten". Die konkrete Vision einer grundlegend umgestalteten Gesellschaft ist einer Mischung aus Werte- und/oder Politikbeschreibung gewichen.

2. Der Entwurf wirkt innerparteilich ausgrenzend. Er wird dem Charakter einer linken pluralistischen Partei nicht gerecht. Benannte das Programm von 1993 noch Meinungsverschiedenheiten, so z.B. in der Eigentumsfrage unter Einbeziehung aller relevanten Strömungen, bringt der neue Entwurf überwiegend die Grundpositionen des Reformflügels und der Vertreter der Modernekonzeption zum Ausdruck.

3. In diesem Entwurf ist es nicht gelungen, das Wesen des Kapitalismus richtig zu beschreiben. Damit ist es ihm auch unmöglich, den Charakter des "Neoliberalismus" zu erfassen und zu einer leidlich tief greifenden

Analyse der kapitalistischen Globalisierung zu gelangen. Profit wird nicht mehr grundsätzlich kritisiert und privates Eigentum an großen Produktionsmitteln, Unternehmertum sogar als positives gesellschaftliches Element hervorgehoben.

4. Der Entwurf ist geschichtslos auch und vor allem hinsichtlich der deutschen Geschichte bis 1945 und nach 1945 im Westen. Die Tendenz, die Geschichte des Kapitalismus, insbesondere die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft, zu verkürzen und zu verharmlosen, ist offensichtlich.

5. Im Entwurf wird die Position der PDS in der Frage von Krieg und Frieden weiter verwässert. Neben viel Prosa steht auch einfach Unfug: "Krieg beginnt zuerst in den Köpfen" (Programmentwurf III/1). Letztendlich liegt die Ursache von Kriegen nicht in einer wie auch immer gearteten Aggressivität des menschlichen Bewusstseins, sondern in der Fortsetzung von Konkurrenz und Weltmarktexpansion mit anderen, nämlich militärischen, Mitteln. In der ganzen Entwurfspassage kommt die Bundeswehr nicht mehr vor. Die Forderung nach Auflösung der NATO ist dem Wunsch nach deren "Transformation" gewichen.

6. Der Entwurf nährt Illusionen über den Charakter der Arbeit im Kapitalismus und verbreitet bereits betagte Ansichten über den "Informationskapitalismus". "Erwerbsarbeit muss Schritt für Schritt aus einem ökonomischen Zwangsverhältnis in eine Bedingung realer Freiheit verwandelt werden." (III/4) Konkreter werden die Autoren dann nicht mehr, aber durchaus illusionärer, wenn es im Zusammenhang mit den unhaltbaren Theoremen vom Informationskapitalismus mit seinen flachen Hierarchien heißt: "Der Industriekapitalismus wird im Informationskapitalismus in veränderter Weise aufgehoben." (II/2)

Der Entwurf stellt also insgesamt keine Grundlage für eine sozialistische Erneuerung der PDS dar, sondern wird, würde er im Kern so beschlossen, das Ende der Partei als linkes, pluralistisches Projekt besiegeln.

Für die Parteilinke kommt es jetzt zur Stunde der Wahrheit. Die Revision der Ergebnisse von Gera hat begonnen. Die Bruchlinie der Auseinandersetzung hat sich folgerichtig geändert. Jetzt geht es den "Reformern" und einem Teil der Zentristen in der PDS um eine Ausschaltung der antikapitalistischen und marxistischen Linken in der Partei.

Michael Mäde

28. Smoke on the water ... Antiglobalisierungsbewegung mobilisiert gegen den G-8-Gipfel in Evian

Autor: h., ag3f Hanau · Rubrik: Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:27

Deep Purple gastierte Anfang der 70er Jahre bei einem Musikfestival in Montreux, als ihr Hotel in Brand geriet. Große Rauchschwaden zogen damals über den Lac Leman (Genfer See) und inspirierten die Band zum Titel ihres späteren Welterfolges. Der Klassiker hat gute Chancen, nun Ende Mai zur Anti-G-8-Hymne zu werden.

Am Abend des 31. Mai werden nämlich gleich 50 so genannte feu au lac rund um den Genfer See entzündet werden. Diese Feuer werden Ausdrucks, lokalen Protestes sein sowie letzte Koordinierungspunkte am Vorabend einer Großdemonstration und von Massenblockaden gegen den am 1. Juni beginnenden Weltwirtschaftsgipfel der Großen Acht in Evian.

Evian liegt auf der französischen Seite des Genfer Sees und ist den meisten als Name einer Mineralwassermarke ein Begriff. Ende Mai wird der kleine Ort zur "Roten Zone", die die Sicherheitsbehörden gleich bis in die benachbarte Stadt Thonon und sogar über den Genfer See bis in den Fährhafen von Lausanne in die Schweiz gezogen haben. Denn über 10.000 Gipfelgäste werden am 1. Juni erwartet und müssen vor den bis zu 300.000 erwarteten GegendemonstrantInnen "geschützt" werden. Dabei dürfte nicht der zwischen Gebirge und See gut abzuriegelnde Tagungsort das Problem der staatlichen SicherheitsexpertInnen sein, sondern die Anreise der Delegationen über den Genfer Flughafen und deren Unterbringung in Luxushotels in Genf und Lausanne. Für den dreitägigen Gipfel ist somit eine tägliche An- und Abreise etwa der Hälfte der Delegierten notwendig und genau daran setzt das Konzept des entschiedeneren Teils der G-8-GegnerInnen an.

Nicht die Hochsicherheitszonen sollen angegriffen werden wie in Genua, sondern eine eher "an Seattle orientierte Taktik" der weiträumigen flexiblen Blockade ist in Vorbereitung. Man wolle die roten Zonen nicht stürmen, wird ein radikaler Gewerkschafter aus Lausanne in der G-8-Extrabeilage der Schweizer Zeitung Vorwärts zitiert. Vielmehr sei Ziel, die sich "in ihre Schutzbunker zurückziehenden Agenten des Regierungsterrors in ihren roten Zonen einzumauern".

Für den Gipfelbeginn am Sonntag, dem 1. Juni gegen 19 Uhr, kommt diesem Konzept zugute, dass am gleichen Tag die Großdemonstration unter Beteiligung französischer Gewerkschaften, Attac u.a. stattfinden wird. Zunächst favorisierten diese Organisationen den Samstag, den Tag vor dem Gipfel, als Termin einer rein symbolischen Massenmanifestation. Doch die regionalen Gruppen, wie das Social Forum Lemanic, und die auf eine effektive Blockade hinarbeitenden Gruppen der globalisierungskritischen Bewegung aus verschiedenen europäischen Ländern konnten sich beim Vorbereitungstreffen durchsetzen.

Massendemo und Blockaden werden am gleichen Tag stattfinden - in gegenseitiger politischer Unterstützung. Die Route verläuft an und auf den zentralen Zufahrtsstraßen nach Evian im französisch-schweizer Grenzgebiet. Ob und in welcher Form sich Massendemonstration, Straßenhappenings und Blockaden am 1. Juni zu einer effektiven Störung des G-8 vermischen werden, hängt von vielen Faktoren ab: Kommt wirklich eine starke internationale Massenmobilisierung zu Stande mit bis zu 300.000 Menschen wie in Genua? Wie viele der DemonstrationsteilnehmerInnen werden sich an Blockaden beteiligen und bis in den Abend bzw. auch den nachfolgenden Tagen bleiben? Und gelingt die Organisierung und Koordination flexibler und weit auseinander liegender Blockadepunkte?

Dies ist umso bedeutender, als eine der zentralen Anreiserouten über den Fährhafen von Lausanne, über 50 km von Genf entfernt, eingerichtet wird. Auf diesem Weg quer über den See sollen nicht nur die in den Lausanner Hotels untergebrachten Gipfeldelegierten nach Evian geschleust werden, sondern vermutlich auch diejenigen, die in Genf ankommen und übernachten müssen. Die geplanten Blockadepunkte in Lausanne werden am 1. Juni jedenfalls nicht wie in Genf eine Massendemonstration im Rücken haben, wenn es um effektive Störungen gehen soll.

Große Bedeutung kommt deshalb auch den verschiedenen Camps zu, die spätestens ab dem 28. Mai rund um Evian auf die Beine gestellt werden. Zwei alternative "Villages" werden im französischen Annemasse entstehen, ein Camp und späterhin auch mehrere Parks zur Übernachtung in Genf. Schließlich wird ein weiteres "Protestdorf" in Lausanne organisiert. Zusätzlich sind Convergence- und Indymedia-Centers in Vorbereitung. Weil der 29. Mai zumindest in Frankreich, der Schweiz und Deutschland ein Feiertag ist, so die Hoffnung, könnten sich viele AktivistInnen bereits frühzeitig an den notwendigen Vorbereitungen und Koordinationen beteiligen. Vor diesem Hintergrund planen z.B. auch Attac-Gruppen in Deutschland eine gemeinsame, vorzeitige Anreise mit einem Sonderzug.

Bereits in den Vortagen des Gipfels wird es rund um den Genfer See vielfältige Aktivitäten geben. Neben den schon nahezu obligatorischen inhaltlichen Gegengipfelveranstaltungen mit VertreterInnen von Oppositionsgruppen und sozialen Bewegungen im Trikont ist für den 30. Mai eine Demonstration im UNO-Viertel geplant. Die Headquarters von gleich drei transnationalen Agenturen sollen zu Zielpunkten einer gemeinsamen Wanderkundgebung werden. Neben der WTO geht es um die International Organisation for Migration (IOM) (vgl. Artikel in dieser Ausgabe) sowie um das Zentralgebäude der WIPO, der World Intellectual Property Organisation. Während die IOM wegen ihres "Migrationmanagements" zu einem aktuellen Kampagnenziel antirassistischer Initiativen geworden ist, steht WIPO für ein "Digital Rights Management", dessen Kontroll- und Kommerzialisierungsfunktionen von Seiten der unabhängigen Medienszene kritisiert wird. Die Demonstration am 30. Mai ist insofern auch der Versuch, diese unterschiedlichen Aspekte übergreifend zu thematisieren und damit gleichzeitig die verschiedenen Ansätze der Bewegungen für eine "Globalisierung von unten" inhaltlich stärker aufeinander zu beziehen.

h., ag3f Hanau

Weitere Informationen: www.gipfelsturm.net, www.anti-g8.ch.vu, www.anti-wto.ch

29. Privatissimo. Linke Börsengänge

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:19

Manchmal kann man das politisch Richtige mit dem Nützlichen verbinden. Z.B. auf dem Arbeitsamt Flugblätter verteilen, gegen Hartz, gegen Leiharbeit und Streichung der Arbeitslosenhilfe. Und dann mal eben einen Flur weiter hoppen zur Existenzgründermesse, um sich Info-Material für die geplante Ich-AG abzugreifen. Der erste Teil erscheint abends dann als Erfolgsstory, der zweite wird eher nebenbei erwähnt. Politik ist halt Politik, und Existenz ist Existenz und vor allem privat.

Dabei werden diese Dilettanten niemals den Börsengang schaffen! Die sollen's lieber so machen wie ich: gleich zu 'ner richtigen professionellen Existenzgründerberatung gehen, mit Einzelgespräch und viel jungunternehmerischem Neusprech. ("Unternehmerisches Denken fördern" ist das Motto dieser Ausgründung eines grünen politischen Bildungswerkes.) Nach einer Stunde schwirrt mir der Schädel, aber "Corporate Identity", "Produktpalette", "Synergieeffekte " und dergleichen mehr kommen mir schon recht flott über die Lippen. Ja, es kommt sogar eine gewisse Leidenschaft auf, und ich kann es gar nicht mehr abwarten, bis ich mich mit Feuereifer in die Auftragsakquise stürzen kann.

"Ich-AG" mag das Unwort des Jahres 2002 gewesen sein, aber in meinem Bekanntenkreis ist es schwer angesagt. Nicht wenige hoffen, sich selbst mit den linken Sekundärtugenden aus dem Sumpf von Erwerbslosigkeit und Existenzangst zu ziehen. Die Fähigkeit zu reden und zu schreiben, Kontakte, Beziehungen - alles kann zu Geld gemacht werden. Und von PCs und Neuen Medien haben viele auch Ahnung. Da geht's uns besser als der arbeitslosen Verkäuferin oder dem 50-jährigen Karosserieschweißer.

Angesichts gähnender Leere bei den Stellenanzeigen, der hundertsten Absage und mit den Hartz-Drohungen im Nacken wird auch die hartnäckigste fordistische Angestellte zum Flexibilisierungswunder. Tapfer werden die weichen Knie beim Drahtseilakt über der existenziellen Katastrophe ignoriert, doch ganz will sie einfach nicht verschwinden, die Sehnsucht nach geregelter Arbeitszeit mit Urlaubsanspruch und Sozialversicherung, ArbeitnehmerInnenrechten und Tariflöhnen.

Für uns AnfängerInnen ist es noch ein weiter Weg bis zur Speerspitze der Bewegung, die es schon geschafft hat, den Notnagel zum neuen Sinnstifter umzubiegen. Für diese Avantgarde ist Lohnabhängigkeit uncool und Selbstständigkeit hip, auch wenn sich auf einem engen Markt hoffnungsvolle Ich-AktionärInnen gegenseitig die Augen auskratzen. Schnell mutiert die erzwungene Flexibilisierung weiter zum engen Scheuklappenblick auf die soziale Realität: Besteht die Welt um einen herum nicht nur noch aus Selbstständigen? Was sollen diese altbackenen Forderungen nach der Verteidigung von Flächentarifen, von Arbeitszeitregelungen? Gewerkschaften? Sind doch sowieso nur Handlanger des Kapitals. Flucht aus der gesetzlichen Krankenversicherung und der Solidargemeinschaft der Versicherten? Hör bloß auf! Die sind doch wirklich viel zu teuer.

Und dann die verbliebenen notorischen NörglerInnen und Ewiggestrigen aus den eigenen Reihen, die mir schon als Ich-AG-Rookie das Leben schwer machen. Z.B. die Leute, die einfach nicht verstehen wollen, dass der Selbstständige nie Feierabend hat und auch noch das letzte Bier am Tresen zum Arbeitseinsatz gehört. Diese Menschen reden gleich von "Ausbeutung persönlicher Beziehungen", wenn sie Informationen und Anekdoten, die im Zigarettendunst über die Kneipentische gegangen sind, einige Tage später gedruckt in irgendeiner Zeitung wiederfinden. Die sollen erstmal Negri und Hardt lesen, um die Freude der "grenzenlosen Produktivität" zu begreifen (von der Freude über das AutorInnenhonorar ganz zu schweigen).

Na gut, manchmal kann ich den Ärger verstehen. Da bist du mit jemandem verabredet, freust dich auf einen netten Plausch oder einen gemeinsamen Konzertbesuch, und dann ist der Kerl den ganzen Abend mit seinem Handy zu Gange oder muss "noch mal eben schnell" ganz wichtige Gespräche mit ganz wichtigen Leuten führen, die auch gerade da sind.

Vielleicht wäre in der momentanen linken Gründerzeit doch die eine oder andere Form der politisch-ideologischen Kontrolle nicht ganz verkehrt. Es ist zwar lästig, aber wenn das Private zum Politikum gemacht wird, könnte das eine gewisse Chance sein, nicht zum Arschloch zu werden oder FreundInnen zu verlieren. Und es könnte der eigenen Gesundheit dienlich sein. Denn es gibt Zeitgenossen, die ihre eigenen handgreiflichen Vorstellungen davon haben, wie politischer Anstand im Wildwest des linken freien

UnternehmerInnentums gewahrt werden sollte. Als ein Bekannter von mir - ungefragt und unzitiert - Teile seiner abendlichen Kneipenerzählung wenige Tage später in der Morgenzeitung lesen konnte, drohte er seinem Journalisten-Saufkumpel: "Noch so'n Ding, und du schmeckst Kette".

dk.

30. "Gerechtigkeit ist ein Name Gottes". Dorothee Sölle □ eine Theologin zwischen allen Stühlen

Autor: Martin Pechtold · Rubrik: Kirche und Religionen; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:08

Ob sie politisch links stehe, wurde Dorothee Sölle in einem Fernsehinterview einmal gefragt. Selbstverständlich sei sie links, und zwar aus gutem Grund: denn die Welt sei doch nicht nur für die 20 Prozent der Wohlhabenden da. Und das war das Typische an der nun im Alter von 73 Jahren plötzlich verstorbenen evangelischen Theologin: Ihr völlig selbstverständliches Engagement für die sozial Benachteiligten hier und weltweit, ihr Einsatz gegen den Krieg und für ökologische Belange war für die "feministische Ökosozialistin" (Klaus Kreppel, 1) ein völlig unmissverständlicher Auftrag, der aus ihrer Hinwendung zum Christentum erwuchs.

Geboren wurde Dorothee Sölle 1929 in Köln. Sie kam aus einem kirchenfernen Elternhaus und betonte später, ihr Christentum sei "vollkommen freiwillig" und komme "aus der deutschen Erschütterung, aus Auschwitz". (2) Sie studierte alte Sprachen, Germanistik, Philosophie und Theologie, habilitierte 1971 und bekam prompt keinen Lehrstuhl in Deutschland, nachdem sie zu diesem Zeitpunkt schon als zu kritisch, als links aufgefallen war. Eine Gruppe von Frauen sorgte dafür, dass sie von 1975 bis 1987 eine Professur für Systematische Theologie am Union Theological Seminary in New York erhielt. Die Mutter von vier Kindern war in zweiter Ehe mit dem ehemaligen Benediktinermönch Fulbert Steffensky verheiratet. Am Sonntag, den 27. April starb sie überraschend in Göppingen, nachdem sie noch tags zuvor Hauptreferentin einer Veranstaltung in Bad Boll war.

Anstiftung zum Widerstand

Der Glaube von Dorothee Sölle war wie ihre theologische Tätigkeit weltzugewandt. Selbst ihre christliche Mystik war ohne gesellschaftlichen Widerstand nicht denkbar, wie z.B. ihrem Werk "Mystik und Widerstand - ‚Du stilles Geschrei`", einem ihrer wichtigsten Bücher, zu entnehmen ist. So schreibt die Theologin und religiöse Sozialistin Dörte Münch über Dorothee Sölle: "Mystisches Erleben, d.h. die gelebte Gottesliebe und das Glücksempfinden, welches solchen Erfahrungen entspringt - so ihre These - bewirkt eine neue Sensibilität bezüglich gesellschaftlicher Missstände und Kraft zum Widerstand gegen diese Zustände. Auf das und kommt es ihr an - die Verbindung von Mystik und Widerstand." (3)

Dabei ist Sölles Mystik keinesfalls etwas Abgehobenes für asketische Spezialisten. Wir alle können MystikerInnen sein. In Natur, Erotik, Leiden, Gemeinschaft, Freude etc. - überall kann diese Mystik gefunden werden. Mit verquasten Blut-und-Boden-Mystizismen hat Sölle freilich nie etwas am Hut gehabt und grenzt sich davon scharf ab. Als "Grundlage für die notwendige Unterscheidung" sieht sie "eine Ethik, die sich am Lebensrecht" aller misst. "Mystische Erfahrung geht zwar als eine unmittelbar religiöse über die ethische Forderung hinaus, aber doch nicht so, dass sie die Grundlagen einer Ethik des Geschöpfseins aufheben oder negieren und in Selbstherrlichkeit zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben unterscheiden könnte, wie dies in der Nazimystik leicht nachweisbar ist." (4) Neben den rationalen Begründungen für das Eintreten gegen Unrecht und Unmenschlichkeit liefert uns Dorothee Sölle einen weiteren, einen spirituellen Grund. Ihre Mystik wird damit zur "Anstiftung zum Widerstand". (5)

Der Gedichte schreibenden Theologin Dorothee Sölle war es auch ein Anliegen, der Herrschaftssprache zu entkommen. Ihre "Sprache des Seins" sollte genährt werden durch Poesie und Gebet. In diesem Zusammenhang formulierte sie den Begriff der "Theopoesie" und forderte dazu auf, das Gebet wieder in einen gesellschaftlichen Raum zu stellen: "Wenn Menschen zusammen beten, dann haben sie sich das gemeinsame Wünschen, Hoffen und Träumen wieder erlaubt ... Poesie und Gebet sind Versuche, so zu reden, dass die Trennung von öffentlich und privat, von außen und innen, sich tatsächlich erübrigt und keine Rolle mehr spielt." (6)

"Die revolutionäre Geduld" (so der Titel eines ihrer Gedichtbände) zeichnete sie stets aus, ein langer Atem, der allerdings gepaart war mit der Ungeduld derer, die die Fehler und ihre Ursachen kennen: "Wir sollten unsere Augen nicht schließen vor der Tatsache, dass Krieg doch schon ist: der wirtschaftliche Krieg der Starken und

Stärksten gegen die Schwachen und Schwächsten. Dieser Krieg muss endlich aufhören." Und sie warnte vor den "Herren dieser Welt, die sich in Genua von den Polizeiterroristen beschützen ließen". (7)

Dorothee Sölle saß zwischen den Stühlen. Linke sahen in ihr oft eine Naive, die an überkommenen Mythen klebt. Schlimmstenfalls wurde ihr unterstellt, sie versuche, das abgewirtschaftete Christentum durch fortschrittliche Gedanken wieder in der Linken hoffähig zu machen. Die Kirchen wiederum versagten ihr die sonst übliche Anerkennung; als Linke wurde sie argwöhnisch beäugt. Schließlich könne sie durch christliche Argumentation eventuell linke Gedanken in die Kirchen tragen. Das Sitzen zwischen den Stühlen bedeutete, dass die Theologin auf dem Fußboden Platz nehmen musste. Diese Haltung war zwar unbequem, hatte aber einen Vorteil: Dorothee Sölle konnte nie vom Stuhl fallen!

Ein ungeahnter Verlust

Mit dieser charismatischen und widerständigen Frau verliert die Linke eine Leitfigur, auch wenn dies einige nicht erkennen mögen; und die christlichen Kirchen haben wahrscheinlich noch nicht im Ansatz begriffen, wen sie mit jener Theologin verloren haben, die einmal sagte: "Gerechtigkeit ist ein Name Gottes."

Martin Pechtold

Anmerkungen:

1) Klaus Kreppel: Brauchen wir wieder Sozialistinnen und Sozialisten?, Manuskript 1998, zitiert nach www.brsd.de (Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands)

2) C. Utermann/M. Abu Saman: Unermüdliche Kämpferin gegen Gewalt, in: Main-Echo, 28.4.03

3) Dörte Münch: Auf dem Weg zu einer neuen Sensibilität, Rezension zu "Mystik und Widerstand", in: Christ/in und Sozialist/in (Organ des BRSD) Nr. 3/1998; Hervorhebungen im Original

4) Dorothee Sölle: Mystik und Widerstand - "Du stilles Geschrei", Hamburg 1997, S. 79f.

5) ebd., S. 242

6) Interview mit Dorothee Sölle: Mit "Theopoesie" gegen den religiösen Analphabetismus, www.kath.ch/kipa_20010629.htm

7) Dorothee Sölle: Der Gewalt den Boden entziehen, Vortrag 2001, www.gewalt-ueberwinden.de /soelle.htm

31. Ein kontroverses Projekt. Neuer Sammelband diskutiert Perspektiven kritischer Kulturwissenschaft

Autor: Jens Kastner · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:14

Eine Methodenvielfalt, eine Interdisziplinarität, ein Positionengewirr - all das sind Cultural Studies. So sehen es auch die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes, die "die Kontroverse" als elementaren Bestandteil des Projekts Cultural Studies vorstellen. Was andererseits nicht heißt, dass die in diesem Projekt verhandelten Themen beliebig wären. Denn inhaltlich steht nicht weniger als der Zusammenhang von Macht, Politik und Kultur auf dem Plan.

Wie die Kontroverse als Denkform verstanden werden kann, zeigt der Band auf zwei Weisen. Einerseits werden zentrale Texte der Cultural-Studies(CS)-Debatte aus den letzten zehn Jahren neu veröffentlicht. Damit werden Schlüsselprobleme in Erinnerung gerufen und erneut zur Diskussion gestellt, wie z.B. Stuart Halls theoriehistorische Rekonstruktion der CS-Geschichte. Hall hatte in seinem Aufsatz von 1990 auf dem ursprünglichen und unmittelbar politischen Anliegen der CS bestanden, den Menschen über ein theoretisches Verständnis der veränderten gesellschaftlichen Situation auch Überlebensstrategien und praktische Widerstandsmöglichkeiten zu vermitteln. Ganz anders widmet sich ein zentraler Text von Ien Ang aus dem Jahr 1996 dem "Scheitern der Kommunikation" als charakteristisches Merkmal einer "kapitalistischen Postmoderne". Die direkte Wirkung von Theorie auf den Alltag - nicht unbedingt jedoch die Widerständigkeit der Alltagskultur selbst - muss demzufolge wesentlich skeptischer eingeschätzt werden. Die von Ang geäußerten, fundamentalen Zweifel an der Möglichkeit zielgerichteter Kommunikation treffen somit auch die CS selbst: Diese könnten nun, angesichts der mit gesellschaftlichen Veränderungen gewandelten Kommunikationsbedingungen, bestenfalls unabgeschlossene, ambivalente Wahrheiten formulieren. Dieses selbstreflexive Befragen der eigenen theoretischen Möglichkeiten ist, nebenbei gesagt, typisch für die CS und gerade das macht sie immer wieder interessant.

Im zweiten Teil des Buches werden andererseits neue, hier erstmals veröffentlichte Texte zugänglich gemacht, die die Debatte weiterführen. Die Herausgeber benennen dafür sieben, sich gegenseitig überlappende Diskussionsfelder - Materialität, Bildung, Kritik, Alltags- und Populärkultur, Medien, Globalisierung und transkulturelle Kommunikation -, auf denen die CS die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen beflügelt haben: eine schöne Übersicht und neue Systematisierung, die es gleichwohl zu konkretisieren gilt.

Widerständiger Alltag?

In diesem Sinne plädiert Colin Mercer in puncto Materialität dafür, die "gouvernementale Funktion" von Alltagskultur zu erforschen, d.h. zu untersuchen, mittels welcher alltagskultureller Praktiken sich Individuen aktiv in gesellschaftliche Machtverhältnisse einschreiben. Foucault hat diesen zur Zeit in theoretischen Debatten sehr angesagten Begriff der "Gouvernementalität" geprägt, um auf einen Zusammenhang von regieren ("gouverner") und Denkweisen ("mentalité") aufmerksam zu machen. Die von Mercer gestellte Frage hebt also - im Anschluss an Foucault - auf die Einbezogenheit der/des Einzelnen in kulturelle Technologien zur Gestaltung und Formung von Bevölkerungen ab und grenzt sich damit von einem bloß ästhetischen Kulturbegriff ab. Kultur erweist sich aus dieser Perspektive als verstrickt in Machtverhältnisse und gerade nicht als ihr widerständiges Gegenüber. Ausgeführt wird dieser Gedanke am Beispiel der Geschichte von Zeitungen, die über ihre Einsprachigkeit und regionale Begrenzung zur Etablierung nationaler Identitäten beitragen: Die deutsche Zeitung im Urlaub, und ich weiß wieder, wo ich hingehöre. Auch Ang glaubt nicht daran, dass die Leute in ihrem Alltagsverhalten immer schon tendenziell der Macht zuwider handeln, auch wenn dieser Glaube die Debatte der CS über viele Jahre - und bis heute - dominiert.

Ironischerweise aber droht jetzt, das zeigt der Sammelband, ausgerechnet durch das Einbeziehen von Foucaults Gouvernementalitätsansatz, der ja Herrschaft durchschaubarer machen sollte, wiederum Entscheidendes vernachlässigt zu werden: die staatliche Kontrolle über die materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen. Dieses Manko tritt aber keineswegs erst mit Foucault auf, sondern lässt sich auch schon als grundlegende Kritik an der Alltagskultur-als-Widerstand-These und damit an bestimmten Strömungen innerhalb der Cultural Studies anbringen. Anders gesagt: eine zu enge Perspektive auf

alltagskulturelle Praktiken, ob diese nun als widerständig oder als herrschaftsförmig gedeutet werden, läuft zwangsläufig Gefahr, die Macht des Staates zu vernachlässigen.

Chaotisches System?

Selbst John Storey, der sich auf Gramsci beruft und zunächst mit Bourdieu erklärt, Macht möge zwar letztinstanzlich ökonomisch bedingt sein, werde aber kulturell gelebt, tendiert zu dieser Vernachlässigung. Zwar insistiert er mit Gramsci auf einer Dialektik "zwischen den Prozessen der Produktion und den Aktivitäten der Konsumtion". Bei der Betonung der individuellen und kollektiven Aneignungspraktiken aber lässt Storey Fragen der Hegemoniebildung außer Acht: Wie werden individuelle Handlungen vorgeprägt? Auf welche Muster greifen wir bei Alltagsentscheidungen zurück? Welche Normen werden wie gestaltet und durch wen wie verinnerlicht?

Doch auch wenn sie auf diese Fragen keine befriedigenden Antworten liefern, sind jene AutorInnen innerhalb der Cultural Studies, die sich wie Mercer oder Storey auf Bourdieu oder Gramsci beziehen, aus materialistischer Sicht sicherlich am Interessantesten. Denn bei ihnen verflüssigen sich soziale Verhältnisse nicht und sind auch nicht, wie bei Ien Ang, nur noch als "chaotisches System" zu begreifen. Dem vorliegenden Sammelband gelingt es, eine gewisse Bandbreite der theoretischen Möglichkeiten abzubilden; gleichwohl neigt er dazu, die CS mit dem Hinweis auf ihre heterogene Form gegen kritische Einwände abdichten zu wollen. Gerade deshalb ist es wichtig, politische und theoretische Schwachpunkte der CS konkret zu benennen. Und sofern sie eben an den verschiedenen Produktionsverhältnissen von Macht ansetzt, wäre eine materialistische und staatskritische Haltung "den" Cultural Studies gegenüber dann nicht wirklich eine Kritik "von Gegenüber", sondern eine Kritik in eigener Sache.

Jens Kastner

Hepp, Andreas und Carsten Winter (Hg.): Die Cultural Studies Kontroverse,

zu Klampen Verlag, Lüneburg 2003, 233 Seiten, 19 Euro

32. Cultural Studies. Zwischen Kritik der Macht und Beratung der Kulturindustrie

Autor: Jens Kastner · Rubrik: Wissenschaftskritik; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:13

"Theorie", schreibt Stuart Hall, einer der bedeutendsten Vertreter der Cultural Studies, sei immer "der Umweg auf dem Weg zu etwas Wichtigerem". Was aber sind Cultural Studies, was ist "das Wichtigere" - und warum lohnt es sich überhaupt, sich damit zu beschäftigen, wenn ich nicht gerade zufällig Kulturwissenschaften studiere?

In den letzten Jahren hat sich auch an deutschsprachigen Universitäten mit den Cultural Studies (CS) ein Forschungszweig etabliert, der seinen Ursprung in Großbritannien hat und sich seit den 1980er Jahren vor allem in den USA und Australien etablierte. Dennoch handelt es sich dabei nicht um ein rein akademisches Phänomen. Denn wichtiger als Forschung und Theorie ist den CS eben - zumindest dem Anspruch nach - die Politik. Zentral dabei ist für die CS ein Verständnis von Kultur, das sich von früheren soziologischen und ethnologischen Auffassungen unterscheidet. Kultur gilt hier weder als der Ort gemeinsamer Werke, Werte und Normen, die eine Gesellschaft - meist verstanden als Nation - zusammenhalten, noch als Reflex auf die ökonomischen Verhältnisse, sondern als Schauplatz eines ständigen Kampfes um Bedeutungen. Dieser Kampf wiederum findet vor allem im Alltag statt. Die CS fragen sowohl danach, wie Menschen ihrem Alltag aktiv Sinn geben als auch danach, wie dieser Sinn gesellschaftlich vermittelt wird. Worum es also geht, und was die CS auch außerhalb des "KuWi"-Studiums interessant macht, ist der Zusammenhang von Symbolischem und Sozialem, von Kultur und Herrschaft.

Aneignung und Kritik des Alltags

Die Ursprünge der Cultural Studies weisen über den universitären Rahmen hinaus. Am Anfang waren die CS ein Projekt auf drei Ebenen: erstens eine wissenschaftliche Fachrichtung, die sich weigerte, Kultur als Kanon klassischer Werke von Kunst und Philosophie bzw. als die höchsten Errungenschaften und Güter einer Nation zu betrachten. Hier ging es einerseits um die Entwicklung eines anderen Kulturbegriffs und andererseits darum, mit besonderer Aufmerksamkeit die Kultur der unteren Klassen zu untersuchen. Zweitens waren die CS ein pädagogisches Programm: Viele der ProtagonistInnen waren zunächst weniger an der Uni als in der Erwachsenenbildung tätig. Im Rahmen der britischen Workers Educational Association (WEA) wurde an der Umsetzung des in ersten Texten formulierten Bildungsideals gearbeitet: Je gebildeter eine Gesellschaft ist, desto mehr Demokratie ist möglich. Drittens traten die Cultural Studies auf als politische Bewegung gegen den Konservatismus - nicht nur in der Kulturkritik. Die Rettung und Wiederentdeckung der Geschichten und Praxen von unterdrückten Minderheiten standen dabei ganz oben auf dem Programm.

Immer wieder werden drei Schlüsseltexte genannt, die für die Entwicklung des Projekts von entscheidender Bedeutung waren: The Uses of Literacy (1957) von Richard Hoggart, der die Veränderungen innerhalb der Kultur der Arbeiterklasse unter Bedingung sich ausbreitender Massenmedien untersucht; Raymond Williams Culture and Society 1780-1950 (1958), der Kultur als grundlegendsten und bedeutsamsten Schauplatz der Transformationen des Sozialen im Angesicht von Industrialisierung und Demokratisierung ausmacht - und schließlich The Making of the English Working Class (1963) von Edward P. Thompson, der zeigt, dass und auf welche Weise die Arbeiterklasse "gemacht" wurde - nicht zuletzt durch die ihr Zugehörigen selbst.

1964 wurde mit dem Centre for Contemporary Cultural Studies in Birmingham das erste eigene (und mittlerweile geschlossene) bis Ende der 70er Jahre von Stuart Hall geleitete Institut gegründet. Gegenstände der Forschung waren neben der Arbeiterklasse fortan jugendliche Subkulturen, Geschlechterverhältnisse, das Erziehungs- und Bildungssystem, kulturelle Identitäten und ethnische Gruppen etc. - auch in ihrem jeweiligen Verhältnis zu staatlichen Institutionen. Besonders bekannt sind die Arbeiten zu Aneignungs- und Nutzungsweisen populärer Medien.

Ständiger Kampf um Bedeutung

Daran entzünden sich allerdings auch bis heute die heftigsten Debatten. Denn Konsum als aktiven Prozess zu beschreiben, ist immer ein zweischneidiges Schwert. Ist einerseits der Fokus auf den Praktiken der Einzelnen

schon methodisch als "Kritik der Macht" gedacht, verfehlt er andererseits aber doch immer wieder sein Ziel. Denn mit der Betonung der Aneignungspraxen geht nicht selten der Blick für die strukturellen Bedingungen dieser Handlungen verloren. Dann kann schon das TV-Zappen den "widerständigen Praktiken" zugeordnet werden und die CS geraten zu kompetenten Beratern der Kulturindustrie in Sachen "Product Placement".

Wie politisch die Cultural Studies sind und sein sollten, ist aber immer auch Gegenstand von Auseinandersetzung, eben weil sie sich nicht anhand eines festgelegten Curriculums, sondern durch ihre immanenten Widersprüche weiter entwickeln. So wird der frühe neomarxistische Fokus auf Klassenverhältnisse durch feministische und poststrukturalistische Ansätze erweitert. Eine große Rolle dabei spielen zum Beispiel Foucaults Arbeiten zur Analytik von Macht, mit deren Hilfe die CS Populärkultur als Ort beschreiben, an dem sich neben der (nicht-personalen, intersubjektiven, allgegenwärtigen, produktiven) Macht auch Widerstand ausbreiten kann. Ebenfalls von einiger Bedeutung ist Gramsci und die Theorie der Hegemonie, mit der das Populäre als Ort sozialer Auseinandersetzungen gefasst werden kann, in dem sowohl für als auch gegen "den Machtblock" gekämpft wird. Die Debatten um die theoretische und politische Ausrichtung der Cultural Studies sind also letztlich selbst, mit Gramsci gesprochen, Gefechte im "Stellungskrieg" um gesellschaftliche Hegemonie.

Jens Kastner

33. (Don't) Forget Baghdad. Eine Filmbesprechung

Autor: Corry · Rubrik: Israel / Palästina; Irak; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:36

Der Film des irakischstämmigen Schweizer Filmemachers Samir "Forget Baghdad" porträtiert vier (betagte männliche) arabische Juden und ehemalige Bagdader Kommunisten in ihrer zweiten Heimat Israel. Er ergänzt die Porträts durch Interviews mit der in New York lebenden Filmhistorikerin Ella Shohat und erzählt damit mindestens drei miteinander verwobene Geschichten: zum einen die Geschichte der Juden Bagdads, die bis zu der großen Auswanderungswelle nach Israel zu Beginn der 50er Jahre die größte und bedeutendste jüdische Gemeinde des Nahen Osten bildeten und fast ein Fünftel der Bevölkerung Bagdads stellten; zweitens die Geschichte der irakischen Kommunistischen Partei, der ersten und größten Massenpartei des Irak während der 40er und 50er Jahre und der damals einflussreichsten KP des gesamten Nahen Ostens und nicht zuletzt die Geschichte der irakischen Einwanderer, der "Irakis" in Israel, die als Juden den Irak verlassen hatten und angekommen in Israel als "Pyjama tragende Araber" erniedrigt wurden.

Auch wenn der Film wichtige Details auslässt und teilweise einen verklärten Blick auf die Vergangenheit wirft, lohnt es, sich ihn anzusehen.

Samir kam als Kind mit seinen kommunistischen Eltern Anfang der 60er Jahre aus dem Irak in die Schweiz. Jetzt begibt er sich nach Israel auf die Suche nach ehemaligen Genossen seines Vaters. Dort trifft er Samir Naqqash, Sami Michael, Shimon Ballas, die alle drei als Schriftsteller, Autoren und Sprachwissenschaftler bekannt wurden, sowie Moshe (Moussa) Houri, den einstigen "Abu Sharabat" (Vater der Fruchtsäfte), der in Israel zum Bauunternehmer wurde und als einziger von ihnen der kommunistischen Partei treu geblieben ist.

"Ich wollte erfahren, wie es ist, von einem Land ins andere zu wechseln, seine Kultur und Sprache zu vergessen und zum Feind seiner eigenen Vergangenheit zu werden", formuliert Samir seine Erwartungen, als er - der Araber - den Flieger nach Tel Aviv besteigt. Doch dann trifft er auf die vier Personen, mit denen er weitaus mehr gemeinsam hat als die arabische Sprache und die kommunistische Vergangenheit, in Samirs Fall: die seines Vaters. "Alle meine Erinnerungen, meine kulturellen Wurzeln sind arabisch", erklärt Shimon Ballas, der als Professor für arabische Literatur arbeitet. Die Erfahrungen als "Araber" in einer kulturell anders geprägten Umwelt zu leben, Erinnerungen an "das Schwimmen unterhalb der Tigrisbrücke", Picknick unter Palmen und das fast rituelle Anschauen ägyptischer Kitsch- und Schmachtfilme teilt der Filmemacher mit seinen Interviewpartnern ebenso wie die (verklärte) Sehnsucht nach dem pulsierenden, multikulturellen Bagdad der 40er und 50er Jahre.

Masseneinfluss der Kommunisten

Ergänzt und ausgeschmückt werden die Interviews durch eingefügte Fotos, Sequenzen britischer und israelischer Nachrichtensendungen der damaligen Zeit, Szenen arabischer und israelischer Spielfilme, z.B. aus Kaffeetassen auftauchende Bauchtänzerinnen oder versetzt laufende arabische und hebräische Schriftzeilen, so dass der Film eigentlich als Videomontage zu bezeichnen wäre. Gegen Ende des Films erklärt Samir die Vorzüge dieser Mehrschichtigkeit: Wie bei einem Stück Baklava ergeben die verschiedenen Komponenten erst zusammen den besonderen Geschmack - das Leben in und zwischen mehreren Kulturen als Positivum und nicht als die so oft bezeichnete "Tragödie der Entwurzelung."

Bilder, meist britischer Nachrichtensendungen, zeigen einen aufgeklärten, sich entwickelnden Irak während der 30er Jahre, die den heute so verbreiteten kolonialen Blick auf das zurückgebliebene Land der "Stämme und Clans" konterkarieren. Alle vier beschreiben ihre Jugend in einem weltoffenen, multikulturellen Irak, in dem alle Konfessionen friedlich miteinander lebten und die jeweilige Religionszugehörigkeit eine allenfalls untergeordnete Rolle spielte, "weil die Iraker nicht religiös sind" (Sami Michael). "Offensichtlich waren die Juden im Irak voll integriert", resümiert Filmemacher Samir (1). Die nostalgisch verklärten Berichte seiner Gesprächspartner lassen aus, dass es während der zweiten Hälfte der 30er Jahre (2) arabisch-nationalistische Zusammenschlüsse, antijüdische Kampagnen und Attentate gab.

Wie in einigen anderen arabischen Staaten fiel die antijüdische Hetzpropaganda auch im Irak unter nationalistischen Arabern auf fruchtbaren Boden (ein Kapitel, das der Film völlig ausblendet). Vom März 1940 bis Januar 1941 herrschte der mit dem Naziregime kollaborierende Rashid Ali, der sich im April 1941 erneut an

die Macht putschte. "Im Zusammenhang mit dem Putsch von Rashid Ali hörte ich immer wieder ein mir unbekanntes Wort: Farhoud", bekennt Filmemacher Samir. In den Wochen des Machtvakuums zwischen dem Sturz Rashid Alis und der Machtübernahme durch die Briten kommt es im Juni 1941 zu einem Pogrom an der jüdischen Bevölkerung Bagdads, dabei werden etwa 200 Menschen ermordet und Tausende verletzt. Der Name Farhoud (harter Schlag) steht für dieses Verbrechen.

Bei den Juden des Irak hinterlässt die Farhoud tief greifende psychologische Spuren: "Die Farhoud war einschneidend für uns junge Juden. Sie traf uns im Innersten. Manche wurden Zionisten, andere traten der Linken bei. Die Linke unterscheidet nicht zwischen Juden und Nichtjuden; so wurde ich Kommunist", resümiert Moussa knapp.

Obwohl jüdische Kommunisten während der 20er Jahre eine der Vorläufergruppen der irakischen KP bilden, sind 1934, als die Partei schließlich gegründet wird, keine Juden vertreten! Das Orientsekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hatte Ende der 20er Jahre die "Arabisierung" der Kommunistischen Parteien im Nahen Osten beschlossen. (3) Der Leitlinie der "Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbewegungen" folgend, hatte die KP des Irak im April und Mai 1941 sogar den profaschistischen Rashid Ali unterstützt. (Auch dieses Detail kommt im Film nicht zur Sprache.)

Alle vier Protagonisten erinnern sich begeistert an die erste Blütezeit der KP während der 40er Jahre, die sie z.T. noch als Jugendliche miterlebt haben. "Innerhalb von zwei bis drei Jahren wurden aus einem Dutzend Hunderte, dann Tausende und schließlich Hunderttausende", berichtet Sami Michael. Die nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion entstandene Allianz Großbritanniens (das nach neun Jahren formaler Unabhängigkeit des Irak diesen seit 1941 wieder beherrschte) mit der SU hatte zur Folge, dass im Irak die seit ihrer Gründung 1934 überwiegend im Untergrund agierende KP legalisiert wurde und für einige Jahre offen arbeiten konnte. Bereits 1947/48 kam es erneut zu massiven Repressalien und Massenfestnahmen kommunistischer Kader, ihre Führer wurde öffentlich gehenkt. Auch Moussa Houri landete im Gefängnis und Sami Michael floh in den benachbarten Iran.

Parallell zur Kommunistenverfolgung kommt es Ende der 40er Jahre befördert durch die Staatsgründung Israels und den anschließenden ersten israelisch-arabischen Krieg erneut zu einer antijüdischen Stimmung im Irak: Zionistische Aktivitäten werden mit drakonischen Strafen belegt, Juden pauschal des "Zionismus" beschuldigt. Das Kriegsrecht von 1948 unterwirft die irakischen Juden Sonderbestimmungen, gleichzeitig bezichtigt das Regime Nuri al Saids Juden und Kommunisten, gemeinsame Sache zu machen. Es hilft den jüdischen Kommunisten wenig, dass sie sich öffentlich in einer "Liga gegen den Zionismus" engagieren.

Obwohl das irakische Regime den Juden im März 1950 per Gesetz die Auswanderung nach Israel gestattet, machen zunächst nur recht wenige Gebrauch davon: Erst nachdem mehrere Bombenanschläge gegen jüdische Einrichtungen (darunter ein Kaffeehaus und eine Synagoge) stattfanden, kommt es im Verlauf 1950/51 schließlich zum Massenexodus: 120.000 (von 140.000) Juden verlassen den Irak via Israel. Die Urheberschaft für diese Anschläge, die parallel zu Geheimverhandlungen zwischen Israel und dem Irak über einen Transfer stattfanden, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Zahlreiche Zeitzeugen auch in Israel machen zionistische Organisationen dafür verantwortlich.

Mit der Aufgabe der irakischen Nationalität verloren die jüdischen AuswanderInnen auch ihren gesamten Besitz, ihre Konten wurden eingefroren. "Wir verließen den Irak mit nichts als unserer Kleidung", erinnert sich Sami Naqqash. Auf die Enteignung folgt die Erniedrigung bei der Ankunft in Israel, wo sämtliche arabischen ImmigrantInnen "gegen Ungeziefer" mit DDT eingespritzt werden, eine Episode, die in keinem Mizrahim-Roman zum Thema Einwanderung fehlen darf. "Die DDT-Behandlung war ein Schock, den kein irakischer Immigrant jemals vergessen kann", empört sich Sami Naqqash noch heute, nach über 50 Jahren, "was für eine unglaubliche Erniedrigung".

Vom Palast ins Zelt

"Sie hielten uns für unterentwickelt, ihrer Meinung nach war ein Araber ein Mensch ohne Verstand oder Intellekt", beschreibt Moussa Houri die erlebte Demütigungen.

Ella Shohat, die als Kind irakischer EinwanderInnen in Israel aufwuchs, schildert die kulturelle Dominanz der ashkenasischen Gemeinschaft besonders eindrücklich: "Meine Großeltern dachten, dass diese Ashkenasim,

die sich wie Europäer benehmen, europäische Christen seien. Für sie waren Juden Menschen wie sie selbst." Als Kind erlebte Ella die Diffamierungen als "stinkende, Pyjama tragende Iraki".

In mehreren Büchern thematisiert Ella Shohat, die inzwischen als Filmhistorikerin und Dozentin für "cultural and gender studies" in New York lehrt und lebt, die Diskriminierung der Mizrahim (arabisch/sephardischen Juden) in Israel. So kritisiert sie in ihrem Buch "Israeli Cinema" (4) die Darstellung der Mizrahim in gängigen israelischen Spielfilmen als unkultivierte Deppen, die erst durch eine Eheschließung mit ashkenasischen Juden "zivilisiert" werden könnten. Ihre Thesen und Aktivitäten lösten in Israel heftige politische Diskussionen und Anfeindungen als Nestbeschmutzerin aus.

"Ich bin arabische Jüdin". Allein durch diese Feststellung konterkariert Ella Shohat die übliche Darstellung des Israel-Palästina-Konfliktes als den zwischen "Juden und Arabern". Alle fünf ProtagonistInnen des Films sind der arabischen Kultur und Sprache verhaftet geblieben. Sami Naqqash erzählt, dass er, weil er als Israeli in Israel in einem Autobus eine arabische Zeitung gelesen hat, von einem anderen Fahrgast "denunziert" und von Sicherheitskräften zum Verlassen des Busses gezwungen wurde.

Auch als seit langem integrierte Israelis tragen sie ihre Sehnsucht nach Bagdad in sich. "Leider sind meine beiden Heimaten, die irakische und die israelische, in einen dauernden Kriegszustand verwickelt", beschreibt Sami Michael sein Dilemma als israelischer "Iraki", "viele träumen nicht von einer Rückkehr in den Irak, sondern schlicht von einem Besuch in demjenigen Bagdad, das so tief in ihrer Erinnerung begraben ist."

Corry

Anmerkungen:

1) In der Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung vom 9.10.2002 schwärmt Bettina Spoerri von "einer verschwundenen verlorenen Welt, in der Juden und Araber einst friedlich nebeneinander lebten", welche durch Samirs Film in Erinnerung gerufen werde.

2) Der Irak war seit 1932 formal unabhängig und wurde 1941 nach dem Militärputsch von Rashid Ali erneut von den Briten besetzt.

3.) Hannah Batatu: The Old social classes, S. 423

4) Ella Shohat: Israeli Cinema: East/West and the Politics of Representation, Austin Texas, 1989

Leseempfehlungen:

Sami Michael schreibt seit langem auf Hebräisch. In Israel wurde er zum Bestsellerautoren, seine Jugendromane "Sturm über Bagdad" (über die Farhoud) und "Eine Liebe in Bagdad" (über die gespannte Situation 1950/51 und die Auswanderung) sind Pflichtlektüre für israelische Schüler. Beide Bücher, die auch ins Deutsche übersetzt wurden, geben in etwa die offizielle israelische Version wieder. Von Sami Michael sind auf Deutsch außerdem erschienen: "Eine Trompete im Wadi", "Victoria" und " Im Nebel".

Nicht zu den im Film Porträtierten gehört der unbedingt lesenswerte Autor Eli Amir, dessen Roman "Der Taubenzüchter von Bagdad" in Deutsch vorliegt. Er schildert anschaulich die Ereignisse während der späten 40er Jahre die Auswanderung und die Ankunft in Israel. Der Roman "Nuri" (vom selben Autoren) behandelt die bitteren Erfahrungen im Ankunftslager.

Der Film läuft in den örtlichen Programmkinos, am 21.5. um 20.00 Uhr in Hamburg im 3001.

34. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:34

Tomte - Hinter all diesen Fenstern

Man könnte dieser Zeitung vorwerfen, dass sie - musikalisch betrachtet - reichlich Hamburg-lastig ist. Nur was soll man machen, wenn diese Stadt vor kreativen Köpfen überzuquellen scheint und alle paar Wochen großartige Alben erscheinen? Derzeit total gehypt ist das neue Album von Tomte mit dem Titel Hinter all diesen Fenstern. Das mag ein wenig übertrieben sein, aber nur ein wenig: Hamburger Schule, na klar. Gitarrensounds, die den Stoff antreiben, deutschsprachige Texte, die immer auch eine politische Dimension enthalten. Vom Älterwerden, vom Tod gar und von Krisen handeln die Songs, die im eigenen Label Grand Hotel Van Cleef veröffentlicht sind. Dass auch Kettcar (Du und wieviel von deinen Freunden) auf diesem Label veröffentlicht, ist garantiert kein Zufall, denn auch musikalisch hört man die Seelenverwandtschaft raus. Auf der Homepage von Tomte kann man sich auch die Single-Auskopplung Schrei den Namen meiner Mutter als Video downloaden.

www.tomte.de

Benefiz: Dirty Linen/Play for Escape II

Am 14. Juni findet in der Roten Flora in Hamburg unter dem Titel "Play for Escape II" ein Benefizkonzert für den Hamburger Flüchtlingsfonds und die Mujeres sin Fronteras (Frauen ohne Grenzen) statt. Erste versuchen Flüchtlingen in rechtlichen Dingen zu unterstützen, in dem sie ihnen finanzielle Zuschüsse für AnwältInnen zur Verfügung stellen. Die Mujeres beraten Frauen vor allem aus Südamerika, unterstützen Migrantinnen durch Begleitung bei Behördengängen, organisieren anwaltliche Unterstützung bei Problemen mit dem Aufenthaltsstatus, vermitteln medizinische Versorgung und helfen bei der Suche nach Sprachkursen sowie der Beschaffung von Kindergarten- und Schulplätzen. Um die Arbeit der beiden Projekte zu unterstützen, werden in der Flora Parole Trixie, Herr Nilsson und Kajak auftreten. (ab 21 Uhr, 5 Euro)

Am 27. Juni folgt dann in der Hamburger St. Johanniskirche (Max-Brauer-Allee) unter dem Titel "Dirty Linen" ein Benefiz zu Gunsten des ebenfalls in der Flüchtlingsarbeit aktiven Vereins Woge e.V. Wie viele andere Projekte in Hamburg steht auch Woge unter dem Druck der massiven Einsparmaßnahmen der Schwarz-Schill-Senats. Die Überschüsse aus dem Konzert sollen konkret ein Wäscherei-Projekt unterstützen, in dem jungen Flüchtlingen berufliche Qualifikationen vermittelt werden. Mit dabei ist Eddy Winkelmann, ein Geschichten erzählender Liedermacher und aus dem Umfeld des Schmitts Tivoli bekannter Künstler. Dazu treten Herrchens Frauchen auf, die mit ihrem Musik-Kabarett und ihrer ironisch-satirischen, aber politisch immer auch angreifenden Art nicht nur in Hamburg viele Fans haben. Außerdem wird Onejiru auftreten, die u.a. vom Turble Bay Country Club und durch die mit der Sam Ragga Band veröffentlichten Single Wasser bekannt sein dürfte. (ab 20 Uhr, 9 Euro)

Infos auf: www.rock-links.de

!!! Mellow Mark-CDs zu gewinnen !!!

In der letzten ak haben wir das aktuelle Album von Mellow Mark ausführlich vorgestellt: vom Aufruf zur Soul-Revolution bis hin zur Anti-Kriegs-Single Weltweit ein extrem peppiges Album. NUN KÖNNT IHR ZWEI CDS VON IHM GEWINNEN. DAZU MÜSST IHR NUR EINE FRAGE BEANTWORTEN: WIE HEIßT DER SONG, DEN MELLOW MARK AUF DEM STURM-ALBUM ZUSAMMEN MIT MAMADEE SINGT? Wenn ihr die Antwort wisst, dann schickt sie bitte per Email an redaktion@akweb.de (oder Postkarte an ak-Redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg). Bitte gebt als Stichwort im Betreff "CD-Verlosung" an.

www.wea.de

Alistair Hulett - Red Clydeside

Alistair Hulett heißt einer der wohl bekanntesten schottischen Liedermacher, der aus dem Herzen der traditionellen Arbeiterbewegung singt und dabei den typischen irisch-schottischen Folksong zur Grundlage nimmt. Im Herbst letzten Jahres veröffentlicht er gemeinsam mit dem ehemaligen Mitglied von Fairport Convention (unvergessen der von Sandy Danny interpretierte Song: Who knows, where the time goes), Dave

Swarbrick, das Album Red Clydeside. Der Titel steht für eine Aufstandsbewegung im schottischen Glasgow 1915, mitten im Ersten Weltkrieg. In den Songs zeichnen die beiden die Entwicklung des Aufstandes und die Reaktionen der Herrschenden detailliert nach. Für FreundInnen dieser Musik sind auch die im antifaschistischen Plattenversand Jump-up erhältlichen Platten Dance for the underclass und In the Backstreets of Paradise zu empfehlen. Erstere Platte entstand während der Jahre, die Hulett in Australien verbrachte und beschäftigt sich unter anderem mit der Unterdrückung der australischen UreinwohnerInnen während der blutigen Kolonialisierung des Kontinents. Durch und durch klassenkämpferisch die ebenfalls in Australien entstandene Backstreets of Paradise, auf der u.a. das bewegende Victor Jara of Chile zu finden ist.

Alistar Hulett, diverse, Red Rattler-Records, www.jump-up.de

35. Nie wieder gesellschaftsfähig. Herr Nilsson - Popmusik an der Grenze zur Literatur

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:29

Wie begnadet widersinnig und bizarr der Alltag sein kann, darüber weiß vermutlich kaum eine andere Band besser zu singen als Herr Nilsson. Die vier aus dem Prenzlauer Berg haben gerade ihre nunmehr vierte Platte veröffentlicht: Einfacher sein heißt die. Ein Titel, der einerseits fast sachlich beschreibend ist und doch die selbstironische Qualität der Band unterstreicht.

Für die Texte von Herrn Nilsson zeichnet Sänger und Gitarrist Jan Böttcher verantwortlich. Großstadtsongs, die nur einer machen kann, der in einem Dorf großgeworden ist und sich wohl immer noch ein wenig wundert, wo er da eigentlich reingeraten ist. Da spielt der Falk-Plan (auf Herr Nilsson ist ausgezogen) bei der Orientierung in allen Lebenslagen eine nicht unbedeutende Rolle. Nur mit ihm ist es gelungen, unser Dorf, das irgendwo an der Elbe liegt, zu verlassen: "Die Häuser sind hier allemal bequemer zu besetzen, als an jedem mir bekannten Ort." Wer hier seine Jugend vor allem damit zugebracht hat, auf die "Krötenwanderung" zu warten, der muss sich die große weite Welt eben etwas anders zusammen reimen. Auch in der Liebe kommen dann merkwürdige Fantasien zu Stande: Die bestehen vor allem aus Koalitionsgesprächen, die es von Anfang an gibt, und die ein Leben lang dauern. Aber okay, Herr Nilsson hat eine Schwarze Seele, "die ist nicht bürgernah, die hat schon manche Freundin ausgezogen umgebracht." Und wer so drauf ist, setzt sich völlig zu Recht das Ziel: "Ich will nie wieder gesellschaftsfähig sein." (aus dem Album Liebeslied und Fischigkeit, 1998)

Der Titel Einfacher sein bezieht sich auf den gleichnamigen Song auf dem vorherigen Herr Nilsson-Album Der erste eigene Wasserwerfer. Da dieser aber schon bereits veröffentlicht ist, wurde er nun - der Einfachheit halber - weggelassen. Ebenso einfach ist die Musik von Herr Nilsson zu beschreiben: Neben Schlagzeug und Gitarre steht ein Contrabass und auf dem neuen Album kommt noch ein Fender Rhodes hinzu: ein tragbares Piano, das nicht unbedingt wie ein Piano klingt. Da liegt jede Menge Swing und auch Jazz drunter, auch vom Folk ist das irgendwie nicht weit entfernt, dafür aber zu funky. So unaufdringlich das Ganze zunächst wirkt: Die Melodien sind eingängig und hin und wieder auch ohrwurmträchtig. In jedem Fall klingt die Musik reichlich entspannt, obwohl die Songs - vor allem live - ziemlich schwungvoll sind. In begrenztem Umfang ist das sogar tanzbar.

Die Band selbst nennt das Pop, Textpop um genau zu sein. Und richtig ist auch, dass man diesen Sound als Popmusik an der Grenze zur Literatur bezeichnen kann. In jedem Fall will die Band nichts mehr davon wissen, dass die KritikerInnen der Stadt sie vor Jahren in die Kleinkunstszene einordneten. Angesichts der manchmal geradezu kabarettistischen Einlagen und dem hin und wieder nach Chanson klingenden Tönen war das sicher nie böse gemeint. Doch wenn man das Wort in Gegenwart von Jan Böttcher ausspricht, bekommt der Mann fast Hautausschlag.

Musikalisch ist das neue Album gereifter, ausgefeilter, anspruchsvoller. Es ist ernster, als seine Vorgänger, erwachsener, wenn man so will. Doch im Kern bleibt es wie schon auf den früheren Alben, so dass die Musik vor allem der Untermauerung der Texte dient. Selbst wenn das eine oder andere Solo versucht, die Musik stärker nach vorn zu holen.

Mit dem Song Die Agentur haben Herr Nilsson auch den Fans eine Chance gegeben, sich an der Textproduktion zu beteiligen. Über deren Homepage konnte man Textzeilen einschicken, die dann von der Band zusammengesetzt wurden. Da kommt dann so was raus: "Der Lackierer, der einen Tag blau machte, der Zahnarzt, der von der Hand in den Mund lebte, die Prostituierte, die freier werden wollte, der Schaffner, der in den letzten Zügen lag...".

Der Traum vom eigenen Wasserwerfer

In den Vitamin-B-Werken nehmen sie die Welt der Vetternwirtschaft aufs Korn, und man weiß nie genau, ob sie dabei über die Berliner Senats-Verhältnisse oder die Musikbranche singen. Auch der 11. September 2001 geht an Herrn Nilsson nicht spurlos vorbei: In der ihnen eigenen Gelassenheit setzten sie in dem Stück Das Ende der 70er Jahre die panischen Reaktionen im Bereich der Inneren Sicherheit nach den Anschlägen in Verbindung mit der Terroristen- und Sympathisantenhatz im Deutschen Herbst. Der Gast ist - wenn man so will

- ein antirassistischer Song, zeigt aber deutlich, was man sich unter Pop an der Grenze zur Literatur vorstellen muss. Da werden alle möglichen Gäste begrüßt: Aus Schlachtensee, aus Hinterland, aus Gottesfurcht, aus Pristina, aus Schattenriss, und im Refrain heißt es dann: "Unsere Hände, ungebunden, zeichnen Sprachen in den Raum. Keine Welt bleibt unerfunden, doch wir verfremden dabei kaum. Wir trinken Wein." Ein poetisches Plädoyer für Offenheit und Toleranz.

DSe, rock-links.de

Herr Nilsson, Einfacher sein, www.herr-nilsson.de

Im Rahmen eines Benefizes für die Mujeres sin Fronteras und dem Hamburger Flüchtlingsfonds spielt Herr Nilsson am 14. Juni in der Roten Flora in Hamburg, Schulterblatt. Mit dabei sind auch Parole Trixie und Kajak.

36. Präzedenzfall(e) Irak. Zum Krieg und seinen Folgen. Veranstaltungsreihe von ak - analyse + kritik und Fantômas

Rubrik: KB und AK; Aktionen / Veranstaltungen; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:46

Was kommt nach dem Ende des Kriegs im Irak? Für allzu viel Optimismus besteht kein Anlass - wohl aber dazu, die widersprüchlichen Interessen am und im Nachkriegs-Irak samt ihrer politischen Konsequenzen genauer in den Blick zu nehmen. Wie war der Verlauf des Konflikts bis zum Kriegsbeginn? Ist der Irak Präzedenzfall eines "Befreiungsimperialismus"? Wie werden zukünftige politische "Ordnungen" im Irak überhaupt aussehen? Welche Rolle hatte die irakische (Exil-) Opposition vor und welche Möglichkeiten hat sie nach dem Ende des Irak-Kriegs?

Antworten auf diese Fragen gibt Sabah Alnasseri, Politologe, Exil-Iraker und Mitarbeiter der Internetredaktion links-netz.

Veranstalter: Redaktion ak - analyse + kritik, Redaktion Fantômas und Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

26.5. Berlin, in Kooperation mit Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg, Beginn: 19:30

27.5. Hamburg, in Kooperation mit der Werkstatt 3, W3, Nernstweg 32-34, Hamburg-Altona, Beginn 19:30

2.6. Köln, in Kooperation mit dem Kölner Aktionsbündnis gegen Krieg und Rassismus, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Projektraum, Beginn 19:30

37. Eine Kulisse der Weltoffenheit - eine ak-Veranstaltungsreihe

Rubrik: KB und AK; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:33

In Anlehnung an den letzten ak-Themenschwerpunkt gibt es nun in Hamburg eine Veranstaltungsreihe zu Olympia, Imageproduktion, Stadtentwicklung und möglichen Gegenkampagnen. Die Reihe wird unterstützt von der Roten Flora, von "Zusammen leben und Arbeiten e.V." und dem "Verein für Bildung, Analyse und Kritik e.V."

Hamburg hat zwar im nationalen Vorentscheid für die Bewerbung als Austragungsort der olympischen Spiele 2012 gegen Leipzig verloren. Neben einer medial forcierten, pauschalen und scheinbar einhelligen Zustimmung aller HamburgerInnen hat erst in den letzten Wochen vor der Entscheidung ein Nachdenken auch über Hintergründe, mögliche Nachteile und Nebenwirkungen von olympischen Spielen begonnen. Jetzt scheint das olympische Fieber vorbei, der Hamburger Senat aber hat in seinem neuen strategischen Leitbild "Wachsende Stadt - Metropole Hamburg" die Durchführung von Großereignissen als entscheidendes Element zur Imagesteigerung, Standort-Profilierung und zur Beschleunigung städtischer Umstrukturierungspolitik definiert.

ZU DEN VERANSTALTUNGEN:

Das Konzept Imagebeschmutzung. NOlympia in Berlin

Am 23. September 1993 entschied sich das Internationale Olympische Komitee (IOC) für Sydney als Austragungsort der Spiele 2000. Die Berliner Olympiabewerbung scheiterte kläglich: Berlin flog bereits im ersten Wahlgang raus. Mitglieder des ehemaligen Anti-Olympia-Komitees Berlin (AOK Berlin) stellen die NOlympia-Kampagne Anfang der 90er vor. Sie erläutern ihre Erfahrungen mit dem Konzept der Imagebeschmutzung und bewerten ihre Kampagne - mit dem zeitlichen Abstand von zehn Jahren - in Bezug auf heutige Strategien gegen städtische Imagepolitik. Ergänzend werden dazu die legendären NOlympia-"Bewerbungsvideos" aus Amsterdam '86 und Berlin '92 gezeigt.

Freitag, 16. Mai 03, 19.30 Uhr in der Zone/Lichtmess, Gaußstraße 25, HH

Die wachsende Metropole Hamburg: Amphetamine und Nebenwirkungen

In der zweiten Veranstaltung geht es um räumliche und soziale Auswirkungen des Leitbilds "Wachsende Stadt - Metropole Hamburg". Mitglieder der KünstlerInnengruppe Tetrapak berichten über die Hafencity und ihr Projekt ready2capture, eine kritische Auseinandersetzung mit diesem "größten Stadterweiterungsprojekt". Dirk Hauer (ak-Autor) wird zu den sozialen Auswirkungen der unternehmerischen Stadt referieren. Darüber hinaus ist eine ReferentIn zur Hamburger Stadtentwicklung und insbesondere der geplanten Messeerweiterung angefragt.

Freitag, 6. Juni 03, 19.30 Uhr in der Roten Flora, Achidi-John-Platz 1/ Schulterblatt 71, HH

Nach Olympia

Anlässlich der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles 1932 wurde das erste olympische Dorf in der Geschichte der Neuzeit errichtet. In den Medien werden die olympischen Dörfer häufig als "Dorf des Friedens und des Miteinanders" und als "Global Village" idealisiert. Demgegenüber steht der hohe Sicherheitsaufwand, der notwendig ist, um die SportlerInnen vor Attentaten und Anschlägen zu schützen. Auch nach den Spielen gleichen olympische Dörfer häufig "Gated Communities": Sie werden in der Regel von einer homogenen BewohnerInnenschaft genutzt und von privaten Sicherheitsdiensten bewacht.

Die KünstlerInnen Wiebke Grösch und Frank Metzger aus Frankfurt haben im Rahmen ihres Projekts nach olympia olympische Dörfer nach den Spielen besucht, sie waren u.a. in Berlin, München, Sydney, Seoul und Oslo/Lillehammer. In einem Diavortrag referieren Grösch/Metzger, wie ehemalige olympische Dörfer heute genutzt werden.

Freitag, 1. August 03, 19.30 Uhr in der Zone/Lichtmess, Gaußstraße 25, HH

38. Kritik der Weltordnung. Ein Sammelband treibt die Debatten um "Empire" ein gutes Stück voran

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:15

Zu einer fortgeschrittenen Diskussionskultur gehört immer auch ein gutes Gefühl für das richtige timing. Ein ganze Zeit lang hat man nichts mehr gehört vom Berliner ID-Verlag, der im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts mit einer Reihe wichtiger Bücher und der Zeitschrift Die Beute von sich reden machte. Jetzt meldet sich der Verlag mit einem Sammelband zurück, der sich mit zehn profilierten Debattenbeiträgen um die feinen Unterschiede im Begriff der "Multitude" - zentraler Begriff in Michael Hardts /Antonio Negris Empire - kümmert.

Für Thomas Atzert und Jost Müller, Subtropen-Redakteure und Herausgeber des Sammelbands, liegt die Bedeutung von Empire im Anspruch Hardt/Negris, überkommene linke Theorien des Rückstands in Bezug auf die Umbrüche der letzten Jahre zu überführen und die Linke auf die Notwendigkeit zu verweisen, das "Potenzial gesellschaftsverändernder Kräfte" neu zu bestimmen. Beides ist unverzichtbar, soll "jene negative Einheit von Theorie und Praxis" aufgebrochen werden, "die die gegenwärtige Linke an einen Zynismus des Verstands und eine Apathisierung des Willens bannt." (5 f.)

Dazu gehört dann aber die Einsicht, dass Empire kein neues Kommunistisches Manifest sein will, das gläubig hingenommen oder wegen seines Scheiterns an einem so hoch gesteckten Ziel verdammt werden müsste. Hardt/Negris "Intervention" ist weder auf die Bilanz des globalisierten Kapitalismus noch auf eine Gebrauchsanweisung fürs richtige Leben im 21. Jahrhundert aus, sondern will die Bedingungen eines "Übergangs" bestimmen, dessen Ausgang offen ist. Das zeigen auch die Titel der wichtigsten Kapitel im ID-Band an, die erst die "Passagen der Souveränität" und dann die "Passagen der Produktion" ausloten. Atzert/Müller vermerken dazu: "Die Konzeption des Übergangs, der Passage verweist hier weder auf das Ziel eines historischen Transformationsprozesses noch auf einen bislang nicht erreichten Zustand, auf den die Entwicklung notwendig zusteuern würde. Die Passage ist kein ‚Übergang zu etwas'. In dem metaphorischen Ausdruck sind Stabilität und Fragilität zugleich gemeint. Es ist die Restrukturierung von Raum und Zeit, die diese Passage kennzeichnet." (6) Tatsächlich schlagen Hardt/Negri mit der Metapher des Übergangs auch einen Bogen zurück in die kapitalistische Formation und die ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts, in der Marx und Engels ihre "Intervention" ebenfalls als Theorie und Praxis einer Passage entwarfen, die kein bloßer Durchgang oder Zwischenschritt, sondern selbst the real thing war: "Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (MEW 3, 35)

Empire und internationalisierter Staat

Wer sich im Übergang der "wirklichen Bewegung" orientieren will, muss allerdings wissen, dass er längst schon eingeschifft ist in die wilde Fahrt ins Offene. Darin wenigstens sind sich die drei Autoren einig, die den ersten Teil des Buches bestreiten: Giovanni Arrighi, Joachim Hirsch und Toni Negri. Alle drei gehen von einem tendenziell deterritorialisierten Kapitalismus aus, der im Zug seiner Ablösung vom nationalstaatlich eingehegten Territorium eine tief greifende Transformation sowohl der einzelnen Nationalstaaten wie des Systems ihrer internationalen Beziehungen bewirkt und damit auch die Felder sozialer Kämpfe entgrenzt. Arrighi, Sozialwissenschaftler aus New York und führender Vertreter der "Weltsystemtheorie", folgt den Autoren von Empire in der Entschlossenheit, "mit jeder Nostalgie aufzuräumen, die sich auf die Machtstrukturen einer früheren Phase der kapitalistischen Entwicklung bezieht." Auch er glaubt, "dass die entstehende Logik und Struktur der Weltherrschaft zugleich beides ist, eine Antwort auf die vorangegangenen Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten wie ein gegenüber den vorhergehenden Strukturen günstigeres Terrain für die andauernden Kämpfe gegen die neuen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung." (15) Arrighi widerspricht Hardt/Negri jedoch in der genauen Bestimmung des erreichten Standes der Deterritorialisierung des Kapitals wie der Arbeitskraft, auf die das Autorenduo seinen bisweilen tatsächlich anstrengenden Optimismus gründet.

Darin stimmt Arrighi auch der Frankfurter Staatstheoretiker Joachim Hirsch bei, dessen Bilanz des Übergangs eher negativ ausfällt. Während Hardt/Negri den Konstitutionsprozess des Empire zugleich als Konstitutionsprozess antagonistischer Multituden beschreiben, legen Arrighi und stärker noch Hirsch ihren Akzent auf die Vertiefung und Vervielfältigung sozialer Spaltungen im Prozess der Internationalisierung von Kapital und Staat. Beide monieren das Desinteresse Hardt/Negris an der empirischen Gültigkeit ihrer Begriffe - Kehrseite ihres Versuchs, im Rückgriff auf die produktiven Thesen unterschiedlicher Diskurse Denkräume allererst zu öffnen.

Hirsch verweist ausdrücklich auf das "Paradox, dass sich die Denationalisierung des Staates mit wachsenden Privilegienkämpfen und in deren Gefolg mit nationalistischen und rassistischen Tendenzen verbindet." (35) Mehr noch, die im Zuge der Aushöhlung der fordistischen Klassenkompromisse und des Scheiterns der antikolonialen Befreiungsbewegungen erreichte "Krise der Repräsentation (...) hat eine tendenziell populistische Situation zur Folge, die politische Mobilisierungen gegen imaginäre Gegner über reale Interessendifferenzen hinweg erleichtert." Das mache sich in der weltweiten Stärkung rechtspopulistischer Parteien ebenso wie in der globalisierungskritischen Bewegung bemerkbar, "die ebenfalls dazu tendiert, reale Interessengegensätze mittels der Konstruktion gemeinsamer Gegner - seien es ‚der' Neoliberalismus, die mächtigen internationalen Organisationen oder gar das ‚Finanzkapital' - auszublenden." (44f.)

Im Übergang der "wirklichen Bewegung"

Negri antwortet Arrighi und Hirsch in einem Interview, das Atzert/Müller mit dem Philosophen führten. Darin gesteht er zu, dass die Konstitution des Empire zu massiven Verwerfungen auch im Potenzial der gesellschaftsverändernden Kräfte führt, wertet diese Spaltungslinien aber nicht als kontinuierliche Vertiefung und Verlängerung alter Trennungen zwischen Innen und Außen oder Norden und Süden, sondern als neue und insofern diskontinuierliche Grenzziehungen innerhalb des Empire. Die seien - was nur bedingt ein Trost ist - eher von der Fragilität des Konstitutionsprozesses bedingt: "Die imperiale Herrschaft findet - im Gegensatz zu dem, was nationalistische und kolonialistische Vorstellungen der Modernisierung suggerieren - keine Unterschiede zwischen den Menschen vor, keine abgegrenzten Wirklichkeiten, sondern sie stellt Abgrenzungen und Unterschiede her. Das Empire kennt keine Grenzen, kennt kein Außen, sondern errichtet Grenzen, die das Ensemble der menschlichen Natur zerstören - zumindest, wo dies nicht auf Widerstand stößt. Doch auch der Widerstand hat, wie das imperiale Kommando, seinen Maßstab heute im Ensemble der menschlichen Natur und in der Globalisierung." (51f.)

Die Bedeutung dieser eher unmerklichen Verschiebung klärt sich, sobald Negri von den Unterschieden im empirischen Urteil zu denen des methodischen Ansatzes übergeht. Dabei attestiert er Arrighi und Hirsch zwei einander zwar widersprechende, letztlich aber in dieselbe Richtung zielende Formen eines "marxistischen Objektivismus" (59), die jeweils "ein Moment von Transzendenz" voraussetzen, "das nicht auf das Handeln von Menschen in Kräfteverhältnissen und Antagonismen zurückzuführen wäre, die sie hervorbringen und die von ihnen hervorgebracht werden" (56). Arrighi vertrete einen Objektivismus strukturell immer gleicher Akkumulationszyklen und Hirsch einen Objektivismus der immer gleichen "relativen Autonomie des Staates" - beide als transhistorische Konstanten gedacht, die gerade ausschließen, worauf Hardt/Negri setzen: "Unsere Methode sucht hingegen nicht nach dem ewigen Zyklus der materialistischen Wiederkehr, sondern nach der fortdauernden Neuerfindung der Geschichte durch die Kämpfe der Multituden." (53) Würde der Begriff der Multitude allerdings als transzendenter Begriff eines "mythischen Proletariats oder einer ebenso mythisch handelnden Subjektivität" (124) verstanden, dann wäre jenem Objektivismus, der die Offenheit der Geschichte verleugnet, lediglich ein Subjektivismus entgegengesetzt, für den die Geschichte das Werk einer quasi-religiösen Ursprungsmacht ist. Dem entziehen sich Hardt/Negri durch die Verankerung des weltgesellschaftlichen Antagonismus im imperialen Produktionsverhältnis: "Die Beziehungen zwischen Biomacht (oder vielmehr kapitalistischer Herrschaft) und den biopolitischen Subjektivitäten durchzieht die gesellschaftlichen und die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit, auch in den antagonistischen Prozessen. Auf dieser Bühne zeigen sich Herrschaft und Widerstand." (51)

Was die Menge werden kann

Klassenkampf und Multitude im Empire ist deshalb der Titel des zweiten Teils des Buches, in dem Michael Hardt, Judith Revel, Anne Querrien und noch einmal Negri den Status des Begriffs der Multitude näher bestimmen. Dessen innere Spannung zeigt sich en passant bereits im Interview, in dem Atzert/Müller auf den

heuristischen, d.h. dem Erkenntnisprozess experimentell vorausgesetzten Status des Begriffs abheben, während Negri eher dessen begrifflichen Gehalt betont. Dass beide Momente sich nicht widersprechen, belegt der Beitrag von Michael Hardt, in dem eine prinzipielle Begriffsklärung vorgenommen und zugleich eine Klassenanalyse der Bauernschaft im Empire umrissen wird. Zusammengehalten wird beides durch den in den Begriff eingelassenen politischen Einsatz, "Marxens politisches Projekt des Klassenkampfs erneut zu entwerfen, jetzt definiert als Multitude gegen das Empire. Aus dieser Perspektive betrachtet, basiert die Multitude nicht so sehr auf der gegenwärtigen empirischen Existenz, sondern vielmehr auf den Bedingungen der Möglichkeit als Klasse." (67) Und für diese Intention ist die entscheidende Frage nicht: ",Was ist die Menge?` sondern ‚Was kann die Menge werden?`" (67) In seiner Antwort zeigt Hardt zugleich die theoretische und politische Relevanz der für den Multitude-Begriff entscheidenden Bestimmungen der "Singularität" und des "Kommunen" auf: Begriffe insgesamt, auf die Klassenanalysen und Klassenpolitiken unter imperialen Bedingungen nicht werden verzichten können.

Der Beitrag von Judith Revel und das Nachwort von Atzert/Müller demonstrieren die Aktualität des in Empire geknüpften Netzes von Marxismus und Poststrukturalismus schließlich im Licht des Krieges. Die in Rom lebende Pariser Philosophin reformuliert poststrukturalistische Analysen des Krieges in der Perspektive des erweiterten Klassenkampfs von Multitude und Empire, und Atzert/Müller erproben dessen kategoriale Reichweite in einer Analyse der gegenwärtigen Formen internationaler Kriegführung. Auf nur wenigen Seiten zeigen sie, wie hohl die Wortgefechte sind, in denen wahrnehmungsresistente Kriegsbefürworter und geschichtsvergessene Nostalgiker von einst verdienstvollen Imperialismustheorien sich gegenseitig nachweisen, nichts von der "wirklichen Bewegung" zu verstehen, "welche den jetzigen Zustand aufhebt."

Bleibt anzumerken, dass das Urteil, mit dem Toni Negri 1979 wegen "bewaffneten Aufstands gegen den Staat" und "moralischer Verantwortung" für die Militanz der italienischen autonomia zu insgesamt 34 Jahren Haft verurteilt wurde, vor knapp drei Wochen erloschen ist - benvenuto, compagno!

Thomas Seibert

Thomas Atzert/Jost Müller (Hg.), Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire. Originalbeiträge von Toni Negri, Giovanni Arrighi, Joachim Hirsch u.a. Berlin 2003, 14 Euro

39. "Ich bin eigentlich kein Optimist." Ein Gespräch über "immaterielle Arbeit" und "Potenziale des Kommunismus"

Ein Gespräch über "immaterielle Arbeit" und die "Potenziale des Kommunismus"

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Diskussion; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:02

Die "immaterielle Arbeit" ist eine der zentralen Kategorien in Toni Negris und Michael Hardts "Empire". Und wie viele andere Begriffe aus diesem Buch wird auch dieser heftig diskutiert. So z.B. bei einer Veranstaltung in Essen am 2. April diesen Jahres. Am Rande dieser Veranstaltung sprach Tom Binger mit Thomas Atzert, Übersetzer von "Empire" und Redakteur der subtropen.

In "Empire" behaupten Antonio Negri und Michael Hardt, wir befänden uns gegenwärtig in einer grundlegenden Umbruchphase. Durch die mikroelektronische technologische Revolution würden die klassischen Formen der standardisierten industriellen Massenproduktion abgelöst durch neue flexibilisierte Produktionsverfahren. Damit verbunden sei auch ein weit reichender Wandel in den Formen gesellschaftlicher Arbeit. Statt der Produktion materieller Güter stünden Formen der immateriellen und affektiven Arbeit im Zentrum des Produktionsprozesses. Warum rücken Hardt/Negri diese neuen Konzepte in den Mittelpunkt ihrer Analyse?

Hardt/Negri geht es um die Kritik einer bestimmten handgreiflichen Vorstellung von Materie oder Materialismus. Also darum, Formen von Wissen, affektive Arbeit und Formen von Kooperation zu fassen, die nicht unbedingt in dem Sinn materiell sind, dass man sie mit Händen greifen kann. Diese Formen kennzeichnen aber nach der These von Hardt/Negri vor allem die Produktionsverhältnisse der Gegenwart. Dazu gehören neue Formen der Kooperation, die teilweise außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses entstehen. Dazu gehört eine ganz neue Bedeutung, die Wissen und Information in diesem Produktionsprozess zukommt. Und es gehört vor allem der ganze Bereich der Produktion und des Einsatzes von Affekten dazu.

Wird dadurch nicht ein relativ kleines, privilegiertes Segment der gesellschaftlichen Arbeit stark überbewertet ?

Wenn man sich den gesamten Produktionsprozess einer Ware oder einer Dienstleistung anschaut, dann erkennt man, dass dort unterschiedliche Formen von Arbeit kombiniert sind. Es gibt natürlich nach wie vor die körperliche Arbeit, nicht nur in den Sweat-Shops. Es gibt Produktionsabläufe, die über den gesamten Globus verteilt sind: ProgrammiererInnen in Indien, Manufakturen in Bangladesch, Chip-ForscherInnen in Taiwan arbeiten für Siemens, und koordiniert wird das im Konzern in München und Berlin. Der Produktionsprozess ist nicht mehr an einem Ort konzentriert. Jetzt kann ich nicht sagen, irgend etwas ist ausschließlich High Tech. Trotzdem spielt die Koordination dieses Produktionsprozesses eine zentrale Rolle. Ich würde auch stärker als Hardt/Negri auf die Ausbeutungsverhältnisse hinweisen. Es geht gerade darum, wie diese Kooperation, wie diese Fähigkeiten, wie dieses Wissen im Produktionsprozess vom Kapital angeeignet werden.

"Wissen bekommt eine neue Bedeutung"

Laut Hardt/Negri verschwindet die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen intellektueller und körperlicher Arbeit, genauso, wie die strikte Unterscheidung zwischen Produktion und Reproduktion oder diejenige zwischen Arbeit und Freizeit. In den neuen Formen kooperativer Interaktion und ihrem Fundament in sprachlichen, kommunikativen und affektiven Netzwerken würden alle Lebensäußerungen der Individuen unmittelbar produktiv. Erschwert diese weit reichende Ausdehnung des Arbeitsbegriffs nicht eine konkrete Kritik der Arbeit?

Hardt/Negri stellen diesen Prozess ja nicht als Selbstläufer dar, sondern es geht ihnen darum, auf die Kämpfe der letzten 50 Jahre hinzuweisen, in denen die Veränderungen quasi vorgezeichnet sind. Dabei geht es um ein weites Feld von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: Das reicht von den antikolonialen Kämpfen im Trikont bis hin zu den Kämpfen gegen die Fabrikarbeit hier in den Metropolen. Das reicht von den Kämpfen der Frauen gegen die patriarchalen Verhältnisse bis hin zu den Kämpfen der Schüler- und Studentenbewegung. Und es kommen die ganzen Fragen der Migration in einem umfassenden Sinn mit hinein. Wir haben hier also

ein breites Feld von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die die vorhergehende dominante Form von Arbeitsteilung obsolet gemacht haben.

Hardt/Negri bewegen sich damit quasi in einer ganz traditionell marxistischen Bahn, indem sie sagen, die Klassenkämpfe sind der Motor der Geschichte. Neu ist der Begriff der "Biomacht", den sie aus der Machtanalytik Foucaults gewinnen. Hier geht es darum genauer zu bestimmen, wie diese Neuzusammensetzung der Arbeit funktioniert. Dabei wird die traditionelle Trennungslinie zwischen Produktion und Reproduktion zerstört. Die Kooperation, das Gemeinsame findet sich im gesamten Leben, im Alltag und im Zusammenleben der Subjekte. Für das Kapital kommt es deshalb darauf an, das gesamte Leben in all seinen Äußerungen zu kontrollieren und in den Produktionsprozess einzusetzen.

Wissen und Kreativität, Sprache und Affekte sollen in der postfordistischen Produktionsweise zu unmittelbaren Produktivkräften werden. Hardt/Negri berufen sich in diesem Kontext auf den Marxschen Begriff des "General Intellect". Was ist damit gemeint?

Produktivkraft ist schon bei Marx nicht einfach nur eine technische Apparatur. Produktivkraft ist also nicht nur die neue Maschine, sondern Produktivkraft ist vor allem das Verhältnis der Produzenten zueinander und zum Produktionsprozess.

Die Maschinen, die Marx damals vor Augen hatte, waren natürlich für heutige Verhältnisse sehr primitiv. Es waren keine computergesteuerten Netzwerke. Diese Maschinen machten aber trotzdem schon in großem Ausmaß, vor allem in der Schwerindustrie, menschliche Arbeit überflüssig, eine paradoxe "Abschaffung der Arbeit" unter dem Kommando des Kapitals. Marx zeigt, wie der Kapitalismus Maschinen gegen ArbeiterInnenaufstände einsetzt. Der ArbeiterInnenaufstand bringt so praktisch die so genannte technologische Revolution hervor. In den "Grundrissen" überlegt Marx, wie das Wissen in diesem Prozess funktioniert.

"Diese Prozesse sind ja keine Selbstläufer"

Marx' Vorstellung von gesellschaftlichem Wissen beruhte noch auf einer ganz anderen Arbeitsteilung, in der dieses Wissen produziert wurde und dementsprechend auch einen anderen Ort hatte. Mit dem "General Intellect" hat er einen Begriff geschaffen, der denkbar macht, dass Wissen gesellschaftlich, kooperativ und gemeinsam hervorgebracht wird. Es geht also einmal darum zu fragen, wie wird Wissen produziert, distribuiert und angeeignet. Und zum anderen um die Frage, wie sich diese und andere Produktivkräfte vom kapitalistischen Kommando befreien lassen.

Marx' Thema war dabei ja der Prozess einer reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Was bedeutet in diesem Kontext bei Hardt/Negri die Rede von der "reellen Subsumtion der Gesellschaft unter das Kapital"?

Hier geht es noch einmal darum, dass die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion, dadurch dass jede Lebensäußerung für das Kapital interessant ist, obsolet geworden ist. An dieser Argumentation von Hardt/Negri hängt vielleicht ein gewisser modernisierungstheoretischer Haken. Auf die formelle Subsumtion folgt die reelle Subsumtion der Arbeit, auf die reelle Subsumtion der Arbeit folgt die reelle Subsumtion der gesamten Gesellschaft. Das ist ein bisschen holzschnittartig. Worum es aber geht, ist zu sehen, dass das Kapital sich immer neue produktive Kapazitäten einverleiben muss. Dieser Prozess bringt - worauf schon Marx hinweist - eine "Überbevölkerung" hervor; er macht die Menschen überflüssig für die kapitalistische Produktion. Das bedeutet für immer mehr Menschen eine Verallgemeinerung von Prekarisierung und Marginalisierung. Das betrifft die Verhältnisse in weiten Teilen des Trikont, dass betrifft aber auch die Verhältnisse hier in den Metropolen.

Aus feministischer Perspektive wird der positive Bezug auf Formen der affektiven Arbeit kritisiert. Idealisieren Hardt/Negri damit nicht tatsächlich traditionell als "weiblich" definierte Formen der Reproduktionsarbeit als Orte der Nicht-Entfremdung und Herrschaftsfreiheit?

Ich glaube nicht, dass es eine Idealisierung ist, sondern es ist - ähnlich wie bei dem Begriff der immateriellen Arbeit - der Versuch, eine bestimmte Tendenz zu fassen. Es geht also darum, mit dem Begriff der affektiven Arbeit oder auch mit dem Begriff der Frauenarbeit, wie er im Feminismus vorkommt, eine bestimmte Denkrichtung zu kritisieren. Es geht um die Kritik einer identitären Konzeption von Frauenarbeit und von gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen, die bestimmte arbeitsteilige Formen Frauen zuschreiben. An diese

starke Kritik des Feminismus knüpfen Hardt/Negri eher an, als dass sie dem entgegenstehen. Es geht also nicht um eine Idealisierung, sondern darum zu sehen, wie bestimmte Handlungen und Verrichtungen in das Zentrum des Verwertungsprozesses rücken. Dazu gehören diese affektiven Tätigkeiten, dazu gehört die Produktion von Emotion, dazu gehört im Bereich der Dienstleistungen die Sorge um andere und die Sorge darum, dass alles klappt.

Im schöpferischen Potenzial der immateriellen Arbeit sehen Hardt/Negri die Basis für "eine Art des spontanen und elementaren Kommunismus". Teilst du diese optimistische Sicht auf die neuen Arbeitsverhältnisse?

Ich bin eigentlich kein Optimist. Die Frage ist, wo die Konfliktfelder und die Konfliktlinien sind, an denen sich Kämpfe, die über das Bestehende hinausweisen, bilden können. Man muss das ja nicht gleich die Keimform des Kommunismus nennen. Die OperaistInnen in den sechziger Jahren hatten die ganzen gewerkschaftlichen Streiks vor Augen, die um ein bisschen mehr Lohn und ein bisschen weniger Arbeitszeit gingen. Gleichzeitig gab es aber in den Fabriken damals sehr viele Formen von Insubordination, also mehr oder weniger individuelle Revolten. Die OperaistInnen haben sich die Frage gestellt, wie verknüpft sich das, gibt es eine Kommunikation zwischen diesen individuellen Formen, gibt es die Möglichkeit das zu verallgemeinern.

"Die Ausbeutung bleibt einfach zu sehr im Dunkeln"

Ähnlich ist es heute z.B. in der Diskussion darum, wie sich Leute in den neuen Arbeitsverhältnissen verhalten. Es sind zunächst einmal individuelle Verhaltensweisen. Trotzdem fragen wir nach Formen der Kommunikation und Organisierung, die über den bestehenden Zustand hinausweisen. Es handelt sich im Grunde um eine Untersuchungsarbeit, die jetzt erst anfängt. Jetzt zu sagen, das sind die Keimformen des Kommunismus, das halte ich auch für zu hoch gehängt. Aber insofern die spontanen Kämpfe die bestehenden Verhältnisse in Frage stellen, sind sie kommunistisch.

Aber Hardt/Negri gehen doch weit darüber hinaus, wenn sie sagen, dass diese neuen Produktionsformen eine Form der direkten kooperativen Interaktion ermöglichen, die das Kapital als Produktionsagent überflüssig werden lässt. Dass also das Kapital durch ein höheres Niveau der Vergesellschaftung der Arbeit nur noch "parasitär" ist und für den Produktionsprozess gar nicht mehr gebraucht wird.

Mir geht es bei dem Blick darauf vor allem um die Ausbeutungsverhältnisse. So gesehen bleibt zu fragen, wie die Mechanismen aussehen, durch die es das Kapital irgendwie schafft, sich die neuen Formen kooperativer Produktion anzueignen. Ein gern benutztes Beispiel für selbstbestimmte Kooperation ist ja die Free Software Bewegung. Ein anderes Beispiel der Selbstorganisierung ist das Feld der Migration. Aber das ist alles nicht eindeutig, sondern ambivalent. In diesen Formen und Auseinandersetzungen gibt es sowohl repressive als auch progressive Momente. Aber die These von Hardt/Negri, dass Kapital sei nur noch parasitär, würde ich nicht teilen. Der Bereich der Aneignung und Ausbeutung bleibt dabei einfach zu sehr im Dunkeln.

40. Autonomie der Unterwerfung - Autonomie der Rebellion. Zur Kritik der "immateriellen Arbeit" bei Negri/Hardt

Zur Kritik der "immateriellen Arbeit" bei Negri und Hardt

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:06

Der Begriff der "immateriellen Arbeit" bei Negri und Hardt verschleiert mehr, als er erhellt. Die konkreten Arbeits- und Kampfbedingungen verschwinden aus dem Blick, während gleichzeitig ein neues, revolutionäres Subjekt aus der Taufe gehoben wird. So einige der kritischen Thesen von Dirk Hauer (Gruppe Blauer Montag). Wir veröffentlichen im folgenden eine gekürzte Version seines Vortrages zur Diskussionsveranstaltung "Immaterielle Arbeit und die Potenziale des Kommunismus", die am 2. April in Essen stattfand.

Was ich euch heute vorstellen werde, ist eine Art Zwischenbilanz eines kollektiven Diskussionsprozesses, den wir bei uns in Hamburg in den letzten drei Jahren geführt haben. In Bezug auf "Empire" und den dort verwendeten Arbeitsbegriff will ich folgende Thesen zur Diskussion stellen.

1) Die "immaterielle Arbeit" ist heterogener, als es der pauschale und schillernde Begriff suggeriert. Bei Negri und Hardt gehen die konkreten Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen unter.

2) Die neuen Formen von "Autonomie", "Selbstverwertung" und "sozialer Kompetenz" durchbrechen nicht den kapitalistischen Verwertungszusammenhang. Sie verfestigen und vertiefen vielmehr das Kommando und die Kontrolle des Kapitals

3) Negri/Hardts Produktivismus ist in einer Zeit, in der gesellschaftliche Solidarität durch "Eigenverantwortung" und Selbstverwertung ersetzt wird, politisch reaktionär.

4) Negri und Hardt transportieren einen leninistischen Avantgardismus. In der Konstruktion einer politischen Zentralfigur folgen sie den schlechtesten Traditionen des Operaismus

Zu These 1: Mit dem Begriff der "immateriellen Arbeit" ist es wie mit anderen pauschalisierenden und homogenisierenden Begriffen - etwa "Dienstleistungsarbeit" oder "New Economy": Sie verschleiern mehr, als sie erklären. Es bleibt unklar, welche konkreten Arbeiten, Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen denn mit diesem Begriff gemeint sein sollen, und unterschiedliche Kampfbedingungen, unterschiedliche Verhaltensweisen, unterschiedliche Subjektivitäten werden über einen Kamm geschoren. Dazu einige Stichworte:

Dienstleistungsarbeit: Das sind freiberufliche UnternehmensberaterInnen und Putzkolonnen, Anwaltskanzleien und PizzabäckerInnen, Bankangestellte, Broker und VerkäuferInnen, um nur einige zu nennen. Außer der schematischen Zuordnung zu den Service-Industries bestehen hier offensichtlich wenig Gemeinsamkeiten. Ähnliches gilt auch für die Informations- und High-Tech-Branche. Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen für eine Programmiererin oder einen Web-Designer sind extrem unterschiedlich, je nach dem, ob er oder sie in einem großen, gewerkschaftlich organisierten Verlagshaus, in einer dot.com-Klitsche oder als Freiberuflerin arbeitet. Und wenn man z.B. die Arbeit in Call Centern mit berücksichtigt, dann finden sich auch in diesem Kernsegment der "immateriellen Arbeit" extreme Formen tayloristischer Arbeitsteilung und tayloristische Kommandos.

Schillernde Begriffe - komplexe Realität

Und was steckt konkret hinter "affektiver Arbeit"? Lohnabhängige Pflege? In einem großen Krankenhaus oder in einem kleinen privaten Pflegebetrieb? Ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen oder gemeinnützige Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen? Sozialarbeit? Die Arbeit einer Sachbearbeiterin auf dem Arbeits- oder Sozialamt? Die Arbeit von ErzieherInnen in einer Kita oder Kindererziehung in der Familie? Flüchtlingsberatung oder freiberufliches Coaching von zukünftigen Ich-AG's?

Es ist richtig, dass die "Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses" insbesondere durch die neuen Informationstechnologien und ihre Anwendung in allen Bereichen und Ebenen des Produktionsprozesses zugenommen hat. Das ist jedoch keineswegs gleichbedeutend mit irgendeiner Form von "neuem Arbeitsregime". Die Realität der Arbeitsbeziehungen - auch in der "fraktalen Fabrik"- ist eher durch ein experimentelles Mix aus Projektarbeit, (teil-)autonomer Gruppenarbeit und streng tayloristischen Elementen gekennzeichnet als durch ein festes und durchgesetztes neues Modell.

Zu These 2: Zunächst ist es irreführend zu suggerieren, "Autonomie" in der Arbeit sei etwas Neues, etwas, was mit dem neuen Charakter der "immateriellen Arbeit" verbunden sei. Die offene und verdeckte Autonomie der ArbeiterInnen im Kampf, Autonomie als Rebellion gegen den Verwertungsdruck ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Dies ist gerade eine der wichtigsten Erkenntnisse der operaistisch geprägten Analyse und Geschichtsschreibung.

Das führt zum nächsten Punkt: All die von Negri/Hardt der "immateriellen Arbeit" zugeschriebenen Charakteristika sind erst mal nur formeller Natur. Ob damit etwas inhaltlich-emanzipatorisches verbunden ist, ist a priori überhaupt nicht gesagt. "Soziale Kompetenz" z.B. ist in der Person eines Meisters, Abteilungsleiters oder einer Personalchefin kein befreiendes, sondern ein unterdrückendes Element. Und wer in der Lage ist, virtuelle Netzwerke und Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, der kann deswegen gleichzeitig im Umgang mit KollegInnen völlig unkommunikativ oder das letzte Arschloch sein.

In der Tat wird bei der Kontrolle über die lebendige Arbeit zur Zeit mit neuen Sozialtechniken und Formen der indirekten Steuerung experimentiert. "Selbstbestimmte Projektarbeit", "Projektautonomie", flexible Gestaltung der Arbeitszeiten sind genauso Realität, wie der individuelle "Arbeitskraftunternehmer" zum gesellschaftlichen Leitbild avanciert. Es ist auch richtig, dass diese neuen Kontrolltechniken an den Bedürfnissen von Beschäftigten ansetzen konnten. Nichtsdestotrotz sind es Kontrolltechniken. Sie sind eine Antwort des Kapitals auf Rigiditäten im Arbeitsprozess bzw. auf die Blockade des Taylorismus durch die lebendige Arbeit. Die neue Autonomie ist keine Autonomie der Befreiung, sondern eine der verschärften Unterwerfung. Die Verabsolutierung von Marktbeziehungen (Profitcenter, Projektarbeit, das Bild vom "Unternehmer im eigenen Kopf") verlängert das Kapitalverhältnis und die Kapitallogik bis in die Psyche der abhängig Beschäftigten.

Es ist mir wichtig, an dieser Stelle zweierlei zu betonen: 1. Die neuen Herrschaftstechniken der indirekten Steuerung sind keinesfalls flächendeckend durchgesetzt. Auf das Beispiel der Call Center habe ich bereits verwiesen und in vielen Betrieben ist die Gruppenarbeit zu einer Art Hypertaylorismus mutiert. 2. Die neuen Herrschaftstechniken haben den "Schrei der Auflehnung" (John Holloway) keinesfalls erstickt. Dabei sind sowohl (selbst-)destruktive Formen des "Schreis" zu beobachten (Arbeitssucht, psychosomatische Störungen) als auch Widerstand und Flucht (innere Emigration, Kündigungen etc. in den Internet-Klitschen)

Die Verwandlung von menschlichen Tätigkeiten in kapitalistische "Arbeit" ist keineswegs auf den Produktionsprozess oder die Lohnarbeit beschränkt. Wenn man so will, ist die alte feministische Forderung nach der Anerkennung von Reproduktionsarbeit als gesellschaftlich notwendiger Arbeit inzwischen durchaus erfüllt.

Für das Recht, nicht produktiv zu sein

Die Weltbank hat umfangreiche Programme aufgelegt, um den sog. informellen Sektor in den Trikontstaaten in den Wertschöpfungsprozess einzubinden. In Deutschland wird ähnliches in dem Diskurs um die Ehrenamtlichkeit oder die sog. Bürgerarbeit vorangetrieben. Ich will jetzt gar nicht auf das Ehrenamt als Lohndumping, als Mittel zur "Verschlankung des Staates", als Arbeitszwang oder als indirekte Privatisierungsstrategie eingehen. Mir geht es hier darum, deutlich zu machen, dass auch die sog. "affektive Arbeit", wenn man so will die "immaterielle Arbeit par excellence", keine selige Insel jenseits des Kapitalverhältnisses ist. Sie ist auf's engste mit der Kapitallogik verwoben, durch und durch von Herrschafts- und Machtstrukturen durchzogen

Zu These 3: Eine kritische Diskussion von "Arbeit" und "Produktivität" fehlt bei Negri und Hardt völlig. Im Gegenteil: Sie verherrlichen "grenzenlose Arbeit" und "umfassende Produktivität". Und das in einer Zeit, wo genau dieses gesellschaftliche Leitbild von der "lebenslangen Produktivität", vom "lebenslangen Lernen", von ständiger Flexibilität, Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwertung von oben in die Köpfe gehämmert wird. Wo

Angestellte unter der entgrenzten Arbeit zusammenbrechen und Erwerbslose durch Hartz in die Zwangsflexibilität geprügelt werden.

Die Menschen sind beileibe nicht so flexibel, wie die Ideologie vom "Arbeitskraft-Unternehmer" glauben machen will. Es liegt gerade im Wesen der neuen Kontrolltechniken und des sozialstaatlichen Zwangs, dass sie diese flexiblen Individuen erst produzieren müssen, mit zum Teil drakonischen Maßnahmen. Wenn Negri und Hardt nun "Arbeit" und "Produktivität" bejubeln, ohne den damit verbundenen realen Terror zu problematisieren, dann ist diese Position politisch reaktionär. Gegen das Diktat von Eigenverantwortung und Flexibilität kommt es heute vielmehr darauf an, das "Recht auf Inflexibilität" zu verteidigen.

Leninismus in postmodernem Gewand

Zu These 4: Schon die operaistische politische Zentralfigur des "Massenarbeiters" war in ihrer Verallgemeinerung mehr als problematisch. Ihre Verlängerung zum "gesellschaftlichen Arbeiter" ist aber bereits in den 70er Jahren gescheitert. Der Avantgardismus bei Negri/Hardt, der in der Figur des "Militanten" kulminiert, macht sich an der neuen Autonomie und Flexibilität der "immateriellen Arbeit" fest. Hier liegt möglicherweise auch ein Grund für die Popularität des Buches: Die gut ausgebildeten, flexibel arbeitenden Kader der Bewegungslinken bekommen als "gesellschaftliche ArbeiterInnen" die Weihen einer revolutionären Speerspitze.

Es mag sein, dass sich in bestimmten historischen Situationen identifizierbare Figuren als politisch zentral herauskristallisieren, doch das entscheidet nicht irgendeine objektive Stellung im Produktionsprozess, sondern einzig und allein ein reales Befreiungsbedürfnis, das sich im Kampf artikuliert. Eine solche Befreiungssubjektivität hat heute keinen privilegierten Ort. Entsprechende Kämpfe der "immateriellen Arbeit" will ich nicht ausschließen, es spricht aber m.E. a priori nichts für ihre besondere Funktion. Im Gegenteil lassen sich in den letzten Jahren jede Menge Auseinandersetzungen anführen, in denen das "alte Proletariat" den "Schrei der Befreiung" artikuliert hat.

Negri und Hardt machen den Klassenkampf zum Motor aller gesellschaftlichen Entwicklung. Sie malen jedoch das falsche Bild zweier getrennter Klassensubjekte, die sich einen immer währenden Titanenkampf liefern. Das Kapital als soziales Verhältnis durchdringt die gesamte Gesellschaft, jedes Individuum und jede Subjektivität. Es gibt keine "reine Befreiungssubjektivität". Das Problem besteht darin, dass während gegen das Kapital gekämpft wird, dieses als soziales Verhältnis gleichzeitig reproduziert wird. Rebellische Subjektivität und die Subjektivität der freiwilligen Unterwerfung existieren nebeneinander .

Es ist zutiefst leninistisch, auf eine irgendwie geartete Subjektivität der Befreiung zu warten. Wenn sie denn kommt, dann wird die Revolution nicht von heldenhaften Militanten, sondern von den ganz konkreten und widersprüchlichen Menschen gemacht. Von Menschen, die vor allem eines nicht mehr sein wollen: ArbeiterInnenklasse und ArbeiterInnen. Im anti-identitären Kampf gegen die Arbeit artikuliert sich Befreiungssubjektivität oder gar nicht.

Dirk Hauer

Eine ausführliche Auseinandersetzung der Gruppe Blauer Montag mit dem Begriff der "immateriellen Arbeit" und den neuen Kontrolltechniken ist erschienen in Das Argument, Nr. 248

41. Zwischen den Punkten hindurch in eine neue Richtung.Transversalität als Aktivismus, Kunst- und Theorieproduktion

Autor: Gerald Raunig · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:24

"Public Art boomte schon zu Beginn der 90er Jahre in vielfältigen Spielarten: partizipatorische Praxen, Community Arts, New Genre Public Art, Kommunikationsguerilla, konkrete Intervention, Aktivismus etc. brachten eine Verschiebung der künstlerischen Interessen von Erkenntnisfragen auf soziale und politische Aktivitäten. Statt Objekten traten temporäre Projekte in den Vordergrund, statt EinzelkünstlerInnen Communities, statt Kunstkonsum Partizipation.

Ab der Mitte der 90er häuften sich kritische Stimmen, die diesen politischen Kunstpraxen vorwarfen, depolitisierend zu wirken oder reformistisch an der Durchsetzung neuer Formen der neoliberalen Expansion mitzuwirken. Als Argumente angeführt wurden u.a.: die zweifelhafte Funktion der Projekte in Prozessen der Gentrification oder im Verschleiern des Rückbaus sozialstaatlicher Strukturen, die Vereinnahmung als Mittel der Tourismuswerbung zu Gunsten der Aufwertung von Städte-Image, die Instrumentalisierung der Differenz von marginalen Themen und Gruppen, die Rückkehr des ‚Künstler-Vaters` durch die Hintertür. Als Teilaspekt und Effekt dieser kritizistischen Welle kam es auch im Kunst-Mainstream zu einem merklichen Backlash, einem Rückzug in die alten Räume, einer Rückkehr zu den Fragen von Erkenntnis und Erfahrung in der Rezeption.

Nun lassen sich Anzeichen eines neuerlichen Umschwungs bemerken. Was den Praxen der 90er gefehlt hat, scheint in einer neuen Situation gegeben: die Einbettung in einen größeren Kontext, die Anknüpfung an soziale Bewegungen. In Zusammenhang mit den heterogenen Formen der Kritik an der ökonomischen Globalisierung scheint sich eine Transformation der alten Formen von Interventionskunst und die Entstehung neuer Praxen anzukündigen. Das Wieder-Öffentlich-Werden von Kunst im Kontext politischer Bewegungen zeichnet sich ab. Um die Themenbereiche und aktivistischen Stränge von Globalisierung, Grenzregimes und Migration entstehen die Bedingungen dafür, dass ‚revolutionäre Maschine, Kunst-Maschine und analytische Maschine wechselseitig Bestandteile und Räder voneinander werden` (Gilles Deleuze/Félix Guattari)."
http://www.republicart.net/manifesto.htm

Mit diesen hoffnungsvollen Worten schließt das Manifest eines transnationalen Projekts, das seit einigen Monaten versucht, die in den letzten Sätzen des obigen Textes beschriebenen, aktuellen Ansätze von politisierten Kunstpraxen diskursiv zu begleiten. Das in Zusammenarbeit mit Institutionen in verschiedenen Teilen Europas (in Ljubljana, London, Lüneburg, Riga, Wien u.a.) durchgeführte Projekt republicart versucht, auf der Basis von sehr verschiedenartigen Kunstprojekten, Work-Shops, Symposien und Konferenzen die unterschiedlichen Diskurse zu verschränken, die die aktuelle Debatte über künstlerische Beiträge zu politischen Bewegungen prägen. Grundlegende Devise des das Gesamtprojekt koordinierenden European Institute for Progressive Cultural Policies (www.eipcp.net) in Wien ist dabei ein Ansatz, der zumindest temporäre Überlappungen von politischem Aktivismus, kritischer Kunstpraxis und Theorieproduktion als Ausgangspunkt für alle Aktivitäten versteht.

Neben den Veranstaltungen und Kunstprojekten liegt der Fokus vor allem in der methodischen wie inhaltlichen Entwicklung der multilingualen Textproduktion. Wichtigster Bestandteil der Website www.republicart.net ist daher ein Webjournal, dessen erste Issues etwa widerständige Kunstpraxen in den Kontexten von Grenzcamps und der Wiederaneignung öffentlichen Raums (hybrid?resistance), Kommunikationsguerilla und Kunst als Sabotage (art sabotage) oder die verschiedenen Begrifflichkeiten von Globalisierung und Globalisierungskritik vor allem im kulturellen Feld (mundial) thematisieren. In drei bis fünf Sprachen veröffentlichte Texte von AktivistInnen und TheoretikerInnen versuchen, nicht nur die Hermetik linker Diskurse aufzuweichen (Stichwort: Transsektorialität), sondern auch die Basis zu schaffen für eine Verständigung über die nach wie vor diskursbestimmenden und -begrenzenden nationalstaatlichen und sprachlichen Grenzen (Stichwort: Transnationalität).

Womit auch schon die wichtigsten Begriffskomponenten jenes Begriffs angesprochen wären, mit dem das Projekt in seinem ersten Symposion gestartet war. Für das Wiener Symposion "TRANSVERSAL. Kunst und Globalisierungskritik", dessen Dokumentation nun in Buchform vorliegt, wurde der Begriff der Transversalität aus den politische Kontexten des Mai 1968 und den theoretischen des französischen Poststrukturalismus entlehnt und auf seine Anwendbarkeit auf aktuelle Aktivismen untersucht.

Félix Guattari und Gilles Deleuze, die den Begriff der Transversalität damals in die Debatte einführten, - und in deren Nachfolge übrigens auch Michael Hardt und Antonio Negri - wird oft recht polemisch und mit unterschiedlichem Ausmaß an Argumentationsschärfe vorgeworfen, bei Fragen der Organisierung in anarchische Formlosigkeit abzudriften. Dabei messen gerade Deleuze/Guattari dieser Frage besondere Bedeutung zu; nur eben in einer spezifischen Sprache, die die Transformationen kollektiver Selbstorganisation in erstarrte Bürokratie möglichst verunmöglichen soll. Das heißt, es geht also erstens um die jeweils geeignete Form der Organisation und zweitens - und aufs engste korrelierend damit - um die geeignete Form der Begrifflichkeiten dafür. Die Begriffe selbst und ihre Kontexte sollen durchzogen sein von derselben Mehrstimmigkeit und Offenheit, die auch für die geeignete Organisationsform von konstituierenden Praxen ausschlaggebend ist, gegen jede harte "Strukturalisierung", Zentralisierung und Parteiförmigkeit.

"Das Problem der revolutionären Organisation ist im Grunde das der Einrichtung einer institutionellen Maschine, die sich durch eine besondere Axiomatik und eine besondere Praxis auszeichnet; gemeint ist die Garantie, dass sie sich nicht in den verschiedenen Sozialstrukturen verschließt, insbesondere nicht in der Staatsstruktur", schreibt Félix Guattari 1969 und setzt mit der dualen Konstruktion Maschine-Struktur auch gleich ein Beispiel für die Politik der Herstellung von Begriffen.

Und was ist mit Organisierung?

Das Zusammendenken der beiden Ebenen Organisationsform/ Begriffserfindung kulminiert in Begriffen wie denen der Kriegsmaschine, der molekulären Masse oder der Transversalität. Letztere - so führt Guattari im 1964 geschriebenen Aufsatz "Transversalität" aus - soll beide Sackgassen überwinden: die Vertikalität der hierarchischen Pyramide genauso wie die Horizontalität des Kommunikationszwangs, die alte Befehlsstruktur im Top-down-Modus genauso wie die später in postfordistischen Zusammenhängen durchgesetzte Logik des horizontalen Kontroll-Netzwerkes. Die räumliche Statik der geometrischen Begriffe horizontal und vertikal wird mit der Einführung der neuen Ebene der Transversalität auf die Zeitachse in Bewegung gebracht und beschleunigt.

Transversale: Flucht- und Bruchlinie

Im Gegensatz zu offen hierarchischen Organisationsformen und pseudo-nichthierarchischen Netzwerken, die einfach als poly-zentrische die Hierarchien zu verdecken suchen, entwickeln transversale Linien Gefüge, die a-zentrisch sind, die sich nicht auf der Grundlage von vorgegebenen Strängen und Kanälen bewegen, von einem Punkt zum anderen, sondern zwischen den Punkten hindurch in eine neue Richtung. Transversalen sind also - um in der Sprache der Geometrie zu bleiben - keineswegs Verbindungen von mehreren Zentren oder Punkten, sie sind Linien, die sich nicht einmal kreuzen müssen, Fluchtlinien, Bruchlinien, die sich den Punktsystemen und ihren Koordinaten kontinuierlich entziehen.

Im Dokumentationsband "TRANSVERSAL. Kunst und Globalisierungskritik" findet sich programmgemäß eine Mischung aus Praxisbeispielen aus den Überlappungszonen von künstlerischem und politischem Aktivismus, kombiniert mit reflexiven und theoretischen Ansätzen zum Thema. Obwohl die Organisationsfrage nicht vorrangiges Thema von Konferenz und Buch waren, zieht sie sich durch die ganze Publikation als unsichtbare Klammer. Offenbar scheint der Begriff der Transversalität also gerade nicht, wie Oliver Marchart in einem polemisch zugespitzten Angriff auf die "Althippies" Deleuze/Guattari und die Superstars der "Selbstausbeutungsjederseineigenerunternehmermonaden" Hardt/ Negri meint, nur so zu tun, als ob er schon die Antwort auf die Frage nach der Organisationsform wäre.

Offenbar eignet dem Begriff genau jene Eigenschaft der Offenheit, die Organisierungsfrage immer wieder aufzuwerfen und insistierend zum Thema zu machen: Zur Sprache gebracht wird das vor allem in Gini Müllers Argumentation, die den begrifflichen "Groove" gegen die "Intellektuellenstreitrhetorik" verteidigt: "Gute Musik/Analyse ist noch keine Anleitung zur Handlung, aber sie verändert den Ton und macht das Spiel bewusster." Müllers Beschreibung der VolxTheaterKarawane, die neben Kommunikationsguerilla, Yes Men

und kein mensch ist illegal ein konkretes Reflexionsobjekt künstlerischen Aktivismus im Band darstellt, schlägt aber nicht um in euphorische Bejubelung der Multitude. Sie reflektiert auch das Zerriebenwerden durch die Verhaftung in Genua und die gewaltsame Bilderproduktion der Medien, die Gegensätze zwischen dem idealistischen Slogan "no border, no nation" und der Schwierigkeit der Beteiligung von MigrantInnen an nomadischen Unternehmungen, und macht nicht halt vor der Thematisierung der banalen Sackgassen des Aktivismus: "Wer will noch stundenlang auf Plena sitzen?"

Verkettung statt Volksfrontästhetik

In einem anderen Beitrag wird aber prompt auch aus dieser Sackgasse ein Ausweg gesucht: Der Antirassismus-Aktivist Andreas Görg verhandelt in seinem Text "Alle Macht den vernetzten Plena!" nicht nur die Parteiform, sondern auch Großkundgebungen, Volksbegehren, aktivistische Praxen, Plena und Netzwerke und vergisst dabei auch nicht, aus reichem praktischen Fundus scheinbar alltägliche Fragen wie die Erstellung von Tagesordnungen als verdeckte Vorbedingungen und Akte der Setzung von Hierarchie zu thematisieren.

Gegen ein allzu einfach vorgestelltes Prinzip der Transversalität als Modell der internen Zusammensetzung von Protestbewegungen eignet sich vor allem der Beitrag der Autorin und Filmemacherin Hito Steyerl. In "Die Artikulation des Protestes" stellt sie einerseits die Frage nach dieser Zusammensetzung als bloße Verkettung von Beliebigem, andererseits problematisiert sie auf einer Metaebene die alternative Medien-Produktion als Verdopplung dieser kontingenten Verkettung. Steyerl kritisiert die Aneinanderreihung von Bildern und Tönen bei Indymedia anhand des Bewegungsvideo-Klassikers "Showdown in Seattle": "Die Form ist somit ... analog der Formensprache der kritisierten Corporate Media, nur der Inhalt ist anders, nämlich eine additive Kompilation von Stimmen, die zusammengenommen 'the voice of the people', die 'Stimme des Volkes' ergeben. Wenn alle diese Artikulationen addiert werden, kommt nach dieser Rechnung hinten 'die Stimme des Volkes' heraus - ungeachtet der Tatsache, dass die verschiedenen Forderungen einander politisch teilweise radikal widersprechen, etwa die von Umweltschützern und Gewerkschaftern, verschiedenen Minderheiten, feministischen Gruppen, etc., und überhaupt nicht klar ist, wie diese Forderungen denn miteinander vermittelt werden." Wie ein passendes Gegenmodell aussehen könnte, das derartige Volksfrontästhetik überwindet, bleibt zwar offen, denn Hito Steyerl stellt dem einen Godard/Mieville-Film gegenüber, der die Artikulation des Protestes zwar radikal selbstkritisch reflektiert, dafür aber wohl auf die Rezeption von CineastInnen beschränkt bleiben dürfte.

Allgemeiner und wieder zurück auf der Ebene der realen Zusammensetzung der Bewegungen ist an Steyerls Argumentation zu lernen, dass Transversalität nicht als wahlloses und widerspruchsverdeckendes Aneinanderreihen von Zufälligem zu verstehen sein kann oder als politisch-propagandistisches Aufrollen verschiedener sozialer Felder, sondern als Vielfalt temporärer Allianzen, als produktive Verkettung von nie glatt Zusammenpassendem, ständig sich Reibendem, durch diese Reibung Vorangetriebenem oder auch sich wieder Auflösendem.

Gerald Raunig

TRANSVERSAL. Kunst und Globalisierungskritik, Turia+Kant: Wien 2003, 20,- Euro, Der erste Band aus der republicart Publikationsreihe u.a. mit Beiträgen von Autonome A.f.r.i.k.a. Gruppe, L. Bratic, L. Caixeta, K. Diefenbach, A. Görg, T. Leisch, O. Marchart, E. Mayerhofer, S. Nowotny, The Yes Men

42. Crossroadz - all over. Festival zum Thema "Film, Politik und Antirassimus" in Hamburg

Festival zum Thema "Film, Politik und Antirassismus" in Hamburg

Autor: Minu Haschemi /Billy Ray Valentine · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak473/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:30

Sexarbeit illegalisierter Migrantinnen ist selbst in linken Zirkeln kein besonders breit diskutiertes Thema. Eine solche Diskussion aber in den Kontext von Selbstorganisierung, gender und Visualisierung zu stellen scheint auf den ersten Blick fast unmöglich. "Otras Vias" (BRD/2002) ist ein sehenswertes Gegenbeispiel. Der vom FrauenLesben Filmkollektiv Berlin in Zusammenarbeit mit der Mucolade (Mujeres contra la deportacíon) produzierte Interview-Film zeigt Frauen, Transsexuelle und Transvestiten und wird auf dem crossroadz Festival, das vom 6.-8.6.03 in Hamburg stattfindet, von den Beteiligten und Macherinnen des Films präsentiert.

"Otras Vias" erzählt über Alltag, die Zusammenhänge zwischen Migration und der Arbeit im Sexgewerbe. Die Sexarbeiterinnen sprechen z.T. vor der Kamera z.T. wählen sie andere Darstellungsweisen und die Frage nach Sichtbarkeit in der Illegalität, steht die ganze Zeit im Raum. Die Problematisierung der Repräsentation verharrt im ebenfalls vom FrauenLesben Filmkollektiv gedrehten Films "Unsichtbare Hausarbeiterinnen"(BRD/2000) oft in Andeutungen, was der Titel bereits ausdrückt. "Otras Vias" verschafft seinen Protagonistinnen einen (filmischen) Raum in die Sichtbarkeit. Bemerkenswert, dass - wieder im Gegensatz zu "Unsichtbare Hausarbeiterinnen"- die häusliche Sphäre verlassen wird und die Schauplätze sich Außen verorten: im Park, auf dem Weg zu Arbeit, am Arbeitsplatz, zu Hause und im Gefängnis. Der Widerstand im Alltäglichen, im Großen und Kleinen, zwischen Freiern, Ehemännern, Polizei und der Gefahr abgeschoben zu werden, gibt den SprecherInnen eine Geschichte, die jenseits von Selbststigmatisierung und Opfersein liegt. Vielmehr fordert der Film keine emotionale Mitleidsreaktion des Zuschauers sondern eine politische Lösung. Die Forderung nach Legalisierung ist eine, die im Film laut und deutlich erhoben wird.

Visualisierter Antirassismus

Die Klammer, der hier exemplarisch aufgeworfenen Fragen der Repräsentationskritik, der Sichtbarkeit, der politischen und sozialen Gefüge in der Gegenwart wie auch in der Vergangenheit, des Alltags und der Theorie, versucht das dreitägige Filmfestival crossroadz zu fassen. Mit einem Programm, das neben dem Schwerpunktmedium Film auch Vorträge, Lesungen und Diskussionen umfasst, möchte das Festival sowohl AktivistInnen als auch FilmemacherInnen, TheoretikerInnen und Publikum zusammenbringen.

Aus einer Kritik an herkömmlichen Untersuchungen und Arbeiten im Feld des visualisierten Antirassismus entstand bei den OrganisatorInnen die Idee, ein eigenes Festival zu entwerfen. Dabei besteht die inhaltliche Konsistenz darin, sich antirassistischen Fragestellungen auch historisch anzunähern. Koloniale Ausbeutungsverhältnisse, die sogenannte Gastarbeitergeschichte sowie Prozesse heutiger Illegalisierung und Ausbeutung sind Stationen der dreitägigen Auseinandersetzung. Serhat Karakayali zum Beispiel kontrastiert in seinem Vortrag das Bild des unterwürfigen Gastarbeiters im Niedriglohnsektor der 70er mit einer Geschichte der Wilden Streiks. Untermalt wird der Vortrag von Nachrichtenauschnitten und Teilen einer Dokumentation, die die aufgeladene Stimmung der damaligen Zeit widerspiegelt.

"Wir hatten eine Dora in Südwest" lautet der Titel des Films von Tink Diaz, die ihn auf dem Festival selbst vorstellen wird. Ihre Dokumentation verfolgt anhand von Interviews verschiedene Frauen, in Namibia und der BRD, die in ihrer Jugend die Koloniale Frauenschule in Rendsburg besucht haben. Hier wurden sie für das "koloniale Abenteuer" ausgebildet, um dann in die ehemals deutsche Kolonie zu fahren und dort auf den Farmen der Kolonialisten den "deutschen Haushalt" zu simulieren und gleichfalls für "reinen" Nachwuchs zu sorgen. Eingerahmt wird der Film von Dorothea Siegles Vortrag, der anhand der genannten Schule die Machtbeziehungen, die den kolonialen Diskurs und die Kategorie "Geschlecht" prägten, diskutiert.

Weitere Vorträge und Filme, die sich unmittelbar oder mit den Folgen des deutschen Kolonialgeschichte befassen, werden von Tobias Nagl, Martin Baer und Peggy Piesche präsentiert. Zur Antisemitismustheorie des Comic am Beispiel Art Spiegelmanns "MAUS" wird Ole Frahm anhand einer Dia-Präsentation sprechen. Nanna Heidenreich untersucht das Visuelle im Ausländerdiskurs deutscher Filme und Massimo Perinelli

kommentiert antirassistische Video Praxis. Fragen der Selbstrepräsentation, ihre strategischen Gewinnmomente und Fallstricke werden mit Kanak TV, Abdel Rahman Satti, Mabouna II Moise Merlin und Brigitta Kuster diskutiert.

Ziel des in diesem Jahr zum ersten Mal stattfindenden crossroadz Festivals ist es, Antirassismus zu bebildern und gleichzeitig einen reflektierten und kritischen Umgang damit zu pflegen.

Minu Haschemi/ Billy Ray Valentine

crossroadz Festival, Film. Politik. Antirassismus, vom 6. - 8.6.03, im Echochamber, Nobistor 24, S-Bahn Reeperbahn/ Hamburg. Da das Festival seitens der Kulturförderung nicht berücksichtigt wurde, gibt es am Sonntag, den 8.6. ab 23.00 Uhr eine Soli-Party mit den DJs kem fuego, reef liquid & franky nutz. Infos unter: www.crossroadz.net

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak473/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:12

Rassismus-Studien

Der Afrikadiskurs in der bundesdeutschen Gesellschaft speist sich aus Stereotypen, die wenig mit der Realität in afrikanischen Ländern, aber viel mit Ängsten und Sehnsüchten der Weißen zu tun haben. In den dominanten Vorstellungen über "Afrika" und "die Afrikaner" zeige sich eine enge Vernetzung von kolonialen und rassistischen Diskursen, so die Herausgeberin des Sammelbandes "Afrikabilder", Susan Arndt. So würden AfrikanerInnen bzw. Schwarze häufig infantilisiert, dämonisiert oder naturalisiert. Zudem seien die rassistischen Projektionen oft sexualisiert. In den prüden 50er Jahren boomte beispielsweise die Präsentation nackter Afrikanerinnen. Während die Weißen Deutschen aufschrieen, weil Hildegard Knef nackt auf der Leinwand zu sehen war, standen barbusige Gipsafrikanerinnen als Aschenbecher oder Erdnussschalen auf den Wohnzimmertischen. Der Band versammelt eine Fülle von Aspekten zum Thema Rassismus in Deutschland: Neben der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten und Erscheinungsformen deutschen Kolonialdenkens und Rassismus nehmen die Beiträge Afrikabilder in der Literatur, in der Presse, in Schulbüchern, in den Museen und in Filmen unter die Lupe. Gespickt sind die Texte mit bitteren Erzählungen über den alltäglichen Rassismus, sei es in seiner verbalen, materiell ausgrenzenden oder lebensbedrohlichen Form. Zum Beispiel kritisiert Ralf Koch in seinem Artikel "Erfahrungen und Beobachtungen von Journalisten" die in Redaktionen teils offen, teils unterschwellig geäußerte Annahme, schwarze oder türkisch-stämmige Journalisten seien nicht in der Lage, korrekt über rassistische Übergriffe zu berichten, weil sie potenzielle Opfer sein könnten. Kein Redakteur würde demgegenüber zu einem Kollegen sagen: "Du kannst nicht angemessen über Neo-Nazi-Prozesse berichten, weil du wie die Angeklagten ein weißer Deutscher bist." Einen ähnlichen Aspekt behandelt Ursula Wachendorfer in ihrem Beitrag "Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität". Die Psychologin kritisiert, dass Weiße ihr Weiß-Sein und damit verbundene Privilegien in einer weißen Mehrheitsgesellschaft nicht genügend reflektieren. Das Weiß-Sein verwandele sich so unbemerkt zu einem neutralen Referenzpunkt: An und von diesem Ort spricht, denkt und fühlt nicht mehr eine weiße Person, sondern ein Mensch schlechthin. Gleichzeitig liege eine Innenperspektive des Weiß-Sein abrufbar bereit, beispielsweise wenn es um den Status eines potenziellen Opfers geht, etwa bei Übergriffen von Schwarzen auf Weiße im Südlichen Afrika. Das umfangreiche Buch ist auch zum Einstieg in das Thema geeignet. Es ermöglicht eine Rundschau über aktuelle Debatten und Hintergründe zu kolonialer Vergangenheit, Afrikadiskurs und Rassismus in Deutschland.

Susan Arndt (Hg.): Afrikabilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Unrast-Verlag, Münster 2001, 464 Seiten, 21 EUR

Staatsschutz-Komplott

Es war ein Verfahren der Superlative - in jeglicher Hinsicht. Nach 591 Verhandlungstagen vor vier verschiedenen Strafkammern und nach unzähligen Verfahren durch sämtliche verwaltungsgerichtlichen Instanzen wurde 1991 nach 16 Jahren der so genannte Schmücker-Prozess eingestellt. Die systematische Behinderung und Beeinflussung dieses Strafverfahrens war sogar Gegenstand eines Bundestagsuntersuchungsausschusses. Zwei Jahrzehnte nach seinem ersten Buch zum "Fall Schmücker" hat Stefan Aust eine weitere umfangreiche Veröffentlichung darüber vorgelegt. "So einen Prozess hat es, glaube ich, noch nie gegeben", zieht darin der Berliner Strafverteidiger Rainer Elfferding gegenüber dem Spiegel-Chefredakteur Bilanz. "Ob es ihn noch einmal geben wird, bezweifele ich", so Elfferding weiter. "Das Besondere ist, dass es einmal gelungen ist, wenn auch über Jahre hinweg, hinter die Kulissen zu gucken." Was dabei ans Tageslicht kam, war nichts anderes als ein Komplott von Geheimdiensten, Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz. Im Sommer 1974 war der 22-jährige Ulrich Schmücker, kurz zuvor als Spitzel des Verfassungschutzes (VS) enttarnt, im Berliner Grunewald ermordet worden. Die Verantwortung für diese "Hinrichtung eines Verräters" übernahm ein "Kommando Schwarzer Juni". Der Berliner Verfassungsschutz, der einen V-Mann im Umfeld der Täter platziert hatte, war über die geplante Tat vorab informiert. Um die Rolle des VS bei der Ermordung von Ulrich Schmücker zu verdecken, wurden Beweismittel - wie die Tatwaffe, die jahrelang in einem Tresor des Berliner VS lag - zurückgehalten, Akten präpariert, Zeugen manipuliert und die Verteidigung ausspioniert. "Ich hatte mit den Behörden noch eine Rechnung offen", schreibt Aust in den

Vorbemerkungen zu seinem aktuellen Buch. Damit spielt er auf die gezielte Desinformationskampagne an, der er sich seinerzeit als Reporter ausgesetzt sah. Insofern lohnt sich auch ein Blick in sein Buch von 1980. Denn im Vergleich wird die Dimension der Beweismanipulation, der massiven Behinderung und gezielten Desinformation noch deutlicher.

Stefan Aust: Der Lockvogel. Die tödliche Geschichte eines V-Mannes zwischen Verfassungsschutz und Terrorismus, Rowohlt-Verlag 2002, 383 Seiten, 19,90 EUR;

Stefan Aust: Kennwort Hundert Blumen. Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker, Konkret Literatur Verlag 1980, 290 Seiten. Nur noch antiquarisch zu erhalten

"Immer wieder aufsässig"

Bei manchen Geburtstagsgeschenken kann man richtig neidisch werden, so liebevoll sind sie gemacht oder ausgewählt. Und ganz besonders gut sind die dran, die sich selbst derart beschenken können. Ein Beispiel für ein solches Präsent ist das Buch "Widerworte", erschienen, bei Assoziation A anlässlich des 20. Geburtstages des Rheinischen JournalistInnenbüros. Bekannt geworden ist das RJB vor allem durch seine Veröffentlichungen zu allen Aspekten des Internationalismus. Doch auch die soziale Realität hier zu Lande ist ein RJB-Thema. Die Studie zur "Neuen Armut", erschienen Mitte der 80er Jahre im gewerkschaftlichen Bund-Verlag, war ein wichtiger Bezugspunkt für die Skandalisierung von Erwerbslosigkeit und Armut. "Widerworte" beginnt mit der Geschichte eines "Sozialismus im Kleinen". Von 1983 bis heute ist das RJB ein Kollektiv, mit gemeinsamem Konto (inklusive aller Nebeneinnahmen), Einheitslohn oder Absprachen über bezahlte Freistellungen etwa für bestimmte Kampagnen. Jeder Artikel wird von anderen Kollektivmitgliedern gegengelesen. Die Geschichte des RJB ist somit vor allem auch eine Geschichte über die Lust am kollektiven Arbeiten. Und es ist eine Geschichte über das hartnäckige Beharren auf einer konsequenten Berichterstattung von unten: "Die Mikros denen, die sonst nicht zu Wort kommen." Neben einer facettenreichen Auswahl von Beiträgen, politischen Kommentaren und Analysen des RJB, hauptsächlich für diverse Rundfunkanstalten produziert, fehlt auch eine Chronik der Zensurfälle nicht, mit denen das RJB im Laufe seiner Geschichte konfrontiert gewesen ist. "Widerworte" ist eine ungemein anregende Lektüre über kritischen Journalismus, über die Realisierung linker Träume und nicht zuletzt über ausgesprochen sympathische rheinische Frohnaturen.

Rheinisches JournalistInnenbüro: "Widerworte. Journalismus im Kollektiv", Berlin/Hamburg/Göttingen (Assoziation A) 2003, 159 Seiten, 12 EUR

44. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak473/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:35

Immer noch die Richtige

Betr.: Verlogene Friedensengel, ak 470

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich lese den ak seit fast 33 Jahren. Der Artikel "Verlogene Friedensengel" auf der Titelseite hat mir wieder mal gezeigt, dass ich immer noch die richtige Zeitung abonniert habe.

liebe Grüße, K-H

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak473/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:38

ak proudly presents I

In Anlehnung an den Schwerpunkt der letzten ak zu Olympia, Imageproduktion, Stadtentwicklung und Gegenkampagnen gibt es in Hamburg eine Veranstaltungsreihe zu städtischer Image-Politik und den Möglichkeiten interventionistischer Methoden. Am 16. Mai stellten Mitglieder des ehemaligen Anti-Olympia-Komitees Berlin (AOK Berlin) die NOlympia-Kampagne Anfang der 90er Jahre vor. In der zweiten Veranstaltung am 6. Juni geht es um die sozialen Auswirkungen des Leitbilds "Wachsende Stadt - Metropole Hamburg". Mit dabei sind Mitglieder der KünstlerInnengruppe Tetrapak , ak-Autor Dirk Hauer und eine ReferentIn zur geplanten Messeerweiterung. Am 1. August werden die Frankfurter KünstlerInnen Wiebke Grösch und Frank Metzger ihr Projekt nach olympia vorstellen und berichten, wie olympische Dörfer nach den Spielen genutzt werden.

Hamburg, 16.5., 19.30 Uhr in der Zone/Lichtmess, Gaußstraße 25; 6.6., 19.30 Uhr in der Roten Flora, Schulterblatt 71; 1. 8., 19.30 Uhr in der Zone/Lichtmess, Gaußstraße 25

Buena memoria

Marcelo Brodsky war 22 Jahre alt, als eine Hand voll Offiziere unter General Videla putschte und Argentinien bis 1984 unter eine grausame Militärdiktatur zwang. Das Ergebnis der Schreckensherrschaft: 2300 "offiziell" ermordete Regimegegner und mindestens 30.000 Vermisste. Der Künstler Brodsky rettete sich nach Barcelona ins Exil. Nach seiner Rückkehr schuf er "Buena memoria", eine Studie über das von Terror verursachte individuelle Leid. Ausgangspunkt ist eine Fotografie, die die Abschlussklasse des Colegio Nacional in Buenos Aires, Jahrgang 1967, zeigt. Um das Bild herum arrangiert Brodsky biografische Recherchen, die durch Familienfotos, Videos und Aufzeichnungen ergänzt werden. Die vehemente anhaltende Diskussion über "Buena memoria" in Argentinien macht diese Arbeit zu einem seltenen Beispiel von Kunst als Katalysator breiter gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Die Arbeit ist im Sprengel Museum in Hannover zu sehen.

Hannover, 7.5. - 31.8.03, Sprengel Museum Hannover, Kurt-Schwitters-Platz, 30169 Hannover, www.sprengel-museum.de

Sefardische Tage

Vom 20. Mai bis zum 5. Juni finden in Hamburg die ersten Sefardischen Tage statt. Am 20. Mai wird in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule die Fotoausstellung "Sandverwehte Spuren. Jüdisches Leben in Kairo" eröffnet. Zudem gibt es eine Bücherausstellung über Juden im Islam. Michael Studemund-Halévy wird über "Jüdisches Leben in islamischen Ländern heute" referieren. In der Hamburger Universität wird am 22.5. die Ausstellung "Judenspanische Literatur im 20. Jahrhundert" eröffnet. Darüber hinaus gibt es Vorträge über Antisemitismus in der Türkei, Marranen in der deutschen Literatur und die judenspanische Sprache.

Hamburg, 23.5. bis 5.6.03, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Hamburger Volkshochschule, Karolinenstr. 35, und Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Von Melle-Park 3, Programm: Michael Studemund-Halévy, mihalevy@aol.com

ak/fantômas proudly presents II

Was kommt nach dem Ende des Kriegs im Irak? Für allzu viel Optimismus besteht kein Anlass - wohl aber dazu, die widersprüchlichen Interessen am und im Nachkriegs-Irak samt ihrer politischen Konsequenzen genauer in den Blick zu nehmen. Wie war der Verlauf des Konflikts bis zum Kriegsbeginn? Ist der Irak Präzedenzfall eines "Befreiungsimperialismus"? Wie werden zukünftige politische "Ordnungen" im Irak aussehen? Welche Rolle hatte die irakische (Exil-) Opposition vor und welche Möglichkeiten hat sie nach dem Ende des Irak-Kriegs? Antworten auf diese Fragen wird Sabah Alnasseri, Politologe, Exil-Iraker und Mitarbeiter der Internetredaktion links-netz geben.

Berlin, 26.5., 19.30 Uhr, Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a; Hamburg, 27.5., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34; Köln, 2.6., 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3

Colectivo Situaciones

Das Colectivo Situaciones - ein Zusammenschluss linker AktivistInnen aus Buenos Aires - hat sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Stimme der radikalen Bewegungen Argentiniens entwickelt. Dabei haben sie es sich zur Aufgabe gemacht, als Teil dieser Bewegungen diese kritisch zu begleiten und die sich neu eröffnenden Handlungsperspektiven auszuloten. Ende März diesen Jahres ist im Verlag Assoziation A unter dem Titel "¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien" ein Buch des Colectivo Situaciones auf Deutsch erschienen.

Von Ende Mai bis Mitte Juni wird es eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen deutschen Städten mit Verónica Gago und Diego Sztulwark vom Colectivo Situaciones geben.

Berlin, 30.5.03, 19 Uhr, Mehringhof; Halle, 2.6., 20 Uhr Infoladen Halle, Ludwigstr. 37; Hamburg, 10.6., Werkstatt 3, 19.30 Uhr; Kassel, 11.6.; Bochum, 12.6., Bahnhof Langendreer KulturZentrum; Wuppertal, 13.6., 19 Uhr, Alte Feuerwache, Gathe 6; Frankfurt, 15.6., Dritte Welt Haus; Bremen, 16.6., Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung; Greifswald, 17.6., IKUWO Greifswald

Verdad y Justicia!

Im November 2003 wird in Guatemala gewählt, Präsidentschaftskandidat ist der ehemalige Militärdiktator Efraín Ríos Montt, Gründer der ultrarechten Partei FRG. Seit die FRG im Januar 2000 in der Regierung ist und den amtierenden Präsidenten Alfonso Portillo stellt, nahm die Repression gegen MenschenrechtsaktivistInnen und soziale Bewegungen zu. Auch ist eine Remilitarisierung der Gesellschaft zu beobachten. Soziale Säuberungen gegen Straßenkinder, Obdachlose und Punks sind an der Tagesordnung. Am 31.5. ist Sonja Perkic-Krempel vom internationalen Zeugenschutzprogramm CAIG in Berlin, um über die aktuelle Situation in Guatemala und die Möglichkeiten internationaler Begleitung von MenschenrechtsaktivistInnen zu berichten.

Berlin, 31.5.03, 10-18 Uhr, Yorkstr. 59

46. Danke für 22.508,11 Euro!

CD-Datei: daten/aksuche/ak473/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:47

Zum Abschluss der Spendensaison 2002/2003 bedanken wir uns bei allen SpenderInnen ganz herzlich. Ohne diese hohe Spendensumme wäre die publizistische Tätigkeit des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik in dieser Form und Qualität nicht Monat für Monat möglich. Auch wenn wir das Spendenziel um knappe 10 Prozent verfehlt haben, schauen wir zuversichtlich in die Zukunft. Die Auflage von ak - analyse + kritik ist nun schon seit langer Zeit stabil. Zwar auf viel zu geringem Niveau, wie wir finden, aber angesichts der allseitigen Flaute wollen wir nicht jammern. Mit der Erweiterung um das Magazin Fantômas haben wir, so die Rückmeldungen und Verkaufszahlen aus den Buchhandlungen, eine gute Ergänzung zu ak gefunden.

Wir sind natürlich daran interessiert, unsere Einnahmen zu verbessern. Das geht vorrangig über höhere Verkaufszahlen von ak und Fantômas. Deshalb sind wir verstärkt auf Werbung angewiesen. Wir stellen gerne für Veranstaltungen Probeexemplare von ak zur Verfügung; unsere Werbepostkarte kann jederzeit angefordert werden. Hinweise auf unsere Homepage (www.akweb.de) begrüßen wir. Wir sind auch gerne bereit, in Kooperation Veranstaltungen vor Ort zu organisieren. Viele unserer AutorInnen können als ReferentInnen angefragt werden. Verwiesen sei auf die Veranstaltungen mit Sabah Alnasseri und die Veranstaltungsreihe zu Stadtpolitik und Olympia. Ihr merkt, wir tun einiges, um das Überleben dieser Zeitung zu sichern. Zu guter Letzt wollen wir noch auf die Möglichkeit hinweisen, Fördermitglied des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik zu werden. Beiträge für den Verein sind ebenso wie Spenden steuerlich absetzbar. Wer Fördermitglied werden möchte, muss uns lediglich mitteilen, wie hoch der monatliche Spendenbeitrag sein soll und uns eine Einzugsermächtigung über den Betrag erteilen.

Es gibt also viele, viele Möglichkeiten, die Arbeit des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik und seine publizistische Tätigkeit zu unterstützen. Jede Form ist uns willkommen.

Die SpenderInnen haben vor kurzem den ersten elektronischen Newsletter des Vereins erhalten. Wer von euch diesen in seiner Mailbox vermisst, der/die sei noch mal daran erinnert, uns die Mailadresse mit dem Stichwort "SpenderIn" zu zusenden. Bisherige Nicht-SpenderInnen informieren wir natürlich auch gerne.

Zum Schluss aber nochmal ein riesengroßes Dankeschön für Eure Unterstützung!!

Spendenkonto: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende

47. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak473/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:48

Alles neu macht der Mai. Zumindest aus der Redaktion gibt es einige Neuigkeiten zu berichten: Wir machen gleich zwei Veranstaltungsreihen im Frühling/Sommer. Der ak-Autor Sabah Alnasseri wird in Berlin, Hamburg und Köln über die Nachkriegsordnung im Irak berichten. In Hamburg veranstaltet der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. in Anlehnung an den Themenschwerpunkt der Aprilausgabe eine Reihe zu Stadtpolitik und Olympia. Nicht zu vergessen: die Trüffelschwein-Lesetour zur Geschichte des Kommunistischen Bundes wird auch fortgesetzt: in Hamburg und Göttingen. Schnappt euch also schnell euren Terminkalender und notiert die Veranstaltungen, die Ankündigungen findet ihr auf Seite 30. Wer zukünftig über Veranstaltungen, Seminare und Tagungen des Vereins informiert werden möchte, kann unseren - ebenfalls neuen - Vereins-Newsletter per Mail bestellen unter: redaktion@akweb.de, Stichwort: Newsletter.

In ak gibt es auch Neuerungen: in der Rubrik Privatissimo begeben wir uns zukünftig auf Spurensuche im linken Alltagsgestrüpp. Im Wirrwarr zwischen eigenen Ansprüchen und der erforderlichen Anpassung dreht sich diesmal alles um die dubiose Ich-AG. An Themen, die Anlass zum Schmunzeln, aber auch zur Verzweiflung geben, mangelt's sicherlich nicht. Und wenn einige unserer RedakteurInnen sich vielleicht schon bald als Ich-AGs vermarkten, so machen sie - angesichts der Arbeitsmarktlage und der geringen Nachfrage nach "kritischen Köpfen" - auch nur aus der Not eine Tugend, gibt es doch kein richtiges Leben im Falschen...

Anders würde das Ganze aussehen, wenn plötzlich tausende von neuen Abo-bestellungen hier eintrudeln würden, eine Großspenderin uns ihre Millionen transferieren würde oder wir uns vor linken AnzeigenkundInnen kaum retten könnten. Dies ist aber nicht in Sicht, da auch unsere LeserInnen mit den Tücken des kapitalistischen Systems zu kämpfen haben. Es bleibt uns nur der Spagat zwischen linker Analyse und Kritik und dem "Arrangieren" mit den von uns kritisierten Zuständen, was nicht immer widerspruchsfrei ist.

Der Mai bringt euch aber auch eine neue ak-Ausgabe, die ihr jetzt in den Händen haltet. Wir haben dieses Mal zwei Schwerpunkte: einen "großen" zu Israel/Palästina und vier Seiten rund um das Thema "Empire, immaterielle Arbeit und Möglichkeiten der Multitude". Last but not least - die nächste Fantômas erscheint im Juni. Das Thema der dritten Ausgabe ist: "Kriege. Formen - Figuren - Ideologie." So viel von unserer Seite. Einen neuen Mai wünscht

Eure ak-Redaktion

48. Schwerpunkt Israel/Palästina

CD-Datei: daten/aksuche/ak473/sw_israel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:473:sw_israel

Ein ständiges Thema gerade für deutsche Linke. Statt auf ideologisch begründete Parteinahme für die eine oder die andere Seite setzen wir auf die Auseinandersetzung mit wesentlichen Fakten, die für die Erarbeitung einer linken internationalistischen Position unerlässlich sind. Dabei greifen wir auf die Kenntnisse und die Analysefähigkeit von Menschen zurück, die wissen, worüber sie reden. In dieser Ausgabe sind das Achim Rohde, Moshe Zuckermann und Omar Kamil. Drei Buchempfehlungen sollen darüber hinaus zum Weiterlesen animieren.